

**Sowjetische
Kriegsgefangene
in Deutschland**



**Deutsche
Kriegsgefangene
in der Sowjetunion**



WILHELM KRIEGSGEFANGENE HOLSTEN HOF HOLSTEN HOF

Droste



**Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland**



50 Jahre nach Kriegsende erinnert das Haus der Geschichte, Bonn, an das Schicksal der deutschen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Krieg und Propaganda, Gefangenschaft, Lager, Heimkehr und Nachwirkungen werden in zahlreichen Fotos, Dokumenten, Erlebnisberichten und Erinnerungstücken gegenwärtig.



Beiträge russischer und deutscher Wissenschaftler vermitteln die jüngsten Forschungsergebnisse und dokumentieren die beiderseitigen Bemühungen um dieses Kapitel der gemeinsamen Geschichte.

Kriegsgefangene –
Begleitbuch zur Ausstellung
«Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland –
Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion»
im Haus der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland,
Bonn 1. Juni bis 24. September 1995.

Herausgeber:
Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Redaktion:
Dr. Hans Walter Hütter
Eva Rommerskirchen M.A.

Redaktionsassistentz:
Ulrike Goeken M.A.

Bildredaktion:
Dr. Renate Schlieff-Ehrismann

Verlags-Lektorat:
Heidmarie Alertz
Dr. Iris Seemann

Fotos:
Haus der Geschichte
Michael Jensch und Axel Thünker

Übersetzungen:
Waldemar Reimer, Wilma Krätz

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kriegsgefangene: sowjetische Kriegsgefangene in
Deutschland, deutsche Kriegsgefangene in der Sowjet-
union = Wojennoplennyje / Haus der Geschichte der
Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.). – Düsseldorf:
Droste, 1995
ISBN 3-7700 1043-4

NE: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-
land ,Bonn'; PT

© 1995 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepub-
lik Deutschland, Bonn Droste Verlag GmbH, Düsseldorf

Verlag:
Droste Verlag GmbH

Gestaltung:
M&W, Mönchengladbach
Günter Schnitker

Einbandgestaltung:
Schleiner und Partner,
Freiburg

Gesamtherstellung:
Druckhaus Cramer, Greven

Printed in Germany

ISBN 3-7700-1043-4

[Eingelesen mit ABBYY Fine Reader](#)

Inhalt

Kriegsgefangene – BoennonjieHHbie
Vorwort zum Begleitbuch der Ausstellung
Hermann Schäfer S. 7

Biographische Spuren
Ziel, Konzept und Realisierung der Ausstellung
Christian Peters S. 11

Krieg und Propaganda

Der rassenideologische Vernichtungskrieg
Planungen und Durchführung des «Unternehmens Barbarossa»
Jost Dülffer S. 15

Der Grosse Vaterländische Krieg
Vom Hitler-Stalin-Pakt zur Anti-Hitler-Koalition
Die Sowjetunion 1935 bis 1945
Pawel Knischewskij S.21

Ideologische Entwaffnung
Die Rolle der Hauptabteilung für politische Führung der
Roten Armee
Wladimir Neweschin S. 30

Feindbild «Untermensch»
NS-Propaganda innerhalb der Wehrmacht und gegenüber
der Roten Armee
Manfred Zeidler S. 36

Fotos – Dokumente

«Sieg oder Untergang»
Die Propaganda im Krieg der Weltanschauungen
Hanno Sowade S. 45

Deutsche Kriegsgefangene

Verlorene Jahre
Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Archipel GUPWI
Stefan Karner S. 59

Vergebliches Ringen um das deutsche Ostheer
Nationalkomitee «Freies Deutschland» und Bund Deutscher
Offiziere
Alexander Fischer S. 66

Für Rüstung und Wiederaufbau
Der Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der
Sowjetunion und ihre Repatriierung
Stefan Karner S. 72

Urteil: «25 Jahre Arbeitslager»
Die Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion
Günther Wagenlehner S. 77

Zwischen den Fronten des Kalten Krieges
Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1949-1955
Michael Borchard S. 85

Konrad Adenauers Besuch in Moskau
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der
UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland 1955
Faina Nowik S. 92

Fern der Wirklichkeit
Deutsche Spielfilme der Nachkriegszeit zum Thema
Kriegsgefangenschaft und Heimkehr
Gerd Albrecht S. 100

Auftragskunst
Ein politisches Gemälde verschwindet in den Depots
S. 106

Fotos – Dokumente – Erinnerungen

Überlebensmittel
Gegenstände aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft
Margret Hansen **S. 109**

Sowjetische Kriegsgefangene

Ein Sieg mit Schattenseiten
Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg
Bernd Bonwetsch **S. 135**

In deutscher Hand
Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener 1941-1945
Hans Mommsen **S. 141**

Psychologische Kriegsführung
Sowjetbürger im Dienst der deutschen Streitkräfte 1941-1945
Leonid Reschin **S. 148**

Angst vor der Rückkehr
Die Repatriierung sowjetischer Staatsbürger und ihr
weiteres Schicksal (1944-1956)
Viktor Semskow **S. 157**

«Essen wurde zum einzigen Streben»
Aus den Erinnerungen des russischen Arztes
Fjodor Iwanowitsch Tschumakow **S. 163**

Fotos - Dokumente - Erinnerungen

Dokumente des Leids
Was von 5,7 Millionen
sowjetischen Kriegsgefangenen übrigblieb...
Jörn Borchert **S. 167**

«Ich habe den Eid nicht gebrochen»
Protokoll eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen **S. 192**

Autoren **S. 194**

Abkürzungen **S. 196**

Literaturhinweise **S. 197**

Fotonachweis **S. 202**

Leihgeber **S. 204**

Kriegsgefangene –

Vorwort zum Begleitbuch der Ausstellung

Hermann Schäfer

50 Jahre nach Kriegsende und 40 Jahre nach Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion erinnert das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer Ausstellung an das Schicksal der deutschen und sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs.

Als am 8. Mai 1945 der Zweite Weltkrieg endete, waren mehr als drei Millionen sowjetischer Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben gekommen. Für die überlebenden sowjetischen Gefangenen war der Leidensweg mit der Befreiung aus den Lagern und von der Zwangsarbeit in den Betrieben der deutschen Rüstungsindustrie keineswegs beendet: Unerbittlich verfolgte das sowjetische Regime seine in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten. Für den sowjetischen Diktator Stalin waren sie Feiglinge und Verräter. Offiziere der Wlassow-Armee und andere «Hilfswillige», die in den Dienst der deutschen Wehrmacht getreten waren, wurden standrechtlich erschossen. Tausende von Soldaten und Zivilisten wurden nach ihrer Befreiung mit einer sechsjährigen Verbannung in den Lagern des Gulag bestraft. Alle Heimkehrer mussten in sogenannten Filtrationslagern quälende, oftmals monatelange Verhöre über sich ergehen lassen. Viele von ihnen wurden in Strafbataillone oder Arbeitslager geschickt; selbst ihre Familien, denen jede staatliche Zuwendung verweigert wurde, blieben stigmatisiert. Erst in der jüngsten Vergangenheit rehabilitierte der sowjetische Staat seine Bürger, die sich während des Krieges im Feindesland aufgehalten hatten.

Mehr als drei Millionen deutsche Soldaten waren bei Kriegsende in sowjetischer Kriegsgefangenschaft oder mussten den weiten und leidvollen Weg in die sowjetischen Lager antreten. Über eine Million Kriegsgefangene kam dort um. Erst zehn Jahre nach Kriegsende, im Oktober 1955, durften die letzten deutschen Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Mit Beginn des Kalten Krieges Ende der vierziger Jahre waren sie zum politischen «Faustpfand» der Sowjetunion geworden. In Prozessen, die jeder rechtsstaatlichen und zumeist auch moralischen Grundlage entbehrten, waren sie als «Kriegsverbrecher» zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Arbeitslagern verurteilt worden.

Das millionenfache Leid auf der jeweils anderen Seite der erbitterten Kriegsgegner Deutschland und Sowjetunion war lange Jahre in der Öffentlichkeit geradezu tabuisiert oder aus politischen Gründen instrumentalisiert worden. Der Zugang zu Akten der sowjetischen Behörden war versperrt, die Erforschung und objektive Darstellung des Themas Kriegsgefangenschaft unmöglich. Seit der Veränderung der politischen Lage in der ehemaligen Sowjetunion und der deutschen Einheit bietet sich nun endlich die Chance, das Thema über emotionale und ideologische Schranken hinweg unter neuen Gegebenheiten wissenschaftlich zu bearbeiten. 1992 wurden die Archive der ehemaligen Sowjetunion aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl für Wissenschaftler geöffnet. Dank der Kooperationsbereitschaft russischer und weis-

russischer Museen und Archive können nun auch Objekte – Gegenstände, Fotos, Dokumente und Filme – gezeigt werden, die der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich waren.

Die Ausstellung «Kriegsgefangene – BoeH-HonjieHHbie» im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland will zur Auseinandersetzung mit den politischen und ideologischen Hintergründen dieses schwierigen Themas anregen und unterschiedliche Sichtweisen darlegen. Nicht die «Aufrechnung» der Schicksale sowjetischer und deutscher Gefangener ist das Ziel. Die Grausamkeiten, die kriegsgefangenen sowjetischen Soldaten zugefügt wurden, sind nicht begreiflich ohne Wissen über die menschenverachtende Rassenideologie der Nationalsozialisten, die mit massiven Mitteln das verzerrte Bild vom «bol-schewistischen Untermenschen» propagierten. Das Leid der deutschen Kriegsgefangenen in den sowjetischen Arbeitslagern ist nicht begreiflich ohne Wissen über den Stalinismus und dessen Lager-System. Dennoch ist eine rationale Erklärung der Grausamkeiten von Menschen gegenüber Menschen, wie es der polnische Schriftsteller Andrzej Szczy-piorski formulierte, nicht möglich: «Die soziologische und die politische Beschreibung des menschlichen Schicksals erweist sich als zu begrenzt, flach und banal, um in vernünftigen Kategorien die Existenz des Lagers zu begründen. Es gibt über dieses Gebiet sehr viele und kluge Arbeiten, man kann daraus eine ganze Bibliothek zusammenstellen, doch der Mensch bleibt ratlos».

Eine objektive Auseinandersetzung mit den Themen Ideologie und Propaganda, Kriegsziele und Kriegführung ist notwendig, um die Erscheinungsformen der Kriegsgefangenschaft in allen Bereichen erfassen zu können. Dies setzt Offenheit und Entgegenkommen gegenüber der eigenen Geschichte und den Nachbarn voraus. Die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband spiegeln diese Offenheit wider und zeigen deutlich die Loslösung der

russischen Geschichtswissenschaft von einem einseitigen ideologischen historischen Verständnis. Unterschiedliche Bewertungen und nationale Perspektiven sind nicht mehr die Folgen ideologischer Starrheit, sondern fordern zur Diskussion und Auseinandersetzung auf. Die Vielfalt des den Beiträgen zugrunde liegenden Archivmaterials weist zugleich auf ein neues und weites Aufgabenfeld der Forschung hin. Erst Anfang der neunziger Jahre erhielten Wissenschaftler Zugang zu den bis dahin geheimen sowjetischen Archiven des KGB mit Personalakten von Kriegsgefangenen aus 24 Nationen. Die gründliche Auswertung dieses Archivmaterials birgt viele Probleme und braucht Zeit. Um Klarheit über Einzelschicksale und deren Hintergründe zu gewinnen und diesen Teil der gemeinsamen Geschichte besser zu verstehen, bedarf es der engen Zusammenarbeit beider Staaten und ihrer Wissenschaftler im zusammenwachsenden Europa.

Daher danke ich den Autoren dieses Buches besonders für ihre Bereitschaft, den neuesten Forschungsstand, in einigen Fällen auch Zwischenberichte, zu veröffentlichen. Ausstellung und Begleitbuch wurden nur möglich durch die Zusammenarbeit mit dem Institut für Russische Geschichte, vertreten durch seinen Direktor Professor Dr. Adreji Sacharow und Professor Igor Ciurow, dem Staatlichen Historischen Museum in Moskau stellvertretend für die russischen Museen und Archive. Ihnen gilt ebenso herzlicher Dank wie einer Kommission des Wissenschaftlichen Beirats des Hauses der Geschichte, namentlich Prof. Dr. Bernd Bonwetsch, Prof. Dr. Alexander Fischer, Prof. Dr. Klaus Hildebrand, Prof. Dr. Hans Mommsen, Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz und Prof. Dr. Hermann Weber. Ein besonderer Dank gilt schliesslich den Leihgebern aus Russland, Deutschland und anderen Ländern, von denen zahlreiche Privatpersonen zum Teil sehr persönliche Erinnerungsstücke aus ihrer Kriegsgefangenschaft zur Verfügung gestellt haben.

Fünfzig Jahre nach Kriegsende, wenige Jahre nach Öffnung des Ostens und dem Fall der Mauer, ist die Auseinandersetzung mit diesem Teil der sowjetischen und der deutschen Geschichte in einem deutsch-russischen Ko-

operationsprojekt, in einer Ausstellung, die in Deutschland und Russland gezeigt wird, hoffnungsvolles Zeichen für die Zusammenarbeit in der Zukunft.

Kriegsgefangene

Biographische Spuren

Ziel, Konzept und Realisierung der Ausstellung

Christian Peters

Kriegsgefangenschaft ist ohne Krieg nicht denkbar. Zu den Bildern der Kriegsgefangenen gehören immer auch die Bilder kämpfender und sterbender Soldaten. Kriegsgefangenschaft bedeutet die Verlängerung des Krieges mit anderen Mitteln. Wenn der Krieg als «totaler Krieg» geführt wird, wenn er, wie der nationalsozialistische Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion, zum Weltanschauungskrieg zweier totalitärer Systeme entartet, bekommt auch die Kriegsgefangenschaft eine andere, schrecklichere, Qualität jenseits aller humanitären Regelungen des Kriegsvölkerrechtes.

Die Bilder des Kriegsendes sind bekannt und rücken gerade jetzt zum 50. Jahrestag des Kriegsendes immer wieder in unseren Blick. Auf der einen Seite geschlagene, desillusionierte Wehrmachtangehörige, die einzeln, in Gruppen oder in unüberschaubaren Kolonnen den Weg in die Gefangenschaft antreten. Das zentrale Schlüsselbild hierzu gibt es nicht. Bild-Ikonen entstehen selten in Augenblicken der Niederlage. Anders dagegen – nach dem Sieg – das Foto des sowjetischen Armeefotografen Jewgenij Chaldej: Ein Soldat der Roten Armee hisst die rote Fahne auf dem Reichstag, ein nachgestelltes Foto von höchster Symbolkraft. Ein Versprechen, zuvor in ungezählten Reden und auf vielen sowjetischen Plakaten und Flugblättern gegeben, ist nun erfüllt: Der Angreifer ist endgültig besiegt!

Über mehr als vierzig Jahre bestimmten dieses und ähnliche Fotos die öffentliche Meinung der Sowjetunion im Hinblick auf den Krieg und das Kriegsende. Der gefangene Rot-

armist hatte in diesem Bilderkanon keinen Platz. Von Stalin als «Verräter» und «Feigling» abgestempelt, blieb er gesellschaftlich geächtet. Ideologisch gewollt war der heroische Kämpfer für «Mutter Heimat», nicht die gequälte, leidende Kreatur, von einer unfähigen Führung dem Feind ausgeliefert.

Anders die Situation in der Bundesrepublik Deutschland: Für die Heroisierung des Krieges, den Deutschland begonnen und mit dem Ziel geführt hatte, den Osten zu unterwerfen, zu vernichten und auszubeuten, war selbst in der Zeit des Kalten Krieges kein Platz in der politischen Öffentlichkeit. Die Bilder des Krieges traten in den Hintergrund, sie verblassten hinter den Fotos jubelnder oder verzweifelter Angehöriger, die das Eintreffen der Heimkehrerzüge erwarteten. Die Bilder der Kriegsgefangenschaft verbreiteten sich über populäre Literatur, aber auch über zeitgenössische Spielfilme. Die «Täter», die 1941 mit drei Millionen Mann zum Angriff angetreten waren, mutierten gleichsam kollektiv zu «Opfern». Tatsächlich bestimmten die Stereotypen der fünfziger Jahre vielfach bis in die Gegenwart unser Bild von der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion: Kälte, Hunger, Bleibergwerk – nur drei von vielen Klischees, die ihre positive Seite beispielsweise im Bild der fürsorglichen russischen Lagerärztin fanden.

Welches Bild der Kriegsgefangenschaft zeichnet nun die Ausstellung «Kriegsgefangene – Wojennoplennyje»? Auch sie beginnt mit dem Krieg als konstitutivem Element der Kriegsgefangenschafts-Erfahrung. In einem abge-

dunkelten Raum stimmen Fotografien und Plakate von grosser Ausdrucks- und Symbolkraft auf das Thema ein und machen die Grundkonstellationen des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion deutlich. Indem die Ausstellung im weiteren Verlauf jedoch neben dem gefangenen deutschen Soldaten den als «Untermenschen» diffamierten Rotarmisten ins Blickfeld rückt, will sie falschen Heroismus und deutsche Selbstbespiegelung vermeiden.

Wenn dabei vereinzelt der Eindruck der Gleichartigkeit von Phänomenen entsteht, so ist dies nicht gänzlich ungewollt: Gefangenschaft unter dem Vorzeichen zweier Diktaturen weist zwangsläufig Parallelen auf. In der Gegenüberstellung sollen die Kontraste besonders deutlich werden. Tatsächlich hat es auf der sowjetischen Seite nicht diese systematisch institutionelle Gleichgültigkeit gegenüber den gefangenen Deutschen gegeben, wie sie Millionen sowjetischer Soldaten in der ersten Phase des Krieges begegnet ist. Wo sich auf der deutschen Seite die Ideologie nicht nur humanitären Erwägungen, sondern auch zweckrationalen Überlegungen in den Weg stellte, herrschte auf der sowjetischen Seite – sieht man von bestimmten Ausnahmesituationen im Kriegsverlauf und der nicht nur kriegsbedingten Mangelwirtschaft ab – nach 1945 das klare Kalkül, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu beschaffen. Dabei wurde sogar in Kauf genommen, dass die Versorgung der Kriegsgefangenenlager in stark vom Krieg betroffenen Regionen zeitweise über dem Niveau der örtlichen Zivilbevölkerung lag.

Schon Helmut Gollwitzer hatte 1951 vor vorschnellen Generalisierungen im Hinblick auf die Verhältnisse in der Sowjetunion und ihren Lagern gewarnt. Tatsächlich gibt es kein einheitliches, geschlossenes Bild der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion. In diesem Sinne muss sich eine Ausstellung, die nicht nur erinnern, sondern auch aufklären will und der Verständigung verpflichtet ist, um ein Gestaltungskonzept bemühen, das dem Besucher nicht einfach eine nachgebaute, ty-

pische Lagersituation anbietet, die vielleicht die Erlebniswelten des Zeitgenossen noch anzusprechen vermag, für die nachgewachsenen Generationen aber häufig kaum mehr als eine leblose Kulisse darstellen würde.

Drei Grundelemente

Claus-Peter Gross aus Berlin, der Gestalter der Ausstellung, entwirft daher auf mehr als 600 Quadratmetern der Wechselausstellungshalle im Haus der Geschichte kein naturalistisches Szenario eines Lagers, sondern gibt die Lagersituation in der Gestaltung nur symbolhaft und andeutungsweise wieder. Zu berücksichtigen war auch, dass die Ausstellung an anderen Orten in Deutschland und in Russland gezeigt werden soll. Sein Konzept gibt drei Grundelemente vor:

Ein stilisierter Lagerzaun umfasst die Ausstellung. Er besteht aus stoffbespannten Raumtrennelementen, die durch Stützen mit Auslegern stabilisiert werden. Die blau eingefärbten Stoffbahnen zwischen den nicht aus Holz, sondern aus Aluminium gearbeiteten Standpfählen, tragen mehrzeilige zweisprachige Textaufdrucke. «Wortfetzen» in Deutsch und Russisch, die assoziativ Wahrnehmungen, Empfindungen, Hoffnungen und Erwartungen der Gefangenen andeuten oder auch nur die Lagersprache wiedergeben, übernehmen die Funktion des Stacheldrahtes.

Ein etwa fünf Meter hoher angedeuteter Wachturm befindet sich im hinteren Teil des Ausstellungsraumes. Neben seiner Funktion als visueller Fixpunkt ist ihm noch eine weitere Aufgabe zugewiesen. Diaprojektoren werfen von seiner Plattform auf vier von der Decke abgehängte Leinwände «Bilder», die den Kriegsgefangenen als Individuum herausstellen. Gezeigt werden Bilder von Menschen, die sich trotz unterschiedlicher Nationalität, unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher körperlicher und psychischer

Verfassung vor dem Hintergrund der Entbehrungen im Lager, in ihrem äusseren Erscheinungsbild ähnlich geworden sind. Sie konterkarieren so die heroisierenden oder extrem diffamierenden Menschenbilder der Kriegsparteien.

Ausstellungsmodule aus Holz sind zentrale Elemente für die Präsentation der Objekte: In abstrahierter Form greifen sie die Idee von Militärtransportkisten auf, für den deutschen und den russischen Ausstellungsbereich jeweils in unterschiedlichen Farben gestaltet. Die Module sind Ausstellungsträger und Verpackungskisten zugleich. Die strenge Form der Module bestimmt auch den Grundriss der Ausstellung. Der rechte Winkel dominiert. Weiche, runde, fließende Formen gibt es nicht.

Verdrängte Schicksale

Die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen endete keineswegs nach ihrer Repatriierung in die Heimat: Nachdem sie die Filtrierlager in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands durchlaufen hatten, trennten sich ihre Wege. Ein breites Spektrum von Repressalien setzte ein, das von erneutem Dienst in der Roten Armee – möglicherweise in einem Bewährungsbataillon – über Lagerhaft bis hin zur Todesstrafe reichte. Selbst nach der Entlassung nach Hause hielt die Überwachung durch die Sicherheitsorgane und die gesellschaftliche Ächtung an. Daran änderte eine Amnestie nach Stalins Tod nur wenig, zumindest bedeutete sie für viele Gefangene das Ende der Lagerhaft. Für die Ausstellung bedeutet dies, dass beispielsweise gegenständliche Objekte, aber auch Fotos oder Dokumente – und seien sie noch so unscheinbar –, die sowjetische Kriegsgefangene durch die Kontrollen der Filtrierlager nach Hause retten konnten, zu den grossen Raritäten gehören.

Die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland hatten in ihrer Heimat bis

zur Gründung eines Kriegsgefangenenkomitees im Kriegsveteranenverband 1991 keine Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen. Auch in Deutschland wurden sie vergessen, ihr Schicksal verdrängt. In den fünfziger Jahren interessierte die westdeutsche Öffentlichkeit vor allem die Zahl und der Verbleib der letzten deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. In der Ausstellung, die Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR voneinander getrennt präsentiert, dominieren nunmehr die Bilder des Kalten Krieges, in dem die DDR in der Kriegsgefangenenfrage die sowjetische Argumentation übernimmt. So stehen auch die beiden letzten grösseren Entlassungswellen der Jahre 1953 und 1955/56 jeweils im Zeichen der unterschiedlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR zur Sowjetunion.

Was die allmähliche Stalinisierung der SBZ/DDR seit 1947 für die heimkehrenden Gefangenen bedeutete, berichtet Helmut Gollwitzer, der 1949 mit einem Transport in Frankfurt/Oder eintrifft und dort von jenen Aufschriften, Plakaten und Transparenten begrüsst wird, die ihm bereits aus dem Lager bekannt sind: Grüsse an den «grossen Stalin», an die Sowjetunion, das «Bollwerk des Friedens», und an «die demokratischen Kräfte in aller Welt». «Der Anblick», so Gollwitzer, «bewirkte unvermittelt eine spürbare Scheidung unter uns selbst: die in der Ostzone Beheimateten wurden schweigsam und erkannten, dass sie nur einen engeren Stacheldraht mit einem weiteren vertauscht hatten; beneidend schauten sie auf uns, die wir weiter nach Westen führen, und uns war beim Abschied von ihnen wieder, als ob wir Kameraden in der Gefangenschaft zurückliessen.»

Erinnerungen wie diese von Helmut Gollwitzer aus dem grossen Fundus der Erinnerungsliteratur helfen, einen konkreten, persönlichen Zugang zum Thema zu finden: Jedes Massenphänomen – und damit auch die kollektive Erfahrung von Millionen deut-

schen und sowjetischen Soldaten – bedarf der Veranschaulichung am konkreten Beispiel. In ihrem chronologischen Aufbau orientiert sich die Ausstellung insgesamt am Weg eines Gefangenen von seiner Ergreifung bis zu seiner Heimkehr – auch wenn Millionen Gefangene des Zweiten Weltkriegs in den Lagern starben. In diese Grundstruktur hinein legt die Ausstellung gleichsam eine «biographische Spur»: An mehreren, zentral im Besucherweg gelegenen Stellen werden auf Monitoren Interviews mit ehemaligen deutschen und sowjetischen Kriegsgefangenen eingeblendet. Bewusst wurden keine prominenten Namen ausgewählt. Am Ende der Ausstellung werden zwei der Interviewten in einem Filmbeitrag zusammengeführt, um vor dem Hintergrund der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit

über Möglichkeiten einer Aussöhnung und Verständigung in der Zukunft zu sprechen.

1981 führten Heinrich Böll und Lew Kopelew ein beeindruckendes Gespräch über die Frage «Warum haben wir aufeinander geschossen?». Die Ausstellung zeigt am Beispiel der Kriegsgefangenen beider Seiten, wie auch nach dem Ende des «heissen Krieges» dessen schreckliches Erbe nicht nur die Betroffenen belastete. Die Bilder von Krieg und Gefangenschaft blieben über Jahrzehnte wirkungsmächtig und vergifteten die Beziehungen zwischen Menschen und Staaten. Um so notwendiger ist es heute, da die europäischen Staaten ihre Beziehungen neu ordnen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft nur durch Versöhnung und Verständigung überwunden werden können.

Krieg und Propaganda

Der rassenideologische Vernichtungskrieg

Planungen und Durchführung des «Unternehmens Barbarossa»

Jost Dülffer

Am Vormittag des 22. Juni 1941 traten über drei Millionen deutsche Soldaten, dazu zwei Drittel der deutschen Luftwaffe zum Angriff auf die Sowjetunion an. Es war das grösste personelle und materielle Aufgebot, das es jemals in der deutschen Militärgeschichte gegeben hatte. Knapp zwei Jahre zuvor hatten das Deutsche Reich und die Sowjetunion am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt, den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, geschlossen. Dieser erleichterte den deutschen Überfall auf Polen und damit den Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939.

Die Wehrmacht griff an auf einer Linie, die vom Nordkap über Memel, westlich von Grodno, dann nach Brest-Litowsk bis östlich der slowakischen Grenze reichte. Finnland und Rumänien wurden als Bundesgenossen akzeptiert, dazu ungarische Einheiten, denen sich später Kontingente anderer westeuropäischer Staaten, vor allem Italiens, Spaniens, aber auch Freiwillige anderer Länder anschlossen. Der Aufmarsch aus Ostpolen war durch den deutschen Sieg über Polen möglich geworden, aber auch durch den deutsch – sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, in welchem die geplante Gebietsaufteilung zwischen beiden Staaten aus dem vorangegangenen Abkommen vom August modifiziert wurde: Neben Estland und Lettland wurde Litauen zu der sowjetischen Interessensphäre gerechnet, dazu Finnland und Bessarabien. Das Deutsche Reich erhielt polnische Gebiete nicht nur bis zur Weichsel bei Warschau, sondern bis Brest-Litowsk am Bug.



Wie war es zu diesem Bündnis der bisherigen Todfeinde gekommen? Dies ist eine historische Frage, deren korrekte Beantwortung bis heute nichts an politischer Brisanz für das deutsch-russische Verhältnis, für die Grundlagen des wechselseitigen Verständnisses eingebüsst hat. Jede einsträngige Antwort würde die komplexe historische Problematik verfehlen. Zunächst einmal war das Bündnis der Diktatoren Hitler und Stalin vom August 1939 selbst eine Umkehr bisheriger Orientierungen und somit für die gesamte Welt ein sensationelles Ereignis gewesen, das alle Erwartungen und Begründungen ideologischer Todfeindschaft von Nationalsozialismus und Bolschewismus Lügen strafte. Denn seit den frühen zwanziger Jahren hatte der damals noch weitgehend unbekannte Rechtsradikale Adolf Hitler eine völlige Umkehr der bisherigen deutschen Aussenpolitik gefordert. Er entwickelte ein Konzept, nach dem die Deut-

3,2 Millionen deutsche Soldaten greifen die Sowjetunion an. Die Hauptlast der schweren Kämpfe tragen die Infanteriedivisionen.

schen im scheinbar unumgänglichen Kampf ums Dasein einen neuen Weltkrieg nicht nur gewinnen, sondern um besserer Ziele wegen führen mussten.

Kriegsziel: Lebensraum

Im Mittelpunkt dieser Theorien stand der Gedanke an einen Lebensraum im Osten für das deutsche Volk. Im Zuge einer Abschottung von Grossräumen, die sich wirtschaftlich selbst versorgen sollten ohne den Austausch mit dem Weltmarkt – also autark waren – sollten die Deutschen durch Eroberung neuer agrarischer und industrieller Rohstoffe und damit auch Siedlungsgebiete die angebliche geographische Enge Mitteleuropas ein für allemal überwinden. Krieg war das Mittel für den Erwerb des Lebensraums, er war aber zugleich ein Zwischenziel für die Kriegführung im Kampf der Kontinente untereinander.

Hitler war davon überzeugt, dass das bolschewistische System eine Form jüdischer Herrschaft auf dem Wege zur inneren und äusseren «Zersetzung» der Welt bedeutete. Hitler – aber nicht er allein – sah alles unter rassistischen Prämissen, so auch den Kampf gegen das Judentum, der alle Bereiche der Politik bestimmte. Demgemäss mussten die Juden mit allen Mitteln – den Tod eingeschlossen – entfernt werden, zumal auf diese Weise neuer Siedlungsraum geschaffen werden konnte.

Mit der konkreten Situation internationaler Politik der dreissiger Jahre hatte dies auch nach Einrichtung nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland wenig zu tun und wurde daher von den traditionellen Eliten in Militär, Diplomatie und Bürokratie kaum ernstgenommen. Aber Hitler und mit ihm Aussenminister Joachim von Ribbentrop gingen den Umweg über den Hitler-Stalin-Pakt sehr bewusst gegen alle ideologischen Prägnungen, nicht nur um den militärischen Sieg

über Polen ohne drohenden Zweifrontenkrieg abzusichern, sondern auch, um den Rücken freizuhaben für die nachfolgenden Besetzungen von Dänemark, Norwegen, Luxemburg, Belgien, die Niederlande und Frankreich. Im Windschatten dieser deutschen Expansion im Westen erpresste die Sowjetunion nach der Eroberung der polnischen Gebiete im September 1939 die ihr von den Deutschen zugestandene Herrschaft im westlichen Vorfeld, also im Baltikum und Bessarabien.

Aber auf diese sowjetische Machterweiterung nahm Hitler keinen Bezug, als er bereits im Juni 1940 einen Angriff auf die Sowjetunion noch im selben Jahr anordnete, den im Übrigen auch die Militärs schon einmal durchplanten. Das erwies sich angesichts des vom Westkrieg erschöpften Heeres als unmöglich, und so wurde erst am 18. Dezember 1940 die Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht Nr. 21 mit dem Decknamen «Barbarossa» erlassen. Ab dem 15. Mai 1941 sollte es möglich sein, «Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen». Dass dies machbar war, zweifelte in der Führungsschicht niemand an: zu ausgeprägt waren die Vorurteile über die rassistisch und politisch als minderwertig angesehene bolschewistische Führung und ihr System, die sich nach den Stalinschen Säuberungen der dreissiger Jahre verstärkt hatten.

Ein weiteres Motiv für den Krieg, besonders für einen kurzen Krieg und raschen Sieg kam hinzu. Grossbritannien war auch nach der Vertreibung vom Kontinent und deutschen Luftbombardements britischer Städte nicht wie erwartet oder erhofft bereit, die deutsche Kontinentalherrschaft in einem Friedensschluss zu sanktionieren. In Hitlers Vorstellungen würde erst der Sieg über die Sowjetunion den Briten den letzten «Festlanddegen» nehmen, zugleich aber auch den USA, die immer deutlicher die Briten materiell unterstützten, von einer Intervention in Europa abhalten. Gerade deswegen wurde bereits

vor dem Beginn des Krieges, am 11. Juni 1941, Weisung Nr. 32 erlassen, die für den Winter 1941/42 die Zerschlagung der britischen Nahoststellung vorsah. Das sollte von Nordafrika, dem Balkan und vom Kaukasus aus geschehen. Es wird deutlich, wie sehr der zukünftige Kampf gegen die angelsächsischen Seemächte Hitler bereits 1940/41 in einen Zugzwang versetzte. Es ging also, wie es der Historiker Andreas Hillgruber formulierte, zugleich um «Programm und Weltkriegsstrategie» – nicht nur um die Alternative zwischen Rassenideologie und militärischen Planungen.

Bis in die Gegenwart hinein wird immer wieder behauptet, es habe sich um einen deutschen Präventivkrieg gehandelt. Der Begriff selbst ist schillernd, umfasst eine subjektive und objektive Seite. Aus der Sicht Hitlers wie auch Stalins wird man kaum annehmen können, dass einer der Diktatoren auf lange Sicht an eine Koexistenz der nach wie vor antagonistischen Systeme glaubte, zumal sich Hitler einen Bündniswechsel Stalins zu den Briten und einen nachfolgenden Krieg gegen das Deutsche Reich sehr wohl vorstellen konnte. Aber für 1940 ebenso wie für 1941 spielte diese Sorge um einen Bündniswechsel der Sowjetunion keine Rolle. Alle deutschen Angriffspläne beriefen sich nicht darauf. Keine interne Überlegung, die wir kennen, sprach davon, man müsse gegnerischen Angriffsplänen zuvorkommen. Auch auf aussenpolitischer Ebene wurde die sowjetische Machtausdehnung 1940/41 nicht als bedrohlich oder gar als Kriegs Anlass angesehen. Objektiv, nach heutiger Kenntnis der sowjetischen Absichten, gab es in der Tat einen Aufmarschplan vom Mai 1941. Aber es spricht nichts dafür, dass dahinter mehr als eine routinemässige Massnahme militärischer Planung steckte. Im Gegenteil: in den letzten Monaten vor dem deutschen Angriff verstärkte die Sowjetunion ihre Wirtschaftslieferungen an das Deutsche Reich noch einmal beträchtlich.

Von einem Präventivkrieg sprach Hitler erst indirekt in seiner Proklamation an die Deutschen vom 22. Juni 1941: «Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.» Überraschend deutlich tritt hier offen die Funktion des Ostkrieges für den Krieg gegen die angelsächsischen Mächte hervor, aber auch die antijüdische Stossrichtung im subjektiven Verständnis für den Krieg insgesamt. Für Hitler bedeutete der Angriff auf die Sowjetunion also einen Präventivkrieg gegen die Koalition USA, Grossbritannien und Sowjetunion, die sich angeblich unter jüdischem Vorzeichen zusammenschliessen würden. So absurd letzteres dem rückblickenden Beobachter auch erscheint – Hitler nahm damit exakt die seit Ende 1941 zustande kommende Weltkriegskonstellation voraus. Sie war zwar weitgehend von der deutschen Politik provoziert worden, doch Hitler hatte den Kriegseintritt der USA möglichst lange vermeiden wollen – jedenfalls zuvor den Sieg über die Sowjetunion erhofft.

Führung von Partei und Wehrmacht erwarten ein rasches Ende des Krieges an der Ostfront. Alle verfügbaren Verbände werden für den «Fall Barbarossa» mobilisiert.

Weisung Nr. 21
Fall Barbarossa

Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen. Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Erdoperation gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, dass der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muss und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen...

(Unterschrift): Adolf Hitler

Freibrief für Massenmord

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion war nicht allein eine militärstrategische Aktion. Bereits in den Monaten vor dem Angriff war ein beispielloser rassenideologischer Vernichtungs- und Ausbeutungskrieg geplant worden. Wohl gemerkt, auch dies konnte und sollte nicht als Reaktion auf aktuelle Politik anderer Staaten oder Völker gelten, sondern er ergab sich aus der universalen Rassenideologie und der nationalsozialistischen Ideologie vom bolschewistischen Untermenschen. Nicht nur die nationalsozialistische Führung, auch die Wehrmacht, die mehr und mehr ein funktionaler Teil des Regimes wurde, erwartete einen schnellen Zusammenbruch der Roten Armee und damit der Sowjetunion binnen Monaten und darauffolgend eine politische Umgestaltung des neuen Ostraums nach ihren Vorstellungen.

Am 30. März 1941 hielt Hitler vor über 200 höchsten Wehrmachtbefehlshabern eine Rede, in welcher er Bolschewismus mit «asozialem Verbrechertum» gleichsetzte und von einem «Vernichtungskampf» gegen «Kommissare und GPU-Leute» sprach, die alle Verbrecher seien. Die Wehrmacht setzte dies in einer Reihe von verbrecherischen Befehlen um, die unter anderem die Erschiessung von Kommissaren der Roten Armee anordneten, aber auch die Aussetzung der Verfolgung von Straftaten gegen sowjetische Zivilisten vorsahen: insgesamt ein Freibrief also für kriminelle Akte von Wehrmachtssoldaten. Ein Kreis von Staatssekretären deutscher Ministerien beschloss ebenfalls bereits vor dem Krieg gegen die Sowjetunion, am 2. Mai 1941, die Wehrmacht müsse sich vom dritten Kriegsjahr an aus dem Ostraum ernähren. Grosse Mengen an Lebensmitteln seien ins Reich zu transportieren und erst danach komme die Ernährung der sowjetischen Bevölkerung, von denen zweifellos «zig Millionen» verhungern würden. Schliesslich wurde ein «Generalplan Ost» entworfen und bis

1944 fortgeschrieben, der die Ansiedlung von bis zu 45 Millionen arischer Menschen im Osten vorsah. Für den Plan galt, so Staatssekretär Herbert Backe im Mai 1941: «Viele zehn Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien ausweichen müssen.»

Alle diese Planungen wurden mit und seit dem deutschen Angriff vom Juni 1941 umzusetzen gesucht. Nur eines klappte nicht wie geplant: Die Rote Armee wurde nicht geschlagen, das Sowjetsystem brach nicht, wie so leichtfertig angenommen wurde, sondern konsolidierte sich. Ab Ende 1941 ging die Rote Armee zu regionalen, ab 1942 zu grösseren Vorstössen, ab 1943 zu entschiedenen Gegenoffensiven über. Erst die militärischen Erfolge der Roten Armee waren Anlass für eine weitangelegte Propaganda, die den europäischen «Kreuzzug» gegen den Bolschewismus verkündete.

Ursprünglich sollte der schnelle Sieg im weltgeschichtlichen Kampf allein den Deutschen vergönnt sein. Zwar glaubten Hitler und höchste Militärs anfangs, den Krieg bereits binnen acht Wochen gewonnen zu haben, aber spätestens nach dem Steckenbleiben des deutschen Angriffs vor Moskau seit Oktober 1941 und in dem darauffolgenden Winter war klar, dass der Krieg sich gewendet hatte: Über ein Drittel des deutschen Heeres war zerschlagen. Es gab ab 1942 nicht mehr die Möglichkeit, eine personell oder materiell ähnlich gut ausgerüstete Truppe wieder zum Kampf zu stellen. Dies gilt trotz der raumgreifenden Vorstösse im Jahr 1942 bis zum Kaukasus und bis nach Stalingrad, trotz aller neuer Offensivanstrengungen 1943.

Was allerdings begonnen wurde, war der Vernichtungskrieg. Hinter der Wehrmacht zogen mobile «Einsatzgruppen» des Sicherheitsdienstes ein, 3.000 Männer, die sogleich mit dem Massenmord begannen.

Er betraf die Juden, offiziell die Männer zunächst, richtete sich aber auch gegen all die Menschen, die von den Nationalsozialisten als jüdisch-bolschewistische Oberschicht bezeichnet wurden. Auch die Wehrmacht selbst beschränkte sich nicht nur auf die Zusammenarbeit und Unterstützung dieser Mordkommandos oder anderer gesonderter Polizeitruppen, sondern sie war vielfach selbst aktiv an den Aktionen bei der Eroberung von Städten und Gemeinden und vor allem im Hinterland beteiligt. Die durch deutsche Vernichtungs- und Ausrottungspolitik erst verstärkte Partisanentätigkeit auf dem Gebiet der Sowjetunion bekräftigte ihrerseits wieder die Mord- und Rachebereitschaft gegen «Bandenunwesen», wie man jeglichen Widerstand gegen die Deutschen bezeichnete. Demgemäß wurde nicht nur die Kriegführung an der Front, sondern auch die Befriedung im Hinterland gegen jeden Widerstand – sei er objektiv vorhanden gewesen oder nur subjektiv so empfunden worden – mit aller Härte betrieben.

Die «Endlösung» der Judenfrage und die Bekämpfung des vermeintlichen «jüdischen Bolschewismus» waren zwar nicht identische Ziele, gingen aber im Krieg gegen die Sowjetunion eine enge Verbindung ein – bis hin zu den mit industriellen Mitteln betriebenen Vernichtungslagern. Denn auch während diese Lager betrieben wurden, fand der gezielte Massenmord auch an vielen Orten des vormals sowjetischen Territoriums statt. Die Behandlung der millionenfach gemachten Kriegsgefangenen, deren «Anfall» ja erwartet, aber nicht vorbereitet war, gehörte ebenfalls hierzu: Zwangsmärsche, Hunger und Kälte in den Auffanglagern trugen zum millionenfachen Tod bei. Ebenso wie die Massnahmen aktiven Mordes war es die passive Verweigerung von Lebensmöglichkeiten ganzer Bevölkerungsgruppen oder von deren Teilen in den besetzten Gebieten.

Chefsache!
Nur durch Offizier!
(Stempel)

Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muß sich bewußt sein:

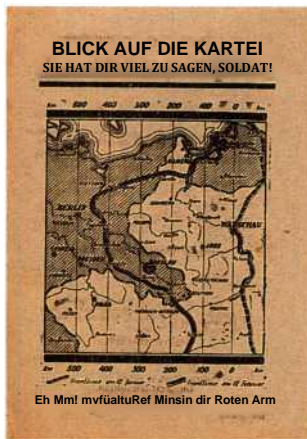
- 1.) In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.**
- 2.) Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen dies muß daher sofort und ohne Weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.**

Sie sind daher, wenn im Kampfe oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen...

Fehlkalkulation: Ausbeutung

Was vor allem nicht wie erwartet klappte, war die wirtschaftliche Ausplünderung. Ebenso wie es naiv war, einen schnellen politisch-militärischen Zusammenbruch des Systems nach ersten Kämpfen zu erwarten, so war es auch leichtfertig anzunehmen, dass die bisherige landwirtschaftliche und industrielle Produktion auf sowjetischem Territorium bald in voller Höhe zur deutschen Ausbeutung und damit Kriegführung zur Verfügung stehen könnten. Nicht nur, dass die Kämpfe andauerten und dabei Produktionsstätten oder Anbauflächen zerstört wurden, auch die sowjetische «Politik verbrannter Erde», nämlich die Vernichtung von Ressourcen vor dem andrängenden Feind, machte es den Deutschen nicht leicht.

Ein «Freibrief» für Gewalt gegen sowjetische Soldaten und Zivilisten: Der sogenannte «Kommissarbefehl» ist ein Dokument der nationalsozialistischen Rassenideologie.



Zeichen der Siegesgewissheit der Roten Armee ab 1943: Sowjetische Flugblätter klären deutsche Soldaten über die Verschiebung der Front auf.

Dennoch gelang der Abtransport von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen aus der Sowjetunion bis Ende 1943 in grossem, wenn auch nicht erwartetem Umfang. Der Feldzugplan für 1942 war von Hitler nicht zuletzt in Erwartung wirtschaftlicher Erfolge mit einem Schwerpunkt nach Südosten gerichtet worden. Das Getreide aus der Ukraine wurde ebenso wie die Manganolieferungen ein bedeutender Faktor für die deutsche Kriegswirtschaft. Von den im Sommer 1942 anvisierten Erdölzentren im Kaukasus Maikop, Grosnyi und Baku wurde lediglich ersteres zeitweilig erobert und brachte trotz des grossen Materialaufwandes kurzfristig nur eine Erzeugung von täglich sieben Tonnen Rohöl – noch im Frühjahr 1942 hatte man 3,5 Millionen Tonnen jährlich erwartet. Kohle im Donezbecken und Eisenerz bei Kriwoji-Rog wurde ab 1942 wieder gefördert, jedoch viel weniger als man zu Sowjetzeiten vor dem Krieg dort produziert hatte. Das Vierfache der unter deutscher Regie erzielten Steinkohleförderung im Donezbecken wurde in der gleichen Zeit aus dem Reich nach Russland geliefert. Das ergab sich sowohl aus der Zerstörung der Anlagen wie aus der kurzen deutschen Besatzungszeit.

Ebenso war es mit der Ansiedlung von Deutschen nicht weit her. Nicht nur, dass sich für das angebliche Volk ohne Raum kaum genügend Deutsche zur Ansiedlung in einem vom bisherigen Volk entleerten Raum fanden, auch das Wehrbauern- und Städtekonzept in den bereits eroberten und eingerichteten Reichskommissariaten Ostland und Ukraine, erst recht in den nicht zustande gekommenen Reichskommissariaten Moskau und Kaukasien, blieb auf wenige Mustersiedlungen beschränkt. Es wäre verfehlt, diese Planungen vornehmlich als Hirngespinnst anzusehen. Der deutsch-sowjetische Krieg war zu einem wesentlichen Teil wegen dieser Absichten und Erwartungen begonnen worden, und er

wurde auch ihretwegen weitergeführt. Die für den «germanischen Siedlungsraum» zu gestaltenden Vorhaben blieben in der Tat grösstenteils auf dem Papier stehen, aber begonnen wurden sie doch, soweit die Kriegslage es erlaubte. Andererseits – und das ist historisch bedeutender – wurden die völkermordenden Aktionen sogleich und mit grösster Energie ins Werk gesetzt.

Sie waren von Anfang an kein Teil herkömmlicher Kriegführung, wie man sie sonst im Ersten Weltkrieg und noch im Zweiten Weltkrieg an anderen Fronten in Westeuropa praktizierte, die mit Brechung militärischer Widerstandskraft des Gegners zu tun hat.

Sie waren vielmehr einerseits Ausdruck spontaner Aktionen, andererseits Teil eines viel weiter reichenden Konzepts zur Eliminierung der «bolschewistisch-jüdischen» Oberschicht, der Versklavung der östlichen Bevölkerung, die man eher als «slawische Untermenschen» ansah.

Militärisch gesehen bildete der deutsch-sowjetische Krieg die entscheidende Front: Indem sich die Sowjetunion gegen den deutschen Überfall zunächst allein behauptete, brachte sie in der Tat, wie von Hitler befürchtet, auch die angelsächsischen Mächte in eine günstige Position zur Ausweitung und Fortführung des Weltkrieges. Dieser Krieg schwächte die deutsche Wehrmacht in entscheidendem Masse, so dass der Sieg der Anti-Hitler-Koalition in Europa vor allem durch die Selbstbehauptung der Sowjetunion möglich wurde. Die entscheidende Front blieb der Krieg im Osten, aber auch, weil er sich der rassenideologischen Vernichtung durch die Deutschen annahm. Mit dem Krieg im Osten hing die Ermordung der europäischen Juden eng zusammen. Er sollte auch heute im Gedächtnis bleiben und er wird dies weiter tun müssen, denn nur auf Erinnerung kann Verstehen und Verständigung aufbauen.

Der Grosse Vaterländische Krieg

Vom Hitler-Stalin-Pakt zur Anti-Hitler-Koalition Die Sowjetunion 1935 bis 1945

Pawel Knischewskij

Am frühen Morgen des 22. Juni 1941 drangen die Streitkräfte der Wehrmacht ohne Kriegserklärung in das Gebiet der Sowjetunion ein. Ein todbringendes Sturmfeuer ging auf viele schlafende Städte und Ortschaften, Stützpunkte und Gebiete nieder, in denen Streitkräfte der Roten Armee stationiert waren. Bomben fielen auf Verkehrswege, Militärflughäfen, Depots und Materiallager. Trotz der intensiven Verstärkung der Kampfkraft und der langen Kriegsvorbereitungen kam der Überfall Deutschlands auf die UdSSR für die sowjetische Regierung – und noch mehr für das Volk – völlig unerwartet.

Noch kurz zuvor galten Hitler und Stalin als treue politische Verbündete und verlässliche

Wirtschaftspartner. Sowohl der eine als auch der andere schmiedete vertraulich Pläne für einen Angriff auf die Länder Osteuropas. Der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts am 23. August 1939, der auf Initiative der deutschen nationalsozialistischen Regierung abgeschlossen worden war, diente den Grossmachtbestrebungen beider Seiten als Ausgangspunkt. Der Vertrag erleichterte Hitler den Überfall auf Polen, der am 1. September 1939 stattfand und mit der Besetzung und Zerstörung des polnischen Staates endete. Mit Deutschlands Einverständnis marschierte die Sowjetunion am 17. September 1939 mit ihren Streitkräften in den östlichen Teil Polens ein und schloss dieses Gebiet der UdSSR an.



*Von deutschen Panzern umstellt:
Rotarmisten ergeben sich entgegen
einem Befehl Stalins der Übermacht
des Feindes.*

In seiner Rundfunkrede beschwört Stalin die heldenhafte Überlegenheit des sowjetischen Volkes im Kampf gegen den deutschen Faschismus.



Rundfunkrede Stalins vom 3.7.1941.

**Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern!
Kämpfer unserer Armee und Flotte!**

Ich wende mich an euch, meine Freunde!

Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni begonnene treubruchige kriegerische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, dass die Divisionen des Feindes und die besten Einhei-

Gemäss dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939, das durch ein anderes Geheimprotokoll des Bündnisvertrages vom 28. September 1939 geändert und ergänzt worden war, wurde nicht nur Polen zwischen Deutschland und der UdSSR aufgeteilt. Die Sowjetunion erhielt ausserdem noch die drei baltischen Staaten sowie Finnland und Bessarabien. Am letzten Tag im November 1939 erklärte die UdSSR Finnland den Krieg. 1940 annektierte sie Litauen, Lettland, Estland und danach Bessarabien. Aber unter dem Deckmantel der deutsch-sowjetischen Verträge und Vertrauensäusserungen reiften auch geheime Pläne für eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden Diktaturen. Hitler kam Stalin zuvor und überlistete ihn in seinen Hofhungen und militärpolitischen Absichten.

Der Beginn des Krieges erwies sich für die Sowjetunion als tragisch. Die zeitlich und in ihrer Stärke unerwarteten Angriffe der deutschen Truppen durchbrachen leicht die unvorbereitete sowjetische Verteidigung am Grenzstreifen. Verbände der Wehrmacht

ten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, sucht der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, weiter vorzudringen...

Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. Unsere Truppen schlagen sich heldenhaft mit einem Feind, der bis an die Zähne bewaffnet ist mit Tanks und Flugzeugen. Die Rote Armee und die Rote Flotte kämpfen unter Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten aufopferungsvoll um jeden Fussbreit Sowjetboden. In den Kampf treten die Hauptkräfte der Roten Armee ein, ausgerüstet mit tausenden Tanks und Flugzeugen.

Die Tapferkeit der Kämpfer der Roten Armee ist beispiellos. Unser aktiver Widerstand gegen den Feind wächst und erstarkt. Zusammen mit der Roten Armee erhebt sich das ganze Sowjetvolk zur Verteidigung seiner Heimat. Was ist erforderlich, um die Gefahr, die über unsere Heimat heraufgezogen ist, zu beseitigen, und welche Massnahmen müssen getroffen werden, um den Feind zu zerschmettern? Vor allem ist notwendig, dass unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, sich der ganzen Grösse der Gefahr bewusst werden, die unserem Lande droht, und Schluss machen mit der Gemütlichkeit, Sorglosigkeit und der Stimmung des friedlichen Aufbaus, die in der Vorkriegszeit durchaus be-

greiflich waren, in der gegenwärtigen Zeit aber, wo der Krieg die Lage von Grund aus verändert hat, verderblich sind...

Es geht also um Leben oder Tod des Sowjetstaates, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion; es geht darum, ob die Völker der Sowjetunion frei sein oder in Versklavung geraten sollen. Es ist notwendig, dass die Sowjetmenschen das verstehen und aufhören, sorglos zu sein, dass sie sich selbst mobilisieren und ihre ganze Arbeit auf neue Art, auf den Krieg umstellen, dass sie kein Erbarmen mit dem Feind kennen...

Alle Kräfte des Volkes – für die Zerschmetterung des Feindes!

Vorwärts, zum Sieg!

gehörige, die eingeschlossen worden waren, in Kriegsgefangenschaft.

Während der ersten Kriegstage befand sich die Führung der UdSSR in einem Zustand der Verwirrung. Ihre früheren Beteuerungen, den Feind im Falle eines Krieges mit wenig Blutvergiessen und auf fremdem Territorium zu schlagen, erwiesen sich als unhaltbar. Die Unentschlossenheit der sowjetischen Regierung und die nur beschränkte Weitergabe von Informationen in den knappen Berichten des sowjetischen Informationsbüros über den tatsächlichen Zustand an der Front säten oftmals Gerüchte, Verwirrung und Panik unter der Bevölkerung, den Kämpfern der Roten Armee und den örtlichen Verwaltungen. Erst am 3. Juli – 12 Tage nach Kriegsbeginn – wandte sich Stalin über das Radio an das Volk und gab endlich zu, dass die UdSSR in eine schreckliche Katastrophe geraten sei und dass es um Leben und Tod des sowjetischen Staates gehe. «Der Krieg mit dem faschistischen Deutschland ist kein gewöhnlicher Krieg», betonte Stalin in seiner Rede. «Es handelt sich hier nicht nur um einen Krieg zwischen zwei Armeen. Es handelt sich auch um einen grossen Krieg des ganzen sowjetischen Volkes gegen die deutsch-faschistischen Truppen. Das Ziel dieses vaterländischen Krieges des ganzen sowjetischen Volkes gegen die faschistischen Unterdrücker besteht nicht nur in der Beseitigung der Gefahr, die unserem Land droht, sondern auch darin, allen Völkern Europas zu helfen...» Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, dass aus Gründen der schnellen Mobilisierung aller Kräfte des Landes zur Abwehr des Feindes das Staatskomitee für Verteidigung, GKO, unter dem Vorsitz von Stalin gegründet wurde. In den Händen des GKO war die gesamte Macht im Staate konzentriert.



Auf einem Moskauer Bahnhof: Soldaten der Roten Armee auf dem Weg zur Front verabschieden sich von ihren Angehörigen.

Gemeinsam gegen den Aggressor

Der treffend gewählte politische und patriotische Akzent in der Ansprache an das Volk der UdSSR verfehlte seine Wirkung nicht. Das bewusste Erkennen der tödlichen Gefahr, der Glaube an die gerechten Zielsetzungen des Krieges und die Härte der staatlichen Führung rüttelten die Menschen auf und schlossen sie enger für ihre gemeinsame Sache zusammen. Die Zivilbevölkerung der UdSSR beteiligte sich aktiv an den Arbeiten für die Verteidigung im Frontstreifen und an der Evakuierung wichtiger Industrieobjekte hinter den Ural. Von Juli bis November 1941 arbeiteten etwa zehn Millionen Menschen an den Verteidigungslinien im Hinterland, 1.523 Industriebetriebe wurden in den Osten des Landes evakuiert. Die Mobilmachung für den Krieg wurde auf breiter Ebene betrieben. Bei den Einberufungsstellen für die Verschickung an die Front trafen ununterbrochen Wehrpflichtige, grösstenteils Freiwillige, ein. Bis zum 1. Dezember 1941 wurden 291 Divisionen und 94 Brigaden zusammengestellt und an die Front geschickt.

Der hartnäckige Widerstand gegen die Wehrmachtstruppen wurde nicht nur durch Überzeugung und bewusste Selbstaufopferung erreicht. Am 16. August 1941 gab das Haupt-

Bittere Niederlage: In der Schlacht um Stalingrad gerieten etwa 90.000 deutsche Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

quartier des Obersten Befehlshabers eine Weisung heraus, nach der alle Soldaten und Kommandeure der Roten Armee, die sich in Kriegsgefangenschaft ergaben oder die Kampfstätte verliessen und sich ins Hinterland begaben, als mutwillige Deserteure galten und zu vernichten seien, während ihre Familien zu verhaften und zur Zwangsarbeit zu verschicken seien. Die unheilsschwere Note dieser und ähnlicher Weisungen des Obersten Kommandos klangen in den ersten zwei Jahren des Krieges häufig in der Kampfordnung an. Jedoch konnte die nicht ausreichend bewaffnete Rote Armee den starken Gruppierungen der deutschen Streitkräfte nicht in gebotem Umfang Widerstand leisten. Im Sommer und Herbst 1941 verlor die UdSSR ein Gebiet, in dem vor dem Krieg etwa 42 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes lebte. Im Nordwesten geriet das grösste verwal-

tungspolitische, industrielle und kulturelle Zentrum der Sowjetunion unter Blockade – die Stadt Leningrad. Unmittelbare Bedrohung schwebte über der Hauptstadt des Landes – Moskau. Der Feind stand 30 Kilometer vor ihren Mauern.

Während der blutigen Kämpfe 1941 verlor die Rote Armee über eine Million Soldaten und Offiziere, die gefallen oder an ihren Verwundungen gestorben waren. Mehr als 3.500.000 sowjetische Armeemitglieder gerieten in Gefangenschaft. Unzählbar waren die materiellen Verluste. Dennoch konnten die durch die verlustreichen Kämpfe erschöpften deutschen Truppen ihre Endziele nicht erreichen. Der geplante Blitzkrieg scheiterte. Die Wehrmacht verlor an die 200.000 Mann, die gefallen oder verschollen waren, fast 500.000 deutsche Soldaten waren ver-





Das Leid der sowjetischen Bevölkerung ist unermesslich: Wie hier in Leningrad sind die Menschen Opfer von Belagerung, Bombardierung, Hunger und Kälte.

wundet worden. Die auf einen langen Krieg unter harten winterlichen Bedingungen nicht vorbereitete deutsche Armee konnte ihren Angriff auf der ganzen Frontlinie nicht fortsetzen.

In dieser Situation war es für die sowjetische Heeresleitung und Regierung politisch und strategisch wichtig, keinen weiteren Vorstoss des Feindes in das Innere des Landes zuzulassen und die Hauptstadt des Landes zu halten. Nachdem beachtliche Reserven zusammengezogen worden waren, gingen die sowjetischen Streitkräfte am 5. Dezember 1941 in Richtung Moskau zum Gegenangriff über, der grosse Verluste mit sich brachte und am 20. April 1942 mit dem Zerschlagen der Stosstruppen des Gegners endete. Die Verluste des Gegners beliefen sich auf 500.000 Mann, 1.300 Panzer, 2.500 Kanonen und mehr als 15.000 Fahrzeuge. Das war die erste grosse Niederlage der Wehrmacht in diesem Krieg. Der Sieg der Roten Armee bei Moskau leitete eine grundlegende Wende im Verlauf der Kampfhandlungen an der sowjetischdeutschen Front ein.

Wendepunkt Stalingrad

Bis zum Sommer 1942 gelang es den deutschen Truppen jedoch, frische Kräfte heranzuziehen und die sowjetische Verteidigung in südlicher Richtung zu durchbrechen. Dem deutschen Vormarsch ging der Zusammenbruch der Gegenoffensive eines starken Verbandes der Roten Armee bei Charkow voraus. Während dieser unglücklichen Operation wurden fast 250.000 sowjetische Soldaten und Offiziere eingekreist und gefangenegenommen. Nach erbitterten Kämpfen blieben beide Seiten im November 1942 im Gebiet der Wolgastadt Stalingrad und im Vorgebirge des Kaukasus stehen. Die rechtzeitige Konzentration starker Stosstruppen der Roten Armee in Richtung Stalingrad und die Ausdehnung der in langen Kämpfen zermürbten deutschen Verbände und Truppenteile ermöglichte es den sowjetischen Streitkräften, erfolgreich ihre Gegenoffensive zu führen. In den Kämpfen vom 19. November 1942 bis zum 2. Februar 1943 wurde die 6. deutsche Armee unter dem Kommando des Generalfeldmarschalls Paulus geschlagen, etwa

*Im Rücken der deutschen Front:
Ideologisch geschulte sowjetische
Partisaneneinheiten werden zu ei-
nem unberechenbaren und
gefährlichen Gegner.*



90.000 deutsche Soldaten und Offiziere gerieten in Gefangenschaft. Nach der Schlacht bei Stalingrad ging die strategisch-militärische Initiative endgültig an die Rote Armee über. Im Sommer 1943 scheiterte der letzte Versuch der Leitung der Wehrmacht, die Situation an der sowjetisch-deutschen Front zu ändern. Während der erbitterten Kämpfe bei Kursk, in denen beide Seiten eine gewaltige Anzahl von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen einsetzten, erlitten die deutschen Streitkräfte eine Niederlage, wichen zurück und gingen an allen Frontabschnitten zur Verteidigung über. Die sowjetische Seite gewann vollkommen die militärische Oberhand.

Bis zum Ende des folgenden Jahres 1944 führte die Rote Armee unter Einsatz starker Truppen 14 grosse Angriffsoperationen durch, die mit der Zerschlagung der Hauptkräfte des Gegners endeten. In anstrengenden Kämpfen befreiten sowjetische Truppen mit grossen Verlusten das gesamte besetzte Gebiet der UdSSR und rückten in Polen, Ungarn und Jugoslawien ein. Im Januar 1944 wurde die erschöpfende 900 Tage dauernde Blockade Leningrads, während der über 850.000 Bewohner der Stadt durch Hunger, Krankheit und Artilleriebeschuss umgekommen waren,

durchbrochen und aufgehoben. Die sowjetischen Truppen forcierten den Vormarsch in nordwestlicher Richtung, befreiten das Baltikum und marschierten in Ostpreussen ein. In dieser Kriegsphase verlor Deutschland fast alle seine Verbündeten, und die Front rückte näher an die deutschen Grenzen.

Im Laufe des gewaltigen Vormarsches von Januar bis April 1945 eroberten die sowjetischen Streitkräfte Ungarn, fast ganz Polen, einen bedeutenden Teil der Tschechoslowakei, die östlichen Gebiete Österreichs sowie Westpreussen und nahmen die Brückenköpfe am westlichen Ufer der Oder ein. Während ihres Rückzuges zur deutschen Grenze leisteten die deutschen Truppen erbitterten Widerstand und führten ihre Verteidigungskämpfe mit unvergleichlich grösserer Hartnäckigkeit als im Westen, wo die anglo-amerikanischen Streitkräfte vorrückten. In der abschliessenden Phase des Krieges führte die Rote Armee zwei letzte strategische Militäroperationen – die «Berliner» und die «Prager» – durch. In dem drei Wochen dauernden blutigen Angriffssturm wurde Berlin von den sowjetischen Truppen eingenommen und die Widerstandskräfte der deutschen Armee in

Deutschland und in der Tschechoslowakei endgültig zerschlagen. Der rasche Enderfolg war für die Rote Armee von grossen Verlusten begleitet. Allein bei der Berliner Operation fielen mehr als 200.000 sowjetische Soldaten und Offiziere. Am 7. Mai 1945 wurde in Reims die Kapitulation des Deutschen Reiches unterzeichnet, am 8. Mai in der Hauptstadt Berlin. Nach der Kapitulation fanden sich 1.500.000 deutsche Soldaten und Offiziere in russischer Gefangenschaft wieder, was mehr als ein Drittel der 3,15 Millionen Soldaten ausmachte, die während des Krieges insgesamt an der sowjetisch-deutschen Front gefangengenommen worden waren.

Selbstaufopferung und ungeheure Entbehrungen

Jedoch sagen der Verlauf und der Ausgang der Kampfhandlungen nichts über die Probleme des Grossen Vaterländischen Krieges und seine Ergebnisse aus. Zweifellos wurde der Sieg der sowjetischen Streitkräfte im Krieg durch die verzweifelte Selbstaufopferung und ungeheuren Entbehrungen der Völker der Sowjetunion errungen. Die Arbeit in den Rüstungsbetrieben wurde durch die permanente Mobilisierung der Bürger nach den Gesetzen der Kriegszeit gewährleistet. Verweigerung oder Fernbleiben von der Arbeitspflicht wurden mit Internierung in Arbeits-Besserungslagern bestraft. Der Arbeitstag in den Betrieben, die Militäraufträge zu erfüllen hatten, dauerte zehn bis 15 Stunden, manchmal sogar noch mehr. Zur Rüstungsproduktion wurden ausser hochqualifizierten Arbeitern auch in einer grossen Zahl Frauen, arbeitsfähige ältere Menschen, für den Kriegsdienst nicht taugliche Männer, Heranwachsende und sogar Kinder herangezogen. Für die schwersten und dringendsten Arbeiten wurden Militärformationen und Internierte der Arbeits-Besserungslager und Arbeitskolonien eingesetzt, deren Zahl in der Kriegszeit ständig über 1.400.000 Menschen betrug. Nach und nach

wurde die Armee der sowjetischen Internierten mit deutschen Kriegsgefangenen aufgefüllt. Insgesamt waren in den Werken und Fabriken, im Transportgewerbe, in der Saisonarbeit und der Landwirtschaft gleichzeitig über 20 Millionen Menschen an der Ausführung militärischer Aufträge beteiligt.

Knapp bemessene Lebensmittelzuteilungen verurteilten die Menschen zu einem Dasein, das sie halb verhungern und krank werden liess. Nur die Kraft des Patriotismus, der Glaube an die gerechten befreienden Ziele des Krieges und die Hoffnung auf sein baldiges Ende halfen, das Produktionspotential des sowjetischen Staates aufrechtzuerhalten und zu bewahren. Durch einen dauernden Zustrom von Arbeitskräften übertraf die Sowjetunion unter ungeheurer Anstrengung die deutsche Produktion an Waffen und Rüstungstechnik um das Doppelte.

Die Industrie der UdSSR und die Rote Armee wurden durch die Hilfe der Alliierten stark unterstützt. Mit der Gründung der Anti-Hitler-Koalition der Staaten und insbesondere nach der Moskauer Konferenz der Vertreter der UdSSR, Grossbritanniens und der USA kamen aus diesen Ländern Massenerlieferungen von Industrieausrüstung, Autos, Kraftstoff, Waffen, Lebensmitteln und Medikamenten. Im Juni 1944 landeten anglo-amerikanische Truppen im Nord-Westen Frankreichs. Die deutschen Streitkräfte mussten den Krieg in Europa jetzt an zwei Fronten führen.

Von besonderer Bedeutung für den Sieg war auch die Partisanen-Bewegung auf dem besetzten sowjetischen Territorium. Sie entstand unmittelbar nach Kriegsbeginn. Die Partisanenabteilungen bildeten sich aus Militärangehörigen, die ihre Einheiten verloren hatten, geflüchteten Kriegsgefangenen, der örtlichen Bevölkerung und speziell geschulten Personen. Mit der zunehmenden Härte der deutschen Besatzungspolitik der Versklavung und des Völkermordes wuchs ständig die Zahl

der Anhänger des Partisanenkampfes. Nach ungefähren Schätzungen von sowjetischer Seite beteiligten sich über eine Million Menschen, darunter etwa 280.000 aktive Kämpfer. Unkonventionelle Formen der Kampfhandlungen – unerwartete verdeckte Überfälle auf deutsche Standorttruppen, Lager und Transportverbindungen – brachten effektive militärische Ergebnisse und erleichterten die Durchführung von militärischen Operationen regulärer Truppen der Roten Armee.

Letzten Endes haben die militärischen und die militär-wirtschaftlichen Anstrengungen zur Erlangung des Sieges in diesem Krieg die Sowjetunion ungeheure Opfer gekostet. Von den 160 Millionen Menschen der Vorkriegsbevölkerung der UdSSR kamen während des Krieges durch Verwundung, Gesundheitsschäden, Hunger, Kälte und Krankheiten 27 bis 32 Millionen Menschen um. Nach Schätzungen russischer Militärfachleute sind etwa acht Millionen sowjetische Kämpfer auf den Schlachtfeldern gefallen oder an ihren Verwundungen gestorben. Zum physischen Leid kamen materielle und soziale Entbehrungen hinzu. Während der Kampfhandlungen wurden auf dem Gebiet der UdSSR 1.710 Städte und Ortschaften, über 70.000 Siedlungen und Dörfer sowie mehr als sechs Millionen Gebäude ganz oder teilweise verbrannt und zerstört. 25 Millionen Menschen wurden obdachlos.

Depotiert zur Zwangsarbeit

Gleichzeitig hatte die Bevölkerung der UdSSR in den Kriegsjahren die drückende Last des Stalinschen Regimes zu ertragen. Das System des innenpolitischen Spitzelwesens und der Repressionen war ständig präsent. Aus politischem Misstrauen und Argwohn Stalins und seiner unmittelbaren Umgebung wurden über 600.000 Wolga-Deutsche, etwa 400.000 Tschetschenen, 200.000 Krimtataren,

135.000 Kalmyken sowie Zehntausende anderer Völker des Kaukasus, sowjetische Bulgaren, Griechen, Türken und Polen von ihren ständigen Wohnsitzen gewaltsam in ferne Gebiete und Ortschaften zur Zwangsarbeit deportiert.

Nicht weniger Argwohn und Misstrauen bei der Stalinschen Führung riefen die auf deutschem Gebiet und in anderen Ländern befreiten sowjetischen internierten Bürger und Kriegsgefangenen hervor. Von den Letzteren gab es mehr als eine Million Menschen – Überlebende der insgesamt fast fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen. Viele der Internierten und ehemaligen Kriegsgefangenen wurden nach den «Säuberungen» und Überprüfungen ihrer politischen Zuverlässigkeit auf unbestimmte Zeit zu schwerer Zwangsarbeit zum «Abbüssen ihrer Schuld» verbannt, während diejenigen, die nach Hause zurückkehren durften, zu jahrelanger Rechtlosigkeit verurteilt waren. Als eine besondere Kategorie während der von Sonderbehörden durchgeführten Säuberungen galten die sogenannten «eifrigen Heimatverräter», die hauptsächlich aus politischen Motiven in den Dienst bei der Wehrmacht übergetreten waren. In diese Kategorie fielen etwa 400.000 Menschen, zu denen auch ehemalige Kriegsgefangene der Roten Armee gehörten. Zwangsarbeit und Todesstrafe erwarteten diese Menschen.

Die Länder Osteuropas sassen in der Stalinschen «Mausefalle». Mit den militärischen Erfolgen im Krieg reifte bei der Staats- und Parteileitung der UdSSR allmählich die Absicht, die von Deutschland eroberten Länder politisch umzugestalten. Tatsächlich endete die Idee des Befreiungskrieges der Völker der UdSSR und Europas in der Praxis mit der geschickten Errichtung abhängiger kommunistischer Regimes in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und im besetzten Osten Deutschlands. Das deutsche Volk, das die Tragödie des Krieges gleichermaßen durchgemacht und fast 13,6 Millionen

Menschen verloren hatte, wurde in sozialwirtschaftlicher Hinsicht den Siegern in Pacht gegeben.

Parallel zu der schrittweise durchgeführten Deportation von Arbeitskräften – deutschen Kriegsgefangenen und internierten Bürgern, die gleichzeitig als Pfand eines zukünftigen politischen Systems dienten – in die Sowjetunion führte Stalin eine breit angelegte Aktion zur Repatriierung durch. Als Wiedergutmachung für den von der Wehrmacht an der Volkswirtschaft der UdSSR angerichteten Schaden wurden aus den besetzten Ländern über 4.300 deutsche Industriebetriebe ab-

transportiert, darunter auch solche, die für die Versorgung der Bevölkerung Nachkriegsdeutschlands überlebenswichtig waren. Die demontierte und abtransportierte Verteidigungsausrüstung wurde entgegen der Abmachung mit den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition zur Verstärkung des sowjetischen Militärpotentials verwendet. Stalins Grossmacht-politik eskalierte im «Kalten Krieg» zwischen den ehemaligen Kriegspartnern. Die Befreiung von der deutschen Besatzung und der Sieg im Grossen Vaterländischen Krieg brachte den Völkern keine Befreiung von der Last des stalinistischen Regimes.

Ideologische Entwaffnung

Die Rolle der Hauptabteilung für Politische Führung der Roten Armee

Wladimir Neweschin



Aufruf zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes: Schwerpunkt der sowjetischen Propaganda an der deutschen Front während der ersten Kriegsmomente.

Ausmass und Härte des Krieges der Sowjetunion gegen das Deutsche Reich 1941-1945 wiesen dem Kampf auf dem Gebiet der Informationsverbreitung eine besondere Rolle zu. Einen breiten Raum erhielt dabei die auf die Truppen des Gegners zugeschnittene Propaganda. Auf sowjetischer Seite wurde diese Form der Propaganda hauptsächlich von der Hauptabteilung für politische Führung der Roten Armee, Glaw-PURKKA, ausgearbeitet. Die Abteilung entstand 1919 und hiess damals «Politische Leitung des Revolutionären Kriegsrates». Ab 1924 war sie dem Volkskommissariat für Militär- und Marineangelegenheiten, später dem Volkskommissariat für Verteidigung angegliedert. Als Zentralorgan des Volkskommissariats für Verteidigung leitete die politische Führung der Roten Armee, ihre offizielle Bezeichnung lautete «Hauptabteilung für politische Führung der Arbeiter- und Bauern-Roten Armee», PURKKA. Sie koordinierte alle politischen Einrichtungen, Organisationen der Partei und des Komsomol – der Jugendorganisation in der Kommunistischen Partei, in der Roten Armee – und war für den Einsatz der politischen Kader zuständig.

1940 entstand innerhalb der PURKKA die 7. Abteilung. Die Mitarbeiter dieser Abteilung sammelten Informationen über die moralisch-politische Lage potentieller Feinde, zu denen auch Deutschland zählte. Der am 22. Juni begonnene deutsch-sowjetische Krieg deckte Fehler in der Arbeitsorganisation der 7. Abteilung der PURKKA auf: Der Hauptgrund für die geringe Effektivität der Propaganda, die sich an deutsche Soldaten richtete,

ist in der ersten Phase des Krieges darin zu sehen, dass sich die Rote Armee auf dem Rückzug befand. Unter diesen Umständen erwies es sich als schwierig, den Soldaten und Offizieren der Wehrmacht die eigene Überlegenheit zu beweisen, geschweige denn, sie zu überreden, auf die sowjetische Seite überzulaufen. Vollkommen unbegründet konzentrierte die GlawPURKKA-Leitung ihre Aufmerksamkeit auf die Vorbereitung von Propagandamaterial – in der Hauptsache Flugblätter, Appelle an die Soldaten und Offiziere der Wehrmacht – mit dem Aufruf, durch eine Revolution das Hitler-Regime zu stürzen.

Nachdem die Rote Armee bei Moskau in die Offensive übergegangen war, änderten sich Stil und Inhalt der Flugblätter, die von der GlawPURKKA unter den Soldaten und Offizieren verbreitet wurden. Als Hauptthese der Propagandaarbeit wurde jetzt die Niederlage der deutschen Streitkräfte verkündet. Um einen Einfluss der sowjetischen Propaganda auf die deutschen Soldaten und Offiziere zu verhindern, gab das deutsche Kommando im Dezember 1941 einen Sonderbefehl «Die zehn Gebote gegen die Feindpropaganda» heraus, in dem es den Wehrmachtssoldaten verboten wurde, Notiz von dem sowjetischen Propagandamaterial zu nehmen.

Die Arbeitseffektivität der GlawPURKKA und ihrer 7. Abteilung litt unter dem Führungsstil des Chefs der Hauptabteilung für politische Führung der Roten Armee, Lew Mechlis, der seine Ansichten den Mitarbeitern der 7. Abteilung aufdrängte und alle Versuche von originellen Ideen für die Propagandaarbeit un-



Aufforderung zur Kapitulation: Sowjetische Flugblätter weisen deutschen Soldaten den Weg in die Kriegsgefangenschaft als einzige Möglichkeit ihrer Rettung.

ter den feindlichen Streitkräften unterdrückte. An der Front wurde hauptsächlich nur die Information verbreitet, die zuvor von Moskau gebilligt worden war. In einigen Fällen waren die Anweisungen aus Moskau unglaubwürdig, beispielsweise bei der Herausgabe eines Flugblattes über «Beschälanstalten in Deutschland», dessen Inhalt von deutschen Soldaten für «offensichtlichen, ausgemachten Blödsinn» gehalten wurde.

Das antifaschistische Aktiv

Im Juli 1942 wurde Mechlis auf seinem Posten als Chef der GlawPURKKA durch den Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Alexander Schtscherbakow, abgelöst. Die ideologische Arbeit unter den Streitkräften und der Bevölkerung wurde jetzt als eine Gesamtaufgabe der Roten Armee gesehen. Zur GlawPURKKA wurde das Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, ein angesehener Funktionär der Kommunistischen Internationale, Dmitrij Manuüski, abkommandiert. In dieser Zeit entstand unter den politischen Mitarbeitern der GlawPURKKA und den Vertretern von politischen Organisationen an

der Front und in der Armee die Idee, in der Propagandaarbeit für die Deutschen auch Deutsche einzusetzen. Mit der Zeit bildete sich aus den kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren der Wehrmacht ein sogenanntes «antifaschistisches Aktiv», das der GlawPURKKA praktische Hilfe leisten sollte. Im April 1942 wurde im Lager für Kriegsgefangene Nr. 27 in Krasnogorsk, bei Moskau die Zentrale Antifaschistische Schule gegründet. Die erste Gruppe von Schülern bestand aus 60 gefangenen Soldaten und Offizieren der Wehrmacht, die antifaschistische Ansichten zeigten und den Krieg ablehnten.

Schüler der antifaschistischen Schule eines Lagers. Für die sowjetische Propagandaarbeit werden auch deutsche Kriegsgefangene eingesetzt.

Die Ausbildung in der Schule in Krasnogorsk dauerte drei Monate. Der Unterricht bestand aus Vorlesungen, selbständiger Vorbereitungsarbeit und Seminaren. Glaw-PURKKA billigte das Ausbildungsprogramm, das aus vier Teilen bestand: Die Wahrheit über Hitler-Deutschland; Die UdSSR – ein Land des Sozialismus; Der Zweite Weltkrieg und die Unvermeidlichkeit der Niederlage des faschistischen Deutschland sowie Allgemeine Gesellschafts- und





Dozenten der antifaschistischen Schule sind aus Deutschland geflohene Funktionäre der Kommunistischen Partei, so auch Wilhelm Pieck (Mitte), der 1949 Präsident der neugegründeten DDR wurde.

Staatslehre. Im Nachhinein kam noch ein Teil über die Erfahrungen der antifaschistischen Propagandaarbeit und zuletzt 1944 über «Das neue Deutschland der Zukunft» hinzu. Dozenten dieser Einrichtung waren deutsche Kommunisten, unter anderem Karl-Heinz Hoffmann, der spätere Minister für Nationale Verteidigung der DDR. Hermann Matern, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere aus Deutschland geflohene Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands kamen oft nach Krasnogorsk.

Im August 1942 absolvierten die ersten Kriegsgefangenen die Zentrale Antifaschistische Schule. Ein Teil von ihnen wurde als Agitatoren oder als Sprecher für Radiosender an der Front eingesetzt. Über Radiosender wurden propagandistische Aufrufe an deutsche Soldaten und Offiziere gerichtet. Einige der ersten Absolventen aus Krasnogorsk wurden in Brigaden aufgenommen, denen Offiziere der 7. Abteilung der GlawPURKKA vorstanden. Diese Brigaden besuchten die Frontabschnitte bei Stalingrad und Kaliningrad. Neben dieser Propaganda-Schule wurden im Kriegsgefangenenlager Jushni Kurse eingerichtet, in denen etwa 1.000 Antifaschisten ausgebildet wurden. Die Lager Krasnogorsk und Jushni standen unter der Verwaltung der Leitstelle für Kriegsgefangene und Internierte beim Volkskommissariat für innere Angelegenheiten. Die Propagandaarbeit wurde jedoch von GlawPURKKA-Offizieren durchgeführt.

Im Februar 1943 endete die gewaltige Schlacht um Stalingrad, in der die Rote Armee die Wehrmacht schlug. Zehntausende von deutschen Soldaten und Offizieren gerieten in sowjetische Gefangenschaft. Die Aufgabe, das Propaganda-Aktiv mit Deutschen aufzufüllen, wurde jetzt noch aktueller. Vom 12. bis zum 13. Juli fand auf dem Dorf Pawschino bei Moskau eine Konferenz deutscher kriegsgefangener Soldaten und Offiziere zusammen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und

ehemaligen Abgeordneten des Reichstages statt. Auf dieser Konferenz wurde mit 21 Kriegsgefangenen und zwölf politischen Emigranten das Nationalkomitee «Freies Deutschland», NKFD, gegründet. Die Delegierten der Konferenz verabschiedeten ein Manifest, in dem sie die Vernichtung des Hitler-Regimes, die Errichtung einer demokratischen Regierung in Deutschland, die Befreiung der Opfer des Naziterrors sowie Gerichtsprozesse für nationalsozialistische Funktionäre, die für den Kriegsbeginn verantwortlich gemacht wurden, forderten.

Im Dienst der Roten Armee

Die sowjetische Regierung erlaubte dem Nationalkomitee «Freies Deutschland» unter der deutschen Bevölkerung und der Wehrmacht vom Gebiet der UdSSR und der vordersten Front aus, in der Einheiten der «Roten Armee stationiert waren, Propagandaarbeit durchzuführen. Das Nationalkomitee «Freies Deutschland» hatte in Moskau und Umgebung eigene Stabsquartiere, einen Radiosender und gab die gleichnamige Zeitung «Freies Deutschland» heraus. Es hatte die Möglichkeit, offizielle Aufrufe, Broschüren und andere Massensliteratur zu drucken und für Agitationszwecke eigene Vertreter an die Front und in die Kriegsgefangenenlager zu schicken.

Die Arbeit des Nationalkomitees wurde mit Hilfe und unter der Führung der politischen Organe der Roten Armee durchgeführt. GlawPURKKA unterhielt zum NKFD ununterbrochen Verbindung. Zum Ende 1943 wurde nach Aufträgen des Innenministeriums propagandistisches Material, bestehend aus 85 Einheiten mit einer Auflage von über 50 Millionen Exemplaren, herausgegeben. 17 front- und über 50 militärangehörige Vertreter und Vertrauenspersonen des Nationalen Komitees fuhren zu der aktiven Armee. In dieser Zeit unmittelbar nach der Gründung der anti-

faschistischen Schule in Krasnogorsk wurden auch an der Front ähnliche Schulen gegründet. Sie entstanden mit der Hilfe der GlawPURKKA und dienten als Ausbildungszentrum für politische Arbeit unter den widerständischen feindlichen Truppen.

1943 legte die Oberste Politische Führung der Roten Armee die Personalstatuten und das Lehrprogramm der antifaschistischen Frontschulen fest. Das Standardprogramm enthielt 24 Themen, die in fünf Teile gegliedert waren: die Lehren aus dem Krieg mit Deutschland; die Entlarvung der Theorie und der Praxis des deutschen Faschismus; die UdSSR – ein Land des Sozialismus; die Aufgaben des antifaschistischen Aktivs bei der Um-erziehung deutscher Kriegsgefangener. Neben allgemeinpolitischen Themen wurden in der Schule auch Spezialfächer wie konspirative Arbeit, Umgang mit Waffen, Sanitäts-, Funk- und Pionierwesen unterrichtet.

Unter Berücksichtigung der Rolle und Bedeutung der Arbeit deutscher kriegsgefangener Antifaschisten für die Arbeit im zukünftigen Deutschland und der Besonderheiten der Kriegszeit, in der das Kriegsgeheimnis unbedingt gewahrt werden musste und eine Kontrolle über die Deportierung der Kriegsgefangenen notwendig war, wurde die Auswahl der Mitglieder des NKFD besonders sorgfältig durchgeführt. An dieser Arbeit nahmen nicht nur Vertreter der GlawPURKKA und des Nationalkomitees «Freies Deutschland», sondern auch Mitarbeiter der Lagerorganisation für Kriegsgefangene im Innenministerium teil. Zu diesem Zweck wurden Sonderkommissionen gebildet: Eine solche Gruppe bestand in der Regel aus dem Stellvertreter des Leiters einer antifaschistischen Frontschule, zwei Lehrern, einigen Vertretern des Aktivs und Mitgliedern des NKFD.

Seit den ersten Monaten des Krieges gegen die UdSSR hatte Goebbels' Propaganda dem deutschen Soldaten eingeschärft, dass er im Falle seiner Gefangennahme durch die Rote

Armee zum Untergang verurteilt sei. Seit den für die Wehrmacht katastrophalen Niederlagen 1944 befanden sich jedoch bereits Hunderttausende von deutschen Wehrmachtssoldaten in den Kriegsgefangenenlagern der UdSSR. Unter dem Einfluss der Propaganda von Goebbels und in Anerkennung der Kriegsniederlage Deutschlands dachten viele von ihnen mit Sorgen an ihre Zukunft. Diese psychologische Konfliktsituation, in der sich deutsche Soldaten und Offiziere befanden, die sich immer noch an ihren Schwur dem Führer und Deutschland gegenüber gebunden fühlten, wurde von den politischen Mitarbeitern der Roten Armee und den Vertretern des NKFD gekonnt genutzt.

Politische Schulung

Vertreter von Auswahl-Sondergruppen führten bereits in den Front-Etappen-Lagern nahe der Front allgemeine Versammlungen durch. Sie hielten Vorträge zu aktuellen Fragen wie die Entwicklungen an der Front und in der internationalen Politik, über den verbrecherischen Charakter des Krieges gegen die UdSSR oder über Ziele und Aufgaben des NKFD. Am Ende einer solchen Veranstaltung wandte sich einer der deutschen Lehrer unmittelbar an die Kriegsgefangenen mit dem Aufruf, sich im Kampf gegen Hitler und den Krieg um das NKFD zusammenzuschließen. In der Regel befanden sich unter den Kriegsgefangenen einige Soldaten, die sofort den Wunsch äußerten, gegen das nationalistische Regime vorzugehen. Aus diesen Reihen wurden die zukünftigen Kandidaten für die antifaschistischen Front-



Gründungskonferenz des «Nationalkomitees Freies Deutschland»: Die Delegierten verabschieden ein Manifest zur Vernichtung des Hitler-Regimes.

Politische Schulung für Kriegsgefangene in der Sowjetunion: Die Soldaten sollen sich im Kampf gegen Hitler zusammenschließen.



*Propaganda mit einfachen Mitteln:
Schüler der antifaschistischen
Schulen fordern ihre kämpfenden
Kameraden auf die Waffen
niederzulegen.*

schulen in einem individuellen Gespräch ausgesucht. Die endgültige Aufnahme in eine Antifaschistische Schule erfolgte nach einem persönlichen Rechenschaftsbericht vor einem antifaschistischen Aktiv.

Auf den Versammlungen der Lehrgruppen erzählten die Neulinge über ihren persönlichen Werdegang, teilten Fakten aus ihrer Biographie mit und antworteten auf allgemeinpolitische Fragen, um so ein Urteil über ihr Weltbild zu ermöglichen.

Bei gleichen Voraussetzungen wurden Leute, die aus der Arbeiter- und Bauernschicht stammten, bevorzugt. Für die antifaschistischen Schulen wurden vorwiegend Kriegsgefangene ausgewählt, die unterste Militärränge in der Wehrmacht bekleideten: einfache Soldaten, Gefreite, Unteroffiziere. Im September 1943 entstand unter der Leitung der Lagerorganisation für Kriegsgefangene im Innenministerium und der GlawPURKKA der sogenannte «Bund Deutscher Offiziere», dem hochrangige, gegen Hitler eingestellte Offiziere der deutschen Armee, die sich in sowjetischer Gefangenschaft befanden, beitraten.

Mitte Mai 1944 fand in Moskau eine Konferenz der Mitarbeiter der 7. Abteilung und Abteilungen der GlawPURKKA der gesamten Armee statt. Eine der auf der Konferenz besprochenen Fragen war die praktische Zusammenarbeit der politischen Organe der Roten Armee mit dem NKFD. Es wurden Beispiele aus der Arbeit der antifaschistischen Agitatoren auf der 2. und der 3. Ukrainischen Front angeführt. 277 Leute aus dem antifaschistischen Aktiv waren in die Aufstellungen der deutschen Einheiten eingedrungen, schafften es, dort erfolgreiche Propaganda zu betreiben und gewannen fast 2.200 deutsche Soldaten und Offiziere für den Kampf auf der Seite der Sowjetunion. Die Schüler der antifaschistischen Zentral- und Frontschulen wurden aktiv in der ge-



sprochenen Propaganda an der Front eingesetzt. Sie traten in Radiosendungen und bei Versammlungen in Kriegsgefangenenlagern auf, entwarfen Flugblätter und Programme für Radiosendungen, die für die Soldaten und Offiziere der Wehrmacht bestimmt waren und bearbeiteten erbeutete Dokumente.

Trotzdem äusserte auf der oben erwähnten Konferenz der Vorsitzende der GlawPURKKA, Schtscherbakow, Bedenken gegen einen weiteren Ausbau der antifaschistischen Frontschulen. Die antifaschistischen Frontschulen führten jedoch ihre Arbeit bis Ende 1944 fort und existierten praktisch an allen Frontabschnitten der Roten Armee. Schtscherbakow sprach darüber, dass es unzulässig sei, die Ausrichtungen der Propagandaarbeit der Roten Armee mit der des NKFD zu verschmelzen. Die politischen Organe der Roten Armee – so der Chef der GlawPURKKA – sollten die Soldaten und Offiziere des Gegners von der ausweglosen Situation der Wehrmacht überzeugen. «Ergebt euch!» – diese Losung schlug Schtscherbakow zur Propagierung unter den Militärangehörigen der Wehrmacht vor. Zu diesem Zweck sollte detaillierter über die Lebensbedingungen und die Arbeit der Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft berichtet werden. Das Hauptziel der Propagandaarbeit des NKFD sei aber der Aufruf, am Aufbau des zukünftigen Deutschlands mitzuarbeiten. Die deutschen Militärangehörigen sollten zunächst zur Roten Armee überlaufen und dann in die Reihen der NKFD eintreten.

Der Vorstand des «Bundes deutscher Offiziere» auf seiner Gründungsversammlung. In der vordersten Reihe Präsident Walter von Seydlitz (2. von rechts).



Aufgabenteilung

Als daraufhin das Nationalkomitee «Freies Deutschland» verstärkt an das nationale Selbstbewusstsein der deutschen Soldaten und Offiziere appellierte, zielte die Propaganda der 7. Abteilung der GlawPURKKA darauf, die Macht der Roten Armee und die Überlegenheit der sowjetischen Waffen über die deutschen Waffen zu demonstrieren, um die Soldaten des Gegners einzuschüchtern. Schtscherbakow rief dazu auf, sich bei der auf den Feind gerichteten Propaganda anstelle von spekulativen Auslegungen oder logischen Gebilden – womit er die Tätigkeit des NKFD meinte – durch Fakten leiten zu lassen. Unter dessen trafen sich die Vertreter des Nationalkomitees «Freies Deutschland» und der 7. Abteilung der GlawPURKKA täglich, da es sich als schwierig erwies, die propagandistische Arbeit der beiden Organe zu differenzieren.

Nachdem die Rote Armee die deutsche Grenze erreicht hatte und in das Territorium von Deutschland und der anderen osteuropäischen Staaten eingedrungen war, wurden auch die antifaschistischen Schulen verlegt. Diejenigen, die sich auf polnischem Gebiet befanden, konnten hier mit eigenen Augen die Entwicklung der Landreform verfolgen. Nach der Kapitulation Deutschlands wurden viele Absolventen der Propaganda-Schulen auf Posten in Selbstverwaltungsorganen, in Zeitungsredaktionen, bei der Polizei und in anderen Ämtern Ostdeutschlands eingesetzt.

Ende 1944/Anfang 1945 betrieb das antifaschistische Aktiv, das aus Kriegsgefangenen und Vertretern der 7. Abteilung der GlawPURKKA zusammengesetzt war, Propagandaarbeit für Besatzungen der wichtigsten Festungen, die auf dem Weg der Roten Armee lagen – Posen, Breslau, Brieg und Schneidemühl. Mit Hilfe von Flugblättern und Radiosendungen, die sich an die Besatzung der belagerten Festungen richteten, war es gelungen, einen Teil der Soldaten und Offiziere dazu zu bewegen, zur Roten Armee überzu-

laufen. So war aus der Festung Schneidemühl noch vor der Kapitulation zehn Prozent der Besatzung übergelaufen. Diese Art von Propaganda erwies sich auch während der Erstürmung Berlins durch die Rote Armee, die den Krieg beendete, als erfolgreich.

In den Jahren 1941 bis 1945 wurden unter aktiver Beteiligung der Mitarbeiter der GlawPURKKA über 10.000 Antifaschisten ausgebildet. Sicher ist diese Zahl verschwindend gering im Vergleich zu der Gesamtzahl der Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die sich in sowjetischer Gefangenschaft befanden – von ihnen gab es Millionen.

Aber auch diejenigen, die nicht zu Antifaschisten wurden, änderten teilweise unter dem Einfluss der sowjetischen Propaganda und hauptsächlich unter dem Eindruck der unmittelbaren Begegnung mit Russen und ihrem Land während der Gefangenschaft ihre Vorstellungen über Russland. Bis heute gibt es Fälle, in denen deutsche ehemalige Kriegsgefangene sich an russische Behörden mit der Bitte wenden, diejenigen ausfindig zu machen, die ihr Schicksal in den Lagern erleichtert hatten, sei es eine Krankenschwester oder ein Vertreter der Lagerverwaltung.

In den Kriegsjahren 1941 bis 1945 hatte die GlawPURKKA eine Hauptaufgabe: die ideologische Entwaffnung des Gegners. Diese Aufgabe löste sie in vielen Fällen durch die Einbeziehung deutscher Kriegsgefangener. Ihre Tätigkeit wurde durch das Endziel des bewaffneten Kampfes – die Vernichtung des gleichermassen für das sowjetische wie für das deutsche Volk feindlichen Hitler-Regimes gerechtfertigt.



Übersetzungshilfe für deutsche Soldaten: Auf Plakaten garantiert das sowjetische Regime seinen Kriegsgefangenen gute Behandlung und Heimkehr.

Die Niederlage des Hitler-Regimes zeichnet sich 1944 deutlich ab: Auf Flugblättern verkündet die sowjetische Propaganda bereits den Sieg der Alliierten.



Bereits vor dem Krieg gegen die Sowjetunion zeichnet die NS-Propaganda der deutschen Bevölkerung ein Schreckensbild vom «bolschewistischen Feind».



Feindbild «Untermensch»

NS-Propaganda innerhalb der Wehrmacht und gegenüber der Roten Armee

Manfred Zeidler

«Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe umso tiefer zu stellen sein, je grösser die zu erfassende Masse der Menschen sein soll (...) Das Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit so feminin veranlagt und eingestellt, dass weniger nüchterne Überlegung, als vielmehr gefühlsmässige Empfindung sein Denken und Handeln bestimmt. Die Empfindung aber ist nicht kompliziert, sondern sehr einfach und geschlossen. Es gibt hierbei nicht viel Differenzierungen, sondern ein Positiv oder ein Negativ, Liebe oder Hass, Recht oder Unrecht, Wahrheit oder Lüge, niemals aber halb so und halb so.»

Diese Sätze finden sich in Adolf Hitlers politischem Programm- und Bekenntnisbuch «Mein Kampf», das 1925 erschien. Das Kapitel trägt die Überschrift «Kriegspropaganda». Für die Propaganda im Krieg, so Hitler, zähle allein der Erfolg. Ebenso wenig wie für sachliche Zwischentöne bliebe dabei für Skrupel irgendwelcher Art Raum: «Wenn aber Völker um ihre Existenz auf diesem Planeten kämpfen, mithin die Schicksalsfrage von Sein oder Nichtsein an sie herantritt, fallen alle Erwägungen von Humanität und Ästhetik in ein Nichts zusammen.»

Wenige Monate nach dem Beginn des weltanschaulichen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion skizzierte Hitler Anfang November 1941 in seiner alljährlichen Münchener Rede vor den Parteiveteranen seiner Bewe-

gung das offizielle NS-Bild des Sowjetstaates mit den folgenden Sätzen: «Im 'Sowjetparadies'⁴ existiert wirklich das Miserabelste, was es an Sklaventum überhaupt auf dieser Welt je gegeben hat, Millionen Verängstigter, Unterdrückter, verkommener Menschen, Halbverhungertes! Und darüber allerdings steht ein Regime von Kommissaren, zu 90 Prozent jüdischer Herkunft, das diesen ganzen Sklavenstaat dirigiert.»

Mit diesen wenigen Sätzen wurden bereits die wesentlichen Grundzüge jenes propagandistischen Bildes vom sowjetischen Staatswesen und seiner Bevölkerung genannt, die das Reichspropagandaministerium unter seinem Chef Joseph Goebbels seit Monaten schon mit allen Mitteln von Presse, Rundfunk und Film unter der deutschen Bevölkerung verbreitete. Dass dieses Bild ein undifferenziertes Feindbild war, das auf der alten ideologischen Prämisse des Nationalsozialismus von der Identität von Bolschewismus und Judentum gründete, darf vorausgesetzt werden. Als reines Zweckmittel erforderte Propaganda – insbesondere Kriegspropaganda – jedoch neben einer verfestigten ideologischen Komponente stets auch eine taktische Seite, die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an veränderte Lagen voraussetzte.

Während des Krieges stand die deutsche Propaganda vor einer mehrfachen Aufgabe, die je nach dem Adressaten ihrer «Botschaft» eine in Form und Inhalt höchst verschiedene Vorgehensweise bedingte. Zu unterscheiden war, ob die Propaganda auf die eigene Zivilbevölkerung in der Heimat, auf die eigenen Solda-

ten an der Front, auf die gegnerischen Truppen oder die Zivilbevölkerung des Feindes zielte. Ebenso war ihre aussenpolitische Wirkung auf die eigenen Verbündeten wie auch auf das neutrale Ausland zu bedenken. An erster Stelle stand der Unterschied zwischen der sogenannten Aktivpropaganda, also der Propaganda «in den Feind», die sich an den Gegner richtete und eine direkte kriegspsychologische Ergänzung zum bewaffneten Kampf der eigenen Streitkräfte darstellte, und der Heimatpropaganda «über den Feind», die dem Aufbau und der Steuerung des Feindbildes, der Kriegsbegeisterung oder des Durchhalte willens der eigenen Bevölkerung und Fronttruppe zu dienen hatte.

Auf deutscher Seite entsprach dieser begrifflichen auch eine klare organisatorische Trennung. Die propagandistische «Bedienung» der Heimatfront durch Presse, Funk und Film war im NS-Staat die unumschränkte Domäne des Reichspropagandaministeriums. Die Aktivpropaganda an der Front fiel dagegen in die Zuständigkeit der Wehrmacht. Die Trennung zwischen ziviler und militärischer Zuständigkeit war bereits im Herbst 1938 im Vorfeld des von Hitler anvisierten Krieges gegen die Tschechoslowakei vorgenommen worden. Die damals vom Oberkommando der Wehrmacht, OKW, erlassenen «Grundsätze für die Führung der Propaganda im Kriege» legten eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Goebbels-Ministerium auf dem Gebiet technischer und informationeller Hilfeleistung fest, bestimmten jedoch, dass «für die Aufrechterhaltung der seelischen Kampfbereitschaft und des Siegeswillens in der eigenen Wehrmacht (...) allein die Wehrmacht verantwortlich» sei. Auch hinsichtlich der Aktivpropaganda erfolgte eine klare Festlegung: «Die aktive Propaganda im Kampfgebiet, also die Propaganda in die Bevölkerung und feindliche Wehrmacht von der Truppe aus, leiten die militärischen Dienststellen mit Hilfe der ihnen unterstellten Propaganda-Kompanien.»

Propaganda-Kompanien

Die Propaganda-Kompanien, PK, waren gewissermassen die Fronttruppe der im April 1939 geschaffenen Abteilung für Wehrmachtspropaganda im OKW unter Oberst Hasso von Wedel, der ab dem Frühjahr 1942 die Dienststellung eines «Chefs der Propagandatruppen» bekleidete. Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierte, folgten den kämpfenden Verbänden des Heeres insgesamt elf Propaganda-Kompanien mit einem Personalbestand von über 2.000 Mann. Ihre erste Aufgabe bestand in der Frontberichterstattung für die Heimat: Sie lieferten das Berichts-, Ton- und Bildmaterial für die durch das Reichspropagandaministerium zentralgesteuerte Presse- und Informationsarbeit im Reich. Besonders die Kriegswochenschauen – für Hitler das «beste Volkserziehungs- und Führungsmittel» – stellten ein wirkungsvolles Propagandainstrument dar.

Für die Wehrmachtspropaganda, die bis zum Jahre 1943 dreiviertel des Fachpersonals der Propaganda-Kompanien beschäftigte, verfügte jede Kompanie über drei Kriegsberichterzügen. Der Aktivpropaganda widmete sich dagegen – in Gestalt eines Propagandazuges je Kompanie – nur ein Sechstel des Personals, dem für diese Zwecke mobile Grabenlautsprecher, Kleinballons und mit Propagandamaterial gefüllte Spezialgranaten, sogenannte Weiss-Rot-Geschosse, zur Verfügung standen. Bei Propaganda-Grossaktionen übernahm die Luftwaffe den Massenabwurf des Materials über den feindlichen Linien. Der propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung der besetzten Gebiete dienten drei im Juli 1941 vom Oberkommando des Heeres gebildete, weiträumig operierende Propaganda-Abteilungen, die Filmvorführungen, Pressezensurmassnahmen, die Organisation des örtlichen Druckereiwesens sowie Meinungsüberwachung und gezielte Propagandaaktionen unter der Stadt- und Landbevölkerung durchzuführen hatten.

Bei der Aktivpropaganda wurde neben dem fahrbaren Lautsprecher auch der Rundfunk eingesetzt, in Gestalt zweier, seit Ende Juni 1941 arbeitender Geheimsender, die jedoch nicht von der Wehrmacht, sondern vom Reichspropagandaministerium betrieben wurden. Im Mittelpunkt der Propaganda gegen Armee und Bevölkerung des Sowjetstaates stand jedoch das Flugblatt. Bedenkt man, dass allein in den ersten drei Monaten des Russland-Krieges über 400 Millionen Flugblätter gegen die Rote Armee eingesetzt wurden, während im ganzen Frankreich-Feldzug von deutscher Seite nur etwa zwölf Millionen abgeworfen worden waren, wird der Stellenwert dieses Propagandamittels an der Ostfront erst richtig deutlich. Dort erreichte allein schon das meistverbreitete Flugblatt eine Auflage von 200 Millionen Exemplaren.

Kompetenzanarchie

Auf die inhaltliche Gestaltung der deutschen Propagandaarbeit nahmen ausserhalb der Wehrmachtspropaganda-Abteilung noch eine ganze Reihe anderer Institutionen Einfluss. Auch auf diesem Feld zeigte sich der polykratische Grundzug des NS-Regimes mit seiner Kompetenzanarchie: Eine Vielzahl von Institutionen formulierte eigenmächtig unterschiedliche oder sich widersprechende Konzepte und Inhalte für die Propagandaarbeit. Genannt wurde bereits das Propagandaministerium mit seinem «Generalreferat Ost-raum» unter dem Antikommunismus-Experten Eberhard Taubert. Zum Goebbels-Ministerium gehörten auch die beiden als Vereine getarnten Organisationen «Antikomintern», die antikommunistische Dokumentations- und Forschungszentrale des Ministeriums, und «Vineta», eine Dienststelle, die mit einem Expertenstab von Hunderten von Mitarbeitern Übersetzungsarbeit in 18 Sprachen der UdSSR leistete und Flugblätter, Broschüren sowie Rundfunksendungen textete. Unter Tauberts Regie arbeiteten auch die beiden

schon erwähnten Geheimsender mit den Tarnbezeichnungen Concordia V und Concordia Y.

Neben Goebbels beanspruchte auch der «Chefideologe» der NSDAP, Alfred Rosenberg, der seit Juli 1941 als «Reichsminister für die besetzten Ostgebiete» amtierte, eine Zuständigkeit für die politisch-propagandistische Arbeit gegen die Sowjetunion. Daneben stand das Auswärtige Amt unter Joachim von Ribbentrop, das gemäss einem Erlass Hitlers vom September 1939 das Recht besass, auf dem Gebiet der Auslandspropaganda allgemeine Richtlinien zu formulieren. Innerhalb des dortigen «Russlandgremiums» war in Gestalt des Arbeitsstabes der früheren Moskauer Botschaft unter dem langjährigen Botschaftsrat Gustav Hilger die grösste fachliche Kompetenz in allen Russland-Fragen angesiedelt. Hier entstanden nicht nur Auswertungen und Lageanalysen, sondern auch Texte und graphische Entwürfe für eine ganze Reihe von Frontflugblättern.

Als letzte wichtige Instanz ist die SS Heinrich Himmlers zu erwähnen, deren eigener Aktivpropaganda-Apparat in Gestalt der «SS-Standard Kurt Eggers» nach 1943 mehr und mehr die Monopolstellung der Wehrmachts-Propagandatruppen durchbrach. So unterschiedlich die im Bereich der Propagandaarbeit tätigen Institutionen waren, so verschieden waren auch ihre jeweiligen Interessen. Kam es Goebbels allein auf die Wirkung seiner Propaganda im Inland an – in seinem Sinne konnte sie nie plakativ genug sein – musste das Auswärtige Amt auch die Auswirkungen auf das Ausland und die eigenen Verbündeten bedenken. Für Rosenberg stand die Beeinflussung der Bevölkerung im Wirkungsbereich seines Ost-Ministeriums im Vordergrund, während für das OKW nur die in Überläufer- und Gefangenzahlen ablesbare Wirkung auf die gegnerischen Truppen zählte. Der Schwerpunkt der folgenden Betrachtungen soll jedoch allein auf der Heimatpropaganda des Goebbels-Ministeriums und der aktiven Frontpropaganda der Wehrmacht liegen.

Das Wissen um die ungläubige Überraschung in der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der so plötzlich eröffneten neuen Front im Osten, verbunden mit dem psychologischen Problem, den sowjetischen Verbündeten und Vertragspartner über Nacht als den gefährlichsten aller Feindmächte hinzustellen, liess die NS-Führung in den ersten beiden Kriegswochen noch eine gewisse propagandistische Zurückhaltung üben. Schon um die eigene Präventivkriegsthese im Sinne von Hitlers Aufruf an das deutsche Volk vom 22. Juni nicht zu gefährden, musste die propagandistische Offensive mit einem gewissen Zeitabstand der militärischen Offensive folgen. Erst blieb abzuwarten, dass von der sowjetrussischen Wirklichkeit «der Schleier fällt» – so der Titel von Goebbels programmatischem Presseartikel vom 6. Juli – bevor, wie der Propagandaminister seinem Tagebuch anvertraute, die «stark antibolschewistische Walze» aufgelegt werden konnte.

«Das Sowjetparadies»

Als besondere Aufgabe forderte Goebbels von der Berichterstattung «die eindrucksvolle Gegenüberstellung der menschenunwürdigen Zustände in der Sowjetunion gegenüber dem sozialen Fortschritt, dem kulturellen Hochstand und der gesunden Lebensfreude des arbeitenden Menschen im nat(ional)soz(ialistischen) Deutschland». Dabei mass er der Suggestionskraft sorgfältig auszuwählender Bilder sowohl in der Presse als auch in den Filmwochenschauen, in denen «die vertierten bolschewistischen Typen dem freien und offenen Blick des deutschen Arbeiters (...) gegenübergestellt werden», eine herausragende Bedeutung bei.

Im Sinne dieser Vorgaben begann mit der Kriegswochenschau vom 9. Juli 1941, das Bild vom bestialischen, mordenden Sowjetmen-

menschen millionenfache Verbreitung zu finden. In den Monaten darauf wurde das Klischee ergänzt von einer Unzahl von Presse- und Radioberichten, Informationsbroschüren und einer wahren Sturzflut an populärer antikommunistischer Literatur. Hinzu kam eine grosse Propagandaausstellung unter dem Titel «Das Sowjetparadies», die 1942 monatelang im Berliner Tiergarten zu sehen war.

Goebbels Antisowjet-Propaganda war zu einseitig rassenideologisch fixiert, als dass sie sich jenen taktischen Wendungen, welche die Aktivpropaganda der Wehrmacht im weiteren Verlauf des Krieges notgedrungen vornehmen musste, hätte anschliessen können. Seine ideologische Prämisse, «dass wir die These von der Überlegenheit des deutschen Volkes über das Russentum (...) als richtig beweisen müssten, da wir sonst unsere grundsätzlichen Ansprüche nicht aufrechterhalten könnten», galt auch angesichts der ersten militärischen Rückschläge ungebrochen weiter. Als im Juli 1942 anerkennende Urteile hoher Wehrmachtsoffiziere über den bewundernswerten Widerstand russischer Soldaten bei der Verteidigung Sewastopols veröffentlicht wurden, reagierte Goebbels sofort mit heftigster Ablehnung. Tapferkeit und militärisches Heldentum seien im Bolschewismus ganz und gar ausgeschlossen: «Was sich uns hier in der russischen Massenseele entgegenstellt, ist nichts anderes als die durch einen wildwütigen Terror zur Widerstandskraft organisierte primitive Animalität des Slawentums.» Widerstandskraft und Selbstbehauptungswillen wurden geradezu zum Signum von Primitivität und Minderwertigkeit erklärt, so wie eben «ein Strassenköter auch widerstandsfähiger (ist) als ein hochgezüchteter Schäferhund». Das Geheimnis des Sowjetsystems und seiner ungeahnten Widerstandsfähigkeit liege allein darin, «dass sich vorhandene slawische Mentalität verbündet hat mit einer infernalischen jüdischen 'Erziehung', die alles andere vom russischen Volk ferngehalten hat».

Sowjetische Soldaten glauben den Versprechungen der deutschen Propaganda und gehen freiwillig in Gefangenschaft.



Ideologisch starr und unfähig, über den Schatten ihrer primitiv-darwinistischen Vorgaben zu springen, blieb der Goebbels-Propaganda im weiteren Kriegsverlauf, besonders seit der Katastrophe von Stalingrad und dem endgültigen Verlust der militärischen Initiative im Osten, nur der Weg in eine Angst- und Durchhaltepropaganda nach der Maxime «Kraft durch Furcht». Je mehr sich der Krieg den deutschen Grenzen näherte, umso dramatischer erklang der Schreckensruf vom Ansturm der «bolschewistischen Horden» aus dem Osten, der Deutschland als letztem Bollwerk der abendländischen Zivilisation nur die Alternative «Stehen oder Fallen» biete. Im Zeichen dieses «nibelungenhaften» Schicksalskampfes um «Durchhalten oder Untergehen» wichen die arroganten Töne einer herablassenden Untermenschenpropaganda notgedrungen der Mobilisierung des letzten Widerstandswillens und einer fanatischen Entschlossenheit.

Hitler, der Befreier...

Bereits am 21. Februar 1941 war die Wehrmachtspropagandaabteilung vom Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, General Alfred Jodl, in die Pläne für das «Unternehmen Barbarossa» eingeweiht worden und hatte dabei den Auftrag erhalten, Flugblätter «mit scharfer antibolschewistischer Tendenz für die Verbreitung unter der russischen Bevölkerung und zum Einsatz gegen die Rote Armee» vorzubereiten. Nach entsprechenden Vorarbeiten lagen Anfang Juni, zwei Wochen vor dem Angriffsbeginn, die «Weisungen für die Handhabung der Propaganda im Falle Barbarossa» vor. Als Aktivpropaganda-Weisungen zielten sie allein auf die Bevölkerung und Soldaten des Gegners. Ihnen galt es zu erklären, dass Deutschland als seinen Gegner nicht die Völker der Sowjetunion betrachte, sondern ausschliesslich «die jüdisch-bolschewistische Sowjetregierung mit ihren Funktionären und der kommunistischen Partei». Die Wehrmacht komme demnach nicht als Feind

der Bevölkerung, sie wolle vielmehr das Land «von der Tyrannei der Sowjets erlösen». Gemäss dieser antibolschewistischen Befreiungsbotschaft trug das erste deutsche Plakat für die russische Zivilbevölkerung ein farbiges Feldherrnportrait Adolf Hitlers mit der Textzeile «Hitler, der Befreier – Gitlet oswo boditel».

Im Zentrum der Propaganda gegen die Rote Armee stand die Werbung um Überläufer. Nahezu alle deutschen Flugblätter enthielten die Aufforderung, die Waffe wegzuworfen und sich den deutschen Truppen zu ergeben, wo reichliche Verpflegung, beste medizinische Betreuung und komfortabelste Unterbringungen auf die Gefangenen warte. Die Hauptparole lautete: «Die Bajonette in den Boden! – schtyki w semlju!». Auf den zum Teil farbigen Bildserien der deutschen Frontflugblätter sah man im krassen Gegensatz zu den Bildern der Goebbelsschen Kriegswochenschauen keine ins Monströse verzerrten «Sowjetfratzen», sondern die heiteren und gelösten Gesichter russischer Soldaten, die – so die Botschaft – mit ihrem Übertritt auf die deutsche Seite das «grosse Los» gezogen hätten.

Trotz der grandiosen militärischen Erfolge der ersten beiden Kriegsmonate mit ihren gewaltigen Gefangenenzahlen war jedoch eine militärische Auflösung des sowjetischen Gegners nicht zu erkennen. Als die Seele des Widerstands der Roten Armee hatte man die politischen Kommissare ausgemacht, besonders seitdem diese durch eine Regierungsverordnung vom 16. Juli 1941 wieder zu einer festen Institution in den Sowjetstreitkräften geworden waren. Gegen sie richtete sich gemäss den «Ergänzenden Weisungen für die Handhabung der Propaganda gegen die Sowjetunion» vom 21. August 1941 eine spezielle Antikommissar-Propaganda, die im September des Jahres mit einer Grossaktion, bei der unter anderem ein Antikommissar-Flugblatt mit 160 Millionen Stück Auflage zum Einsatz kam, ihren Höhepunkt erreichte.

Die Kommissare – nunmehr erklärter Feind Nr. 1 der deutschen Flugblattpropaganda – wurden durchweg als Mörder, Peiniger oder Spitzel bezeichnet, deren sich der einfache Soldat wie der Offizier mittels Gewalt entledigen müsse, um frei zu werden, sich den Deutschen zu ergeben. Das millionenfach auf den Flugblatt-Passierscheinen verbreitete Lösungswort dieser Aktion lautete bezeichnenderweise: «Hau den Juden-Kommissar, seine Fresse verlangt nach einem Ziegelstein! – Bei schida-politruka, roscha prosit kirpisch!».

Unleugbares Massensterben

Die Wintermonate 1941/42 bildeten nach den Erfolgen des Sommers den ersten Tiefpunkt der Wehrmachts-Aktivpropaganda im Osten. Zum psychologischen Rückschlag der gescheiterten Offensive vor Moskau kam ein Vorgang, der in seiner erschütternden Tragik der deutschen Propagandaarbeit letztlich die Grundlage entzog: das Massensterben von annähernd zwei Millionen sowjetischer Gefangener in deutschem Gewahrsam innerhalb weniger Monate. Dieses Ereignis, das selbst der NS-Chefideologe und Ostminister Alfred Rosenberg in einem Beschwerdebrief an OKW-Chef Wilhelm Keitel vom Februar 1942 als «eine Tragödie grössten Ausmasses» bezeichnete, die alle deutschen Propagandaanstrengungen zur Auflösung der Roten Armee zunichte mache, bedeutete in der Tat die Bankrotterklärung für die deutsche Aktivpropaganda im Osten.

Angesichts der furchtbaren Zustände in den russischen Gefangenenlagern empfanden auch die Propagandaaktivisten an der Front die Unmöglichkeit, die Arbeit wie bisher fortzusetzen.

So berichtete beispielsweise die Propaganda-Abteilung Weissruthenien in ihrem Tätigkeitsbericht für das OKW vom 30. November 1941, dass es zur Zeit unmöglich sei, Bildflugblätter, welche die angeblich grossartigen Lebensbedingungen unter deutscher Kriegsgefangenschaft ausmalten, zu verteilen. Dies könne momentan der russischen Bevölkerung nicht zugemutet werden, die das Schicksal der eigenen Gefangenen aufmerksam verfolge und eine solche Propaganda angesichts der Wirklichkeit als eine unerträgliche Provokation empfinden müsse.

So musste die deutsche Aktivpropaganda im Frühjahr 1942 mit einer stark veränderten Konzeption antreten, wenn sie an den Erfolg des vergangenen Jahres auch nur annähernd anknüpfen wollte. Das neue Konzept stützte sich im Wesentlichen auf drei Punkte: Als erstes mussten Versprechungen und Realität stärker in Übereinstimmung gebracht werden, was eine entscheidende Verbesserung der Lebensbedingungen russischer Gefange-



Angesichts der Zerstörung ihrer Heimat empfindet die sowjetische Bevölkerung die Versprechungen der deutschen Propaganda als Hohn.



Kriegsgreuel:

Innerhalb weniger Monate sterben annähernd zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene, die meisten verhungern oder erfrieren.

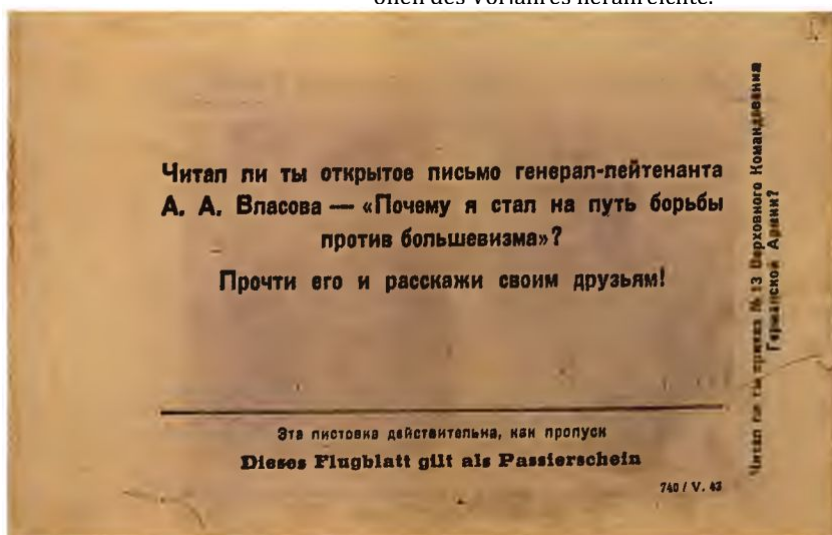
Einschub Ullis Bücherecke:

Frage: Woraus ergibt sich diese Zahl? Wo? – in welchen Lagern wieviele? Weshalb ist dies von russischer Seite keine Zeile wert? Ist es doch bloss Lüge und Propaganda?

ner wie auch der Ostarbeiter in Deutschland verlangte. Zweitens wurde gemäss einer Verfügung des OKW vom März 1942 ein besonderer Überläuferstatus geschaffen, der eine bevorzugte Behandlung durch die deutschen Dienststellen garantierte. Zum dritten wurde im Frühsommer 1942 die Überläuferwerbung auch auf die Kommissare und Politarbeiter der Roten Armee ausgedehnt, für die sogar eigene Flugblätter erschienen, in denen ihnen die gleichen bevorzugten Bedingungen in der Gefangenschaft zugesichert wurden.

Damit war der Kommissar vom Hauptfeind zum umworbenen Adressaten der deutschen Aktivpropaganda geworden; eine Entwicklung, die freilich nur gegen einen Preis zu haben war: die Aufhebung des seit Kriegsbeginn gültigen, berüchtigten Kommissarbefehls, der seit Juni 1942, von wenigen Einschränkungen abgesehen, praktisch ausser Kraft gesetzt war. Im Zeichen dieser Neuorientierung erzielte die deutsche Frontpropaganda zwischen Frühjahr und Herbst 1942 mit etwa 80.000 amtlich registrierten Überläufern – neben einigen hunderttausend Gefangenen – nochmals einen beachtlichen Erfolg, der allerdings bei Weitem nicht mehr an die Dimensionen des Vorjahres heranreichte.

Dokument des Überläufers: Sowjetischen Soldaten, die zur Zusammenarbeit mit der Wlassow-Armee bereit sind, gilt das Flugblatt als Passierschein.



Strategiewechsel

Die Katastrophe von Stalingrad mit ihren nachhaltigen militärischen wie psychologischen Folgen zwang das OKW im Frühjahr 1943 zu einer Umorganisation seiner Propagandatruppen und führte zu einer stärkeren Konzentration auf die Aktivpropaganda auf Kosten der Frontberichterstattung. Noch einmal setzte die deutsche Seite im Zusammenhang mit dem geplanten «Unternehmen Zitadelle», durch das man die militärische Initiative im Südabschnitt der Ostfront zurückzugewinnen hoffte, auf eine frontpropagandistische Grossaktion, die endlich den entscheidenden psychologischen Einbruch in den Gegner erzwingen sollte. Diesmal ruhte das Konzept auf zwei Säulen: der massenhaften Verbreitung des im März 1943 vom OKW erlassenen «Befehls Nr. 13» über einen erweiterten und verbesserten Überläuferstatus für sowjetische Militärangehörige und der Bekanntgabe der «Russischen Befreiungsarmee» des Generals Wlassow, der sich jeder Gefangene zum Kampf gegen das Regime Stalins anschliessen könne. Damit waren russischer Nationalismus und Patriotismus zu erklärten Bündnispartnern Deutschlands geworden.

Im Rahmen dieser unter dem Namen «Unternehmen Silberstreif» durchgeführten Grossaktion erreichte die deutsche Aktivpropaganda in den Monaten zwischen Mai und Juli 1943 mit rund einer Milliarde eingesetzter Flugblätter – darunter allein 200 Millionen Exemplaren des Befehls Nr. 13 – ihren absoluten Höhepunkt. In Anbetracht des gewaltigen materiellen Einsatzes blieb mit knapp über 15.000 registrierten Überläufern zwischen Mai und August des Jahres das Ergebnis mehr als enttäuschend, zumal auch bei den Gefangenen der Überläuferanteil keine 20 Prozent mehr erreichte.

Das Scheitern der Kursker Offensive – Unternehmen Zitadelle – und der endgültige Verlust der militärischen Initiative an der gesam-

ten Ostfront machten die Bedingungen für eine erfolgreiche deutsche Aktivpropaganda noch schwieriger. Mit dem Jahr 1944 ging die aktivpropagandistische Arbeit im Osten zunehmend in die Regie der SS über, die in zwei gezielten Grossaktionen zur Jahreswende 1943/44 an der Leningrader Front und zur Jahresmitte 1944 im Bereich der Heeresgruppe Nordukraine ein letztes Mal alle Kräfte konzentrierte. Trotz des nochmals enormen Aufwands mit 120 Millionen Flugblättern allein im Mai 1944 verpuffte die Wirkung angesichts der immer hoffnungsloseren militärischen Lage. Im vorletzten Kriegsjahr bewegten sich die Überläuferzahlen im Bereich von 1.000 Mann monatlich und erreichten lediglich im Oktober 1944 mit deutlich über 2.000 einen letzten bescheidenen Höhepunkt. Die ersten drei Monate des Jahres 1945 beschernten der deutschen Aktivpropaganda noch insgesamt 1975 übergelaufene Rotarmisten bevor im April auch die propagandistische Arbeit an der Front endgültig zusammenbrach.

Das zentrale Manko der deutschen Aktivpropaganda sowohl gegenüber der Roten Armee als auch gegenüber der russischen oder ukrainischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten war die politische Konzeptionslosigkeit der deutschen Führung hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung ihres Expansionsfeldes im Osten. Da Hitler es am 16. Juli 1941 grundsätzlich verboten hatte, die politischen Pläne Deutschlands im Osten publik werden zu lassen, vermochte die deutsche Propaganda den Menschen keine Zukunftsperspektive zu bieten. Weder die Beseitigung des Kolchos-Systems und die Wiederherstellung der freien Bauernschaft noch die Wiederzulassung der Kirche konnten im grossen Stil propagandistisch verwertet werden.

Ihre Glaubwürdigkeit bei den russischen Soldaten war seit dem grossen Kriegsgefange-



General Andreij Wlassow mit deutschen Offizieren vor dem Redaktionsgebäude der Feldzeitung in Weissrussland.

nen-Sterben vom Winter 1941/42 entscheidend erschüttert. Weder ein noch so intensives Bemühen um Überläufer und ihre bevorzugte Behandlung, noch die Werbung um Kommissare und Politarbeiter oder die Mobilisierung des russischen Patriotismus für die «Befreiung Russlands» in Gestalt der Wlassow-Bewegung konnten ihr im weiteren Verlauf des Krieges durchschlagende Erfolge beschaffen.

Nach dem Urteü des Militärhistorikers Ortwin Buchbender liegt der eigentliche Grund für das Scheitern der deutschen Propaganda im Osten darin, «dass sie trotz ihrer tönenden Parolen und Programme 'kein Ethos' besass». Durch diesen allein im Wesen des Nationalsozialismus begründeten Mangel «wurden die Propagandisten wie die Bevölkerung im Osten zum Spielball der Verhältnisse und damit zum Spielball der Politik». Wenn jedoch Krieg – und damit auch der Propagandakrieg – nach Clausewitz' berühmtem Satz «eine blosse Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» darstellt, bedarf er auch eines politischen Ethos und einer Perspektive, die mehr enthält als jene Hitler sehen Grundsätze vom Juli 1941: «Erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten».

«Sieg oder Untergang»

Die Propaganda im Krieg der Weltanschauungen

Hanno Sowade

Der Krieg zwischen dem Deutschen Reich Hitlers und der Sowjetunion Stalins wurde auch mit den Mitteln der Propaganda geführt. Flugblätter, Plakate, Broschüren, Vorträge, Wochenschau-Filme, Lautsprecherdurchsagen und Radiosendungen sollten die eigene und die feindliche Zivilbevölkerung, ebenso wie die eigenen und die gegnerischen Soldaten beeinflussen. Inhalt, Gestaltung und Aussage waren dabei abhängig sowohl vom Zweck des Einsatzes als auch vom Kriegsverlauf.

Bild vom «Untermenschen»

Bereits in «Mein Kampf» entwarf Hitler dem nationalsozialistischen «Volksgenossen» ein Schreckensbild vom Kommunismus: «Im russischen Bolschewismus haben wir den im zwanzigsten Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen ...». Der Hitler-Stalin-Pakt täuschte im Herbst 1939 eine Wende nur vor. Beiden Diktaturen ging es einzig um ein kurzfristiges Zweckbündnis zur Teüung Polens. Spätestens nach Beginn des Krieges mit der UdSSR, dem «Unternehmen Barbarossa», konnten die Nationalsozialisten das Bild vom «Untermenschen» in Deutschland weiter propagieren. Neben der gleichnamigen Broschüre und anderen gebräuchlichen Propagandamitteln wurden auch «handfeste Beweise» geliefert. 1942 präsentierte die Reichspropagandaleitung der NSDAP in Berlin die Ausstellung «Das Sowjet-Paradies». Sogar ein komplettes Haus befand sich unter den Objekten, die aus den eroberten

russischen Gebieten in die Reichshauptstadt transportiert worden waren.

Im weiteren Verlauf des Krieges erfuhr die Heimatpropaganda eine neue Akzentuierung. Mit den Erfolgen der Roten Armee und dem Vordringen der Front in Richtung Westen wurde der Kampf für das nationalsozialistische Regime immer mehr zur reinen Überlebensfrage. Was die Alternative «Sieg oder Bolschewismus» bedeutete, zeigte die NS-Propaganda der Bevölkerung mit aller Deutlichkeit auf, um so den Durchhaltewillen zu stärken.

Der Krieg gegen die Sowjetunion war von Anfang an ein «Weltanschauungskrieg». Grundlegende Weisungen wie der «Kommissarbefehl», der die Hinrichtung aller Kommissare der Roten Armee anordnet, machten dies den Soldaten und Offizieren der Wehrmacht unmissverständlich deutlich.

Die Propaganda gegenüber den Soldaten der Roten Armee und der Bevölkerung der Sowjetunion folgte aus naheliegenden Gründen einer anderen Argumentation: Hitler als strenger aber gerechter «Befreier vom stalinistischen Kolchos-Joch» sollte die sowjetische Bevölkerung für die neuen Herren gewinnen. Neben der Rückgabe des Eigentums versprach die Propaganda auch Religionsfreiheit und Respektierung ethnischer Sonderrechte.

Die Wirklichkeit nationalsozialistischer Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten sah jedoch völlig anders aus. Dies war – neben dem Tod hunderttausender sowjetischer

Kriegsgefangener in deutschen Lagern – für viele Zivilisten der Hauptgrund, sich den neuen Herren aktiv zu widersetzen und den Partisanen anzuschliessen. Das Schicksal der kriegsgefangenen Rotarmisten beeinflusste auch die Propagandaaktivitäten der Wehrmacht gegenüber der Sowjetarmee nachhaltig. Flugblätter, die ein Bild glücklicher Kriegsgefangener bei gemeinsamen Essen zeigten, konnten angesichts der unzähligen Hungertoten wenig überzeugen. Ihre Verbreitung wurde deshalb auch zeitweise eingestellt. Überzeugender wirkte hingegen, insbesondere in der ersten Kriegsphase, der Hinweis auf die militärischen Erfolge der Wehrmacht oder allgemein der Appell an den Widerstand gegen die stalinistische Gewaltherrschaft.

Frontwechsel

Angesichts der katastrophalen Entwicklung des Zweiten Weltkrieges sahen sich die Nationalsozialisten gezwungen, allmählich alle verfügbaren «Reserven» auszuschöpfen. Hierzu gehörten auch die gefangenen Soldaten und Offiziere der Roten Armee. Verbände der Wehrmacht hatten bereits kurz nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion erste Hilfswillige – «Hiwis» – zu Transport- und Schanzarbeiten herangezogen. Im Laufe der Zeit entstanden daneben zunehmend eigenständige, reguläre Einheiten wie Kosakenverbände und Bataillone aus Völkern mit ethnischem beziehungsweise religiösem Sonderstatus innerhalb der Sowjetunion, beispielsweise Turkmenen, Aserbeidschaner und andere Kaukasier. Die Propaganda griff dabei erfolgreich die seit der Oktoberrevolution 1917 schwelenden Konflikte mit dem herrschenden kommunistischen System auf. Freie Religionsausübung, Abkehr vom Kommunismus und regionale Eigenständigkeit wurden in Aussicht gestellt.

Die umfangreichsten Aktivitäten galten jedoch der Anwerbung nationalrussischer

Kriegsgefangener und wehrfähiger Männer. Zum Kristallisationspunkt wurde der ehemalige sowjetische General Andreji Wlassow und die Russische Befreiungsarmee, die ROA. Besonders wertvoll für die deutsche Propaganda war General Wlassow, da er noch Ende 1941 zu den in der Sowjetunion hochgelobten Helden bei der Verteidigung Moskaus gegen die deutschen Truppen gezählt hatte. Nach seiner Gefangennahme im Juli 1942 erklärte er sich zur Kooperation mit den Deutschen und zum Kampf gegen Stalin für ein antikomunistisches Russland bereit. Sein Foto findet sich seither auf zahlreichen Flugblättern und Broschüren, er warb in unterschiedlichen Auftritten für die ROA.

Zielgruppe der Werbemassnahmen waren nicht nur die sowjetischen Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern. Mit Grossaktionen sollten auch gezielt Rotarmisten zum Überlaufen bewegt werden, als die militärischen Erfolge der Wehrmacht abnahmen. Auch die Bevölkerung in den besetzten Gebieten umwarben die Nationalsozialisten. Auf den Ausgang des Krieges hatten diese Aktion ebenso wie die übrigen deutschen Propagandaaktivitäten jedoch keinen nachhaltigen Einfluss.

«Kampf den Faschisten»

Die Propaganda der Sowjetunion gegenüber den Einheiten der Wehrmacht war zu Beginn des Krieges wenig effektiv. Aufrufe zum Sturz Hitlers erzielten keine Wirkung. Selbst die Ankündigung, die deutschen Truppen würden sicher unterliegen, fiel während der für die Rote Armee katastrophalen Kesselschlachten 1941 und 1942 und trotz eines ersten sowjetischen Erfolges in der Winterschlacht um Moskau nicht auf fruchtbaren Boden. Dennoch blieb die Aussage über den unvermeidlichen Sieg der Roten Armee die Hauptthese der sowjetischen Propaganda im Zweiten Weltkrieg. Je länger der Krieg dau-

erte, desto stärker konnten die sowjetischen Propagandisten in den Flugblättern, Broschüren und Plakaten mit tatsächlichen Niederlagen der Wehrmacht argumentieren.

Eine besondere Bedeutung hatte hierbei die Niederlage der deutschen Wehrmacht bei Stalingrad: Der Verlust der 6. Armee mit 250.000 Mann liess sich von der deutschen Propaganda gegenüber den Soldaten weder verschweigen noch begründen. Die sowjetische Argumentation besass demgegenüber einen unumstösslichen Beleg. Gegen Ende des Krieges verteilte die Führung der Roten Armee hinter den deutschen Linien ganze Flugzettel-Serien mit den Abbildungen von über 25 deutschen Generälen, die innerhalb von sechs Wochen gefangen genommen worden waren. Der sowjetische Respekt vor der gefürchteten Wehrmacht verblasste. Für den Volkssturm hatte die sowjetische Propaganda gegen Ende des Krieges schliesslich nur noch Spott übrig.

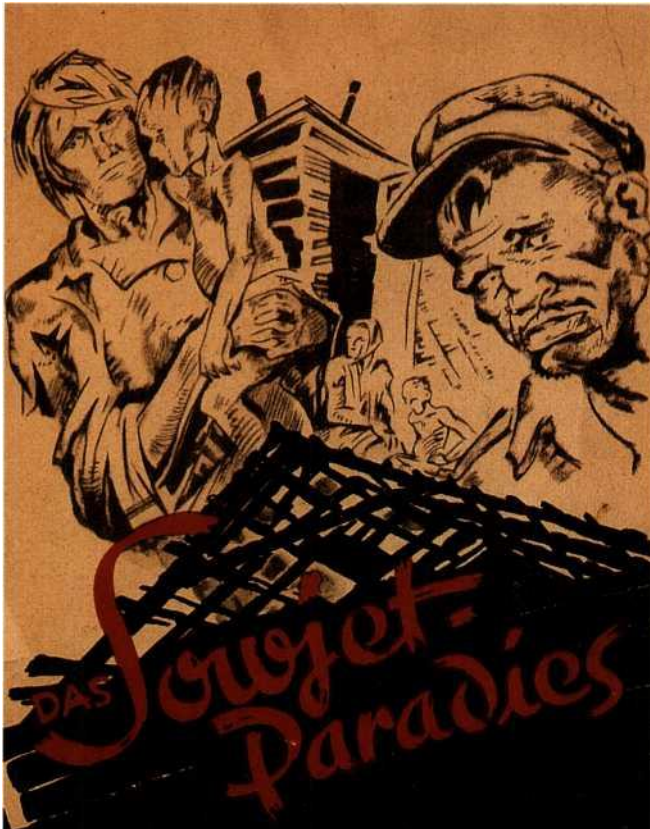
Mit den Erfolgen der Roten Armee stieg auch die Zahl der gefangenen deutschen Soldaten und Offiziere. Dies eröffnete der sowjetischen Propaganda ein weiteres Betätigungsfeld. In einem Lager in Krasnogorsk bei Moskau entstand 1942 eine «Antifaschistische Schule». Kriegsgefangene wurden von geflohenen Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands geschult. Lehrinhalt war unter

anderem die Unvermeidlichkeit der Niederlage des faschistischen Deutschland. Einige Absolventen dieser Schule wurden als Agitatoren und Sprecher für Radiosender an der Front verpflichtet.

Der Einsatz deutscher Kriegsgefangener für Propagandazwecke nahm mit der Gründung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» im Juli 1943 zu. Prominentestes Mitglied war Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, der Oberbefehlshaber der 6. Armee. Die Angehörigen des Komitees entwickelten Aufrufe, gaben die Zeitung «Freies Deutschland» heraus, betreuten einen Radiosender und «agitierten» sowohl an der Front als auch in den Kriegsgefangenenlagern. Ihre Erfolge bei der Werbung von Überläufern und bei der Ausbildung von Antifaschisten blieben jedoch gering.

Die sowjetische Propaganda innerhalb der eigenen Bevölkerung und der Roten Armee orientierte sich an der Ansprache Stalins wenige Tage nach Kriegsbeginn: Die Ausrufung des «Grossen Vaterländischen Krieges» zur Rettung Russlands vor dem faschistischen Deutschland stiess auf breite Zustimmung. Von allen Sowjetmenschen forderte die Propaganda Patriotismus, Opferbereitschaft und Durchhaltewillen. Die Gegner in diesem Krieg erschienen als reissende Wölfe, Sadisten oder Schreckgespenster.

*«Das Sowjet-Paradies»: Die Ausstellung der Reichspropaganda-
leitung im Berliner Lustgarten zeichnet 1942 ein Bild
von einer » bolschewistischen Hölle*



*Eine Hetzschrift der SS propagiert 1942 das rassistische
Feindbild vom jüdisch-
bolschewistischen
«Untermenschen».*



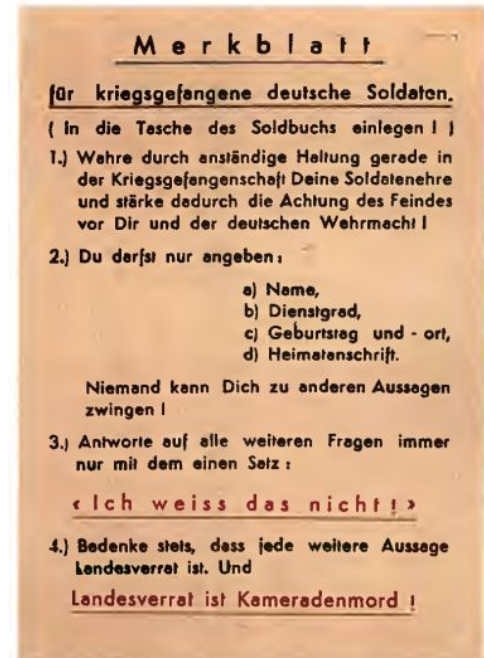
Die Ermordung polnischer Offiziere durch Rotarmisten in Katyn wird von der NS-Propaganda benutzt, um die Greueltaten des Feindes anzuprangern.

«Sieg oder Bolschewismus»:
Ab 1943 bestimmen zunehmend Durchhalte-Parolen die nationalsozialistische Propaganda.



*Verhaltensregeln für einen
Wehrmachtssoldaten:
Gefordert sind Haltung,
Ehrbeahrung und Treue
zum Vaterland auch in
Kriegsgefangenschaft.*

*Erschöpft vom Marsch: Deut-
sche Kriegsgefangene auf
ihrem Weg in die Lager*



Grundsätzlicher Befehl Nr. 13

des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht über die Behandlung der auf deutsche Seite übergehenden Angehörigen der Roten Armee

Die große Zahl der freiwillig zu uns Übergetretenen bewies, daß die einschlägigen Offiziere und Soldaten der Roten Armee nicht gewillt sind, sich auch weiterhin einem für das Sowjetregime zu opfern. Alle Offiziere und Soldaten, welche ethisch den Kampf aufgeben und freiwillig zu uns übertraten, sind daher als Gegner des Sowjetregimes zu betrachten und dementsprechend bevorzugt zu behandeln.

In Ergänzung und Erweiterung der bisher gegebenen Befehle wird dabei angedeutet:

- Als freiwillig zu uns Übergetreten gilt jeder Angehörige der Roten Armee (Offizier, Poltrunk, Unteroffizier oder Mann), der sich nach Lösung von dem eigenen Truppenverband einzeln oder in Gruppen freiwillig zu uns begibt.
- Behandlung von freiwillig zu uns Übergetretenen:
 - bei der Truppe, sowie in Sammelstellen der Divisionen und Korps:
 - Freiwillig zu uns Übergetretene sind von Kriegsgefangenen sofort abzuheben und besonders gut unterzubringen.
 - Personlicher Eigentum (Geldbeutel, Wertpapiere, Bekleidung, Dienstgradabzeichen usw.) ist unantastbar.
 - Freiwillig zu uns Übergetretene sind sofort von den Truppenbeständen sichtlich zu verzeichnen.
 - Freiwillig zu uns Übergetretene sind sofort mit dem Zweck der Feldbewirtschaftung zu unterrichten und soweit möglich mit Fahrzeugen (Lastkraftwagen), nicht im Feldmarsch — nach rückwärts abtransportieren.
 - Kranken und Verwundeten ist (sofern möglich) ärztliche Hilfe zu gewähren.
 - Jeder freiwillig zu uns Übergetretene erhält gegen Vorlage seines Soldbuches oder des deutschen Passierscheines einen auf seinen Namen lautenden Ausweis.
- In Sammelstellen:
 - Bevorzugte Unterbringung in besonders geeigneten Alleen (Häuser, Dörfer usw.).
 - Offiziersunterkünfte sind getrennt zu errichten, die notwendigen Reparaturarbeiten sind abzuwickeln. (Wandstuhlgelände usw. sind abzugeben.)

ПРИКАЗ № 13 Верховного командования Германской Армии.

О военнослужащих Красной Армии, добровольно перешедших на сторону Германской Армии.

Благоразумные солдаты и офицеры Красной Армии не желают дальше жертвовать собой ради сохранения советского режима, о чем свидетельствует большое количество военнослужащих Красной Армии, переходящих добровольно на нашу сторону.

Всех офицеров и солдат Красной Армии добровольно переходящих к нам следует рассматривать, как противников советской власти и в соответствии с этим, с ними обращаться.

Приказываю:

I. Каждого военнослужащего Красной Армии (офицера, политработника, бойца и др.) покинувшего свою часть и самостоятельно или в составе группы добровольно являющегося к нам, считать не военнопленным, а добровольно перешедшим на сторону Германской Армии.

II. Обращение с добровольно перешедшими:

а) В войсковых частях, дивизионах и корпусах:

1) Добровольно перешедших немедленно отделить от военнопленных и разместить по возможности в отдельных благоустроенных помещениях. Все личное имущество (деньги, ценные вещи, обмундирование, ордена, медали, знаки различия), оставлять неприкосновенным.

Добровольно перешедших обеспечить хорошим питанием.

Добровольно перешедших немедленно препроводить из зоны боевых действий в тыл, обеспечивая их, по мере возможности, средствами передвижения.

Больным и раненым оказывать немедленную медицинскую помощь.

2) Каждому добровольно перешедшему на основании имеющихся у него документов или нашего «пропуска» выдать особое удостоверение.

б) На специальных сборных пунктах:

1) Добровольно перешедшим оказывать предпочтение при расквартировании (отопление, обеспечение постельными принадлежностями и т. д.). Офицеров помещать отдельно и обеспечить им все необходимые удобства.

2) Добровольно перешедших обеспечивать должным образом вравне с добровольцами Русской Освободительной Армии в по возможности, по возможности, по возможности (табак и др.).

2. Выплетка hat nach dem Sitte für Freiwillige zu erfolgen. Soweit örtliche Verhältnisse es erlauben, sind monatliche Vergünstigungen (auch Rauchwaren und sonstige Luxusartikel) zu gewähren.
3. Scheidende B-Kleidung ist bevorzugt zu ersetzen.
4. Innerhalb von 7 Tagen hat der freiwillig zu uns Übergetretene die Möglichkeiten, sich für den Eintritt in einen Verband der nationalen Befreiungskorpsen oder als Dolmetscher für die rückwärtigen Dienste der Truppe oder für den freiwilligen Arbeitseinsatz im Rahmen der befreiten Ostgebiete, möglichst der Neigung und Vorbildung des Einzelnen entsprechend, zu entscheiden.
5. Dem Offizieren steht bis zum Hauptmann einschließlich für je drei Offiziere ein, vom Major an aufwärts je zwei Offiziere ein, vom Generalmajor aufwärts ein Orden aus zu.
6. Geistige Betreuung hat in großzügiger Form zu erfolgen. Freiwillige Kreise der Zivilbevölkerung können gegebenenfalls herangezogen werden.

Verteilung von Zeitschriften und geeigneter Literatur, Musikinstrumenten usw.
Vorführung von Filmen.
Förderung der eigenen Initiative auf dem Gebiet der geistigen Betreuung.

III. Dem freiwillig zu uns Übergetretenen wird nach Kriegsende (bevorzugt) sichere Rückkehr in die Heimat garantiert, wenn diese gewünscht wird.

H. Q., 21. 4. 43

Oberkommando des Heeres

I. d. V. Верно:

[Signature]
Oberst I. G. Поткомандо «Паспаше»

Пропуск (Passierschein)

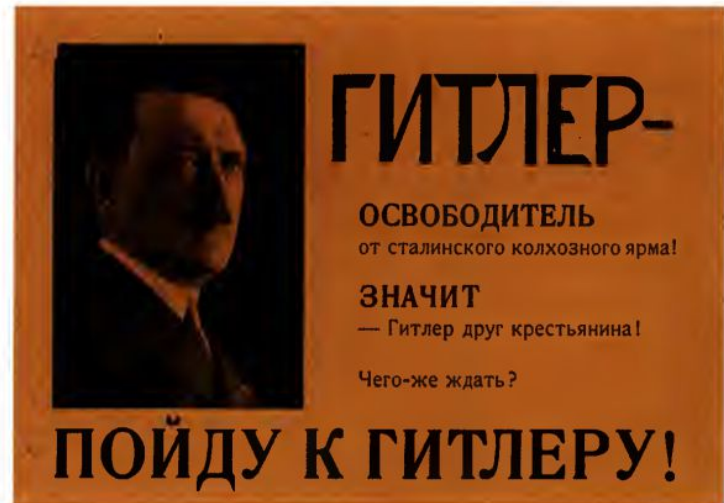
Пропуск действителен для неограниченного числа командиров, бойцов и политработников РККА (независимо от их принадлежности к партии), переходящих на сторону Германских Вооруженных Сил, их союзников, Русской Освободительной Армии и украинских, кавказских, казахских, туркестанских и татарских освободительных отрядов.

Переходить можно и без пропуска: *«Паспаше»* — водить все *«Паспаше»* и прикрутить *«Паспаше»* калитку как *«Паспаше»* в замке!»

AM 7414 48

Auflage 200 Millionen:
«Grundsätzlicher Befehl Nr 13»
— 1943 wichtigstes Flugblatt der Wehrmacht, um Rotarmisten zum Überlaufen zu bewegen.

*Eine Propagandaschrift für
Überläufer: Hitler als Befreier vom «bolschewistischen Kolchosen-Joch» und als «Freund der Bauern*

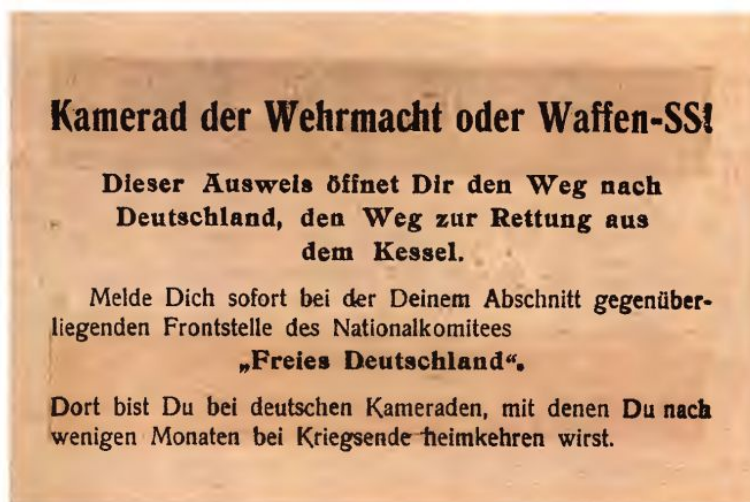


Deutsche Propaganda-Kompanien unterweisen die Bevölkerung der besetzten Dörfer und Städte in der Sowjetunion.





Auf Flugblättern mit dem Bild prominenter Wehrmachts-Generäle, die sich zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bereit erklärt haben, ruft das Nationalkomitee deutsche Soldaten auf zu desertieren.



*Versprechungen:
Der Beitritt zum «Nationalkomitee Freies Deutschland» wird als sicherer Weg für eine Rückkehr in die Heimat dargestellt.*

Hinweis auf Verschiebungen der Front: Mit Flugblättern widerspricht das «Nationalkomitee Freies Deutschland» der Lügenpropaganda Hitlers.

NATIONALKOMITEE Freies Deutschland

Am 12. Juli 1943 wurde das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gegründet. Damals schrieben wir in unserem Manifest: „Die Tatsachen beweisen: **der Krieg ist verloren.** Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermesslicher Opfer und Entbehrungen“. Ströme von Blut haben inzwischen die Schleier hinweggeschwemmt, mit denen die Lügenpropaganda Hitlers diese Wahrheit zu verbergen suchte.

SEHT AUF DIE KARTE



Die Russen stehen an der Grenze Ostpreussens, der Mittelabschnitt der deutschen Ostfront ist zerschlagen, in Italien ist schon aus dem „Millimeter-“ ein Kilometerkrieg geworden, die erste Grosslandung der Amerikaner und Engländer ist erfolgt.

Wer jetzt noch nicht begreift, dass der Krieg hoffnungslos verloren ist, dem ist nicht zu helfen.

Die Heeresgruppe Nord ist abgetrennt. Während Ihr an der Narwa steht, ohnmächtig und gebunden, Gesicht nach Osten, hat

Aufruf des Generalfeldmarschalls PAULUS

An die kriegsgefangenen deutschen Offiziere und Soldaten
in der U. d. S. S. R. und an das deutsche Volk

Bei Stalingrad hat die 6. Armee unter meiner Führung, dem Befehl Adolf Hitlers folgend, bis zum Äußersten gekämpft in der Hoffnung, durch ihr Opfer der Obersten Führung die Möglichkeit zu schaffen, den Krieg zu einem für Deutschland nicht allzu ungünstigen Ende zu führen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Fortsetzung des Krieges für Deutschland zu einem sinnlosen Opfer gemacht.

Die Rote Armee geht auf breiter Front vor und hat die Reichsgrenze in Ostpreußen erreicht. Im Westen haben Amerikaner und Engländer die deutsche Abwehr am Westflügel durchbrochen und gehen in den offenen französischen Raum vor. Weder im Osten noch im Westen verfügt Deutschland über Reserven, die die Lage wieder herstellen könnten. Die feindliche Überlegenheit in der Luft und zur See ist so erdrückend, daß die Lage dadurch noch aussichtsloser wird.

Der Krieg ist für Deutschland verloren.

In diese Lage ist Deutschland trotz des Heldentums seiner Wehrmacht und des ganzen Volkes durch die Staats- und Kriegführung Adolf Hitlers geraten.

Dazu kommt, daß die Art, wie ein Teil seiner Beauftragten im besetzten Gebiet gegen die Bevölkerung vorgegangen ist, jeden wirklichen Soldaten und jedem wirklichen Deutschen mit Abscheu erfüllt und uns in der ganzen Welt schwerste Vorwürfe zuziehen muß.

Wenn sich das deutsche Volk nicht selbst von diesen Handlungen lossagt, wird es die volle Verantwortung für sie tragen müssen.

Unter diesen Umständen halte ich es für meine Pflicht, vor meinen kriegsgefangenen Kameraden und vor dem ganzen deutschen Volk zu erklären:

Deutschland muß sich von Adolf Hitler lossagen und sich eine neue Staatsführung geben, die den Krieg beendet und Verhältnisse herbeiführt, die es unserem Volke ermöglichen, weiter zu leben und mit unseren jetzigen Gegnern in friedliche, ja freundschaftliche Beziehungen zu treten.

Moskau, 8. August 1944

Paulus
Generalfeldmarschall

8119

Aufruf von
Generalfeldmarschall Paulus:
Die Aufklärung über die tatsächliche Lage an der Front bestimmt die Propaganda des Nationalkomitees.

Die sowjetische Überläuferpropaganda stellt deutsche Soldaten vor die Wahl: Tod oder Kriegsgefangenschaft.



Während der Schlacht um Stalingrad 1942: erstmals erscheint das Plakat «Rotarmist, errette uns!», Gesamtauflage mehr als 10 Millionen.



Deutsche Kriegsgefangene

Verlorene Jahre

Deutsche Kriegsgefangene und Internierte im Archipel GUPWI

Stefan Karner

Rund 2,3 bis 2,8 Millionen Deutsche – Kriegsgefangene, Zivilisten, Internierte, Frauen und Männer wurden zwischen 1941 und 1956 von Einheiten der Roten Armee oder sowjetischer Staatsorgane gefangengenommen, in die Sowjetunion verbracht und in Lagern, Gefängnissen oder Arbeitsbataillonen registriert. Nicht miteingerechnet jene noch Jahre nach Kriegsende in der sowjetisch besetzten Zone inhaftierten und in die Sowjetunion verschleppten Zivilisten. Ein eigens für die Kriegsgefangenen und Internierten eingerichteter Archipel von Lagern – von der polnischen Grenze bis nach Ostsibirien – hatte seit 1941 die Deutschen aufgenommen. Für viele, Zivilisten und Kriegsgefangene, endete die Gefangenschaft erst nach Jahren. Keine andere Gewahrsamsmacht behielt deutsche Kriegsgefangene so lange wie die Sowjetunion.

Die Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten, GUPWI, unterstand dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR, NKWD, und war zuständig für ein Lagersystem von ungeheuren Ausmassen: Ausser Deutschen anderer Gefangener aus allen Ländern Europas – vor allem Ungarn, Rumänen und Österreicher –, aus den USA, Kanada oder Brasilien, die auf der Seite der Deutschen Wehrmacht gekämpft hatten oder als Kriegsgegner eingestuft worden waren, aber auch Japaner und Angehörige von mit ihnen verbündeten Armeen, in den sowjetischen Lagern des Archipel GUPWI registriert worden. Das NKWD bezifferte ihre Gesamtzahl mit knapp über vier



Millionen, andere sowjetische Quellen sprachen von bis zu sechs Millionen Menschen.

Hier muss auf das furchtbare **Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, «Fremd- und Ostarbeiter»** hingewiesen werden, die teils angeworben, zum Grossteil jedoch zwangsverpflichtet, «hilfswillig» oder kriegsgefangen im Herrschaftsbereich des Deutschen Reiches zur Arbeit eingesetzt wurden. **Etwa die Hälfte von ihnen überlebte die Internierung und Gefangenschaft nicht.** Ein weiterer Teil der wieder in die Sowjetunion Repatriierten kam zur Zwangsarbeit in den Archipel GUPWI, später in die Straflager für Sowjetbürger des GULAG, der Hauptverwaltung für Lager, wo wiederum viele verstarben. Während das Lagersy-

Der Weg in die Ungewissheit sowjetischer Kriegsgefangenschaft: Deutsche Soldaten ergeben sich der Roten Armee.

Einschub von Ullis Bücherecke:

Warum diese Pauschalbehauptung? Gibt es keine detaillierten Erkenntnisse dazu?

In diversen Publikationen wird bekanntlich ohne jegliches Beweismaterial plagiirt, in deutscher Verantwortung seien an die 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene jämmerlich zu Tode gekommen.

stem des Archipels GULAG, der Hauptverwaltung für Lager, vor allem durch die zahlreichen Publikationen des russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn bekannt ist, blieb die Existenz des Archipels GUPWI im Dunkeln. Er war Teil des stalinistischen Herrschafts- und Terrorapparates und diente – etwa für die Polen, die in Katyn erschossen wurden – auch als vorbereitendes System zur gezielten Massentötung.

Unter den im Archipel GUPWI registrierten Kriegsgefangenen und Internierten dürften insgesamt rund fünf Prozent Frauen gewesen sein. Für sie war der OKW-Geheimbefehl vom 5. September 1944, nach dem Frauen «rasch und reibungslos» von den Fronten zurückzunehmen seien, um sie nicht «in Feindeshand fallen» zu lassen, zu spät gekommen. Sie waren als Stabs-, Luftwaffen-, und Waffen-SS-Helferinnen oder als Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes und Ärztinnen gefangenengenommen worden. Ein Teil von ihnen war dem Kontingent der «internierten und mobilisierten Deutschen» zugeschlagen und in Arbeitsbataillone eingeteilt worden. In einer 1994 erschienenen Untersuchung über Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht schätzen Paul Carell und Günter Böldeker, dass jede dritte von ihnen in sowjetischer Hand verstorben ist. Noch 1949 sollen sich nach Untersuchungen von Kurt W. Böhme zum Schicksal der weiblichen Kriegsgefangenen etwa 25.000 Frauen, die zum Wehrmachtsgolge gehört hatten, in der Sowjetunion befunden haben.

«Internierte und mobilisierte Deutsche»

Die Sowjetunion hat 1929 die Genfer Konvention zum Schutz der Kriegsgefangenen nicht unterschrieben, sie bemühte sich lediglich formell, international anerkannte Grundprinzipien des Schutzes von Kriegsgefangenen, vor allem nach der Haager Landkriegsord-

nung, im Bereich ihres Archipel GUPWI aufrecht zu erhalten. Zusätzlich hatten die Sowjets durch die Kategorie «Internierte und mobilisierte Deutsche» einen sowohl ausserhalb der internationalen Vereinbarungen als auch ihrer eigenen, erklärten Verordnungen stehenden Gefangenen-Typus, besonders für «Volks»-Deutsche, gefangene Wehrmacht- und Waffen-SS-Helferinnen und Zivilisten aller Art, geschaffen.

Einer NKWD-Statistik vom 15. Juli 1950 zufolge belief sich die Gesamtzahl der von der Roten Armee und Staatsorganen auf ihrem Marsch nach Zentraleuropa in Ost- und Mitteleuropa ohne jedes Gerichtsverfahren und meist buchstäblich von der Strasse, aus dem Haus oder auf dem freien Feld gefangenen und in die UdSSR verschleppten «internierten und mobilisierten ‚Volks‘-Deutschen» auf 271.672. Wie viele während der wochenlangen Transporte verstarben, wird wohl überhaupt nie geklärt werden können – diesbezügliche Schätzungen müssen jedenfalls vom Schlimmsten ausgehen: Folgen wir der amtlichen sowjetischen Statistik, so wurden von dem oben genannten Gesamtkontingent 202.720 Menschen wieder repatriiert, was nach Abzug der zum damaligen Zeitpunkt noch in der UdSSR festgehaltenen Internierten eine Sterbeziffer von 68.952 beziehungsweise eine Todesrate von knapp 25,4 Prozent ergibt.

Der Archipel GUPWI breitete sich zwischen 1939 und 1953 über die gesamte Sowjetunion aus, von den ersten Lagern hinter den Fronten in Mitteleuropa bis nach Sachalin und in die Goldgruben von Jakutien, und umfasste insgesamt etwa 5.000 Lager, Teillager, Frontlager, Evako- und Spezialspitäler sowie Arbeitsbataillone. Im Archipel GUPWI wurden Daten und Dokumente zu Schicksalen von über vier Millionen Kriegsgefangenen und Internierten aufbewahrt. Ein grosser Teil wurde unter Missachtung jeglicher Menschenrechte festgehalten, Hunderttausende überlebten nicht,

weil sie verhungerten, erfroren, an Seuchen und Schwäche verstürben, zum Tod verurteilt wurden oder auf der Flucht aus dem Archipel umkamen.

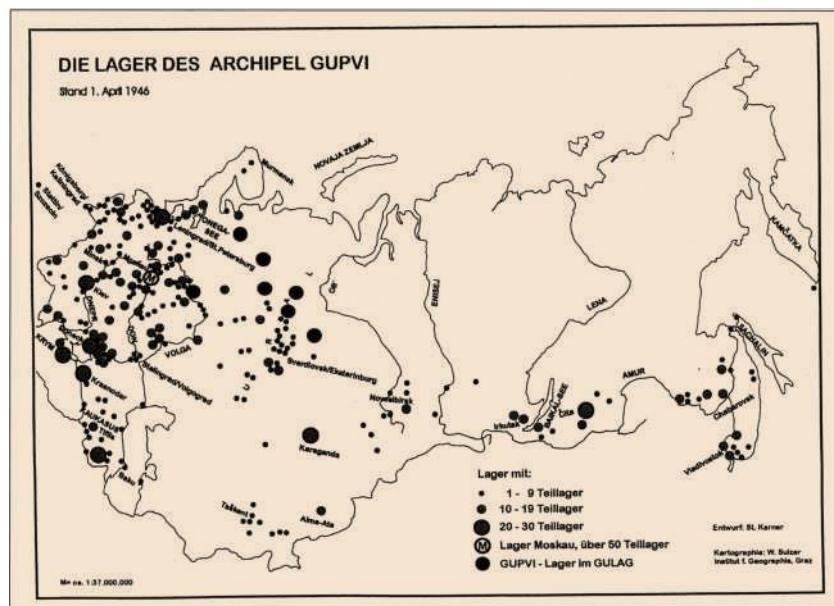
Die Errichtung der GUPWI als Zentrale für die Verwaltung des Archipels der Kriegsgefangenen und Internierten geht auf die Zeit unmittelbar nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zurück. Nur zwei Tage nach dem sowjetischen Einmarsch in Polen, am 19. September 1939, hatte Lawrentij P. Berija, als Volkskommissar des Inneren, mit Geheimbefehl 0308 die «Organisation von Kriegsgefangenenlagern» angeordnet und die generellen Richtlinien für eine übergeordnete (Haupt) Verwaltung, GUPWI, festgelegt: Als erstes unterstellte er die GUPWI dem NKWD. Durch diese Massnahme verfügte das sowjetische Innenministerium neben dem GULAG nun über einen zweiten Archipel von Lagern. Das NKWD führte damit auch die operativgeheimpolizeiliche Arbeit im Archipel der GUPWI-Lager durch und übernahm deren Finanzierung, Versorgung und Bewachung. Die ersten Lager des Archipels wurden vor allem in ehemaligen Klöstern und auf dem Areal von NKWD-Lagern und -Heimen aufgestellt. Später, besonders 1944/45, mussten die Kriegsgefangenen zahlreiche Lager oder lagerähnliche Einrichtungen unter schwierigsten Bedingungen, mitten in der Halbwüste, auf Dauerfrostböden, in Sumpfgebieten und ohne vorhandene Basis-Infrastruktur selbst errichten.

Aufgabe der GUPWI war es generell, die Kriegsgefangenen und Internierten im vorgeschobenen Frontlager-Netz zu erfassen, dem Inneren des Archipels zuzuführen, sie zu registrieren, ihre Mindestversorgung nach den vorgesehenen Normen des NKWD zu gewährleisten, sie physisch und politisch auszuwählen und zur Arbeit heranzuziehen. Die politische Umerziehung in der «Antifa» begann, besonders gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen, erst später. Eine Erweiterung erfuhr der Archipel 1941, als ihm auch 26 Lager von «besonderer Bedeutung», also

Spezial-Lager, unterstellt wurden. Durch den vor Moskau ins Stocken geratenen deutschen Vormarsch war es der Roten Armee im Spätherbst nämlich gelungen, Tausende ehemaliger Rotarmisten, die von der Deutschen Wehrmacht gefangengehalten wurden oder zu ihr übergelaufen waren, zu rekrutieren. Die geheimdienstliche Überprüfung, Filtration und spätere Verurteilung der meist als Deserteure, Spione und Vaterlandsverräter bezeichneten Sowjetbürger nach dem Artikel 58/lb des Strafgesetzbuches der Russischen Föderativen Sowjetrepublik hatte zur Folge, dass sie bis zum Juli 1944 in die Spezial-Lager des Archipels GUPWI gebracht wurden. «Wir kennen keine Gefangenen, wir kennen nur Vaterlandsverräter», wird Stalin in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert.

Im Herbst und Winter 1941/42 gerieten auch die ersten grösseren Kontingente an Deutschen, am Wolchow, vor Moskau und im Süden Russlands in Kriegsgefangenschaft. Die ersten Erfolge der sowjetischen Armeen an der Woronesch-, der Südwest- und der Don-Front im Herbst 1942 führten zu einem weiteren Zufluss von Kriegsgefangenen der

Die Karte des sowjetischen Lager-systems für Kriegsgefangene Archipel GUPWI verdeutlicht die gewaltige Zahl deutscher Kriegs-gefangener.





Durch die Trümmer von Stalingrad in die sowjetische Kriegsgefangenschaft: Die meisten dieser deutschen Soldaten überleben die folgenden Monate nicht.

Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten – etwa 30 Nationalitäten – in den nun sehr bald überbelegten Archipel. Die Neuerrichtungen von Lagern konnten mit dem Bedarf nicht Schritt halten. Hatte es zu Jahresbeginn 1942 nur sechs Kriegsgefangenenlager gegeben, so stieg ihre Zahl binnen eines Jahres auf 30, die Zahl der Aufnahmelager an der Front auf 44 an.

Der Archipel GUPWI bestand bis Jahresmitte 1942 aus zwei Hauptteilen und zwar aus dem Frontlager-Netz, den Aufnahmepunkten für Kriegsgefangene, PPW, und aus Lagern im Hinterland, die ihrerseits in Lager für Kriegsgefangene und Internierte und in Lager für die ehemaligen Rotarmisten unterteilt waren. Ab dem Sommer 1942 kamen zum Frontlager-Netz des Archipels noch die Front-Aufnahme-Durchgangslager, FPPL, hinzu, die ein Zwischenglied zwischen den ersten Aufnahmepunkten, PPW, und den stationären Lagern waren. Ausserdem dienten sie der Überwachung und Leitung des Frontlager-Netzes. In den FPPL, auch Verteilungslager genannt, wurden die Kriegsgefangenen und ehemaligen Rotarmisten ausgemustert und in die sta-

tionären Lager im Inneren des Archipels weitertransportiert.

Im Laufe des Jahres 1942 hatte man, entsprechend dem gestiegenen Angebot an Kriegsgefangenen-Arbeitskräften der GUPWI, zusätzlich zu den Verwaltungsabteilungen noch eine Produktionsabteilung eingerichtet. Sie sollte die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen für die Sowjetunion regeln und überwachen. Fast gleichzeitig inszenierte man unter den Kriegsgefangenen eine stärkere geheimdienstliche Tätigkeit. Die vor Jahresende 1942 gegründete «Operative»-Abteilung der GUPWI hatte für die einzelnen gefangenen Nationalitäten eigene Unterabteilungen, die erste für die «Deutschen», inklusive der Österreicher, Südtiroler und «Volks»-Deutschen.

Mit der entscheidenden Wende des Krieges in Stalingrad und dem sukzessiven Rückzug der Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten 1943 nahm die Zahl der aktenmässig feststellbaren Kriegsgefangenen rapide zu, obwohl etwa die Hälfte der Kriegsgefangenen in den stationären Lagern gar nicht mehr registriert werden konnte: Sie waren zwischen ihrer Gefangennahme und der Registrierung im stationären Lager, also noch im Eingangsbereich des Archipels GUPWI, ums Leben gekommen, verhungert, erfroren, total erschöpft, schwer verwundet oder – weil die entsprechende kämpfende Einheit der Roten Armee keine Gefangenen machte – kurzerhand erschossen worden.

In diesem Zusammenhang muss allerdings nachdrücklich auf das mindestens ebenso schwere Schicksal der sowjetischen GULAG-Häftlinge, Gefängnisinsassen und Repressierten hingewiesen werden. Ihnen wurden zu meist, wie auch Kriegsgefangene immer wieder berichten, selbst die Minimalrationen und die Minimalbehandlung der Kriegsgefangenen vorenthalten. Ähnliches galt in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren auch für grössere Teile der Zivilbevölkerung, als besonders im Winter 1946/47 nach gros-

sen Missernten die Lebensmittelversorgung praktisch zum Erliegen gekommen war. «Russische Frauen kamen zu uns auf die Baustelle. Sie brachten meist Tabak mit, um ein Stück Brot für ihre hungernden Kinder zu tauschen. So mancher Kriegsgefangene gab aus Mitleid sein letztes Stück Brot weg», berichtete ein ehemaliger Gefangener. Während die arbeitenden Kriegsgefangenen etwa 600 Gramm wässriges Schwarzbrot zugewiesen bekamen, erhielt die russische Zivilbevölkerung oft nicht einmal das.

Erschöpfung, Hunger und Tod

Das Zurückdrängen der Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten aus dem Gebiet der Sowjetunion im Laufe des Jahres 1944 bedeutete für hunderttausende Soldaten den Weg in die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Will man den sowjetischen Angaben Glauben schenken, wurden in diesem Jahr siebenmal soviel Gefangene wie in den Jahren 1942 und 1943 zusammen gemacht. Die GUPWI, eben erst neu organisiert, war auf einen derart gewaltigen Ansturm keineswegs vorbereitet. Es mangelte nahezu an allem: an Unterbringungsmöglichkeiten, Lebensmitteln, Medikamenten, Transportmitteln und Bekleidung. Dabei benötigte rund ein Drittel der gefangenen Soldaten eine ärztliche Behandlung. Vier Fünftel der Toten der kalten Monate Januar und Februar 1944 starben in den Spezial-Spitälern an Dystrophie und Tbc, es folgten Herzbeschwerden und Flecktyphus als weitere häufigste Todesursachen.

Als Sofortmassnahme wurde der Archipel GUPWI – zumindest auf dem Papier – deutlich vergrößert: Von 52 Lagern zu Jahresende 1943 auf 156 zu Jahresende 1944, dazu auch die Zahl der Frontlager, zu Jahresende 1944 ergab dies eine Gesamtkapazität der GUPWI-Lager von rund 905.000 Personen. Dabei hatte die GUPWI erstmals bereits Lager aus-



*Gezeichnet von Hunger, Kälte und Krankheiten:
In Lagern und Spezialhospitälern
sterben die Kriegsgefangenen zu
Tausenden.*

serhalb des Territoriums der Sowjetunion, vor allem in Polen, im Baltikum und in Rumänien errichtet. Im Oktober 1944 wurden auf der Basis von ehemaligen deutschen Lagern an der Frontlinie 18 stationäre Lager organisiert, davon drei in Polen, fünf in Lettland, zwei in Litauen sowie je eines in der Ukraine, in Weissrussland, auf der Krym, im Gebiet Leningrad, in Moldawien und in Rumänien. Die Gesamtkapazität dieser Lager betrug 100.000 Kriegsgefangene.

In den letzten Monaten des Krieges, nach ihrem Vormarsch auf deutsches Gebiet, machte die Rote Armee die höchste Zahl an Kriegsgefangenen. Allein nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht waren in den sowjetischen Frontlagern 1,3 Millionen Kriegsgefangene untergebracht worden. Kurzfristig befanden sich allein in den Frontlagern insgesamt bis zu 1,5 Millionen Kriegsgefangene. Zur Aufnahme dieser Kriegsgefangenen gab es in den vorgeschobenen Frontlagern insge-

*Die Lager waren oft in erreichbarer
Nähe von Betrieben oder Baustellen
angelegt: Deutsche Kriegsgefangene
auf ihrem täglichen Weg zur
Arbeit.*



samt 172 Lagerpunkte, wovon 34 FPPL, 56 SPV und 72 PPV waren. Die Verlagerung einer derart grossen Zahl an Kriegsgefangenen in das Innere des Archipels dauerte einige Monate und war nach sowjetischen Angaben erst am 1. November 1945 abgeschlossen. Während dieser Zeit starben Tausende an Erschöpfung, Hunger und verschiedensten Krankheiten.

Zu Jahresende 1945 hatte der Archipel GUPWI insgesamt 267 Lager mit rund 3.200 abgeschlossenen, stationären Teillagern.

Optimierter Arbeitseinsatz

Die GUPWI-Lager wurden generell so angelegt, dass man die Kriegsgefangenen «optimal» und ohne Transportverluste in der Industrie, auf den verschiedensten Baustellen, beim Torfstechen, im Wald, im Bergbau, am Wiederaufbau von während des Krieges zerstörten Städten und in anderen Zweigen der sowjetischen Wirtschaft einsetzen konnte. Nahezu jedes Lager verfügte daher über einen Bahnanschluss. War ein Bauvorhaben beendet oder die Aufträge und Verträge, die von der Lagerverwaltung mit einzelnen Unternehmen abgeschlossen worden waren, erfüllt, kam es nicht selten vor, dass ein Lager kurzfristig verlegt, mit einem oder mehreren anderen Lagern zusammengelegt oder überhaupt geschlossen wurde. Dieser Umstand erschwerte auch eine exaktere Angabe des Bestandes an Lagern zu einem bestimmten Zeitpunkt.

und Gebiete im März 1946 meinte der sowjetische Innenminister Sergeji Kruglow, dass «die Unterbringung der Kriegsgefangenen eine sehr wichtige Angelegenheit» wäre und dass der «Tagesablauf der Lager vereinfacht und den Interessen des Arbeitseinsatzes und der Bewahrung des Gesundheitszustandes der Kriegsgefangenen untergeordnet» werden sollte. «Wenn der Kriegsgefangene um 8 Uhr zur Arbeit muss, so ist es nicht notwendig, ihn um 5 Uhr zu wecken, er soll länger liegen bleiben, denn (...) wenn der Mensch länger liegt, dann braucht er weniger zum Essen».

Trotz entsprechend angeordneter Massnahmen blieben die Vorbereitungen auf den sowjetischen Hunger-Winter 1946/47 unzureichend. Der physische Zustand der Kriegsgefangenen verschlechterte sich, Lebensmittel wurden nur unregelmässig in die Lager beziehungsweise von den Lagerverwaltungen an die Gefangenen weitergegeben. Die Lagerinsassen waren mit der Winterbekleidung und dem Winterschuhwerk schlecht versorgt, nahezu überall fehlte es an Heizmaterial. Die Lage hatte sich derart zugespitzt, dass Innenminister Kruglow mit seinen Direktiven 20 vom 27. und 22 vom 28. Januar 1947 gezwungen war, in den Lagern des Archipels GUPWI von Januar bis März 1947 den Ausnahmezustand zu verhängen. Mehrere Kommissionen überprüften die Situation in den Lagern der einzelnen Regionen, wobei sich eine derart katastrophale Situation für die Lagerinsassen

Gefangenschaft in einem ehemaligen Kloster: Nach dem Arbeitseinsatz kehren deutsche Kriegsgefangene in das Lager Selenodolsk zurück.

Besonders seit dem Frühjahr 1946 erkannte das sowjetische Innenministerium, dass die Situation der Insassen des Archipels GUPWI verbessert werden musste, wollte man die Todesraten in den Lagern und die grosse Zahl an Arbeitsunfähigen, aber auch die Lebensmittelsituation ändern. Während einer Beratung der Innenminister der Republiken und der Leiter der UMVD der Regionen



zeigte, dass der Ausnahmezustand erst im Mai 1947 wieder aufgehoben werden konnte.

Filtern und Repatriieren

Die Verkleinerung des zentralen Apparats der GUPWI entsprach auch dem inzwischen voll eingesetzten Prozess der Repatriierung der Kriegsgefangenen und Internierten. Die Limit-Belegung der Lager war allein während des Jahres 1947 um rund eine halbe Million gesunken. Um jedoch die Kontrolle über die noch verbleibenden Lager des Archipels zu verbessern, wurden alle Lager in vier Hauptgruppen unterteilt: Lager in den Grenzgebieten, Lager im Hinterland, Lager mit milderem Regime, in denen Kriegsgefangene ungarischer, rumänischer und österreichischer Nationalität untergebracht waren, Lager mit Sonderregime, wo jener Teil der Kriegsgefangenen untergebracht war, dem besondere Vergehen zur Last gelegt wurde: Flüchtlinge, Saboteure, Mitglieder von SS, SD, SA und Gestapo sowie an Greueltaten Beteiligte. Diese Lager wurden durch Sonderwachmannschaften streng bewacht. Ab 1946/47 wurde seitens der operativen Abteilungen der GUPWI auch die geheimdienstliche Arbeit zur Ausforschung von Kriegsverbrechern unter den Lagerinsassen intensiviert, der dabei «entdeckte» Sohn des ehemaligen NS-Reichsstatthalters in Wien, Richard Seyss-Inquart, führte zu weiteren «Fütterungen» der Kriegsgefangenen durch das MWD.

Im Jahre 1949 wurde die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Wesentlichen abgeschlossen – bis auf jene rund 30.000, die gegen Jahresende als Kriegsverbrecher zumeist zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager des GULAG verurteilt worden waren. Die dabei durchgeführte Verurteilungspraxis trug die Handschrift der Militärtribunale und der Sonderkommissionen Berijas. Sie widersprach westlichen demokratisch-humanitären Grundlagen.

Mit Stichtag 20. Januar 1950 wurden in der Sowjetunion nach NKWD-Angaben noch 52.506 ausländische, vor allem deutsche und österreichische Kriegsgefangene und Internierte festgehalten. Von ihnen verblieben in Lagern der GUPWI beziehungsweise in Spezialspitälern 32.931 Gefangene, darunter bereits 10.550 Verurteilte. In den Lagern des GULAG verblieben 13.894 fast ausschließlich verurteilte Gefangene und in den Gefängnissen 5.681, davon waren 4.208 verurteilt und 1.473 in Untersuchungshaft.

Im Zuge der Umstrukturierung der sowjetischen Ministerien nach dem Tod Stalins im März 1953, bei der MWD und MGB zu einem Ministerium, MWD, zusammengelegt worden waren, wurde in der neuen Ministeriumsstruktur keine eigene Abteilung für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten mehr geschaffen. Die GUPWI hatte aufgehört zu existieren. Der GULAG selbst wurde auf Beschluss des Ministerrates der UdSSR in das Justizministerium der UdSSR integriert. Lediglich die Führung der Lager, in denen die verurteilten Kriegsgefangenen festgehalten wurden, war weiterhin dem MWD, Gefängnisverwaltung, unterstellt, wo zu man dort eine kleine Abteilung für Kriegsgefangene und Internierte eingerichtet hatte.

Nach der Amnestie und der Freilassung der verurteilten Kriegsgefangenen und Internierten wurden im Laufe des Jahres 1956 auch die letzten Lager des Archipels, die Lager 48 bei Iwanowo, östlich von Moskau und Lager 476 in Asbest im Ural sowie das Spezial-Spital 1893 in Chor bei Chabarowsk aufgelöst. Lediglich Lager 16 im Gebiet Chabarowsk und das Lager in Mordowien wurden in das System der Besserungs-Arbeitskolonien des MWD der UdSSR integriert.

(vgl. dazu den Beitrag auf Seite 72)



*Zeichen der Hilfe zur Wiedereingliederung:
Nach vielen Jahren in sowjetischer Gefangenschaft
finden Heimkehrer im Durchgangslager Friedland
Unterstützung.*

Vergebliches Ringen um das deutsche Ostheer

Nationalkomitee «Freies Deutschland» und Bund Deutscher Offiziere

Alexander Fischer

Beginn der Antifa-Arbeit in der UdSSR: Im Oktober 1941 unterschreiben deutsche Soldaten den «Aufruf der 158». Sie fordern die Beendigung des Krieges.



Das Nationalkomitee «Freies Deutschland» entstand im Sommer 1943 in der Sowjetunion nicht spontan. Eindringliche Versuche, deutsche Soldaten zum Ungehorsam, ja Widerstand gegen Hitler und sein «Drittes Reich» zu veranlassen, gab es auf sowjetischer Seite schon von Beginn des Russlandfeldzuges an. Dabei vertraute man in Moskau zunächst weitgehend auf die vermeintliche Durchschlagskraft der herkömmlichen «antifaschistischen» Diversions- und Aufstandsparenen. Wie der zunächst erfolgreiche Vormarsch der deutschen Truppen unter Beweis stellte, erwiesen sich solche Parolen jedoch rasch als erfolglos. Erst am Ende eines langwierigen Prozesses – der nach der Kapitulation der deutschen 6. Armee im Kessel von Stalingrad aus Moskauer Sicht vor allem vom erfolgreichen Stand der militärischen Operationen, aber auch von der Enttäuschung Stalins über seine anglo-amerikanischen Verbündeten wegen des Ausbleibens der «Zweiten Front» geprägt war – drängten die für die Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen verantwortlichen Kräfte in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee GlawPURKKA auf die zu einem Nationalkomitee

Walter Ulbricht im Gespräch mit deutschen Kriegsgefangenen. Auch er versucht, diese für einen propagandistischen Kampf «gegen den Faschismus» zu gewinnen.

Bildung einer Sammlungsbewegung aus kriegsgefangenen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und kommunistischen deutschen Emigranten.

Im Frühsommer 1943 setzte daraufhin unter Berücksichtigung der vom VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1935 beschlossenen Einheits- und Volksfrontpolitik sowie unter besonderer Hervorhebung nationaler statt klassenkämpferischer Parolen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern eine intensive Kampagne zur Gewinnung von deutschen Soldaten ein. Am 27. Mai 1943 passte sich die im Moskauer Exil residierende Parteiführung der deutschen Kommunisten den sowjetischen Vorstellungen an und unterbreitete den «Vorschlag des Politbüros des ZK der KPD zur Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei».

Die Anfang Juli 1943 von Dmitrij Manuilskij, dem Vertreter des ZK der KPdSU bei der GlawPURKKA, den deutschen Kommunisten in Moskau übermittelte Absicht Stalins, «alle antifaschistischen Deutschen»



tee zusammenzufassen, beschleunigte die Entwicklung und wies vor allem die Richtung: Patriotische Appelle standen anstelle von klassenkämpferischer Agitation im Vordergrund. Es änderten sich auch Stil und Form der Werbung: Statt der sogenannten Massenmeetings wurden persönliche Gespräche geführt. Die angesprochenen deutschen Soldaten und Offiziere wurden nun nicht mehr durch vulgärmarxistische Phrasen vor den Kopf gestossen, sondern teilweise geradezu «chevaleresk hofiert», wie es der Historiker Karl-Heinz Frieser formulierte. Zudem traten nunmehr auch weltgewandte russische Professoren als Werber in Erscheinung.

Die Delegationen der kommunistischen Emigranten und der kriegsgefangenen Soldaten, die sich in den ersten Julitagen 1943 im Stadt-sowjet von Krasnogorsk versammelten, um das Nationalkomitee «Freies Deutschland» zu gründen, konnten sich zunächst nicht auf den Text eines entsprechenden Manifestes einigen. Dem kommunistischen Spitzenfunktionär Walter Ulbricht gingen die nationalen Thesen der Soldaten zu weit, denen wiederum erschien seine «phantasielos gehandhabte Ideologie» unerträglich. Nach stundenlanger, ergebnisloser Diskussion griff die russische Seite ein, indem sie die Argumente der Soldaten aufnahm und Ulbrichts Formeln bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte.

Daraufhin konnte am 12. und 13. Juli 1943 – im Zeichen der schwarz-weiss-roten Farben des deutschen Kaiserreiches – die Gründungsversammlung stattfinden. Sie war nach Ansicht des Publizisten Jesco von Puttkamers eine «Mischform von patriotischer Bürger-versammlung und marxistischer Parteidebatte». Dem Nationalkomitee gehörten zunächst dreizehn kommunistische Emigranten sowie zwölf Offiziere, dreizehn Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade der Wehrmacht an. Zum Präsidenten wurde der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert gewählt. Als



Präsidiumsmitglied der Gründungskonferenz des «Nationalkomitees Freies Deutschland» ist auch Wilhelm Pieck (rechts), der spätere Präsident der DDR.

Vizepräsidenten fungierten Major Karl Hetz und Leutnant Heinrich Graf v. Einsiedel. Für die den sowjetischen Werbeversuchen gegenüber eher misstrauischen kriegsgefangenen Offiziere wurde als besonderes Angebot am 12./13. September 1943 in Lunjowo der Bund Deutscher Offiziere ins Leben gerufen, dessen Präsidentschaft Walther v. Seydlitz übernahm. 1943 hatte der Kommandierende General in realistischer Einschätzung der unhaltbaren militärischen Situation gegen die Durchhalteparolen der nationalsozialistischen Führung opponiert und sich für einen Ausbruch aus dem Kessel bei Stalingrad eingesetzt.

Die Frontorganisation

Das Nationalkomitee konzentrierte seine Tätigkeit auf Aktivitäten der sogenannten Frontorganisation und auf Aktionen in den Kriegsgefangenenlagern. Entsprechend der vorrangigen Zielsetzung, das deutsche Ostheer zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Rückzug auf die Reichsgrenzen zu bewegen, stand die Frontorganisation im Mittelpunkt der Bemühungen. Ihre zahlenmässige Stärke betrug im September 1943 etwa 350 bis 400, Ende 1944 etwa 1.500 und bei Kriegsende 1.800 bis 2.000 Mann. Auf weitgehende Hilfestellung durch die Rote Armee angewiesen, deren eigene Flugblattaktionen mit den Aktivitäten des Nationalkomitees konkurrierten, und gestützt auf zuverlässige «antifaschistische» Kriegsgefangene, hatte sie die Aufgabe, die Propagandarbeit in den einzelnen Front-



Im Februar 1944 übermittelt General von Seydlitz eingekesselten Wehrmachtsverbänden das Kapitulationsangebot der Roten Armee.



Propaganda an der Front: «Antifaschistische» Kriegsgefangene verleihen über Mikrophone die Aufrufe des Nationalkomitees.

abschnitten entsprechend den taktischen Hauptlösungen zu organisieren.

Die Frontorganisation setzte sich aus Frontbevollmächtigte, – verantwortlich für den gesamten Abschnitt einer sowjetischen Front – Armeebeauftragte, – zuständig finden Abschnitt einer Armee – und Divisionshelfern – zuständig für den Abschnitt einer Division – zusammen. Diese wurden unterstützt durch Absolventen von Antifa-Schulen, Beauftragte für die frontnahen Kriegsgefangenenlager und technische Mitarbeiter wie Schriftsetzer, Drucker, Elektriker und Rundfunkmechaniker.

Den Frontmitarbeitern standen neben Flugblättern, Megaphonen und der Zeitung des Nationalkomitees auch Frontdruckereien, Lautsprecherwagen «für die Sendung von Ansprachen und Schallplatten auf dynamischem Wege in die vorderen Stellungen des Gegners», Funkanlagen und der Aufklärungsdienst der Roten Armee «zur Beförderung von Propagandamaterial und Briefen an Kommandeure und Angehörige der Kriegsgefangenen in der Heimat» zur Verfügung. Die Frontbevollmächtigten besaßen auch die Möglichkeit, neu eingelieferte Kriegsgefangene in ihre Stellungen zurückzuschicken, «um dort als lebendige Zeugen die Lüge über die schlechte Behandlung durch die Rote Armee zu entkräften». Sie konnten gefangene deutsche Soldaten «bei bestimmten hoffnungslosen Situationen» von Einheiten der Wehrmacht, beispielsweise bei Einkesselungen, als Parlamentäre entsenden oder «antifaschistisch zuverlässige und mit ausführlichen Instruktionen versehene Kriegsgefangene durch die Front schicken, um im Hinterland des Gegners im Sinne des Nationalkomitees zu arbeiten». In einzelnen Fällen ist sogar – unter Missbrauch des Namens «Freies Deutschland» – die Teilnahme von Einsatzgruppen aus Angehörigen des Nationalkomitees am Kampf gegen deutsche Truppen belegt, so etwa bei den Kämpfen um Königsberg, Graudenz, Thorn, Danzig und Breslau.

Die Erfolgsquote der Frontorganisation des Nationalkomitees tendierte gegen Null. Zwischen der Überzeugung, dass der Krieg für Hitler und sein «Drittes Reich» verloren sei und demzufolge so schnell wie möglich beendet werden müsse, und der Auffassung, dass «sowjetischer Stacheldraht als Perspektive ausscheidet», lagen nach Ansicht des Berliner Historikers Bodo Scheurig «unüberbrückbare Gräben». So blieben die vielfältigen und aufwendigen Bemühungen, durch Propaganda-, Zersetzungs- und Kampfkaktionen zur Beschleunigung der Niederlage des NS-Regimes beizutragen, letztlich ohne Erfolg. Daran hat auch der nach langem Zögern im August 1944 vollzogene Beitritt von Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, des höchsten deutschen Offiziers in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, zum Bund Deutscher Offiziere nichts ändern können. Es war typisch für den Fehlschlag der Frontarbeit, dass die Ende Januar 1944 bei Tscherkassy eingeschlossenen deutschen Divisionen die auf Flugblättern und per Lautsprecher tausendfach übermittelte Aufforderung, den sinnlos gewordenen Kampf einzustellen und auf die Seite des Nationalkomitees überzulaufen ignorierten und

Der Kampf gegen die Tyrannei des Hitler-Regimes sowie eine rasche Beendigung des Krieges ist vorrangiges Ziel der Veröffentlichungen in der Zeitung des NKFD.





unter erheblichen Verlusten lieber den Ausbruch wagten.

Agitation in den Lagern

Für den Misserfolg der Frontarbeit boten die bescheidenen Ergebnisse der Agitations- und Propagandatätigkeit in den Lagern keinen Ausgleich. Die dortigen Werbeaktionen hatten vorrangig zum Ziel, dem Nationalkomitee – beziehungsweise in den Offizierslagern Jelabuga, Oranki, Susdal und Nr. 150 – dem Offiziersbund neue Mitglieder zuzuführen. In zunehmendem Masse sollten aber auch schulungswillige Teilnehmer für die Antifa-Schulen gewonnen und für einen Einsatz im Nachkriegsdeutschland vorbereitet werden. Die entsprechenden Aktivitäten des Offiziersbundes erfolgten über Lagerbevollmächtigte, die anfangs auf eine fast geschlossene Front des Boykotts trafen.

In den Mannschaftslagern zeigten die von Präsident Erich Weinert und Präsidiums – mitglied Walter Ulbricht ausgewählten Beauftragten des Nationalkomitees in der Regel kein Einfühlungsvermögen in die von Hunger, Korruption, Ausbeutung, Pressionen und Spitzeltätigkeit geprägte Situation der Lagerinsassen. Eine offene, befreiende Diskussion wurde vermieden, stattdessen in Vorträgen, auf Meetings und in der Zirkelarbeit bedenkenlos auf die vermeintliche Durchschlagskraft häufig marxistisch-leninistisch geprägter Agitationsparolen gesetzt. Die La-

gerbeauftragten wie die Verantwortlichen im Nationalkomitee hielten es in der Regel schon für einen Erfolg, wenn eine apathische Masse von zur Teilnahme befohlenen Gefangenen vorbereitete «Resolutionen» einstimmig verabschiedete.

Antrag auf Auflösung

Nach Kriegsende entfielen alle Voraussetzungen für die Weiterexistenz von Nationalkomitee und Offiziersbund, so dass seine Auflösung unausweichlich wurde. Nachdem führende Mitarbeiter wie Walter Ulbricht und Anton Ackermann Ende April ausgeschieden waren, um zusammen mit kommunistischen Funktionären sowie «antifaschistisch zuverlässigen» Offizieren und Soldaten nach Deutschland zurückzukehren, veranlasste Ende September 1945 Lawrentij Berija, Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR, das Ende der beiden Kriegsgefangenenorganisationen.

Er schlug Stalin vor, Nationalkomitee und Offiziersbund aufzulösen, ihre Tätigkeit in den Kriegsgefangenenlagern einzustellen und die Durchführung der politischen Arbeit unter den deutschen Gefangenen der Hauptabteilung des NKWD für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten zu übertragen.

Der Ende Oktober 1945 vom Politbüro der KPdSU schliesslich gebilligte Vorschlag ging der letzten Vollsitzung des Nationalkomitees am 2. November 1945 voraus, auf der sein Präsident Erich Weinert den Antrag auf Selbstauflösung stellte. Sein Rechenschaftsbericht enthielt das Eingeständnis, das gesteckte Ziel – «Sturz Hitlers durch die Kräfte des deutschen Volkes» – nicht erreicht zu haben. In massloser Überschätzung der Tätigkeit in den Lagern behauptete er jedoch, das Nationalkomitee sei «zum politischen Lehrmeister für Millionen Kriegsgefangene in der

Instrument der Propagandarbeit an der Front: Die Zeitung des Nationalkomitees. Ihr Titel «Freies Deutschland» ist Programm.



Selbst Plattenspieler dienen der lautstarken «Beschallung» deutscher Soldaten an der Front – ein weiteres Mittel der psychologischen Kriegsführung.



Ein grosser Erfolg für die Propaganda, aber ohne entscheidende Wirkung: Generalfeldmarschall Friedrich Paulus wird Mitglied des «Bundes deutscher Offiziere».

Sowjetunion» geworden. Es habe bewiesen, «dass es möglich sei, für ein hohes nationales Ziel Menschen aus den verschiedenen Schichten, unabhängig von ihrer Weltanschauung, Religion und Klassenzugehörigkeit, in einer Einheitsfront zusammenzuschliessen».

Der Präsident des Offiziersbundes, General Walther v. Seydlitz, zog eine eigene Bilanz, blieb in seinen Äusserungen aber realitätsbezogener: «Wir haben uns...», so bekannte er in seiner Schlussansprache, «hinsichtlich der politischen Denkfähigkeit und des Wagemutes der Heeresführung im Unklaren befunden.» Nach den beiden Referaten wurde per Handzeichen beschlossen, das Nationalkomitee «Freies Deutschland» und den «Bund Deutscher Offiziere» aufzulösen und das Erscheinen der Zeitung «Freies Deutschland» einzustellen.

Offenbar ist auf sowjetischer Seite der Auflösungsbeschluss schon wenige Monate später im Sommer 1946 als übereilt angesehen worden. Es existieren Hinweise darauf, dass seinerzeit unter den deutschen Kriegsgefangenen, die in sowjetischen Lagern verblieben waren, eine möglichst grosse Anzahl überzeugter Anhänger der SED «gewonnen» werden sollte. Mit dem Ziel, die «antifaschistischen Elemente» unter den Kriegsgefangenen, «die auf die Sowjetunion und die Sozialistische Einheitspartei orientiert sind», zusammenzuschliessen, hielt es Innenminister Kruglow für sinnvoll, «unter der Bezeichnung 'Demokratischer Bund deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion' eine Organisation von Kriegsgefangenen zu gründen».

Bekennnis zur SED und UdSSR: In den Kriegsgefangenenlagern werden Anhänger für die sozialistische Ideologie «gewonnen».



An ihrer Spitze sollte Generalfeldmarschall Friedrich Paulus stehen, dessen Zusage vorlag.

In einer eigenen Ausarbeitung bezeichnete es Paulus als Hauptaufgabe einer derartigen Bewegung, «aus der Menge der Kriegsgefangenen eine möglichst grosse Anzahl überzeugter und bewährter 'Anhänger' und auch Sympathisanten zu gewinnen und zusammenzuschliessen». Zudem müssten sie einverstanden und auch fähig sein, «zukünftig in der Heimat an jenem Ort, an dem sie eingesetzt werden, im Sinne der Prinzipien und der Ziele der SED zu arbeiten». Die Überlegungen sind in bekannter Manier von Solidaritätsadressen unter anderem in den Kriegsgefangenenlagern Nr. 190 – «...begrüssen wir, die ehemaligen Offiziere und Soldaten der deutschen Armee, die Schaffung einer sozialistischen einheitlichen Partei Deutschlands als einer Partei des schaffenden Volkes, die die lebenswichtigen nationalen und sozialen Fragen unseres Volkes richtig lösen wird» –, Nr. 168 – «...hoffen, dass es gelingt, in diesen einheitlichen Block auch die Werkstätigen der westlichen Zonen einzubeziehen» – und Nr. 286 – «...sind empört darüber, dass es in der westlichen Zone immer noch Leute vom Typ Schumachers gibt, die auch jetzt noch, ungeachtet der blutigen Erfahrungen und des Leidens, Intrigen und eine spalterische Politik in der Arbeiterbewegung betreiben» – unterstützt worden. Welche Gründe letztlich die Bildung des geplanten «Demokratischen Bundes» mit Feldmarschall Paulus an der Spitze verhindert haben, ist bisher nicht bekannt.

Umstrittene Bewertung

In der politischen Diskussion im Deutschland der Nachkriegszeit hat die Bewegung «Freies Deutschland» zunächst keine Rolle gespielt. Erst als im Herbst 1955 die letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion heimkehrten, zeigte es sich, dass in der Bundesrepublik Deutschland kein Versuch unternommen

werden würde, so Scheurig, «Komitee und Offiziersbund zur Tradition zu stilisieren». Im Westen Deutschlands blieb die Bewegung «Freies Deutschland» «von Anfang an verfemt». Sie war allenfalls «lautstarker, unerbittlicher Verdammung» ausgesetzt. Dies wird besonders deutlich am Beispiel General v. Seydlitz'. 1944 war er bereits in Abwesenheit wegen seines Widerstandes gegen den Führerbefehl durch das NS-Regime zum Tode verurteilt worden. 1950 wurde er erneut zum Tode verurteilt, diesmal von den sowjetischen Behörden, die das Urteil in 25 Jahre Gefängnis umwandelten. Erst 1955 konnte er aus der Sowjetunion heimkehren, blieb aber in der Bundesrepublik trotz seines schweren persönlichen Schicksals geächtet. Nach dem sorgsam wägenden Urteil Scheurigs trübten Ressentiments den Blick dafür, dass im Sommer 1943 «die deutsche Nation der Katastrophe zutaumelte», jedoch wurde das damalige Bestreben, «ihr vom Boden des Feindes aus beizuspringen», in der Regel «nicht als patriotisch» angesehen.

Demgegenüber fiel die Bewertung der Bewegung «Freies Deutschland» in der DDR ins andere Extrem. Nachdem ab 1957 wieder über das Nationalkomitee berichtet werden durfte, wurde die Bewegung «Freies Deutschland» aufgrund von Vorgaben der SED zum «politischen und organisatorischen Zentrum des deutschen antifaschistischen Widerstandes» hochstilisiert. In zahllosen Publikationen, Filmberichten und Jubiläumsveranstaltungen sind Nationalkomitee und Offiziersbund als «progressives» Kampfbündnis von Kommunisten mit Vertretern von Bürgertum und Adel gefeiert worden, ohne zu beachten, dass es sich bei der Bewegung «Freies Deutschland» um ein Zweckbündnis von kommunistischen Funktionären und kriegsgefangenen Soldaten in einer Ausnahmesituation handelte.

Es kann heute kein Zweifel mehr daran bestehen, dass sich für viele Soldaten in der Bewegung «Freies Deutschland», insbesondere aus den Reihen des Offiziersbundes, unter dem Schock der Niederlage von Stalingrad eine Sachlage ergab, die einen Widerstand gegen Hitler geradezu herausforderte. Sie sind, so Frieser, der ehrlichen Überzeugung gewesen, im Nationalkomitee «eine von deutschen Kriegsgefangenen ... getragene Widerstandsorganisation gegen Hitler sehen zu können».

Wenn der Bewegung «Freies Deutschland» der Erfolg letztlich versagt blieb, dann kann das für die moralische Beurteilung dieser soldatischen Opposition hinter Stacheldraht ebensowenig ausschlaggebend sein wie das Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 für eine moralische Bewertung des Kreises um Stauffenberg. Es hiesse mit zweierlei Mass messen, so hat speziell im Blick auf die Rolle Walther v. Seydlitz' dessen Biograph Hans Martens wider ein gängiges Urteil angeschrieben, «wenn man den innerdeutschen Widerstandskämpfern Achtung und Ehre erweist, aber einen Mann verfemt, ihm die Ehre abspricht, der ein Jahr früher aus den gleichen Motiven, mit dem gleichen Idealismus, mit der gleichen Entschlossenheit in den ihm durch die Gefangenschaft gezogenen Grenzen handelte».

Diese Ungereimtheit ist nur zu beseitigen, indem im allgemeinen Bewusstsein das Spektrum des militärischen Teils der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus erweitert wird: Ihm sind auch jene Offiziere und Soldaten zuzurechnen, die sich aus sittlichem Gebot, aus menschlichem Empfinden sowie aus Liebe zu Volk und Heimat erst hinter dem Stacheldraht sowjetischer Kriegsgefangenenlager dazu entschlossen, nicht tatenlos zuzusehen, wie Hitler das Deutsche Reich in den Abgrund führte.



Tagebuch und Rechenschaftsbericht zugleich: In sorgfältig gestalteten Alben dokumentieren Antifa-Ausschüsse der Lager ihre Arbeit.

Für Rüstung und Wiederaufbau

Der Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und ihre Repatriierung

Stefan Karner



Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen: Kriegsgefangene bei Holzfällarbeiten. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes hat Vorrang.

Die wichtigste Aufgabe der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR bestand in ihrem Arbeitseinsatz für die sowjetische Wirtschaft und ihren Wiederaufbau nach dem Kriege. Die rund 1,7 Millionen Deutschen stellten unter den etwa 2,5 Millionen Kriegsgefangenen, die für den Wiederaufbau der Sowjetunion nach Kriegsende herangezogen wurden, den wichtigsten und grössten Anteil dar. Ihr Beitrag fällt besonders in einzelnen wichtigen Sparten der Bauwirtschaft und anteilmässig besonders nach 1949 ins Gewicht. Es gab kaum ein grösseres wirtschaftliches Projekt der Sowjetunion in der unmittelbaren Nachkriegszeit, bei dem nicht Deutsche, oft in technisch leitender Stellung, mitzuwirken hatten.

Mit einer Reihe von Massnahmen wollte die Sowjetregierung unter Stalin die Wirtschaft des Landes ankurbeln, Rüstung und Schwerindustrie forcieren. Dazu zählten auch die Ausnützung der Arbeitskraft der Millionen westlicher und japanischer Kriegsgefangener und Internierter des Archipels GUPWI sowie der sowjetischen Häftlinge und ausländischen verurteilten Zivilisten des Archipels GULAG. Einen beträchtlichen Anteil an den Leistungen des rasch zum Wiederaufbau aufgestellten 4. Fünfjahresplans erbrachten die Millionen kriegsgefangenen, internierten und verurteilten Ausländer, die zwischen 1941 und 1955/56 in den beiden Lager-Archipels festgehalten worden waren. Geht man von der NKWD-Statistik mit insgesamt 3,486.206 registrierten Kriegsgefangenen der Deutschen Wehrmacht und der mit ihr verbündeten europäischen Armeen aus, so befanden sich rund 2,3 Millionen Deutsche in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Zur Jahresmitte 1942, als bereits tausende Deutsche im Archipel GUPWI registriert worden waren, teilte das NKWD die Kriegsgefangenen hinsichtlich ihrer Arbeitsfähigkeit in vier Gruppen:

- **Gruppe 1:** Gesunde, für schwere physische Arbeiten,
- **Gruppe 2:** leicht und chronisch Kranke, für mittelschwere physische Arbeiten,
- **Gruppe 3:** Kranke, für leichte körperliche Arbeiten sowie
- **Gruppe 4:** Invalide und Arbeitsunfähige, ausschliesslich für besonders leichte Arbeiten geeignet.

Mit den Gefangenzahlen stieg das Arbeitskontingent, das aus den deutschen Kriegsgefangenen gebildet wurde: allein während des Jahres 1944 um das Vierzehnfache! In den Sommermonaten wurden durchschnittlich rund 80 Prozent, in den Wintermonaten etwas über 50 Prozent aller Kriegsgefangenen zur Arbeitsleistung eingesetzt. Zwischen Anfang Januar und Mitte Mai 1945 stieg die Zahl der im Archipel registrierten Kriegsgefangenen weiter um mehr als das Doppelte. Dazu kamen noch hunderttausende Internierte, vor allem («Volks-»)Deutsche, die von der Roten Armee einfach mitgenommen worden waren.

So begann 1945 in der sowjetischen Volkswirtschaft der massenweise Arbeitseinsatz von rund 1,4 Millionen Deutschen. Die rechtliche Grundlage dafür bildete ein Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees GOKO vom Juni 1945, der die Verteilung der Kriegsgefangenen zur Arbeitsleistung in den Betrieben und Baustellen der Volkskommissariate und Ämter regelte. Die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wurden dazu vor allem in Lagern, Arbeitsbataillonen für Internierte, Spezialspitälem, Arbeitssonderbataillonen, Besserungsarbeitslagern und -kolonien des GULAG, Sonderlagern des NKWD und in einzelnen Arbeitslagern des GULAG unter meist schwierigsten, menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten. Die Lager hatten mit den jeweiligen örtlichen Auftraggebern, vor allem Ministerien und staatlichen Organisationen, Verträge abgeschlossen und boten ihre Gefangenen als Arbeitskräfte an.

Im ersten Nachkriegsjahr 1946 waren, nach der ersten Welle von Repatriierungen und Entlassungen im Sommer 1945, in der Volkswirtschaft der UdSSR monatlich im Durchschnitt insgesamt 1,833.865 Kriegsgefangene westlicher und östlicher – vor allem japanischer – Nationalitäten und ehemaliger Armeen eingesetzt. Ihre grobe Zuordnung zeigt bereits die wichtigsten Arbeits-Einsatzberei-

che für die Kriegsgefangenen und Internierten in den nächsten Jahren und gleichzeitig die wichtigsten Akzente des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplanes.

Anteil am Aufbau

Zwischen 1943, dem Beginn der ersten größeren Arbeitseinsätze von Kriegsgefangenen, und dem 31. Dezember 1949, dem Abschluss der Repatriierung der nicht verurteilten Kriegsgefangenen, wurden von den Kriegsgefangenen insgesamt 1.077.564.200 Mann-Tage für die Sowjetunion erarbeitet. Davon dürften aufgrund der Zusammensetzung der Kriegsgefangenen und Internierten knapp zwei Drittel von Deutschen geleistet worden sein: insgesamt knapp 38 Milliarden Rubel an geschaffenen Wert für die sowjetische Volkswirtschaft.

Die Kriegsgefangenen und Internierten wurden bis Jahresende 1949 vor allem beim Bau und Wiederaufbau der grössten Industrieobjekte und Kohlereviere, am Eisenbahn- und Strassenbau, beim Brückenbau, bei der Errichtung von Dampf- und Gasleitungen, sowie beim Wohnungsbau in Städten und Arbeitersiedlungen eingesetzt. Es gibt praktisch kein grösseres Bauvorhaben, kein grösseres Industrieprojekt der Sowjetunion in den ersten fünf bis zehn Jahren der Nachkriegszeit, an dem nicht auch, grossenteils sogar wesentlich, deutsche und österreichische Kriegsgefangene und ausländische Internierte beteiligt gewesen wären: Vom Bau eines Kolchosbetriebes in der Ukraine, über die Wiederingangsetzung der Kohlereviere im Donbas, die Kohlenversorgung von Leningrad, über die Prestigebauten der Stalinzeit, das grösste Wasserkraftwerk der Welt, Eisenbahnlinien, die Metro in Moskau, Kanäle, das Dynamo-Stadion in Moskau, Rüstungswerke im Ural, Goldbergwerke in Ostsibirien bis zum Bau jener Institutsräumlichkeiten, in denen später

Wichtigste Aufgabe der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ist der Arbeitseinsatz für die Wirtschaft des Landes.



die sowjetische Atombombe entwickelt wurde.

Neben der physischen Arbeit nutzte die Sowjetunion auch bedeutende geistige und technische Leistungen von Kriegsgefangenen und Internierten. So wählte man aus den Kriegsgefangenen und Internierten 1.300 Ingenieure und Wissenschaftler aus und erwartete von ihnen Erfindungen, Patente und wissenschaftliche Forschungsergebnisse. Als Resultat erhielt die Sowjetunion rund hundert wissenschaftlich-technische Vorschläge, die eine positive Beurteilung der sowjetischen wissenschaftlichen Forschungsstellen und Ministerien erfuhren und daher für die Volkswirtschaft der UdSSR genutzt wurden. Die Aussicht auf eine frühere Repatriierung, höhere Essensrationen oder bessere Lebensbedingungen im Lager waren meist Anreiz genug, Techniker und Wissenschaftler zu bedeutenden Leistungen zu motivieren.

*Auszeichnung der «Bestarbeiter»:
Höhere Essensrationen oder das
Versprechen einer baldigen
Heimkehr motivieren zu
Höchstleistungen.*



Im Jahre 1946 waren bis zu 1.600 hochqualifizierte Spezialisten im Archipel GUPWI aussortiert worden. Unter ihnen befanden sich rund 570 Maschinenbauingenieure, beinahe 260 Architekten, etwa 220 Elektroingenieure, mehr als 110 Doktoren der Mathematik, Chemie und Technik, sowie Ingenieure aus weiteren zehn Fachgebieten. Zu ihnen zählten einige der bedeutendsten Forscher und Leiter von deutschen Firmen, wie Christian

Manfred, der von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als bedeutender Spezialist für Gasturbinen und früherer technischer Direktor der Motorenbaufirma «Argus» ausgewiesen wurde.

Trotz der bedeutenden Einnahmen, die die Lager für die Arbeitsleistung ihrer Kriegsgefangenen von den Auftraggebern erhielten, bilanzierten die meisten GUPWI-Lager bis zu ihrer Auflösung negativ. Besonders krasse Missverhältnisse ortete das NKWD schon 1945 in den Lagern 525 Gebiet Kurgansk, 516 Gebiet Swerdlowsk und 515 Nordossetische ASSR. Aber ganz besonders krass wurde sie im Lager 514 Nowokuzneck geschildert, in dem Einnahmen von nur 2.000 Rubel Ausgaben von 300.000 Rubel gegenüberstanden.

Insgesamt arbeiteten die Kriegsgefangenen für bezahlte Arbeiten in Wirtschaftsorganen, in Nebenwirtschaften der Lager und in der Konsumgüterproduktion 81.046.000 Mann-Tage. Dafür erhielten die Lager Gesamteinnahmen in der Höhe von 1.762.951.000 Rubel, wogegen die Ausgaben für die Haltung der Kriegsgefangenen im Ausmass von 2.101.677.000 Rubeln deutlich über den Einnahmen lagen und schwer defizitär wirkten. Es ist dabei bezeichnend, dass einige GULAG-Lager-Gruppen aktiv bilanzierten, die Ausgaben für das Festhalten der Kriegsgefangenen dort also wesentlich geringer waren. Der durchschnittliche Tagesverdienst im Jahr 1949 unterschied sich in den einzelnen Lagertypen grundlegend: Er lag zwischen 21,98 Rubel in den Lagern des MWD-UMWD, 14,98 Rubel in den Lagern des Angarstroj, die ein Wasserkraftwerksprojekt an der Angara betrieben, und bloss 9,54 Rubel in einigen Lagergruppen des GULAG. Wie wichtig der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen geworden war, geht auch daraus hervor, dass immer wieder ausgehandelte Repatriierungen durch Interventionen diverser betroffener Stellen und Trusts hinausgeschoben wurden.

Kriterien der Freilassung

Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ist untrennbar mit der internationalen Politik, dem beginnenden «Kalten Krieg», dem politischen Klima zwischen dem westdeutschen Staat und der Sowjetunion sowie mit der innenpolitischen Entwicklung in der UdSSR selbst verbunden. International verbindliche Normen fallen dabei nicht ins Gewicht. Zweifelsfrei hatten jedoch die deutschen Kriegsgefangenen in den Augen und Argumenten der Sowjets die Hauptlast der moralischen Verantwortung für den Krieg und die Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung zu tragen. Damit kann etwa auch erklärt werden, dass die Sowjetunion die deutschen Kriegsgefangenen rund ein Jahr länger behielt als die österreichischen Kriegsgefangenen.

Die ersten Repatriierungsanordnungen vom Juli und August 1945 betrafen die Rückführung von mehr als einer Million demobilisierter Soldaten, etwa drei Viertel von ihnen aus dem sowjetischen Frontlager-Netz, ein Viertel aus den Lagern und Spezialspitälern des NKWD, die sich im Hinterland der Front befunden hatten. Dabei handelte es sich in erster Linie um kranke, verwundete oder invalide Kriegsgefangene beziehungsweise demobilisierte Italiener, Belgier, Jugoslawen, Tschechen, Slowaken, Holländer, Ungarn, Rumänen, Polen, Österreicher und Deutsche, soweit diese Unteroffiziere oder Mannschaften waren. «Hatte doch», so das NKWD in seiner internen Begründung, «die Verbringung dieser Menschen in das Hinterland keine praktische Bedeutung gehabt, weil die Arbeitsfähigkeit eines Grossteils von ihnen nicht gegeben war».

Die Repatriierung erfolgte in dieser Frühphase im Wesentlichen ohne entsprechende Bescheide, in seltenen Fällen mit notdürftigen Entlassungspapieren. Die Sowjets liessen die entwaffneten Soldaten einfach frei. Einige Lager legten lediglich Namenslisten der Ent-



lassenen an, andere verlangten von den Entlassenen eine Bestätigung per Unterschrift auf den Namenslisten oder stellten lediglich summarisch die Zahl der Entlassenen nach Nationalitäten fest. Und nur ganz wenige führten exakte Repatriierungsakten. Ab September 1945 begannen die ersten regulären Übergaben von Kriegsgefangenen an die jeweiligen Regierungen ihrer Herkunftsländer, insbesondere Franzosen und Rumänen. Es folgten 1946 vor allem Kriegsgefangene westlicher Länder sowie meist aus politischen Gründen vorzeitig entlassene Gefangene ost- und mitteleuropäischer Staaten.

Dieses Bild änderte sich ab der Jahresmitte 1947 schlagartig, als mit der Rückführung der Ungarn und Österreicher die Sowjetunion erstmals Massenrepatriierungen durchzuführen begann. Insgesamt dürften in der zweiten Jahreshälfte 1947 etwa 650.000 Kriegsgefangene in ihre Herkunftsländer entlassen worden sein, unter ihnen waren in 34 organisierten Heimkehrertransporten 47.740 Heimkehrer, die nach Österreich repatriert wurden.

Waren die vereinzelten Kriegsgefangenen-transporte 1946 und zu Anfang 1947 noch über die Transit- und Repatriierungslager Odessa, Marmaros Sziget, Grodno und St. Valentin geführt worden, so hatten mit Beginn der organisierten Massentlassungen zur

Ein offizielles sowjetisches Foto zeigt deutsche Kriegsgefangene bei der Auszahlung des «Verdienstes» – tatsächlich jedoch hatten die Gefangenen zumindest in den ersten Jahren kein eigenes Einkommen.



Oktober 1948: Nach jahrelanger Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion die ersehnte Heimkehr, wie hier auf dem Bahnhof in Hof/Bayern.

Jahresmitte 1947 Frankfurt an der Oder sowie die zwei rumänischen Lager in Marmaros Sziget und Focani diese Aufgaben übernommen. Die Masse der deutschen Kriegsgefangenen wurde 1948 über Frankfurt an der Oder repatriert. Im ersten Quartal 1950 wurde

die Repatriierung aller Kriegsgefangenen in der UdSSR im Wesentlichen abgeschlossen. Somit repatriierte die Sowjetunion bis zum 31. März 1950 nach ihren eigenen Angaben insgesamt 3.168.109 Kriegsgefangene und Zivilinternierte.

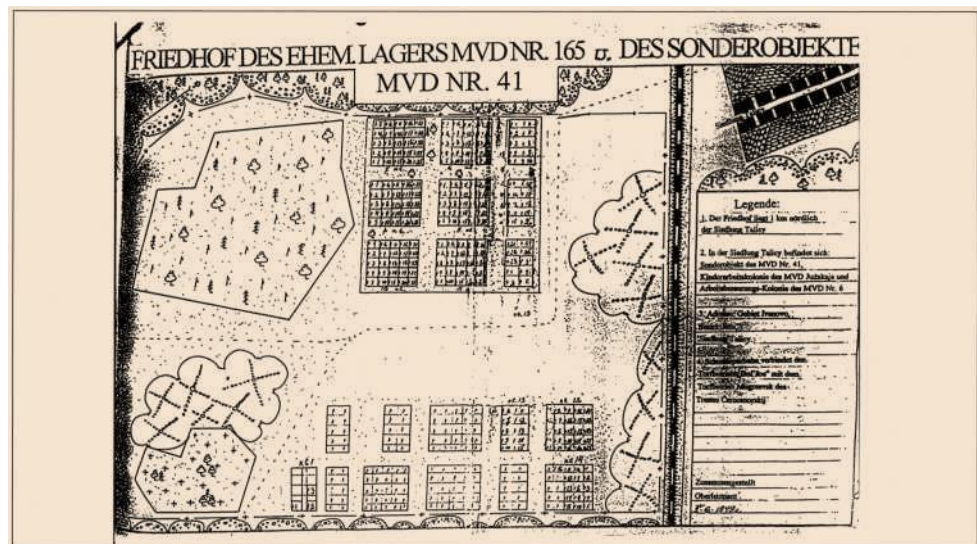
Selbst während der Repatriierung wurden die deutschen Kriegsgefangenen noch geschult in der Hoffnung, dass sie als Botschafter des sozialistischen Systems in der Heimat aktiv würden. Dazu fuhren noch in den Heimkehrer-Zügen Politagenten mit, wurden in Spezialseminaren Agitatoren für jeden Waggon ausgebildet, nach Zugsgarnituren antifaschistische Komitees zusammengestellt und teilweise sogar eigene Agit-Waggons mitge-

führt. Vor der Abfahrt der Zugsgarnituren hatten die Heimkehrer noch antifaschistische Meetings und Versammlungen zu absolvieren, bei denen meist Dankschreiben an Stalin und andere Führer der Sowjetunion abgefasst wurden.

In sowjetischer Kriegsgefangenschaft dürften insgesamt zwischen 1941/42 und 1956 rund 350.000 Deutsche, registriert in einem Personalakt oder mit einer Eintragung in einem Friedhofsbuch beziehungsweise in einem Spezial-Spital verstorben sein. Die Zahl der vor der Registrierung Verstorbenen lässt sich nur schätzen, sie dürfte zwischen zusätzlich rund 250.000 bis 300.000 Deutschen betragen haben.

Eine kleine Zahl von Deutschen zog es – vor, in der Sowjetunion zu verbleiben. Sie waren eine feste Lebensverbindung eingegangen, waren durch verschiedenste Versprechungen zum Verbleib in der UdSSR überredet worden oder hatten im kommunistischen System sowjetischer Prägung persönliche Vorteile für sich gefunden. Andere waren durch ihre Tätigkeiten für die Sowjetunion in eine Situation gekommen, die eine Einbürgerung als ratsam erscheinen liess.

Streng geheim:
Der Friedhofsplan eines Kriegsgefangenenlagers. Von allen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verstorbenen Deutschen wird über ein Drittel nicht registriert.



Urteil: «25 Jahre Arbeitslager»

Die Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion

Günther Wagenlehner

Die ersten Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene wurden in der Sowjetunion im Jahre 1943 geführt. Der letzte bekannt gewordene Prozess fand im September 1952 statt. Hinsichtlich der Rechtsgrundlagen berufen sich die russischen Rechtswissenschaftler bis heute auf die eingegangenen Verpflichtungen der Sowjetunion im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition zur Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher. Insbesondere in der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 erhielt die Sowjetunion die ausdrückliche Zustimmung der Alliierten, Kriegsgefangene nach sowjetischem Recht aburteilen zu können.

Als sowjetische Rechtsgrundlage für diese Prozesse wurden vor allem die Gesetze der Sowjetrepubliken über «Staatsverbrechen» und speziell in der Russischen Sowjetrepublik der Paragraph 58 mit seinen 14 Einzeltatbeständen herangezogen sowie der geheime Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943, der sogenannte UKAS 43. Der Wortlaut dieses Erlasses war den Angeklagten nicht bekannt. Der genaue Text blieb noch nahezu fünfzig Jahre im Westen unbekannt, bis er Anfang April 1992 vom Staatlichen Archivdienst der Russischen Föderation veröffentlicht wurde.

Zahlreiche in der Sowjetunion übliche Straftatbestände sind in unserem Strafrecht unbekannt oder weisen, wie der Strafrechtler Friedrich-Christian Schroeder von der Universität Regensburg urteilt, eine «ungewohnte Unschärfe» auf. Zu diesen sowjetischen Eigenarten kamen noch die Besonderheiten der

Verfahren gegen Kriegsgefangene, die zum grossen Teil «geheim», ohne Verteidiger und unter Verzicht auf selbst minimale Rechte des Angeklagten durchgeführt wurden. Nach den grundsätzlichen Reden Stalins am 6. November 1942 und am 6. April 1943 sollten die Prozesse dazu dienen, dass «alle faschistischen Verbrecher, die an diesem Krieg und den Leiden der Völker schuld sind, ... die von ihnen begangenen Verbrechen mit harten Strafen sühnen werden». Stets liess Stalin durchblicken, dass es sich bei dem «faschistischen Verbrechen» um die Aggression und Besetzung sowjetischen Territoriums handelt und bei den «Hitler-Henkern» um die Soldaten der deutschen Wehrmacht schlechthin, denen man kein Verbrechen im Einzelnen konkret nachweisen müsse; denn sie seien mit der Aggression gegen die Sowjetunion zum Verbrecher geworden.

Diese Grundeinstellung Stalins spricht ebenfalls aus seinem – von Churchill übermittelten – Trinkspruch auf der Konferenz in Teheran Ende November 1943, in dem er ausführte, man müsse zur Zerschlagung der militärischen Macht Deutschlands 50.000 ausgewählte Offiziere erschiessen. In Potsdam wiederholte Stalin die Zahl 50.000, nunmehr verbunden mit der Forderung, diese listenmässig erfassten Offiziere als Kriegsverbrecher zu bestrafen. Vergeltung und Rache gegen die «deutschen Aggressoren» waren also Stalins Hauptmotive für die Aburteilung deutscher Kriegsgefangener, um den Hass unter der Sowjetbevölkerung zu schüren und ihre Anstrengungen für den Sieg zu steigern.

Als offizielle sowjetische Rechtsgrundlage für die Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene dient der geheime Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets.

ERLASS

Nicht für die Presse

des Präsidiums des Obersten Sowjets

Über Massnahmen zur Bestrafung der deutsch-faschistischen Übeltäter, die der Ermordung und Misshandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der gefangenen Rotarmisten schuldig sind, sowie der Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern und deren Helfershelfern.

In den durch die Rote Armee von den deutsch-faschistischen Eroberern befreiten Städten und Dörfern wurde eine Vielzahl von Tatsachen unerhörter Brutalitäten und ungeheuerlichen Gewalttaten entdeckt, die von den deutschen, italienischen, rumänischen, ungarischen und finnischen faschistischen Scheusalen, von den Hitleragenten und auch von den Spionen und Vaterlandsverrättern unter den Sowjetbürgern an der friedlichen sowjetischen Bevölkerung und an den gefangenen Rotarmisten verübt wurden. Viele Tausende und Abertausende von unschuldigen Frauen, Kindern, alten Menschen und gefangenen Rotarmisten wurden grausam zu Tode gequält, erhängt, erschossen, lebendig verbrannt auf Befehl von Kommandeuren der Wehrmacht und des Gendarmiekorps der Hitlerarmee, von Gestapokommandeuren, Bürgermeistern und Militärkommandanten von Städten und Dörfern, von Leitern der Kriegsgefangenenlager und anderen Vertretern der faschistischen Machthaber.

Unterdessen werden gegenüber all diesen Verbrechern, die für die Bluttaten an der friedlichen sowjetischen Bevölkerung und den gefangenen Rotarmisten die Schuld tragen und auch gegenüber ihren Helfershelfern aus der örtlichen Bevölkerung zur Zeit Vergeltungsmassnahmen ergriffen, die ganz offensichtlich den von ihnen verübten Missetaten nicht entsprechen.

Unter Berücksichtigung dessen, dass die Ausschreitungen und Gewaltakte an wehrlosen sowjetischen Bürgern und gefangenen Rotarmisten und Verrat am Vaterland die schändlichsten und schwersten Verbrechen, die abscheulichsten Missetaten sind, beschliesst das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR:

1. Anzuordnen, dass die deutschen, italienischen, rumänischen, ungarischen und finnischen Verbrecher, die der Mordtaten und Misshandlungen an der Zivilbevölkerung und gefangener Rotarmisten überführt wurden und auch Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern mit der Todesstrafe durch Erhängen bestraft werden.

2. Die Helfershelfer aus der örtlichen Bevölkerung, die der Beihilfe zu Verbrechen und zur Ver-

übung von Untaten und Gewalttätigkeiten an der zivilen Bevölkerung und gefangenen Rotarmisten überführt wurden, werden mit Verbannung und Strafarbeit von 15 bis 20 Jahren bestraft.

3. Mit den Untersuchungsverfahren gegen die an Untaten und Gewalttätigkeiten gegenüber der friedlichen sowjetischen Bevölkerung und den gefangenen Rotarmisten schuldigen faschistischen Verbrecher und auch gegen Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern und deren Helfershelfer aus der örtlichen Bevölkerung werden Kriegsfeldgerichte beauftragt, die bei den Divisionen der Feldarmeen zu bilden sind. Sie werden folgendermassen zusammengesetzt: Vorsitzender des Divisionskriegsfeldgerichtes (Vorsitzender des Gerichts), Leiter der Sonderabteilung der Division und Stellvertretender Divisionskommandeur als Politoffizier (Mitglieder des Gerichts) mit der Beteiligung des Staatsanwalts der Division.

4. Die Urteile der Divisionskriegsfeldgerichte werden vom Divisionskommandeur bestätigt und unverzüglich vollstreckt.

5. Die Vollstreckung der Urteile der Kriegsfeldgerichte bei den Divisionen – das Erhängen der zum Tode Verurteilten – ist öffentlich durchzuführen, in Anwesenheit des Volkes. Die Leichen der Gehängten sind im Laufe von einigen Tagen auf dem Galgen zu belassen, damit alle wissen, wie der bestraft wird und was für eine Vergeltung jenen erwartet, der Gewalttätigkeiten und Untaten an der zivilen Bevölkerung verübt und der sein Vaterland verrät.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

M. Kalinin

Sekretär des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR

A. Gorkin

Unterschrift A. Gorkin, 22. April

Moskau, Kreml
19. April 1943

«Das Gericht kommt»

Zu diesen Motiven trat nach der Entdeckung der sowjetischen Morde an tausenden polnischer Offiziere bei Katyn als zusätzlicher Aspekt die Ablenkung von den eigenen Greueln, die Stalin, der mit seiner Unterschrift am 5. März 1940 persönlich die Ermordung von 25.700 polnischen Gefangenen angeordnet hatte, sehr wohl bekannt waren. Am 13. April 1943 wurden die Massengräber bei Katyn der Weltpresse vorgestellt. Zwei Tage später bestritt TASS jede Schuld und schob sie auf die «germano-faschistischen Kanailen». Am 19. April 1943 erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung. Gleichzeitig wurde am 19. April 1943 der berüchtigte UKAS 43 erlassen. Absatz 1 dieses Beschlusses lautete: «Anzuordnen, dass die deutschen, italienischen, rumänischen, ungarischen und finnischen Verbrecher, die der Mordtaten und Misshandlungen an der Zivilbevölkerung und gefangenen Rotarmisten überführt wurden, und auch Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern mit der Todesstrafe durch Erhängen bestraft werden.» Die Absätze 2 bis 4 regelten die rasche Durchführung des Verfahrens durch Sonder- und Feldgerichte. Absatz 5 schliesslich stellte die öffentliche Wirkung der Verfahren sicher: «Die Vollstreckung der Urteile der Kriegsfeldgerichte bei den Divisionen – das Erhängen der zum Tode Verurteilten – ist öffentlich durchzuführen, in Anwesenheit des Volkes. Die Leichen der Gehängten sind für einige Tage am Galgen zu belassen, damit alle wissen, wie der bestraft wird und welche Vergeltung jenen erwartet, der Gewalttätigkeiten und Untaten gegen die Zivilbevölkerung verübt und der sein Vaterland verrät.»

Vom 15.-18. Dezember 1943 wurde ein sorgfältig vorbereiteter Musterprozess in Charkow gegen Hauptmann Wilhelm Langheld, Leutnant der Waffen-SS Hans Ritz, Polizei-



Angeklagt: Wie hier in Minsk werden in den Jahren 1945/46 zahlreiche Kriegsgefangene in öffentlichen Prozessen als Kriegsverbrecher verurteilt.

wachtmeister Reinhard Retzlaff und einen russischen Kollaborateur durchgeführt. Die vier Angeklagten aus den Verdachtsgruppen Wehrmacht, SS, Polizei und Helfer, wurden am 19. Dezember 1943 auf dem Marktplatz vor 50.000 Zuschauern hingerichtet und blieben bis Mitte Januar 1944 am Galgen hängen. Der Schauprozess und die Hinrichtung wurden gefilmt und der Film schon am 15. Januar 1944 uraufgeführt. Unter dem Titel «Das Gericht kommt» stellte die Sowjetunion den Alliierten zum Beweis für deutsche Greueln Kopien zur Verfügung.

Dieser ersten öffentlichen Prozesswelle folgte nach 1946 eine zweite Phase der Verurteilungen, vor der Öffentlichkeit verborgen, die 1949 endete. Ab November dieses Jahres be-

«25 Jahre Arbeits-Ausbesserungslager» lautet nach Schnellverfahren ohne jeden rechtlichen Beistand das monotone Urteil gegen Kriegsgefangene.

Auszug aus einem Urteil.

Im Namen der Union der sowjetischen sozialistisch Republiken.

Der Kriegsgerichtshof des Heeres d. MWD d. Rostower Gebiets hat am 26. Dezember 1949 in gesetzlichem Bestand, in geschlossener Gerichtsverhandlung in d. St. Rostow a/D, ohne Teilnahme d. Anklage- u. Verteidigungsseiten die Sache nach d. Beschuldigung des Krgf.

W., Hans Willi

durchgesehen, der ein Verbrechen laut Art. 17 AStGV.B.d.UdSSR u. Art.i.d.Erlasses der Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19. April 1943 verübt hat. Auf Grund d. oben erwähnten Artikel u. nach Sanktion d. Art. II d. Erlasses d. Präses, des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. Mai 1947 über d. Aufhebung der Todesstrafe wurde

W., Hans Willi

zu 25 Jahre d. Freiheitsentziehung in Arbeits-Ausbesserungslager verurteilt. Die Frist der Strafe ist ab 18. Dezember 1949 zu berechnen. Gegen das Urteil ist zulässig eine Berufung während 72 Stunden vom Moment der Einhängung d. Urteils an den Kriegsgerichtshof d. Nordkaukasischen Kreises einzulegen.

Vorsitzende



*Verarbeitung der Vergangenheit:
Der Linolschnitt eines Heimkehrers
zeigt eine typische Situation im
Kriegsgefangenenlager beim
Verhör.*

gann auf Weisung des sowjetischen Aussenministers Andreji Wyshinskis die Massenverurteilung, der binnen weniger Wochen etwa 20.000 deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Sie wurden in Schnellverfahren automatisch zu je 25 Jahren Aufenthalt in Arbeits- und Besserungslagern verurteilt.

Erst während der Moskauer Verhandlungen im September 1955 erklärte sich die sowjetische Regierung bereit, die 8.877 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in ihrem Gewahrsam befanden, von der weiteren Verbüßung ihrer Strafe vor Ablauf der Frist zu befreien. Jedoch sollten 749 deutsche Bürger der jeweiligen Regierung als «Kriegsverbrecher» übergeben werden, da sie wegen ihrer «besonders schweren Verbrechen gegen das Sowjetvolk» nicht von der Verbüßung der Strafe befreit werden könnten.

Empfang für «Kriegsverbrecher»

Als am 8. Oktober 1955 die Transporte aus dem Ural mit den von der Sowjetunion begnadigten deutschen «Kriegsverbrechern» an der Zonengrenze in Herleshausen eintrafen, wurden diese als Heimkehrer begrüßt. Die Zeitungen brachten die Namenslisten in Sonderausgaben; im Rundfunk wurden die Namen verlesen. An der «Rollbahn der Heimkehrer» von Herleshausen nach Friedland standen Zehntausende. Ein ganzes Volk empfing nach zehn, elf oder mehr Jahren die letzten Heimkehrer des Zweiten Weltkrieges. Der Jubel erreichte die entferntesten Orte. Niemand nahm davon Notiz, dass die An-

kömmlinge in der Sowjetunion hohe Freiheitsstrafen erhalten hatten. Es waren dieselben Menschen, die aus sowjetischer und deutscher Sicht so unterschiedlich bewertet wurden. An ihrem Schicksal zeigte sich die Unvereinbarkeit der Rechts- und Gesellschaftssysteme in der Sowjetunion und Deutschland.

Die Bundesregierung wurde mit diesem Problem im Januar 1956 konfrontiert, als die zweite Kategorie der Kriegsgefangenen in der Sowjeterklärung vom 29.09.1955, die sogenannten «Nichtamnestierten», in der Bundesrepublik eintraf. Man wollte die heimgekehrten Kriegsgefangenen keineswegs weiter zur Verbüßung der in der Sowjetunion erhaltenen Strafen in Haft behalten; andererseits aber auch die sowjetische Regierung nicht brüskieren. Daher wurde diese Gruppe der Heimkehrer dem Vertreter des Auswärtigen Amtes offiziell zur weiteren Verbüßung ihrer Strafe übergeben. Nach der ersten Überprüfung der insgesamt 469 «nichtamnestierten Gefangenen» wurde der weitaus grösste Teil in ihre Heimatorte geschickt, weil er offensichtlich «keine Verbrechen oder Vergehen im Sinne der deutschen Gesetze begangen hat». Bei einem kleinen Teil der «Nichtamnestierten», insbesondere bei acht Angehörigen des Personals des KZ Sachsenhausen, bestanden erhebliche Verdachtsmomente. Aber hier wurde nicht automatisch die Verbüßung der sowjetischen Strafen fortgesetzt. Stattdessen leiteten die Landesjustizverwaltungen ein neues Verfahren ein, das in diesen Fällen auch zur Verurteilung nach dem deutschen Strafrecht führte. Die Sowjetunion hat offiziell gegen diese deutsche Lösung eines heiklen Problems nicht protestiert, sondern die Polemik den Medien überlassen.

Nach Auffassung der westlichen Fachwissenschaftler für Sowjetrecht erfolgte die Verurteilung der deutschen Kriegsgefangenen nach den gleichen Regeln und Verfahren, die auch gegenüber den Sowjetbürgern angewandt wurden. Gestützt auf diese Auffassung und

auf Rechtsgutachten, gelangte die Bundesregierung zu dem Schluss, dass die in der Sowjetunion gegen die deutschen Kriegsgefangenen verhängten Urteile in Deutschland keine Gültigkeit haben und auch nicht in das Vorstrafenregister eingetragen werden sollten.

Vorbehalte gegen Offenlegung

Als Adenauer 1957 auf die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Dokumentation der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen drängte, meldete das Auswärtige Amt, AA, Vorbehalte an. Erstens behielt sich der Außenminister die Genehmigung zur Verbreitung jedes einzelnen Bandes dieser Dokumentation vor. Zweitens wurden die «Kriegsverbrecherprozesse» der Zuständigkeit der Wissenschaftlichen Kommission entzogen und der Kompetenz einer eigens zu diesem Zweck gebildeten «Zentralen Rechtsschutzstelle» im AA unterstellt. Die deutschen Außenminister auch der späteren Regierungen begründeten diese Massnahme mit dem Argument, die Offenlegung und Verbreitung «wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen», so Willy Brandt Ende April 1969. Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte hielt sich an die Vorgaben. Sie änderte den Titel der Dokumenten-Reihe von «Die» in «Zur Zeitgeschichte» und klammerte das Problem der Verurteilung in den 22 Bänden, die bis 1974 herausgegeben wurden, aus. Der Leiter der Kommission, Erich Maschke, hat das mehrfach bedauert.

Im Jahre 1970 wurde die Zentrale Rechtsschutzstelle im AA ohne Begründung aufgelöst. Der zum Problem der Verurteilung von Kriegsgefangenen gehörende Aktenbestand wurde zum Teil im «unerschlossenen Zustand» an das Bundesarchiv Koblenz abgegeben. Jahrzehnte lang blieb er für die For-

schung unzugänglich; erst 1988 wurde er freigegeben. Aber die Folgen waren irreparabel. Ohne Akten und sonstige Quellen gab es kaum wissenschaftliche Literatur zur Frage der Verurteilung von Kriegsgefangenen. Die betroffenen Kriegsgefangenen, die sich zu Unrecht verurteilt fühlten, protestierten gegen das Verschweigen ihres Schicksals. Lagergemeinschaften verurteilter Kriegsgefangener aus Borowitschi und Stalingrad führten eigene Erhebungen durch und gewannen den Juristen Martin Lang als Autor für das Buch «Stalins Straflustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht», das 1981 erschien. Die Lücke, die in der 22bändigen Kriegsgefangenen-dokumentation gelassen wurde, konnte die wertvolle Untersuchung der Massenverurteilung von Martin Lang freilich nicht schliessen. So konnte auch die Schätzung der nach UKAS 43 Verurteilten auf 3,7 Prozent nicht stimmen. Es waren nach den heutigen Erkenntnissen weit über 50 Prozent aller deutschen Kriegsgefangenen, die zu diesem Zeitpunkt noch in der Sowjetunion festgehalten wurden.

Neubewertung in Moskau

Der Autor von «Stalins Strafjustiz» erwartete von der sowjetischen Seite keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Beurteilung der Kriegsverbrecherprozesse und auch keine Anstösse oder Initiativen «zur Ergänzung der Dokumentation». Hier irrte er. In Moskau begann nicht nur ein Umdenken in der Beurteilung der Prozesse; sondern aus Russland kamen auch die entscheidenden Initiativen zur Realisierung der Dokumentation über die Prozesse gegen die deutschen Kriegsgefangenen. Die offizielle Zeitschrift des sowjetischen Außenministeriums «Sowjetunion heute» nahm im Oktober 1990 den Leserbrief des verurteilten Kriegsgefangenen Kurt Brinkmann, der «im Interesse einer wei-

Nach 44 Jahren: Erst 1991 verabschiedet die russische Regierung ein Gesetz «über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressalien

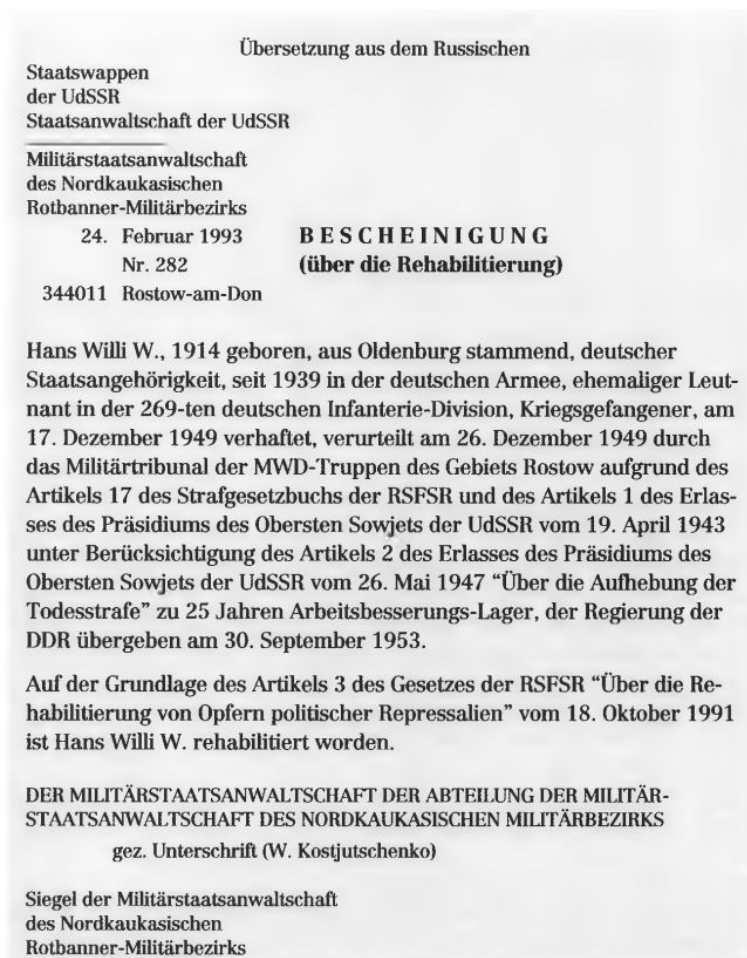
teren Aussöhnung zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk» die Behandlung dieses Themas anregte, zum Anlass eines längeren Artikels mit dem Titel «Kriegsverbrecher oder Kriegsgefangene?»

Der Autor, Lew Besymenski, stets als linientreuer Historiker bekannt, antwortete auf die Frage, ob alle rund 10.000 im September 1955 noch in der Sowjetunion verbliebenen Gefangenen als «Kriegsverbrecher» zu bezeichnen seien: «Heute, auf Grund der Dokumente, ist die Antwort auf diese Frage eindeutig: Nein.» Und er bestätigt alle von Kurt Brinkmann genannten Argumente: Die Ver-

fahren seien – wie gegen Sowjetbürger üblich – ohne Einspruchsmöglichkeiten und häufig gar ohne konkretes Delikt geführt, das Strafmass «25 Jahre» wie eine Schablone gehandhabt worden. Besymenski: «Schliesslich existierte ein Automatismus des damaligen Systems, und wenn befohlen wurde, Kriegsverbrecher zu finden, so wurden sie gefunden.» Dem Beitrag in der «Sowjetunion heute» folgten weitere Artikel zum Thema «Prozesse gegen Kriegsgefangene» in «Moskau News» und in anderen Zeitschriften.

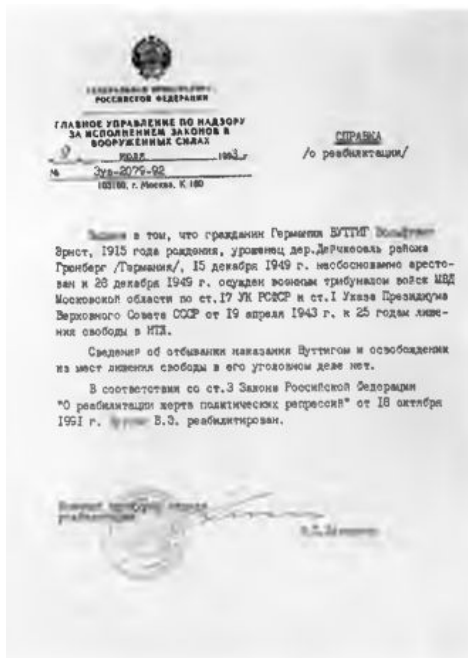
Auf Ersuchen des Heimkehrerverbandes brachte Bundeskanzler Helmut Kohl die Problematik der Prozesse in die Gespräche mit Präsident Gorbatschow und später mit Jelzin ein. Zwei Jahre lang befassten sich die Experten beider Seiten im Rahmen der «Deutsch-Russischen Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit in humanitären Fragen» mit einem Textvorschlag für eine offizielle Erklärung. Schliesslich wurde am 16. Dezember 1992 in Moskau die «Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Präsident Boris N. Jelzin über die Rehabilitierung unschuldig Verfolgter» verkündet. Sie gilt generell in moralischer Hinsicht für «die zu Unrecht verurteilten deutschen Kriegsgefangenen», wie der Bundeskanzler ausdrücklich feststellte. Jeder Betroffene kann seine individuelle Rehabilitierung in individuellem Verfahren beantragen.

Im Jahre 1992 erhielt der Grazer Historiker Stefan Karner den Zugang zu dem früheren KGB-Sonderarchiv mit 3,5 Millionen Personalakten von Kriegsgefangenen aus 24 Nationen. Dabei stellte sich heraus, dass die zuständigen Sowjetbehörden alle Unterlagen der Kriegsgefangenen – Fragebogen, Anklagen, Urteile, Vernehmungen und Erklärungen – aufbewahrt hatten. Freilich war damit noch nicht der freie Zugang zu den Quellen gewährleistet. Dazu bedurfte es umfangreicher Verhandlungen, Vollmachten und der Zustimmung zu geeigneten Auswertungsverfahren,



die den Einsatz russischer Fachkräfte einschloss. 1993 konnten diese Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, so dass mit Hilfe der Bundesregierung ein Pilotprojekt zur Auswertung der Akten der verurteilten deutschen Kriegsgefangenen in den russischen Archiven begonnen wurde.

Die Dokumentation des Schicksals der verurteilten deutschen Kriegsgefangenen, die in den sechziger Jahren in Deutschland scheiterte und für unmöglich gehalten wurde, konnte mit einem ganz neuen Ansatz realisiert werden: nicht mit den Angaben der Betroffenen; sondern mit der Personalakte des Verurteilten im Moskauer Archiv. Der Autor dieses Beitrages schloss als Direktor des Institutes für Archivauswertung Bonn am 6. September 1993 mit dem Direktor des Staatlichen Archivdienstes der Russischen Föderation in Moskau einen Vertrag ab, in dem sich der Archivdienst verpflichtete, die erforderlichen Akten der verurteilten deutschen Kriegsgefangenen bereitstellen zu lassen. Bis Ende 1994 konnten aus den in diesem Archiv aufbewahrten Akten über 30.000 Datensätze zu Verurteilten gewonnen werden. Da sich die Vermutung bestätigte, dass sich weitere unverzichtbare Informationen in den Strafprozessakten im MWD-Archiv befinden, wurde die Einbeziehung dieses Geheimarchives angestrebt. Dazu bedurfte es der Zustimmung der Innenminister Deutschlands und Russlands. Sie lagen Anfang September 1994 vor. Und so konnten am 29. September und am 14. Dezember 1994 zwei Verträge mit der zuständigen Hauptabteilung des russischen Innenministeriums, MWD, abgeschlossen werden, in denen sich das MWD verpflichtet, alle Akten und Informationen des KGB und MWD über deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung zu stellen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Territorium der UdSSR strafrechtlich abgeurteilt wurden. Die Auswertung der Akten in den einschlägigen Moskauer Archiven hat bereits bis Ende 1994 zur Sicherstellung der Da-



Original-Dokument der Bescheinigung über die Rehabilitation eines als Kriegsverbrecher verurteilten deutschen Kriegsgefangenen von 1993.

ten von 32.000 Verurteilten geführt. Die noch fehlenden Daten werden bis Ende 1995 einbezogen sein, so dass dann die Prozesse gegen die deutschen Kriegsgefangenen vollständiger und besser erfasst sein werden, als das in deutschen Archiven je hätte möglich sein können.

Neue Erkenntnisse

Ein abschliessendes Urteil wird erst nach 1995 möglich sein. Aber schon heute sind Einblicke in die Prozessabläufe anhand der russischen Akten möglich, die im folgenden skizziert werden sollen. So müssen alle bisher bekannten Zahlen von Verurteilungen in Frage gestellt werden. Sie alle scheinen zu hoch gegriffen: Martin Lang kam auf 37.581 verurteilte Kriegsgefangene, davon 26.833 als Opfer der Massenverurteilung und 10.748 Führerverurteilte. Der Volkskundler Albrecht Lehmann schätzte in seiner 1986 erschienenen Untersuchung über «Gefangenschaft und Heimkehr» 50.000 bis 60.000 Verurteilte. Auch die vom KGB an Stalin gemeldete Zahl

von insgesamt 36.000 verurteilten deutschen Kriegsgefangenen und Internierten ist zu hoch. Die Fehlerquellen sind durch Mehrfachakten für Gefangene mit phonetisch schwer zu schreibenden Namen entstanden. Die erste Feststellung lautet: Alle Zahlen sind falsch und müssen überprüft werden.

Für die Beurteilung der Schauprozesse sind völlig neue Erkenntnisse zu erwarten. Klarheit kann erst durch die Auswertung der Prozessakten gewonnen werden. Aber schon jetzt kann man sagen, dass mit den Kommandierenden Generälen auch ihre Fahrer, Melder und Stabssoldaten verurteilt wurden, weil sie durch ihre Tätigkeit «den Krieg verlängerten». Aus der ersten Übersicht waren 71 Todesurteile gegen deutsche Kriegsgefangene bis 1946 bekannt. Heute kennen wir aus den NKWD-Akten, also bis zur Umbenennung in MWD 1946, 262 Todesurteile.

Bemerkenswert sind die Sonderfälle bei den Prozessen gegen die deutschen Kriegsgefangenen. Erst aus der aktuellen Aktenauswertung geht hervor, dass Kriegsgefangene im Jahre 1947 wegen Verlassen ihrer Arbeitsstelle, Kartoffeldiebstahl oder nach § 154A wegen Verbrechens der Homosexualität zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Für «Verbrechen» nach § 154A gab es übrigens vier Jahre Zwangsarbeit. Weil sie zusammen 42 Küogramm Kartoffeln im Vorratskeller gestohlen hatten, erhielten beispielsweise vier Kriegsgefangene nach Artikel 2 des Erlasses vom 4. Juni 1946 je 25 Jahre Zwangsarbeit. Auch die Verurteilungen wegen «Sabotage» gehören zu den Sonderfällen. Aus Nichtigkeiten wurden mit Hilfe falscher Zeugenaussagen «Fälle» konstruiert, Gruppen mit jeweils einem «Organisator» an der Spitze, der den sowjetischen Lagerbehörden schon seit Langem missliebig war.

Bis 1989 waren die zuständigen Archive in Russland nur für KGB und MWD zugänglich; für jeden Aussenstehenden jedoch verschlossen. Auch in Deutschland waren die Akten zum Problem «verurteilte Kriegsgefangene» vom AA zur Verschlussache erklärt worden. Das Wissen um diese Sache war also auf den Kreis der Verurteilten beschränkt. Wer über die unabdingbaren Quellen verfügte, wollte keine Dokumentation. Und wer eine solche Dokumentierung anstrebte, hatte die Quellen nicht. Die Chance für die Auswertung der russischen Archive eröffnete sich erst durch den Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den begonnenen Wandel im Denken und Handeln.

Diese Chancen wurden im Westen erkannt und seit 1992 genutzt. Aber erfolgreich können diese Initiativen nur sein, wenn die Konsequenzen aus den Merkmalen der Prozesse gegen die Kriegsgefangenen gezogen werden: Zum ersten muss die Auswertung der russischen Akten der Prozesse gegen die Kriegsgefangenen als Teil des Gesamtprozesses der Überwindung des Stalinsystems begriffen werden. Zweitens ist der Erfolg dieser Auswertung nur möglich durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Deutschen und Russen; denn es handelt sich um ihre gemeinsame Geschichte, wenn auch aus entgegengesetzter Perspektive. Hass und Feindschaft würden den angestrebten Erfolg vereiteln. Das Ziel aller Bemühungen besteht drittens darin, in den Akten der verurteilten Kriegsgefangenen die Wahrheit zu finden, mit der dann zum Schutz der Betroffenen sorgfältig umgegangen werden muss. Diese gemeinsame Auswertung in Russland, vereint mit den Erkenntnissen aus den deutschen Archiven, wird ein leidvolles Kapitel der deutsch-russischen Geschichte, die Prozesse der Rache für erlittenes Leid an Unschuldigen, abschliessen, ohne dass neues Leid für die Betroffenen entstünde.

Zwischen den Fronten des Kalten Krieges

Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1949-1955

Michael Borchard

Die Kriegsgefangenenproblematik hat die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands bis 1955 in einem Ausmass persönlich bewegt, wie nur wenige andere Probleme der Nachkriegszeit. In der Bundesrepublik Deutschland erklärten 1950 bei einer Befragung rund 40 Prozent der Angesprochenen, von der Kriegsgefangenenfrage unmittelbar berührt zu sein. Dies resultierte vor allem aus der Unsicherheit vieler Angehöriger der ehemaligen Wehrmachtssoldaten über den Verbleib ihres Ehemannes, Vaters, Sohnes oder Bruders in der Sowjetunion. 1950 betrug die tatsächliche Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion etwa 30.000 Mann, **doch noch 1965 galten 1.170.421 als vermisst**. Aus der Sicht der Betroffenen gab es für die Bundesregierung kaum etwas dringenderes, als die Kriegsgefangenen aus den sowjetischen Lagern zu befreien. Zugleich erhofften sich die Angehörigen zuverlässige Informationen über das Schicksal der Vermissten und Gefangenen – nicht zuletzt, weil staatliche Versorgungsansprüche erst anerkannt wurden, wenn Vermisste für tot erklärt oder der Verschollenennachweis erbracht werden konnte.

Auch die Führung der DDR stand unter nicht geringem Druck: Schon im Januar 1949 hatte sich der spätere Ministerpräsident Otto Grotewohl in dem Parteiorgan «Neues Deutschland» äusserst vorsichtig zur Kriegsgefangenenfrage geäussert und festgestellt, dass die SED sich bemüht hätte, «an den Stellen, wo es ihr möglich war, für eine beschleunigte Rückkehr der Kriegsgefangenen zu wirken». Gleichwohl sei die Partei aber «ebenso wenig imstande wie andere Parteien, auf eine

der Besatzungsmächte hierbei einen bestimmten Einfluss zu nehmen».

Loyalitätskonflikte der DDR

Die DDR-Regierung befand sich bis zur Freilassung der Kriegsgefangenen in einer beispiellosen Konfliktsituation. Auf der einen Seite war sie durch den Druck der Sowjetunion gezwungen, die Rechtmässigkeit von Verfahren gegen als vermeintliche Kriegsverbrecher in der Sowjetunion verurteilte Gefangene anzuerkennen und sogar als propagandistisches Mittel gegenüber den Westmächten einzusetzen. Das Interesse der DDR-Führung an den Gefangenen war im Übrigen eher gering, weil viele Gefangene durch ihre lange Internierung in sowjetischen Lagern dem Sozialismus äusserst ablehnend gegenüberstanden.

Zuletzt wollte die SED 1955 sogar die Freilassung von Gefangenen verhindern, da sie in grossem Masse die sogenannten «Kameradenschinder-Prozesse» in der Bundesrepublik fürchtete. In solchen Verfahren ging es um jene Heimkehrer, die mit der Lagerleitung kollaboriert und ihre Kameraden misshandelt hatten. Diese angeblichen Antifaschisten genossen nach intensiven politischen Schulungen als Brigadeleiter eine bevorzugte Stellung bei der sowjetischen Lagerführung. Viele Kriegsgefangene empfanden derartige Schikanen ihrer eigenen Kameraden schlimmer als die Behandlung durch das sowjetische La-



Mahnung des Heimkehrerverbandes: Ein Plakat ruft 1955 dazu auf die Kriegsgefangenen nicht zu vergessen, die sich immer noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befinden.

gerpersonal. Für die Regierung der DDR waren die westdeutschen Prozesse gegen die «Kameradenschinder» insofern problematisch, als sie einerseits vor der eigenen Bevölkerung die linientreuen Antifaschisten als ehrenwerte und integere Deutsche vorführen wollte, andererseits aber schwerlich die körperlichen und seelischen Misshandlungen an anderen Gefangenen gutheissen konnte. Aus diesem Grund wertete die Regierung im «Neuen Deutschland» die Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik als unrechtmässig und reaktionär ab.

Auf der anderen Seite aber betraf das Problem der Kriegsgefangenen so viele DDR-Bürger, dass die Regierung – hätte sie sich nicht um die Freilassung bemüht – mit erheblichen Unmutsäusserungen durch die betroffenen Familien hätte rechnen müssen. Zudem suggerierte die schon seit 1945 propagierte deutsch-sowjetische Freundschaft, dass die DDR möglicherweise einen grösseren Einfluss auf «ihre» Besatzungsmacht in dieser Frage ausüben könnte. Die genaue Anzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen, die ihren Wohnsitz im Gebiet der DDR hatten, konnte bislang noch nicht exakt ermittelt werden. Es waren nach 1950 vermutlich noch einige Tausend. Viele kehrten jedoch – sofern sie die Möglichkeit hatten – nicht in die DDR zurück, sondern gingen in die Bundesrepublik.

Die Kriegsgefangenenfrage ist in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges innenpolitisches Thema – auch in Wahlkämpfen.



Vorbehalte der Alliierten

Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage in der bundesdeutschen Aussenpolitik war hingegen von völlig anderen Aspekten bestimmt: Erstens war die innenpolitische Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage auch als Wahlkampfthema so gross, dass ihr in der Politik gegenüber den Siegermächten stets Rechnung getragen werden musste. Zweitens wurden bei der Erörterung der Kriegsgefangenenfrage durch die Siegermächte immer wieder jene Vorbehalte gegenüber dem besiegten Deutschland deutlich, die die alliierte Politik lange geprägt haben. Der eigene, bisweilen unmenschliche Umgang mit deutschen Kriegsgefangenen in den ersten Nachkriegsjahren, in denen mehrere zehntausend Kriegsgefangene aufgrund katastrophaler hygienischer Verhältnisse und mangelnder Versorgung mit Lebensmitteln in französischen und amerikanischen Lagern umgekommen waren, beeinflusste auch die spätere Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenproblematik durch die Alliierten.

Herausragendes Beispiel ist die Haltung Frankreichs: 1950 befasste sich ein ad-hoc-Ausschuss der UNO mit der Kriegsgefangenenproblematik. Es bestand Einigkeit, dass diese Untersuchung als nicht allein gegen die Sowjetunion gerichtete politische Aktion verstanden werden sollte. Vielmehr betrachteten die Mitglieder des Ausschusses sie als allgemeine «humanitäre» Angelegenheit. Im Verlauf der Untersuchungen wurde auch Frankreich aufgefordert, Auskünfte über den Verbleib von verschollenen deutschen Kriegsgefangenen zu erteilen. Doch die französische Delegation weigerte sich strikt, Informationen weiterzugeben.

Die Westmächte brachten durch ihr einseitiges Interesse an der Kriegsgefangenenfrage die Bundesregierung in erhebliche Bedrängnis: Insbesondere die amerikanische Regierung machte nämlich keinen Hehl daraus, dass sie daran interessiert war, «im Rahmen



*Heimkehrerempfang in der DDR:
Die Regierung stellt die Entlassung
der Kriegsgefangenen propagandistisch als «sowjetische Grosstat»
dar.*

der aktiven Abwehrpropaganda gegen den russischen Kommunismus auch die Frage der deutschen Kriegsgefangenen zu aktivieren». Die Bundesregierung musste sich, wenn sie bereit war, diesen Interessen zu entsprechen, dagegen von den Wohlfahrtsverbänden, vor allem dem Roten Kreuz, vorhalten lassen, dass sie ein menschliches Problem zu einem Politikum mache.

Die politische Diskussion um die Heimholung der Gefangenen war also in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland stets von zwei Perspektiven geprägt: Auf der einen Seite standen die Angehörigen und die Heimkehrer, die mit der Kriegsgefangenenfrage emotional intensiv verbunden waren, sowie die Exponenten kirchlicher und weltlicher Wohlfahrtsorganisationen. Sie betrachteten die Nutzung jedes politischen Mittels und jeder humanitären Möglichkeit als legitim, sofern dadurch die noch verbleibenden Kriegsgefangenen schnellstens befreit werden konnten. Auf der anderen Seite standen die politischen Verantwortlichen, die hierin nur einen, wenn auch sehr wichtigen Aspekt unter zahlreichen anderen deutschland- und weltpolitischen Problemen der Nachkriegszeit sahen.

Dieses Spannungsverhältnis prägte bis zur Freilassung 1955/56 die politische Diskussion um die Heimholung der Kriegsgefangenen in der Bundesrepublik. Die Bedeutung des Gefangenenproblems in der öffentlichen Meinung erlaubte es Bundeskanzler Konrad Adenauer einerseits nicht, dieses brisante Thema im Wahlkampf zu vernachlässigen. Andererseits war höchst fraglich, ob die baldige Lösung selbst eines Problems von so überragender Bedeutung es rechtfertigen würde, politische Grundsatzeinstellungen in Frage zu stellen.

*Suche nach vermissten Soldaten
des Zweiten Weltkriegs: Mitarbeiter
des Suchdienstes und Angehörige
befragen die Heimkehrer.*



Neue Erkenntnisse

Die Kriegsgefangenenpolitik der Bundesrepublik und der DDR in der Nachkriegszeit ist in fünf Phasen einteilbar: Mit der Gründung der Bundesrepublik bestand die Chance, die Arbeit der Suchdienste noch effektiver zu koordinieren und zu zentralisieren. Gleichzeitig stand die Bundesregierung unter einem hohen Erwartungsdruck der Bevölkerung. Auch in der DDR wurde mit der Staatsgründung der interne – gleichwohl nicht offen geäußerte – Druck auf die Regierung in dieser Frage größer. Aus diesem Grund war die SED zunächst daran interessiert, die Entlassung von Gefangenen als «sowjetische Grosstat» darzustellen. Hierfür sollten die Heimkehrer «als Propagandisten der Sowjetunion ausgenutzt und soweit wie möglich zur Arbeit in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft herangezogen werden».

Die Berichterstattung über die Kriegsgefangenen war überwiegend positiv. Die Versicherungen der SED-Führung, dass die Gefangenen zu dem von der Sowjetunion angekündigten Termin freigelassen würden, nahm die Öffentlichkeit allerdings mit Skepsis auf. Gerade in den Augen vieler Angehöriger musste der neue Staat DDR nun beweisen, dass er die Interessen seiner Bürger wirksam verfolgen konnte.

Als das Bundesvertriebenenministerium und die von ihm koordinierten Suchdienste ab 1949/50 die durch Heimkehrerbefragungen gewonnenen Informationen auswerten konnten, erhielt man weitgehende Erkenntnisse über die Verurteilungen deutscher Kriegsgefangener als «gefährliche und menschenverachtende Kriegsverbrecher». Nach den Tatbeständen «konterrevolutionäre Tätigkeit, Schädigung des Volkseigentums, Vorbereitung eines Angriffskrieges auf die Sowjetunion», die in den Paragraphen 58 und 59 des sowjetischen Strafgesetzbuchs definiert waren, konnte nahezu jedes erdenkliche «Verbrechen» – von der Leitung eines Nachschubzuges bis zum Auflesen einer Kartoffel bestraft werden. Es wurden summarische Urteile ausgesprochen, die zum Teil lediglich auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Einheit beruhten. Vor allem waren Einheiten betroffen, die mit der Bearbeitung der Feindlage betraut worden waren.

«25 Jahre Zwangsarbeit» lautete in über 85 Prozent der Fälle der monotone Urteilsspruch der sowjetischen Richter. Warum, so fragte sich die deutsche Öffentlichkeit, wurde der grösste Teil dieser vermeintlichen Verbrecher erst in den Jahren 1949/1950 verurteilt, obwohl ihre Verbrechen doch als so schwerwiegend betrachtet wurden? Warum wurden die als Kriegsverbrecher Verurteilten nicht –

«Initialzündung» für Bemühungen der Bundesregierung um die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen: die TASS-Meldung vom 6. Mai 1950.

Seite 2.)

UdSSR entließ alle Kriegsgefangenen

Mitteilung der TASS / 1 939 063 deutsche Kriegsgefangene heimgekehrt

Moskau (ADN). In der TASS-Meldung vom 4. Januar 1949 wurde darauf verwiesen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Kriegsgefangenen bereits bis Ende 1948 aus der Sowjetunion nach Deutschland repatriert worden war und daß die Repatriierung der dort verbliebenen Kriegsgefangenen nach einem von der Sowjetregierung bestätigten Plan durchgeführt und im Laufe des Jahres 1949 abgeschlossen werden sollte.

Die Nachrichtenagentur TASS ist ermächtigt, mitzuteilen, daß die letzte

bereits nach Deutschland zurückgeführt worden ist.

Damit ist die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vollständig abgeschlossen worden.

Insgesamt sind seit der Kapitulation Deutschlands 1 939 063 deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion nach Deutschland repatriert worden, darunter 58 103 deutsche Kriegsgefangene, die in den Jahren 1947 bis 1949 unter

wie im Strafvollzug zur Regierungszeit Stalins üblich – auf Dauer in Arbeits- und Straflager gesperrt, sondern in die schon bestehenden Kriegsgefangenenlager? Warum hatten darüber hinaus nahezu alle Gefangenen, im Gegensatz zu üblichen Strafgefangenen, die Erlaubnis, regelmässig nach Hause zu schreiben und sogar Pakete zu erhalten?

Schon zu Beginn des Jahres 1950 liessen diese Auffälligkeiten und Fragen nur eine Vermutung zu: Die Sowjetunion wollte sich ein politisches Faustpfand schaffen, indem sie eine hohe Anzahl Gefangener unter fragwürdigen Begründungen zurückhielt. Zur traurigen Gewissheit wurde diese Vermutung mit der Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 4.5.1950: Hiernach galt die Repatriierung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nunmehr als endgültig abgeschlossen. Lediglich 9.717 Mann, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt waren, ferner 3.815 Mann, gegen die noch ein Verfahren anhängig sei, sowie 14 Kranke, die nach ihrer Gesundung heimkehren sollten, würden noch zurückgehalten.

Spielball des Kalten Krieges

Diese Meldung leitete die zweite Phase der Kriegsgefangenenpolitik beider deutscher Staaten ein. Waren die Jahre 1949/50 noch von vorsichtigem Optimismus geprägt, so änderte sich die Situation nun grundlegend. Für die Bundesrepublik und die westlichen Alliierten hatte die TASS-Meldung die Bedeutung einer Initialzündung für ihre politischen Bemühungen. Sie schaffte mit der Bezeichnung der Kriegsgefangenen als «Verbrecher» Klarheit über die Situation der Gefangenen und somit einen Ansatzpunkt für politische Schritte, die aus der Sicht der Bundesregierung nun erfolgen mussten. Mit den nachweisbar unrichtigen Zahlen der Meldung – sie hätten im Vergleich zu früheren sowjetischen

Veröffentlichungen bedeutet, dass kein Gefangener in der Haft verstorben wäre – war sie nun in der Lage, der Weltöffentlichkeit vor Augen zu führen, dass die Gefangenen von der Sowjetunion offenbar als politischer Spielball benutzt wurden. Damit war das Problem auch für die Westmächte erneut interessant und nützlich geworden; konnten sie doch nun die «Unmenschlichkeit» der sowjetischen Machthaber deutlich demonstrieren. Jetzt endlich waren die Westmächte – allen voran die USA – bereit, die Kriegsgefangenenfrage durch die UNO behandeln zu lassen.

In der DDR schlug mit der Veröffentlichung der TASS-Meldung die zuvor positive Berichterstattung über Heimkehrer und ehemalige Kriegsgefangene schlagartig um. Es erschienen nur noch Artikel, die die Existenz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR heftig leugneten und die Bundesregierung sowie die Westmächte als «Hetzer und Lügner» bezeichneten. So wurde den Westmächten und der Regierung Adenauer vorgeworfen, sie hielten Informationen über den Verbleib hunderttausender Gefangener zurück. Über diese Meldungen hinaus existierte das Problem aber offiziell nicht länger und war nun auch in den Politbüro-Sitzungen der SED kein Thema mehr.

Das änderte sich mit dem Wechsel in der politischen Führung der Sowjetunion, der die dritte Phase einleitete: Die SED wagte erst mit dem Tod Stalins, die Kriegsgefangenenfrage wiederum gegenüber der UdSSR aufzugreifen. Nach den Aufständen des 17. Juni 1953 musste die SED zudem um ihre Führungsrolle fürchten. Daher bemühte sich die DDR-Regierung in Verhandlungen mit der UdSSR in Moskau vom 20. bis 22. August 1953 um eine Vereinbarung zur Heimführung der Gefangenen. In einer sowjetischen Pressemeldung wurde Grotewohl am 23. August 1953 eine baldige Entlassung zugesagt. Im weiteren Verlauf des Jahres 1953 entliess die Sowjetunion über 12.000 Kriegsgefangene.

Die Berichte über die Entlassungen klangen nun nicht mehr so euphorisch wie noch 1949/50. Gleichwohl wurde betont, dass die «Begnadigung» dieser «Kriegsverurteilten» der Initiative der DDR zu verdanken sei. Mit dieser Darstellung konnte die DDR-Führung einen Beitrag zur Stabilisierung ihrer innenpolitischen Situation nach den Ereignissen des 17. Juni leisten.

Für die Politik der Bundesregierung hatte der Tod Stalins ambivalente Folgen: Die Westmächte und jene ausländischen Regierungen, die versucht hatten, mit der Behandlung der Frage vor der UNO Druck auf die Sowjetunion auszuüben, wollten nun erst einmal abwarten, ob sich das Ost-West-Verhältnis mit dem Ende der stalinistischen Ära entspannen würde. Sie stellten ihre Initiativen zunächst zurück und reagierten auf entsprechende Anfragen der Bundesregierung negativ, was schliesslich 1954 zur Auflösung des UNO-Ausschusses zur Kriegsgefangenenfrage führte.

Gleichzeitig setzte auf der anderen Seite auch die Bundesregierung zunehmend Hoffnung auf eine Entspannung. 1954 betonte Adenauer immer stärker, dass er den Zeitpunkt für gekommen halte, über diplomatische Beziehungen zur UdSSR nachzudenken. Adenauer war sich der Risiken bewusst, die mit einem solchen Schritt verbunden waren. Die Gelegenheit, eine deutsche diplomatische Vertretung gleich welcher Art zu errichten, konnte nur dann ergriffen werden, wenn das Misstrauen der Westmächte gegenüber einem selbständigen Dialog der jungen Bundesrepublik mit Moskau zumindest abgebaut werden konnte. Ohne direkten Kontakt, ohne ein Gesprächsforum, war eine Lösung der Gefangenenfrage auf Dauer jedoch nicht denkbar. Das «Faustpfand» Gefangene konnte von der UdSSR nur in direkten politischen Verhandlungen mit den Westmächten oder mit einer souveränen Bundesrepublik voll ausgespielt werden.

Druckmittel für sowjetische Ziele

In der letzten Phase der Entwicklung ab 1955 wurde deutlich, dass die UdSSR erheblich andere Interessen verfolgte als die Führung der DDR. Während die DDR sich in einer unmittelbaren Konkurrenzsituation zur Bundesrepublik behaupten musste, wollte die UdSSR zunehmend Entspannung, vor allem aber auch eine Konsolidierung des Status Quo der beiden deutschen Staaten erreichen. Nach der formellen Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland im Januar 1955 sollten die Kriegsgefangenen rasch freigelassen werden. In einem Brief Chruschtschows an die DDR-Regierung vom 14. Juli 1955 kündigte die sowjetische Führung an: «Nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der Deutschen Bundesrepublik beabsichtigen wir, 5.614 deutsche Bürger, darunter 3.708 Kriegsgefangene, 1.906 Zivilpersonen und 180 Generale der ehemaligen Hitlerarmee von der weiteren Strafverbüßung zu befreien und sie entsprechend ihrem Wohnsitz nach der DDR oder nach Westdeutschland zu repatriieren».

Die Kriegsgefangenen sollten demnach als Druckmittel dienen, um ein entscheidendes Ziel der sowjetischen Aussenpolitik verwirklichen zu können. Dies geht auch aus Unterlagen des sowjetischen Aussenministeriums hervor, in denen die UdSSR die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik als den grössten Erfolg ihrer Aussenpolitik des Jahres 1955 betrachtet. Dabei nahm die UdSSR keinerlei Rücksicht auf die DDR, die im Laufe des Jahres 1955 immer wieder vorsichtig versucht hatte, die sowjetische Initiative in der Kriegsgefangenenfrage zu bremsen. Gleichwohl setzte die DDR-Führung dem sowjetischen Vorstoss keinen wirklichen Widerstand entgegen und versuchte, die Freilassung der Gefangenen später als Erfolg ihrer Politik darzustellen.

Adenauer konnte während der Gespräche in Moskau durch eine geschickte Verhandlungstaktik die von der Sowjetunion gebotene Chance nützen. In einer festgefahrenen Verhandlungssituation beorderte Adenauer über eine abhörbare Leitung vorzeitig die Flugzeuge für den Heimflug an den Moskauer Flughafen. Bei einem abendlichen Bankett ging Adenauer im St. Georgs-Saal des Kremls erneut auf die Frage der Kriegsgefangenen ein und erklärte, dass sie die Bundesregierung an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hindere. Damit war der sowjetischen Regierung deutlich signalisiert worden, wie sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen schnellstens erreichen könnte. Im Laufe des weiteren Gesprächs gab der sowjetische Ministerpräsident Bulganin daraufhin sein Ehrenwort, alle Gefangenen freizugeben.

Gleichwohl waren die Handlungsalternativen für Adenauer denkbar gering: Zum einen war er mit dem Verhandlungsergebnis schon an der Grenze dessen, was die Westmächte noch für tragbar hielten, wie die wütende Reaktion des amerikanischen Botschafters in Moskau, Charles Bohlen, zeigte: «Sagen Sie dem Herrn Bundeskanzler, dass ich ihm dafür danke, dass er am vergangenen Sonntag uns ermahnt hat, den Sowjetrussen gegenüber fest zu bleiben. Es ist mir heute klar geworden, was er unter Festigkeit versteht». Zum anderen hätte es sich Adenauer nach Einschätzung Grewes «nicht leisten können, einer Normalisierung der Beziehungen zuzustimmen, ohne die Kriegsgefangenen freizubekommen». Die kluge Nutzung des engen Handlungsspielraumes brachte Adenauer – zumindest in den Augen der Öffentlichkeit – den grössten politischen Erfolg seiner gesamten Amtszeit.

Am 11. September 1955 empfängt Adenauer während seines Moskau-Besuches die sowjetische Regierung. In der ersten Reihe von links nach rechts: Nikolaji Bulganin, Konrad Adenauer, Nikita Chruschtschow und Carlo Schmid.

In verschiedenen Publikationen ist schon kurz nach der Moskau-Reise und auch bis in die Gegenwart hinein bezweifelt worden, ob die Freilassung der letzten Gefangenen, die bis in den Oktober 1956 erfolgte, allein auf das Verhandlungsgeschick Adenauers zurückgeführt werden kann. Tatsächlich hatte die Sowjetunion bereits vor den Moskauer Verhandlungen vorgesehen, die Kriegsgefangenen zu entlassen, wie der erwähnte Chruschtschow-Brief beweist. «Wir haben das immer für selbstverständlich gehalten», sagte das Delegationsmitglied Wilhelm Grewer rückblickend, «dass sie irgendwann diesen Schritt tun würden, aber wann und zu welchem Preis, das war die Frage. Es hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, dass, wenn wir nicht zu einem Abschluss über die Beziehungen gekommen wären, sich die Freilassung noch ein oder zwei Jahre oder noch länger herausgezögert hätte».



Konrad Adenauers Besuch in Moskau

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland 1955

Faina Nowik

Die neue sowjetische Regierung, die 1953 nach Stalins Tod an die Macht gekommen war, sah sich in der Situation des sich verschärfenden «Kalten Krieges» gezwungen, die aussenpolitische Strategie der Sowjetunion neu zu überdenken. Mitte der fünfziger Jahre wurde es für die Sowjetunion notwendig, Länder Ost- und Zentraleuropas um sich zu scharen und zu konsolidieren sowie mehr oder weniger normale Beziehungen zu den NATO-Staaten in die Wege zu leiten.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 in der DDR – in der offiziellen sowjetischen Propaganda und Geschichtsschreibung noch bis vor Kurzem als Auftritt imperialistischer Kräfte gegen den Sozialismus in der DDR gewertet – wurden schliesslich erst in den letzten Jahren von der ideologischen Mythologisierung befreit und den Tatsachen entsprechend als Volksaufstand eingeschätzt. Doch bereits viele sowjetische Regierungsvertreter schätzten damals die Ereignisse realistisch ein. Sergej Chruschtschow schreibt in den zweibändigen Erinnerungen über seinen Vater, dass Chruschtschow darüber ins Grübeln geriet, «warum Arbeiter denn gegen ihre eigene Arbeiterregierung auftreten». Er war der Meinung, dass «es nicht richtig ist, den Deutschen weiterhin Reparationszahlungen abzuverlangen, nachdem sich ein Arbeiterstaat, die Deutsche Demokratische Republik, gebildet hat», während Westdeutschland keine ähnliche wirtschaftliche Bürde zu tragen habe. Er erklärte, dass die Demontage vieler Betriebe und Industrieanlagen falsch gewesen sei.

Moskau reagierte sofort auf die Ereignisse in der DDR. Auf einer Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees wurde beschlossen, in die Städte sowjetische Truppen und Panzer einmarschieren zu lassen mit der Erlaubnis, falls nötig von den Waffen Gebrauch zu machen. Nach Berlin wurde als Vertreter der sowjetischen Regierung mit Sondervollmachten, so die Ironie der Geschichte, der Geheimdienstchef Lawrentij Berija entsandt: Nach Stalins Tod hatte sich Berija, der von März bis Juni 1953 stellvertretender Premierminister war, gegen eine Unterstützung der DDR gewandt und vorgeschlagen, sie dem Westen zu überlassen.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes in der DDR beschloss die sowjetische Regierung sofort eine Reihe von Massnahmen, die zur Überwindung der innenpolitischen Spannungen und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in der DDR beitragen sollten. Der Regierungskurs der DDR, der die Zuspitzung der politischen Lage im Lande begünstigte, wurde von Moskau «theoretisch» korrigiert. So wurde der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht darauf hingewiesen, dass seine Erklärung am 5. Mai 1953 – «die DDR als Staat erfüllt die Funktionen der Diktatur des Proletariats» – politisch unzeitgemäss sei. Im Juli desselben Jahres fand, nicht ohne unterschwellige Aufforderung aus der UdSSR, eine Sitzung des Zentralkomitees der SED statt, auf dem ein Programm zur Steigerung des Lebensstandards beschlossen und der Kurs auf eine beschleunigte Errichtung des Sozialismus verurteilt wurde.

Chruschtschows Deutschlandpolitik

Nach Abschluss der Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR im August 1953 in Moskau wurde die Aufhebung der Reparationszahlungen der DDR an die Sowjetunion ab 1954, die Rückgabe von 33 grossen Betrieben an die DDR, die als Reparationen an die UdSSR gegangen waren, und die Senkung der Ausgaben der DDR für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in Deutschland bekannt gegeben. Die DDR wurde von der Zahlung der durch die Besatzung bedingten Verschuldung sowie der Staatsschulden aus der Nachkriegszeit an die UdSSR befreit. Die diplomatischen Gesandtschaften beider Länder wurden in Botschaften umgewandelt. Im Herbst 1953 wurden 12.000 deutsche Kriegsgefangene begnadigt und aus der UdSSR nach Hause entlassen.

Der Urheber für die Bewegungen sowohl in der gesamten Aussenpolitik als auch in deutschen Angelegenheiten war der neue sowjetische führende Funktionär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, während Wjatscheslaw Molotow, Aussenminister von 1939 bis 1949 sowie von 1953 bis 1956, konservativ eingestellt war und eine eher abbremsende Rolle spielte. Dies bezeugt der Diplomat und Aussenpolitiker Alexander Alexandrow-Agentow, der Mitte der fünfziger Jahre in der deutsch-österreichischen Abteilung des Aussenministeriums arbeitete, in seinen Memoiren «Von Kollontaj bis Gorbatschow».

In seinem Buch bemerkt Alexandrow-Agentow, dass in dem genannten Zeitraum die sowjetische Regierung den deutschen Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit schenkte. In der deutschen Politik jener Jahre wurden – teils parallellaufend, teils einander ablösend – zwei verschiedene Vorgehensweisen kombiniert. Einerseits wurde die Idee der Neutralität Deutschlands oder zweier deutscher Staaten im Rahmen eines allgemeinen Systems kollektiver europäischer Sicherheit

hartnäckig, ausdauernd und beharrlich «im Stil Molotows» favorisiert. Daneben wurden andererseits neue überraschende Initiativen und Schritte ganz im Stil Chruschtschows unternommen, die zum gleichen Ziel führten: Unkonventionelle Entscheidungen, Nachgeben, Drohungen, offener und teilweise recht grober Druck wechselten dabei einander ab.

Die sowjetische Regierung war bemüht, den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO zu verhindern und baute darauf, dieses Ziel durch eine Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik und verlockende Vorschläge zur deutschen Frage zu erreichen. Am 15. Januar 1955 wurde eine Erklärung der sowjetischen Regierung veröffentlicht, in der von der Gefahr der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und deren Beitritt zur NATO die Rede war. Moskau warnte davor, dass die Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands «ihren Sinn verlieren und unmöglich gemacht werden, wenn die Pariser Verträge ratifiziert werden». Daneben enthielt das Dokument ein aus sowjetischer Sicht sehr verlockendes Angebot, 1955 allgemeine deutsche freie Wahlen durchzuführen, sowie die Be-



Auch die Regierung der DDR nimmt diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf. Auf dem Moskauer Flughafen von links nach rechts: Otto Grotewohl und Walter Ulbricht.

HenocpedcmeeHHO nocAe eu3uma Adeu-ayopa npaeumeAbcmeo TjnP yc-maneeAueaem dunAOMamu- uecKue om-HomeHun c CoeemcKUM CoK)3OM. B MOCKO6CKOM CldpO- nopmy (cAeea Hanpaeo) Ommo FpomeeoA u BaAbmep YAbôpuxm.



Die sowjetische Regierung versucht, den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO zu verhindern: In einer Erklärung warnt sie vor Konsequenzen.

reitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik. Einen weiteren Schritt der Bundesrepublik entgegen ging der Erlass vom Präsidium des Obersten Sowjets vom 25. Januar zur Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland, der günstige rechtliche Voraussetzungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland schuf.

Aber die Bonner Regierung hatte es nicht eilig, von den positiven Signalen aus der Sowjetunion Gebrauch zu machen. In der Erklärung der Pressestelle der Bundesregierung vom 16. Januar wurde die Überzeugung geäußert, dass die UdSSR auch nach der Ratifizierung der Pariser Verträge bereit sein würde, Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands unter den Voraussetzungen des Friedens und der Freiheit zu führen. Vertreter der Regierungsparteien sprachen im Bundestag von der Unzulässigkeit «zweier deutscher Botschafter» in Moskau und beharrten auf dem Kurs, der als «Hallstein-Doktrin» in die Geschichte einging.

Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 und dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO war die Reaktion der sowjetischen Regierung zwiespältig. Einerseits wurde am 14. Mai der Warschauer Vertrag unterzeichnet; sechs Jahre nach Gründung der NATO wurde die militärpolitische Allianz von sieben osteuropäischen Staaten gebildet und damit die Schaffung zweier entgegengesetzter Blöcke in Europa vollendet. Im Mai normalisierten sich auch die Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien, so dass die gefährliche Spannung in den Beziehungen zweier Staaten des gleichen Systems behoben werden konnte.

Andererseits versuchte Moskau Europa zu zeigen, dass es bereit war, eine Zusammenarbeit und gute nachbarschaftliche Beziehungen in Europa in die Wege zu leiten. Im Mai wurde ein Staatsvertrag mit Österreich unter-

zeichnet, der dessen Unabhängigkeit wiederherstellte. Die Dauerneutralität Österreichs wurde verkündet, und bis zum Herbst wurden die Besatzungsarmeen der vier Mächte aus Österreich abgezogen. Dieser Vertrag bewirkte eine deutliche Veränderung in der Stimmung der westdeutschen Öffentlichkeit zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion. Meinungsumfragen zufolge waren in der Bundesrepublik im Sommer 1955 über 90 Prozent der Befragten für Verhandlungen mit der UdSSR.

Die Initiative zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik lag weiterhin bei führenden Funktionären Moskaus, die negative Folgen für die Sowjetunion durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge zu neutralisieren suchten. Aus der Sicht russischer Forscher – so des ehemaligen Diplomaten Wladimir Belitzki, Verfasser eines Buches über die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten der Nachkriegszeit, – war Adenauers Einwilligung, mit der sowjetischen Regierung zu verhandeln, gezwungenermaßen zustande gekommen und in erster Linie mit der mehrheitlichen Überzeugung der Bevölkerung zu erklären, dass die Beziehungen zu Russland normalisiert werden müssten.

Über Paris nach Moskau

Nach einem lebhaften Notenaustausch der Regierungen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland sowie inoffiziellen Verhandlungen in Paris zwischen Vertretern der Botschaften beider Länder in Frankreich wurde vereinbart, am 9. September in Moskau auf Regierungsebene die Frage der Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen Fragen ohne irgendwelche Vorbedingungen von beiden Seiten zu erörtern.

Zu den Verhandlungen nach Moskau kam eine grosse westdeutsche Delegation mit Bundeskanzler Adenauer an der Spitze. Allein die offizielle Delegation plus drei Referenten und Dolmetscher zählte 21 Mitglieder. Insgesamt kamen zusammen mit dem Dienstpersonal 140 Personen in einem Sonderzug und zwei Flugzeugen nach Moskau. Der Delegationsleiter auf sowjetischer Seite war Nikolaj Bulganin. Er war von 1947 bis 1949 sowie von 1952 bis 1955 bereits Verteidigungsminister der Sowjetunion gewesen und wurde 1955 zum Ministerpräsidenten ernannt. Darüber hinaus nahmen Nikita Chruschtschow, seit 1953 Erster Sekretär der KPdSU, sowie Aussenminister Molotow an den Verhandlungen teil. Zu der sowjetischen Delegation gehörten ausserdem Michail Perwuchin, Mitglied des Ministerrates und später Sonderbevollmächtigter der Sowjetregierung in der DDR und Wladimir Semjonow, der von 1959 bis 1963 als Berater der Alliierten Kontrollkommission und später als Botschafter in Ost-Berlin fungierte.

Die Verhandlungen vom 9. bis zum 13. September 1955 waren ausserordentlich intensiv: Es fanden vier Plenarsitzungen statt, die insgesamt zehn Stunden dauerten, dazu noch Treffen in kleinem Kreise und Gespräche der Aussenminister. Die Verhandlungen erwiesen sich als kompliziert: Beide Seiten waren gezwungen, auf Kompromisse einzugehen und unrealistische Forderungen und Ansprüche der jeweils anderen Seite zurückzuweisen.

Erste Verhandlungen

Auf der ersten Plenarsitzung schlug die sowjetische Regierung vor, diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen sowie Botschaften in Moskau und Bonn zu errichten. Darüber hinaus wurde ein Meinungsaustausch über die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und technischen Zusammenarbeit vorgeschlagen.

Während der Verhandlungen sprach die sowjetische Delegation auch andere Fragen an, die jedoch vehement von den deutschen Partnern abgelehnt wurden: Kein Echo fanden die sowjetischen Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage, die durch eine Neutralisierung des vereinigten Deutschlands und seiner Nichtbeteiligung an der NATO sowie die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit, das zur Auflösung der Militärverbände in Europa führen würde, erreicht werden sollte.

Während der Verhandlungen sprach auch die deutsche Delegation eine Reihe von Problemen an, die für die UdSSR nicht annehmbar waren. Die sowjetische Delegation wies entschieden die mehrmals von der westdeutschen Delegation erwähnten Ansprüche auf eine einzige Vertretung für das gesamte Deutschland zurück. Vom Bundeskanzler und anderen Mitgliedern der deutschen Delegation auf die Wiedervereinigung Deutschlands angesprochen, bekräftigte die sowjetische Seite ihre Position wiederholt, dass die Ratifikation der Pariser Verträge ernste Hindernisse auf dem Wege zur Wiedervereinigung aufgeworfen habe. Dieses Problem könne in Zukunft nur gelöst werden durch gemeinsame Anstrengungen zweier deutscher Staaten. Ausserdem verweigere die Sowjetunion ihre Zustimmung zu einem Beitritt eines vereinigten Deutschland zur NATO.

Diese Position gegenüber der deutschen Frage entsprach völlig den damaligen ideologischen Vorstellungen der sowjetischen Regierung, besonders Chruschtschows. «Die Ostdeutschen haben den Sozialismus gewählt», konstatierte Chruschtschow in einem Gespräch mit seinem Sohn, «und wir sind einfach verpflichtet, sie beim Bau der neuen Gesellschaft zu unterstützen. Das ist unsere Pflicht als Kommunisten. Die Amerikaner wollen die DDR vernichten und sie an Westdeutschland anschliessen. Darauf gehen wir nicht ein.»



Empfang auf dem Moskauer Flughafen: Am 8. September 1955 schreiten Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin die Ehrenformation ab.

In seiner einleitenden Ansprache auf der ersten Plenarsitzung stellte Adenauer die zentrale Frage nach der Freilassung derjenigen Deutschen, «die sich noch in der Sowjetunion in Gewahrsam befänden oder aber an ihrer Ausreise aus diesem Bereich gehindert würden». Der Kanzler bemerkte, er habe dieses Problem absichtlich an erster Stelle genannt, da es kaum eine deutsche Familie gibt, die nicht von dieser Frage betroffen sei. «Es ist nicht denkbar, 'normale' Beziehungen zwischen unseren Staaten herzustellen, solange diese Frage ungelöst bleibt». Dabei betonte Adenauer, dass er damit keine «Vorbedingung» stelle.

«Festgehaltene Personen»

Aus den verschiedenen Vorbereitungsunterlagen, Mitteilungen und Notizen des Ausenministeriums und des Zentralkomitees zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation und im Zentrum zur Aufbewahrung von zeitgenössischer Dokumentation befinden, geht hervor, dass die sowjetische Seite auf die Frage der bundesdeutschen Delegation nach der Rückkehr der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat vorbereitet war. Der letzte und achte Punkt der vom Zentralkomitee der KPdSU gestellten «Anweisungen für die Verhandlungen mit der Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland» enthält auf anderthalb Seiten die Instruktionen für die sowjetische Position bei der Erörterung dieser Frage. Die Regierungsdelegation der UdSSR verhielt sich auch genau entsprechend diesen Instruktionen.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Bulganin, erklärte in der zweiten Sitzung, dass es in der UdSSR keine deutschen Kriegsgefangenen mehr gäbe. Alle seien befreit und in ihre Heimat entlassen worden. In der Sowjetunion befänden sich nur noch «Kriegsver-

brecher, die von einem sowjetischen Gericht für besonders schwere Verbrechen gegen das sowjetische Volk, den Frieden und die Menschlichkeit verurteilt worden sind».

Er nannte die genaue Zahl der Verurteilten: 9.626.

Offensichtlich mit der Absage der bundesdeutschen Delegation rechnend, bemerkte der Leiter der sowjetischen Delegation, dass diese Frage unbedingt sowohl mit den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR untersucht werden müsse. «Weil wir nicht glauben, dass die Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland es für wünschenswert erachtet, unter solchen Bedingungen die angeführte Frage unter Beteiligung von Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu erörtern, so ist es offensichtlich nicht zweckmässig, diese Frage zum Gegenstand dieser Verhandlungen zu machen», führte Bulganin aus. Jedoch hatte der bundesdeutsche Außenminister von Brentano beim Treffen der Außenminister am 12. September die Bereitschaft geäußert, «seiner Delegation zu empfehlen, in der Frage der in der Sowjetunion festgehaltenen Personen diesen Weg einzuschlagen, damit diese Frage von den Vertretern der drei Regierungen erörtert wird». Diese deutsche Position wurde später in der Plenarsitzung bestätigt.

Nach langen und manchmal auch scharfen Debatten wurde endlich klar, dass die Bonner Delegation, indem sie die Frage nach der Rückkehr der «festgehaltenen Personen» stellte, eine ganze Reihe von Problemen aufwarf, die mit dem Schicksal von Personen völlig verschiedener Kategorien zusammenhingen. Erstens ging es um die Rückkehr ehemaliger Kriegsverbrecher, die von sowjetischen Gerichten verurteilt worden waren und ihre Strafe in der UdSSR verbüßten. Zweitens behaupteten Vertreter der Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf die Korrespondenz mit Angehörigen und nahestehenden Personen in Westdeutschland, dass in der Sowjetunion mehr als 100.000 Deutsche

festgehalten würden. Drittens wurde über die Notwendigkeit gesprochen, «das Schicksal nicht nur von Tausenden, sondern von Hunderttausenden, vielleicht sogar von Millionen verschollener Deutscher zu klären». Viertens wurden die Bemühungen von Brentanos «über das Schicksal aller deutschen Menschen, die sich auf dem Gebiet der Sowjetunion befinden» und Kurt Georg Kiesingers über «Zivüpersonen, die zum Beispiel früher in Ostpreussen lebten» von der sowjetischen Delegation als Versuch gewertet, in die Verhandlungen auch sowjetische Bürger deutscher Nationalität einzubeziehen. Fünftens sprach die deutsche Delegation auch über das Problem der Rückkehr von Deutschen, die im «Einflussgebiet» der Sowjetunion, also ausserhalb des Territoriums der Sowjetunion, festgehalten würden. Die Lösung dieses ganzen Komplexes von Problemen wurde von der westdeutschen Delegation zur Bedingung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR gemacht.

Der Leiter der sowjetischen Delegation warf seinerseits die Frage auf, dass sich auf westdeutschem Gebiet bis dahin über 100.000 von den vielen Hunderttausenden friedlicher sowjetischer Bürger befänden, die während des Krieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren. Er äusserte die Hoffnung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland «die erforderlichen Massnahmen trifft und sich bei der Rückkehr dieser verschleppten Sowjetbürger in ihre Heimat behilflich zeigt». Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland erklärte, dass die Regierung über keinerlei Informationen zu dieser Frage verfüge, und versprach sowohl zu überprüfen, wer diese Umsiedler seien, als auch für sie alles Mögliche zu tun.

Die sowjetische Delegation weigerte sich nicht, die Frage der Rückkehr der deutschen Bürger in deren Heimat zu erörtern. Doch sie bestand darauf, dass die Lösung dieser Frage eine bestimmte Zeit brauche und gerade die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur positiven Lösung dieser Frage beitragen würden. Nach einem direkten und offenen Meinungsaustausch in allen Plenarsitzungen, beim Treffen der Aussenminister und während der Verhandlungen in kleinem Kreise der Regierungsoberhäupter beider Seiten wurde in dieser äusserst heiklen Frage doch noch eine für beide annehmbare Vereinbarung erzielt.

Chruschtschows Versprechen

Die Ergebnisse der Vereinbarungen wurden von Chruschtschow in der vierten Plenarsitzung vorgetragen. Die sowjetische Seite gab ihr Wort, dass die erwähnten 9.626 Verurteilten amnestiert oder den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR – je nach Geburtsort – übergeben würden. Ausser diesem Personenkreis gäbe es in der Sowjetunion Deutsche, die sich vertraglich zu arbeiten verpflichtet hätten. Nach Auslaufen dieser Verträge könnten diese, wenn sie es wünschten, gehen, wohin sie wollten. Nach Informationen der sowjetischen Seite gebe es keine andere Kategorie von Deutschen in der UdSSR, ausser der ethnischen Gruppe der Deutschen, die Bürger der Sowjetunion seien. Die Moskauer Delegation versprach auch, die Angaben über die 130.000 angeblich in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen zu überprüfen, und bat die deutsche Seite, ihr Listen mit Namen und Adressen zu geben. «Wir geben Ihnen unser Wort, dass alle Personen, die nach diesen Listen gefunden werden, zurückkehren dürfen, wenn sie wirklich deutsche Staatsbürger sind», erklärte Chruschtschow.

Die sowjetische Regierung hielt ihr während des Besuches von Adenauer in Moskau gegebenes Versprechen und amnestierte bald 8.877 verurteilte Deutsche, weitere 749 Menschen überliess sie der deutschen Seite zu deren Ermessen. So wurde eine für beide Länder sehr schmerzhafteste Frage gelöst, die ganze

zehn Jahre lang nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges auf der Tagesordnung gestanden hatte.

Die Stenogramme von den Plenarsitzungen der Regierungsdelegationen vom 9. bis zum 13. September und der Unterredungen der Aussenminister im Archiv für Aussenpolitik der Russischen Föderation belegen, dass es beim Treffen in Moskau zwei dramatische Momente gab, in denen der Abbruch der Verhandlungen drohte.

Zwischen Abbruch und Unterzeichnung

Die erste Krise brach am Morgen des 12. September während des Treffens der beiden Aussenminister aus. Heinrich von Brentano konstatierte, dass die sowjetische Delegation bestrebt sei, die deutsch-sowjetischen Beziehungen mit Hilfe von diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu normalisieren. Die deutsche Delegation verbinde das aber mit der Lösung von zwei Fragen. Die eine Frage sei humanitären Charakters: «über Personen, die auf dem Gebiet der Sowjetunion und in deren Einflussgebiet festgehalten werden», die andere Frage sei politisch und betreffe die «Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, die nach dem Krieg zustande gekommen ist». Deshalb schlug der deutsche Aussenminister vor, «das Moskauer Treffen als ersten Schritt hin zu weiteren Bemühungen, die Positionen beider Seiten anzunähern, zu betrachten und eine deutsche und eine russische Delegation, die zu diesem Zweck zu bilden sind, mit der Weiterführung dieser Verhandlungen zu beauftragen». Im Grunde genommen war das ein eindeutiger Vorschlag, die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR zu unterbrechen.

Molotow bezeichnete die westdeutsche Position als nicht annehmbar für die sowjetische

Delegation. Er bestätigte die Bedeutung der Fragen, die von der deutschen Seite zur Sprache gebracht worden waren, und gab zu, dass deren Erörterung «bestimmt längere Zeit brauchen wird». Gerade deswegen schlug die sowjetische Regierung vor, «wenigstens eine Frage zu lösen, und zwar die Frage über die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen. Diese Frage braucht keine Kommissionen oder irgendwelche Delegationen. Wenn sich die Regierungsoberhäupter in dieser Frage nicht einigen können, dann – so scheint es mir – können sich deren Vertreter, die weniger Vollmachten besitzen, erst recht nicht einigen».

Nach der Klärung der Positionen beider Seiten trafen die beiden Aussenminister die Entscheidung, ihre Delegationsleiter über die Ergebnisse der Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. In gleicher konfrontationsgeladener und unversöhnlicher Stimmung wurde die Diskussion auch in der dritten Plenarsitzung geführt. Nach dem Bericht von Belitzki in seinem Buch «Am Verhandlungstisch: Erörterung der deutschen Angelegenheiten auf internationalen Konferenzen und Treffen der Nachkriegszeit» hatte Konrad Adenauer am 12. September sogar angeordnet, das Flugzeug für einen vorzeitigen Rückflug in die Bundesrepublik Deutschland am 13. September vorzubereiten.

Am Morgen des 13. September fand anstelle der für 10 Uhr angesetzten Plenarsitzung ein Treffen der beiden Regierungsoberhäupter in kleinem Kreise statt. Hier waren sieben Delegationsmitglieder anwesend: von der sowjetischen Seite Bulganin, Chruschtschow, Molotow und Semjonow, von der deutschen Seite Adenauer, von Brentano und Staatssekretär Walter Hallstein vom Auswärtigen Amt. Auf diesem Treffen wurden Lösungen für die Rückkehr ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in ihre Heimat gefunden und beschlossen, in der vierten Plenarsitzung am Nachmittag die Verhandlungen bezüglich der Aufnah-

me diplomatischer Beziehungen fortzusetzen.

Der zweite dramatische Moment ereignete sich zu Ende der Verhandlungen, am Abend des 13. September, als die Frage über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen schon geregelt war. Beide Seiten stimmten zu, Schreiben mit identischem Inhalt auszutauschen, deren Text man bereits vereinbart hatte. Für zwei Fragen, in denen die Positionen auseinandergingen, wurde beschlossen, dass jede Seite das Recht eingeräumt bekomme, ihren Standpunkt einseitig darzustellen. Molotows: «Wenn nach dem Austausch dieser Schreiben die deutsche Bundesregierung oder die sowjetische Regierung es für notwendig erachtet, zu diesen Fragen eine Erklärung abzugeben, so wird sie das tun, dazu ist sie voll und ganz berechtigt, aber nicht in Form eines Schreibens, sondern als Presseerklärung». Von Seiten der Bonner Delegation erfolgten keine Einwände.

Jedoch übergab der Bundeskanzler der sowjetischen Seite im letzten Moment einen Text einer Erklärung aus zwei Punkten, in der es hiess, dass «eine endgültige Regelung der deutschen Grenzen durch einen Friedensvertrag geregelt wird». Zudem wurde auch der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf das Recht gestellt, das ganze deutsche Volk zu vertreten. Die sowjetische Delegation erklärte sich nicht damit einverstanden, dass somit eine einseitige Erklärung im Verhandlungsprotokoll stehen sollte, und bestand darauf, dass Adenauer diese Erklärung zurücknehme. Dabei wurde von der sowjetischen Seite erneut das Recht jedes Partners betont, nach den Verhandlungen jede beliebige einseitige Erklärung abzugeben. Der Bundeskanzler gab seine Erklärung auf der Pressekonferenz am 14. September ab. Am 16. Sep-

tember wurde in der Zeitung «Prawda» eine Erklärung der Agentur TASS veröffentlicht, in der die sowjetische Regierung die Bundesrepublik Deutschland als einen Teil des ehemaligen Deutschlands anerkannte und es in Bezug auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für notwendig erachtete, darauf hinzuweisen, dass die Frage der deutschen Grenzen «durch das Potsdamer Abkommen geregelt» sei, und dass die Bundesrepublik Deutschland «ihre Jurisdiktion auf dem Gebiet ausübt, das ihrer Souveränität unterliegt».

Schliesslich waren die Streitfragen gelöst, die Chefs beider Regierungen unterzeichneten am 13. September um 21.10 Uhr die Schreiben identischen Inhalts über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland und tauschten sie im Beisein sowjetischer und ausländischer Korrespondenten aus. Das Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde vom Bundestag am 23. September gebilligt und vom Präsidium des Obersten Sowjet am 24. September 1955 bestätigt.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Lösung des Problems der Heimkehr ehemaliger deutscher Kriegsgefangener stellten wichtige positive Meilensteine für die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland dar, jedoch kam es in den fünfziger Jahren nicht zu einer echten Normalisierung der Beziehungen beider Staaten. Der Ost-West-Konflikt und der «Kalte Krieg» dauerten an – der Trennungsprozess beider deutscher Staaten schritt weiter fort. Es waren noch viele Krisen zu überwinden, bevor die Wiedervereinigung Deutschlands dreieinhalb Jahrzehnte später Wirklichkeit werden konnte.

Fern der Wirklichkeit

Deutsche Spielfilme der Nachkriegszeit zum Thema Kriegsgefangenschaft und Heimkehr

Gerd Albrecht

Ein Denkmal für den abgemagerten Heimkehrer setzte der Schauspieler Gert Fröbe in dem 1948 gedrehten Spielfilm «Berliner Ballade».



Die Darstellung des Schicksals deutscher Kriegsgefangener und Internierter in der Sowjetunion im Film ist in den ersten fünfzehn Jahren nach Kriegsende, um die es hier geht, abhängig von der politischen Situation in beiden Teilen Deutschlands. Die Deutung der Unterschiede – erst recht nach der Wiedervereinigung – wird notwendigen Recherchen in den Aktenarchiven kaum vorgreifen können. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kann man in West- und Ostdeutschland insgesamt zwanzig

Spielfilme sehen, die sich mit der Kriegsgefangenschaft beziehungsweise der Heimkehr der Gefangenen befassen. Die Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft ist zwar ein beim Publikum beliebtes, aber keinesfalls häufiges Thema.

Von diesen Spielfilmen sprechen elf Filme lediglich allgemein aus der Sicht der bereits Heimkehrten von Erfahrungen aus der Zeit der Kriegsgefangenschaft:

Irgendwo in Berlin,
18.12.1946, Gerhard Lamprecht; DEFA
Und über uns der Himmel,
09.12.1947, Josef von Baky
Menschen in Gottes Hand,
27.01.1948, Rolf Meyer
Beate,
06.08.1948, Carl Boese
Die Zeit mit Dir,
23.12.1948, Georg Hurdalek
Berliner Ballade,
31.12.1948, Robert A. Stemmle

Nach dem Sturm,
19.01.1949, Gustav Ucicky; Österreich/Schweiz
Quartett zu fünft,
03.06.1949, Gerhard Lamprecht
Du bist nicht allein,
15.04.1949, Paul Verhoeven
Wohin die Züge fahren,
03.06.1949, Bolislav Barlog
Suchkind 312,
Gustav Machaty, 10.11.1955

Konkret mit Menschen, die aus der Sowjetunion heimgekehrt sind, befassen sich fünf Filme:

Der weite Weg,
23.08.1946, Eduard Hoesch; Österreich
Die Mörder sind unter uns,
15.10.1946, Wolfgang Staudte; DEFA
Liebe 47,
07.03.1949, Wolfgang Liebeneiner
Gefangene der Liebe,
29.07.1954, Rolf Jugert
Schlösser und Katen,
08.02.1957, Kurt Maetzig; DEFA

Nur vier Filme sind mit ihren Handlungen in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft angesiedelt:

Die Blaue Division,
22.11.1957, José Maria Forque; Spanien
Der Arzt von Stalingrad,
21.02.1958, Geza von Radványi
Taiga,
28.08.1958, Wolfgang Liebeneiner
Der Teufel spielte Balaleika,
21.02.1961, Leopold Lahoda

Diese Aufstellung macht deutlich, dass die Heimkehrer-Filme deutlich überwiegen, während die Lager-Filme erst später entstanden.

Angaben über die Zuschauerzahlen lassen sich nach den bisher verfügbaren Unterlagen nur für die drei westdeutschen Filme machen:

Der Arzt von Stalingrad

Dieser Kinofilm wurde am 21. Februar 1958 uraufgeführt. Im gleichen Jahr gehörte der Film zu den zehn erfolgreichsten Spielfilmen in Deutschland – dennoch weit abgeschlagen hinter dem am gleichen Tage uraufgeführten Kriegsgefangenen-Film «Die Brücke am Kwai». Fünf Millionen, allenfalls 7,5 Millionen, von den 750 Millionen verkauften Kinokarten des Jahres dürften auf ihn entfallen sein.

Taiga

Der Film, ebenfalls 1958 uraufgeführt, rangiert im gleichen Jahr unter den erfolgreichsten hundert Kinofilmen gerade noch im ersten Drittel. Bei rückläufigen Besucherzahlen in den Kinos werden auf ihn nicht mehr als drei Millionen Zuschauer entfallen sein.

Der Teufel spielte Balaleika

Der Film, am 21.02.1961 uraufgeführt, kam in eine Zeit erneut sinkender Besucherzahlen der Kinos – 517 Millionen – und ist unter den erfolgreichsten einhundert Filmen nicht zu finden. Seine Besucherzahl hat mit Gewissheit 1,5 Millionen nicht überschritten.

Bedenkt man, dass in den Jahren von 1946 bis 1961 in den westdeutschen Filmtheatern fast neun Milliarden Kinokarten verkauft wurden und dass in dieser Zeit rund 1.200 Spielfilme von westdeutschen Produzenten hergestellt wurden, so zeigt sich, dass trotz der Aktualität der Problematik Kriegsgefangenschaft sowohl die Zahl der Filme zu diesem Thema als auch die Zahl ihrer Zuschauer nur gering war.



Als repräsentativ für «die westdeutsche Gesellschaft» oder auch für «das politische Klima» können diese Filme keineswegs bezeichnet werden. Angesichts einer Zahl von mehr als 300 sogenannten Heimat-Filmen, die in dieser Zeit abgedreht wurden und ein weit größeres Publikum fanden, wird – neben grundsätzlichen Einwänden, warum «der» Film kaum jemals ungebrochen «der» Spiegel «der» Gesellschaft wird sein können – die Zurückhaltung gegenüber einer Gleichsetzung von «Zeitgeist» oder «Stimmung in der Bevölkerung» mit «Filminhalten» oder «Filmintentionen» noch wachsen müssen.

Bei manchen der oben aufgeführten zwanzig Filmen ist der Begriff «Heimkehrer» sehr weit gefasst. Schon bei dem Spielfilm «Die Zeit mit Dir» schrieb 1948 ein Kritiker, er zeige «kein Heimkehrerschicksal im eigentlichen Sinne. Dem Drehbuch bot die Kriegsgefangenschaft lediglich die erstrebte Möglichkeit, an einen recht traurigen – übertrieben traurigen – Mann zu kommen, der durch die Begegnung mit zwei Frauen neuen Lebensmut bekommt.» Sehr häufig jedenfalls ist der Kriegsgefangene beziehungsweise Heimkehrer des Films nur durch wenige Worte als solcher benannt oder durch klischeehafte Äusserlichkeiten gekennzeichnet, vor allem durch die Kleidung oder die kurzen Haare.

«Der Arzt von Stalingrad», einer der zehn erfolgreichsten Spielfilme des Jahres 1958. Mehr als fünf Millionen Zuschauer verfolgen gebannt das «Heldenepos».

Die damals populäre Ruth Leuwerik spielt in dem Film «Taiga» von 1958 eine deutsche Lagerärztin in Sibirien, die ihren Landsleuten Mut und Zuversicht schenkt.



Die körperlichen und seelischen Umstände in der Kriegsgefangenschaft, die Menschen zu neuen Verhaltensformen zwingt und sie ihrer Bezugspersonen sowohl in der Heimat als auch an der Front beraubt, kommen nur in wenigen Filmen zur Geltung. Einsamkeit und Existenzangst, die ständigen Begleiter des Kriegsgefangenen nicht nur auf sowjetischem Gebiet, spielen nur in diesen wenigen Filmen und sonst allenfalls in der Vergangenheit der Filmhandlung eine Rolle.

Beim Heimkehrer dagegen behandeln die Filme die Eingliederung in den oft seit vielen Jahren nicht mehr ausgeübten Beruf und in das Alltagsleben vergleichsweise ausführlich. Die Spannungen in einer oft fremd gewordenen, wenn auch vielleicht in der Erinnerung verklärten Familie und Umwelt, in der die einst vertrauten Menschen neue persönliche und berufliche Erfahrungen gemacht haben und von den Erlebnissen des Krieges geprägt sind, werden intensiver thematisiert.

Es ist bestimmt kein Zufall, dass die meisten der einschlägigen Filme sich mit der Heimkehrer-Problematik, nicht aber mit der Kriegsgefangenschaft beschäftigen. Offenkundig ist die Frage, welche Probleme die Eingliederung der Heimkehrer in ihre alte Lebenswelt aufwirft, den Filmgestaltern und Filmbesuchern wichtiger als die Lebenserfahrungen der Kriegsgefangenschaft.

Unter dem Gesichtspunkt der Eingliederung in die alte, inzwischen gewandelte Lebenswelt steht die Beziehung zum anderen Geschlecht im Mittelpunkt der meisten Filme, die Heimkehrer und Kriegsgefangene zu ihren Hauptfiguren zählen:

Der weite Weg

Der aus Russland heimgekehrte Franz findet zu seiner Frau Anni zurück, die ihn angeblich betrogen hatte; die Szenen im Gefangenenlager stellen die Gespräche über die Beziehung zu seiner Frau in den Vordergrund.

Die Mörder sind unter uns

Der aus Russland heimgekehrte Arzt Dr. Mertens und die aus dem KZ zurückgekehrte Grafikerin Susanne Wallner, beide von den Grausamkeiten des nationalsozialistischen Gewaltregimes im Innersten verwundet, finden zueinander.

Liebe 47

Der Russland-Heimkehrer Beckmann begegnet Anna, einer Frauengestalt, die erst für die Verfilmung des Theaterstücks «Draussen vor der Tür» von Wolfgang Borchert hinzuerfunden wurde.

Menschen in Gottes Hand

Karl, vom Kriege entwurzelt und der früheren Nachrichtenhelferin Marianne verfallen, verliert fast Hof und Frau, ehe er sich nach dem Tode Mariannes wiederfindet.

Beate

Beate gibt sich für ihre Zwillingsschwester Lydia aus, die nach nur fünftägiger Kriegssee und nach sechsjähriger Trennung von ihrem heimgekehrten Mann nichts mehr wissen will, und wird schliesslich seine Frau.

Die Zeit mit Dir

Der Heimkehrer Konrad heiratet, damit die Kinder nach dem Tod der Mutter versorgt sind, das Flüchtlingsmädchen Johanna, die auch zu ihm hält, als eine andere Frau ihr Konrad entfremdet.

Nach dem Sturm

Die Rückkehr des totgeglaubten Thomas veranlasst Barbara, inzwischen mit dem Amerikaner Michael verlobt, zum Selbstmord.

Du bist nicht allein

Marianne, auf den vermissten Werner wartend, begegnet dem Heimkehrer Michael, doch bedarf es der endgültigen Todesnachricht, ehe sie ihren Gefühlen folgt.

Wohin die Züge fahren

Der Heimkehrer Max, mit einem Kumpan durch die fremdgewordene Welt ziehend, findet nach dem enttäuschenden Zusammentreffen mit einem einst geliebten Mädchen, in Fanny, die mit einem Findelkind in den Trümmern lebt, seine Partnerin.

Quartett zu fünft

Dem totgesagten Heimkehrer Martin, ohne Papiere seiner Identität beraubt, verhilft die Kriegerwitwe Anne unter dem Namen ihres Mannes zu Arbeit. Nach einer Operation der schweren Kriegsverletzungen werden Anne und er ein Paar – eine DEFA-Variante der Thematik.

In den Begegnungen und Wiederbegegnungen der Menschen, in den Veränderungen und Wandlungen, die sie im Umgang miteinander erfahren, in den enttäuschenden oder beglückenden Erfahrungen, die daraus folgen, wird deutlich, was die Zeit der Trennung einmal an Sehnsucht, dann aber auch an Entfremdung mit sich brachte. Deutlich wird aber auch, dass Neuanfänge gewagt werden mussten, die nicht einfach auf die Vergangenheit zurückgreifen konnten.

Nach fünfjähriger Pause, in der keine neuen Heimkehrerfilme auf der Leinwand erschienen, taucht dieses Thema erneut, allerdings verändert, wieder auf:

Gefangene der Liebe

Maria, nach acht Jahren aus Sibirien heimkehrend, bringt ein Kind mit und muss lange Zeit um das Verständnis ihres Mannes für diesen «Fehltritt» bangen.

Suchkind 312

Die kleine uneheliche Martina, während der Flucht von der Mutter getrennt, kehrt in das

Leben der Mutter und des aus Sibirien heimgekehrten Vaters zurück, bringt aber unwissentlich das Eheglück der Mutter in Gefahr, bis sich alles zum guten Ende fügt.

Diese Filme thematisieren stärker noch als die früheren, wenn auch gestalterisch nicht immer überzeugend, welche Veränderungen eine Trennung von vielen Jahren mit sich bringt.

Für die Filme, die in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion spielen, ist die Beziehung der Geschlechter zweitrangig.

Der Arzt von Stalingrad

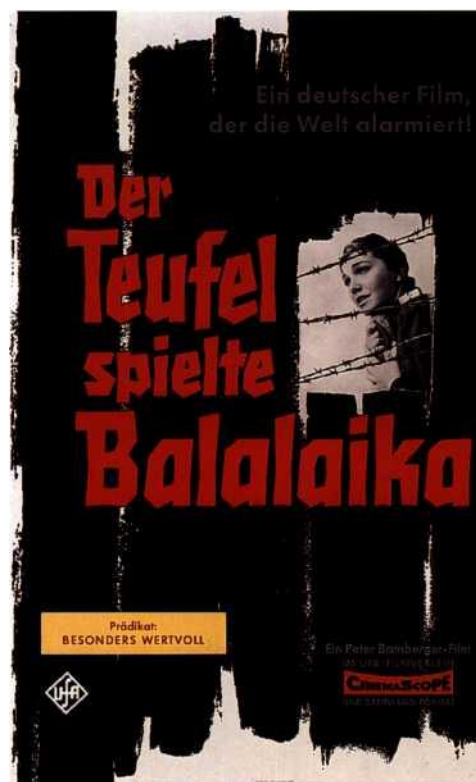
Ein Heldenepos auf den im Film Dr. Böhler genannten historischen Dr. Kohler, in dem sowjetische Bosheit und deutscher Edelmüt kontrastieren; die Beziehungen zwischen den Geschlechtern betreffen nur begrenzt tiefere Gefühle der Beteiligten.

Taiga

Ein Gegenstück zum vorgenannten Film, in der Gestaltung der wichtigsten Figuren verhaltener und differenzierter. Die deutsche Ärztin Hanna Dietrich verbindet eine Beziehung zu dem Gefangenen Roeder.

Der Teufel spielte Balalaika

Die Beziehung der Geschlechter spielt – wiederum in einem sowjetischen Gefangenenlager – keine zentrale Rolle. In einer Nebenhandlung zerstört ein jüdischer Politoffizier, der sich dem Hunger und der Verlassenheit sowie der Spitzerei und Denunziation entgegenstellt, letzten Endes die Ehe mit seiner jungen Frau, die durch ihre Vergangenheit in einem deutschen Konzentrationslager gezeichnet ist.



«Der Teufel spielte Balalaika» wird 1960 uraufgeführt. Die Handlung spielt in einem sibirischen Lager mit deutschen und japanischen Kriegsgefangenen.

Schlösser und Katen

Der junge Mann, der aus sowjetischer Gefangenschaft heimkehrt, wird nicht als männliches Wesen, sondern als pragmatischer Techniker mit ruhigem Blick für das Durchsetzbare dargestellt. Seine Beziehungen zum anderen Geschlecht werden beiläufig wiedergegeben, ohne in den Mittelpunkt des Geschehens zu rücken; auch dies eine DEFA-Variante der Thematik. Dieser Film, der in der DDR entstand, stellt sowohl die Sowjetunion als auch die dortigen Kriegsgefangenenlager in ein wesentlich positiveres Bild als die westdeutschen Filme. Dies sollte keinesfalls den Blick darauf verstellen, dass entsprechende «Rücksichtnahmen» im westdeutschen Film gegenüber den westlichen Alliierten und ihren Gefangenenlagern ebenfalls an der Tagesordnung sind.

Es ist nicht überraschend, dass die sowjetische Kriegsgefangenschaft von 3,1 Millionen deutscher Soldaten in den Filmen der zweiten Phase, ab 1954, eine stärkere Rolle spielt als in der Phase von 1946 bis 1949. Denn das Bewusstsein der besonders lange andauernden und grausamen Gefangenschaft in «sibirischen» Lagern konnte nicht unmittelbar nach dem Kriege entstehen. Erst als sich nach 1949 die Erkenntnis anbahnte, dass «noch viele» – wie man inzwischen weiss: rund 30.000 – ehemalige deutsche Soldaten in der Sowjetunion für die Wiederherstellung des Landes länger gefangen gehalten wurden als in den anderen kriegsbeteiligten Ländern, dass sie möglicherweise mit der Absicht einer kollektiven Bestrafung ohne moralische und rechtliche Begründung in die Sowjetunion gebracht und dort zurückgehalten wurden, richtete sich das Interesse stärker auf die Situation der deutschen Kriegsgefangenen.

Hinzu kamen die Besonderheiten des Kalten Krieges. Die Abneigung in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem sowjetischen Regime wurde durch die Erkenntnis ver-

stärkt, dass die Sowjetunion sich über den Verbleib der Kriegsgefangenen ausschwig. Die Unsicherheit über das Schicksal von Millionen, die noch nicht heimgekehrt waren, prägte das innenpolitische und aussenpolitische Klima in der Bundesrepublik.

Dass die Filme, die das Thema Kriegsgefangenschaft in der UdSSR nicht nur in Worten «ansprachen», sondern zumindest in wenigen Aufnahmen zeigten, der Wirklichkeit entsprachen, kann mit Fug und Recht bezweifelt und bestritten werden, auch wenn Filmbesucher damals wie heute zu diesem Urteil gekommen sind. Denn der Spielfilm, gleich welcher Herkunft und Intention, arrangiert seine Wirklichkeitsgestaltung nach dem Ziel seiner Darstellung. Daher ist es legitim zu fragen, was er ausdrücken und erreichen will. Darüber hinaus greift er auf, was zur Glaubwürdigkeit seiner Darstellung von den Zuschauern «erwartet» wird: Nicht das ihrem «Vorwissen» Widersprechende, sondern das ihm «Konforme» sichert ihm Glaubwürdigkeit! Anders ausgedrückt: Was die Zuschauer auf den deutschen Kino-Leinwänden über das Schicksal der Kriegsgefangenen sahen, war das, was sie auf Grund der Darstellungen in anderen Medien schon immer wussten. Dabei konnte natürlich die eine oder die andere Einzelheit von dem insofern bereits Bekannten abweichen, ihm konträr sein. Aber generell sahen sie nur, was ihren Informationen entsprach. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, dass bereits Filme aus der Zeit des Nationalsozialismus wie «Kadetten», «GPU», aber auch «Flüchtlinge», dazu beigetragen hatten, Zerrbilder von den Zuständen in sowjetischer Gefangenschaft in den Köpfen der Deutschen zu verankern.

Dokumentarische Exaktheit ist andererseits gewiss nicht das Metier von Spielfilm-Regisseuren und -Autoren, ist nicht die Aufgabe der zugrunde liegenden Romane und Theaterstücke. Was tatsächlich in den sowjetischen

Kriegsgefangenenlagern vor sich ging und die Lebensbedingungen der Insassen bestimmte, war in erster Linie bei der Verfilmung nur Ausgangspunkt für eine «Geschichte». Diese sollte nicht von vornherein wirklichkeitsfremd sein, aber sie war insofern wirklichkeitsfremd, als nur ein von der jeweiligen Thematik bestimmter Ausschnitt interessieren und wiedergegeben werden konnte. So

sind denn gerade Filme, die – wie «Der Arzt von Stalingrad» und «Taiga» oder «Die Mörder sind unter uns» und «Schlösser und Katen» – der Wirklichkeit nicht entfliehen wollten, dennoch wegen der Strenge, mit der sie ihr Thema gestalten, keine Wiedergabe der Realität, der die Kriegsgefangenen oder die Heimkehrer ausgesetzt waren.

Auftragskunst

Ein politisches Gemälde verschwindet in den Depots

Wie jede Kunstsammlung enthält auch der Fundus des Militärhistorischen Museums in Dresden manches Beispiel für das Wechselverhältnis zwischen dem subjektiven Bemühen des bildenden Künstlers und den objektiven Verhältnissen des politischen Umfelds. Der ehemalige stellvertretende wissenschaftliche Direktor des früheren Armeemuseums der DDR, Dr. Manfred Lachmann, berichtet über die wechselvolle Geschichte des von Werner Tübke geschaffenen Gemäldes «Nationalkomitee Freies Deutschland».

«Zu den bemerkenswerten Erscheinungen in der jüngeren deutschen Militärgeschichte gehört zweifellos das «Nationalkomitee Freies Deutschland». Im Geschichts- und Traditionsverständnis der Deutschen Demokratischen Republik und damit der Nationalen Volksarmee, NVA, nahm es einen besonderen Platz ein. Angesichts einer solchen Ausgangslage entschieden wir uns bei der Auswahl der möglichen Kandidaten für die künstlerische Würdigung eines solch komplexen Themas für Werner Tübke. Er war damals Dozent an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst.



Als der Künstler sein vollendetes Gemälde vorstellte, bewirkte die betonte Heraushebung des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht bei der Abnahmekommission Bedenken. Um den erzielten Eindruck wenigstens etwas zu mildern, schlugen die Vertreter der Politischen Hauptverwaltung der NVA das nachträgliche Einfügen des Porträts von Wilhelm Pieck vor. Termingerecht wurde das vollendete Gemälde Ende 1971 dem Museum übergeben. Inzwischen hatte allerdings die Ablösung Walter Ulbrichts als Partei- und Staatschef durch Erich Honecker stattgefunden. Damit war das Motiv für eine besondere Hervorhebung Ulbrichts, die der Künstler ursprünglich nicht beabsichtigt hatte, entfallen. Das blieb nicht ohne Folgen.

Am 24. März 1972 eröffnete der damalige Minister für Nationale Verteidigung, Ar-

meegeneral Heinz Hoffmann, das im rekonstruierten Gebäude des ehemaligen Sächsischen Heeresmuseums neugestaltete Armeemuseum der DDR. In dessen ständiger Ausstellung hing Werner Tübkes NKFD-Gemälde am vorbestimmten Platz. Während des Eröffnungsrundganges wurde es von einigen Gästen – zu ihnen gehörten das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Werner Krolikowski, der massgeblich an der Palastrevolution gegen Walter Ulbricht mitgewirkt hatte, sowie der Chef der Sicherheitsabteilung Generaloberst Werne Scheibe – mit offensichtlichem Unbehagen aufgenommen. Wenige Tage danach erteilte der Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA Admiral Verner dem Direktor des Armeemuseums der DDR die strikte Weisung, das NKFD-Gemälde unverzüglich aus der Ausstellung zu entfernen, es bis zu einer späteren Entscheidung zu deponieren und die entstandene Lücke in der Ausstellung angemessen zu schliessen.

Von den Mitarbeitern des Museums wurde jene Weisung mit Unverständnis und Bedauern aufgenommen. Unser Versuch, unter Hinweis auf mögliche negative Reaktionen bei den Besuchern, nicht zuletzt auch beim Künstler, eine Rücknahme zu bewirken, waren erfolglos. Vertreter der Politischen Hauptverwaltung informierten im Auftrag von Admiral Verner den Künstler unmittelbar über die getroffene Entscheidung und deren Hintergründe. Es vergingen mehrere Jahre, bevor die Politische Hauptverwaltung unserem wiederholt vorgetragenen Antrag zustimmte, das Gemälde im Grossraumbüro des Museums aufzuhängen, um es zumindest dem Depot zu entreissen und Interessenten zugänglich zu machen. 1991 verschwand es erneut im Depot.»

Deutsche Kriegsgefangene
Fotos - Dokumente - Erinnerungen

Überlebensmittel

Gegenstände aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft

Margret Hansen

Die Betrachtung und Deutung geschichtlicher Zeugnisse unterliegen einem steten Wandel. Objekte, die uns heute aus der Kriegsgefangenschaft überliefert sind, dienten im Lager zunächst sowohl als praktische als auch geistige «Überlebensmittel». Sie sind ein Beleg für die Hoffnung der Kriegsgefangenen, zu überleben und nach Hause zurückzukehren. Jahre nach der Heimkehr, als das gesellschaftliche Interesse am Erzählen über Krieg und Gefangenschaft auf dem Nullpunkt angekommen war, halfen sie, die individuelle Bedeutung der Kriegsgefangenschaft als prägenden Bestandteil der eigenen Lebensgeschichte zu bewahren.

Der Umgang mit dem Lebensabschnitt Kriegsgefangenschaft äussert sich meist in drei typischen Formen:

Wer nach der Heimkehr alle seine mitgebrachten Gegenstände wegwirft, will oder darf sich nicht erinnern. Er will mit diesem Abschnitt seiner Lebensgeschichte nichts mehr zu tun haben. Er versucht, die Jahre in Kriegsgefangenschaft als «verlorene» oder «gestohlene Jahre» aus dem Gedächtnis zu tilgen, sich durch die Vernichtung der Relikte von negativen Erinnerungen zu befreien.

Wer jedoch seine mitgebrachten Gegenstände sorgfältig aufbewahrt, will sich bewusst an die Erfahrung der Gefangenschaft erinnern. In diesem Fall gilt der Topos von der «Universalität des Lebens» als Gegenpol zu

der Auffassung der «verlorenen Jahre». So wird beispielsweise «das letzte Stück Brot» aufbewahrt mit dem Vorsatz, es in Augenblicken der Unzufriedenheit hervorzuholen als lebenslange Mahnung an die Zeit grösster Not, als steter Aufruf zur eigenen Bescheidenheit, gleichzeitig ein Symbol für den Überlebenswillen. Ein Erinnerungsstück wird auf diese Weise zu einer psychischen Stütze, deren Bedeutung für die nachfolgenden Generationen nur schwer nachzuvollziehen ist.

Wer in seinem Heimkehrerkoffer Werkzeug aufbewahrt oder seine «Fufaika», die Wattejacke, bei der Gartenarbeit trägt, verdrängt weder die Erfahrung der Gefangenschaft, noch überhöht er deren Bedeutung, sondern integriert sie in seinen Alltag. Die Erinnerungsgegenstände sind Bestandteil seines Lebens, sie werden benutzt und verbraucht. Mit ihrem allmählichen Verschleiss soll sich auch die alptraumartige Geschichte des Leidens auflösen.

Bedürfnis zu erinnern

Den grössten Teil der in der Ausstellung «Kriegsgefangene / Wojennoplennyje» gezeigten Objekte stellten ehemalige Kriegsgefangene dem Haus der Geschichte nach Sammlingsaufrufen zur Verfügung – das beweist, wie bedeutsam die Erinnerungsstücke aus der Zeit in sowjetischer Gefangenschaft

den Betroffenen geblieben sind. In vielen Gesprächen mit den Leihgebern zeigte sich, dass es ihnen nach jahrelangem gesellschaftlichem Desinteresse ein grosses Bedürfnis war, ihr «Lebensthema» darzustellen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Ihre persönlichen Erinnerungsstücke sollen im Museum bewahrt und für die Nachwelt erhalten werden. Mit diesen Objekten sollen auch die Erinnerungen weitergegeben werden. Die Gegenstände selbst erzählen nur wenig über Bedeutung und Funktionen, die sie für ihren Besitzer während der Gefangenschaft hatten und nach der Heimkehr bis heute haben. Erst in Zusammenhang mit den Darstellungen der Betroffenen werden sie zu lebendigen Zeugnissen einer extremen Lebenssituation.

Bereits während der Gefangenschaft waren die meisten ausgestellten Gegenstände mehr als nur «Überlebensmittel» in rein praktischem Sinn. Welche «Botschaften» ein Heimkehrerkoffer, eine Wattejacke, eine Tabakdose oder ein Kochgeschirr über ihren unmittelbaren Gebrauchswert hinaus in sich tragen, lässt sich nur über die Berichte ihrer Besitzer erschliessen, für die das persönliche Erinnerungsstück oft der Anlass für Geschichten über Leid und Überlebenswillen im Lageralltag ist. Im biographischen Zusammenhang werden die Objekte gewissermassen zu einem Schrein, in dem gesellschaftlich und zum Teil auch persönliche verdrängte Erinnerungen bewahrt sind.

Erzählbelege und Spiegelungen des Alltags

In Berichten und in der wissenschaftlichen Literatur über den Alltag im Gefangenenlager werden übereinstimmend Erscheinungen geschildert, die sich auf den ersten Blick nicht mit der Aussagekraft der Objekte aus der Kriegsgefangenschaft decken. Viele Verhaltensmuster und Phänomene im Lager sind

nicht durch Objekte überliefert. Und dennoch werden beim Anblick des Essgeschirrs oder der Wattejacke Erinnerungen an Hunger und Kälte wach. Tabaksdosen, Kochgeschirr oder Koffer gehören zu den typischen Erinnerungsstücken aus der Kriegsgefangenschaft, da die Kriegsgefangenen ausser diesen Dingen kaum etwas Persönliches besaßen.

Über diese alltäglichen Gegenstände hinaus konnten die Kriegsgefangenen wenig mitnehmen: So war die Anfertigung handschriftlicher Aufzeichnungen oder bildlicher Darstellungen des Lageralltags strikt untersagt. Das Herausschmuggeln derartiger Dokumente wurde mit einer Verlängerung der Lagerhaft bestraft. Dennoch gingen einige Gefangene dieses Risiko ein und nahmen Beweisstücke, wie etwa ihre Verurteilungsurkunde zu langjähriger Zwangsarbeit, Totenlisten, heimlich aufgenommene Fotos oder sogar Tagebücher mit in die Heimat. Typische Verstecke waren Koffer mit doppelten Böden oder Geheimfächern. Schriftstücke oder Skizzen wurden in Schuhsohlen versteckt, Fotos in Gipsverbänden verwundeter Heimkehrer durch alle Leibesvisitationen, sogenannte Filzungen, geschmuggelt. Wer diesen Mut aufbrachte, hatte den unbedingten Wunsch, Belege für das Erlebte mit nach Hause zu bringen. Diese Objekte sind somit auch Erzählbelege, wie die Gespräche mit vielen unserer Leihgeber zeigten: «Das glaubt einem ja keiner, der nicht selbst dabei war», lautete ein immer wiederkehrendes Argument.

Selbst vermeintlich untypische Gegenstände können eine Spiegelung des Lageralltags sein. Vor dem Hintergrund der quälenden Ungewissheit der Kriegsgefangenen weist ein Grossteil der Gegenstände auf die Sehnsucht nach einem bürgerlichen Leben. Bei diesen Objekten stehen Materialien und ihre Verarbeitung meist in krassem Gegensatz zueinander. Die Werkstoffe stammen in der Regel aus Fabrikationsstätten, in denen die Kriegsgefangenen Zwangsarbeit zu leisten hatten.

Typische Beispiele sind Brieftaschen und Geldbörsen aus Förderbändern oder Briefumschläge und Schreibpapier aus Zement- und Kalisäcken. Kunstvoll gearbeitete Schnitzereien, liebevoll kolorierte Zeichnungen und technisch perfekt gearbeitete Feuerzeuge stehen für den Versuch, den Unzulänglichkeiten, den psychischen und physischen Entbehrungen des Lagerlebens ein kleines Zeichen von Besitz entgegenzusetzen. Diese Objekte bildeten eine «Gegenwelt» zur Tristesse des Lageralltags und können insofern in mehr als nur einer Weise als «Überlebensmittel» angesehen werden.

Objekte wider das Vergessen

Viele Gegenstände, vor allem Zigarettendosen oder Kochgeschirre sind mit Wappen, Namen, militärischem Dienstgrad, Symbolen des Heimatortes oder des Berufes dekoriert. Diese Markierungen bedeuteten ein Stück Individualität und Identität in der «totalen Institution» des Lagers. Andere Objekte, beispielsweise Bilderrahmen für Fotos oder Spielzeug für die Kinder, drücken die Sehnsucht nach den Angehörigen aus und wurden in der Hoffnung auf Heimkehr angefertigt. Sie sind in erster Linie als Manifestationen des ersehnten Wiedersehens zu deuten.

Zu den Erinnerungsstücken, die mit nach Hause genommen wurden, gehörten nicht nur Gegenstände aus der Lagerwelt. Vor der Rückführung in die Heimat kauften viele Kriegsgefangene Souvenirs als Zeugnisse der für sie fremden Kultur. Nach ihren Berichten war das Warenangebot äusserst begrenzt, die Gefangenen konnten nur wenige Dinge für die erarbeiteten Rubel kaufen. Daher sind diese Objekte gleichermaßen Zeugnisse der Fremde wie Belege der wirtschaftlichen Notlage des Sowjetsystems. Die Souvenirs für die Heimat transportieren somit eine Fülle unterschiedlicher Erinnerungen.

Durch eine öffentliche Ausstellung gewinnen all diese Objekte, die aus sehr privatem Besitz überlassen wurden, eine neue Bedeutung. Die Ausstellung der Objekte aus den Jahren der Kriegsgefangenschaft ist nun auch ein «Zur-Schau-Stellen» von höchst persönlichen Gegenständen, die Jahrzehnte lang als Erinnerung und Beweis wie eine Reliquie gehütet wurden. Zwar werden die Erinnerungsstücke durch ihre Ausstellung im Museum ihrer alleinigen intimen Bedeutung beraubt, bekommen jedoch als gewichtiger Bestandteil unseres kollektiven Gedächtnisses einen neuen Stellenwert.

*Aus Uniformresten genäht,
vielfach geflickt: Die Stoff-
schuhe zeigen den Mangel an
geeigneter Kleidung für deut-
sche Kriegsgefangene.*



*Tauschhandel: Gegen eine
Portion Machorka – russi-
scher Tabakverschnitt – lässt
sich ein deutscher Kriegsge-
fangener «Ausgeschuhe»
anfertigen.*



«Wie wir nach Moskau gekommen sind, da mussten wir alle raustreten und wer schlechte Kleidung gehabt hat, der hat sie abliefern müssen und hat bessere bekommen. Schon im Hinblick auf die Amerikaner, nicht wahr, damit die Russen nicht in Schande dastehen.

Und ich habe so getan, als müsst' ich austreten, habe meine Hose ausgezogen, habe sie umgedreht und die Taschen wieder nach innen geschoben und bin wieder hin zum Antreten. Und die Hose war ja ganz schön, ich bin dann durchgekommen. Wie ich dann in die Westzone rüber gekommen bin, habe ich sie wieder umgewendet, damit ich eben als Original-Heimkehrer gekommen bin.

Die Hose hab' ich getragen zweieinhalb Jahre, vom Anfang bis zum Ende, Sommer und Winter. Auch immer, wenn sie 'mal durchgeweicht war, wenn's gereignet hat. Und wenn sie zum Flicken gewesen ist, dann haben wir sie abliefern müssen und in der Früh' hat der Kamerad die Hose holen müssen und dann haben wir sie wieder anziehen können.»



Tagsüber bei der Arbeit zerrissen, abends notdürftig geflickt: Kriegsgefangene besitzen über Jahre hinweg nur die Kleidung, die sie am Leib tragen.

«Solche Messer wurden zu allen Zeiten in allen Lagern gefertigt, aber bei den üblichen Filzungen wurden sie wieder abgenommen. Die Russen haben sie uns nicht aus Sicherheitsgründen abgenommen, sondern weil sie sie selber brauchen konnten. Sie waren noch ärmer als wir Kriegsgefangenen. Dieses Messer war wohl schon mein 10. oder 15. und das letzte, das ich retten konnte.»



Riskanter Besitz: Messer sind im Kriegsgefangenenlager offiziell verboten, beim Teilen des Brotes jedoch unentbehrlich.



Argwöhnisch verfolgt: Die gerechte Verteilung der knappen Brotration in den Lagern ist Teil des täglichen Überlebenskampfes.



Gehütet wie ein Schatz: Wer kein Kochgeschirr hat, geht beim Verteilen von Suppe und «Kascha», dem täglichen Brei, leer aus.

«Dieses Kochgeschirr habe ich vom ersten Tag der Kriegsgefangenschaft ab 10.05.1945 bis zu meiner Entlassung am 27.03.1949 in Nutzung gehabt. Es war mit dem Löffel der wichtigste Gegenstand eines «Plennis» in dieser Zeit. Ich habe es im Lager 7159/1-4 Odessa gegen eine entsprechende Portion Brot und Machorka, Tabak, von einem Mitgefangenen nach meinen Angaben gravieren und verzieren lassen. Diese Gravierungen haben bedeutet:

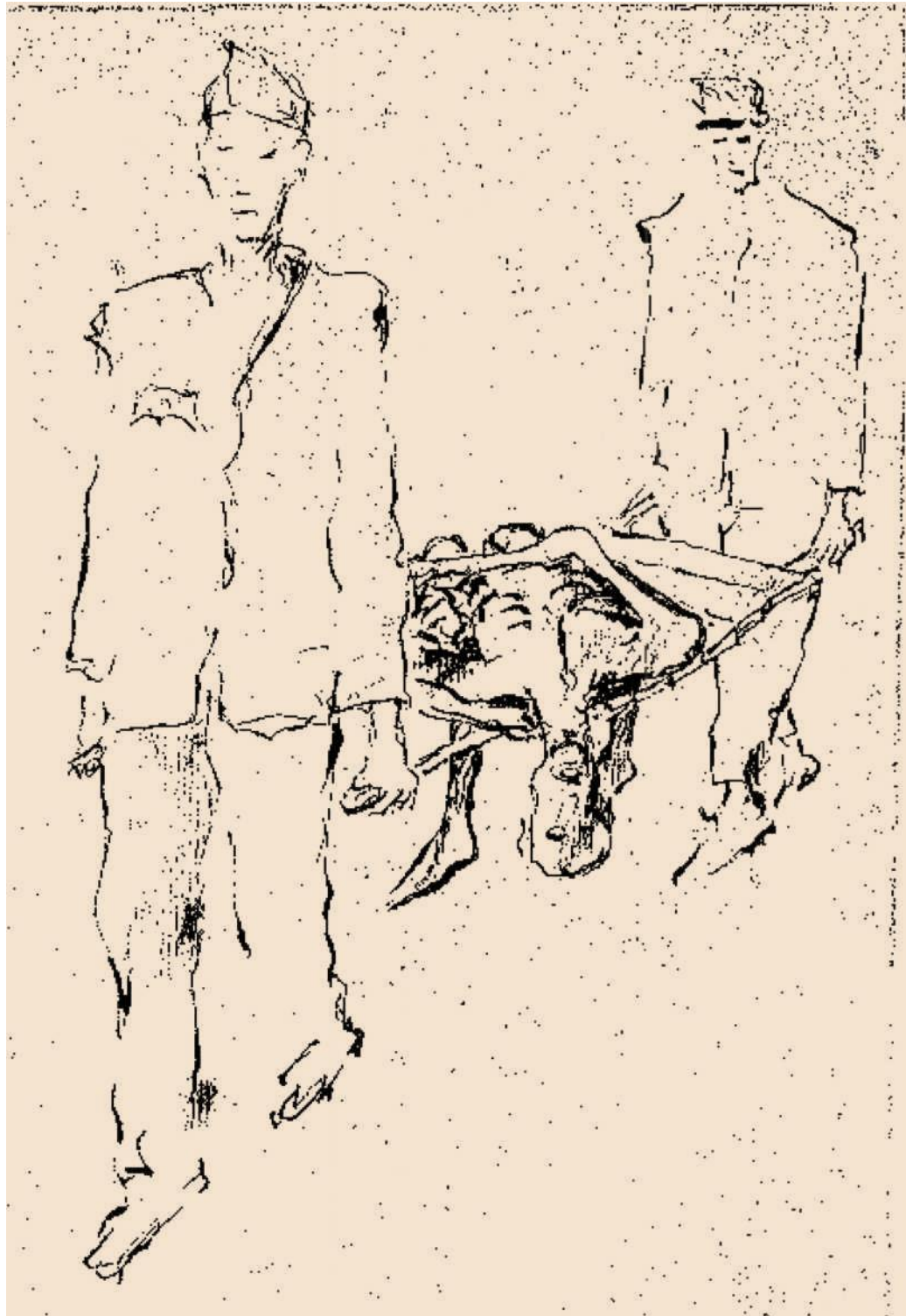
1. Rückseite mit Deckel

Auf dem Deckel meinen Namen: «G. Hoffmann» Auf dem Unterteil: Oben: Zwei gekreuzte Pferdeköpfe. Dies war das Kennzeichen der 295. Infanterie-Division, der ich vom November 1940 bis kurz vor Stalingrad, Ende August 1942, angehört habe. Darunter: Zwei gekreuzte Skier - Ring mit Inschrift «1» und zwei Eichenblättern. Dies bedeutet ein stilisiertes Kennzeichen der 1. Ski-Jäger-Division, der ich vom 1. März 1944 bis zur Kapitulation angehörte.

2. Vorderseite

Oben Mitte: in einem Wappenschild die Anfangsbuchstaben meines Namens G.H. Darunter das Dienstgradabzeichen zum Kampf-(Ski)anzug mit zwei Streifen und darüber zwei langgezogene Eichenblätter mit stehender Eichel in der Mitte, wurde auf dem Oberarm getragen. Darüber gesondert eingraviert die Jahre 1945-1946. 1947-1948 und die Buchstaben - B M - und der Entlassungstag 27.3.1949. Es ist für mich heute eine Reliquie.»

«Der tägliche Weg»: So betitelt ein deutscher Kriegsgefangener seine Tuschezeichnung. Der Abtransport toter Kameraden gehört zum Lageralltag.





*Heimlich geführte Totenlisten:
oft der einzige Beweis für den
Verbleib von Kriegsgefangenen.
Einigen gelingt es, sie nach
Deutschland zu schmuggeln.*

«Ich war fünf Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft (1945-1950), vorher Divisionspfarrer bei der 132. LD. (Infanterie-Division).

Der graue Streifen ist ein Stück eines Zementpapiersackes anderes «Schreibpapier» hatten wir nicht. Darauf stenografiert, in Stolze-Schrey und Einheitskurzschrift, um das Lesen zu erschweren, durcheinander, über 200 Namen und Daten von verstorbenen Kameraden aus dem Steinbruchlager 7263/4 in Jelez. Die «Tinte» stammt von einem Kopierstiftstummel, in Wasser aufgelöst. Bei allen Beerdigungen war ich selbst dabei und schrieb, soweit möglich, Dienstgrad, Name, Geburtstag, Todestag, Heimatanschrift und Bibelwort der Beerdigung auf.

Ein «lieber deutscher Kamerad» verriet den Russen, dass ich eine solche Liste führe. Lange Verhöre folgten, aber die Liste war bereits – eingerollt in den Gipsverband eines Beinamputierten Heimkehrers – unterwegs nach Deutschland und kam 1949 unbenutzt über die Grenze.

Nach unserer Rückkehr aus der Gefangenschaft übersetzte ich das Stenogramm und überreichte die Liste, fünf Schreibmaschinenseiten, dem Roten Kreuz. Von dort wurden die Angehörigen benachrichtigt. Ich selber hatte danach viel Korrespondenz mit Rückfragen.»

«Das Zigarettenetui habe ich selbst während meiner Tätigkeit in einer Asbesterböfelfabrik in vielen Exemplaren gefertigt. Es ist Flammbirke, die einzige dort verfügbare Holzart.»



Begehrte Ware: Zigarettenetuis, Messer oder Ringe werden heimlich am Arbeitsplatz hergestellt und gegen Rubel oder Nahrung eingetauscht.

«Ich wurde krank, und kam ins Revier. Und im Revier hörte ich, dass in dem einen Lager ein Stabsarzt arbeitet als Chirurg. Und der hat das erfahren, dass ich Patient bin in dem Revier. Und hat mich dann besucht und sagte: «Wenn Sie rauskommen, ich kenne die russische Ärztin gut. Ich versuche, dass Sie im Revier bleiben, beziehungsweise in der Ambulanz. Da haben Sie es doch besser, da brauchen Sie nicht arbeiten gehen und ich werd' ein gutes Wort einlegen.» Die russische Ärztin war eine Feine. Und da ist das dann so gekommen, dass ich auf einmal, als ich entlassen wurde aus dem Revier, dann gleich dort bleiben konnte. Das war mir lieber als in dem Revier oben.

Was haben wir gemacht dort? Ab und zu 'ne Narkose, gab ja ganz wenig Äther. Meist wurde ohne Narkose operiert. Jedenfalls ging's mir dann besser.

Da war plötzlich mal ein Fotograf und da hiess es, wir setzen uns mal hin. Das war ein Geschenk Gottes, in der Gefangenschaft mal eine Aufnahme zu machen. Ein russischer Fotograf und da hat aber die russische Ärztin den bezahlt. Die ist leider nicht drauf. Das hat sie verteilt, jedem eins gegeben. Vor dem Bild hab' ich keine Angst gehabt, das war auch so in meiner Tasche hier oben drin. Wenn ein Betrieb zu sehen gewesen wäre, hätte es Schwierigkeiten mit dem Foto gegeben.»

Fotos von Kriegsgefangenenlagern sind zumeist verboten. Nur unverfängliche Aufnahmen, wie dieses Bild von Mitarbeitern einer Lagerambulanz, werden erlaubt.



«Das Feuerzeug hab' ich gemacht, weil ich gesagt habe, Siegfried du machst dir ein Andenken. Das haben sie gesehen und das haben sie natürlich bewundert und das haben sie mir auch nicht weggenommen. Das Feuerzeug besteht aus 28 Teilen. Wenn ich das jetzt jemandem zeige, das glaubt dann gar niemand, dass ich das in Russland gemacht habe. Das Feuerzeug liegt ungefähr 40 Jahre jetzt in der Ecke.

An dem Feuerzeug ist alles selbst gemacht, bis auf die Schraube hier. In unserem Lager gab's einen Uhrmachermeister, der hat für die Russen die Uhren repariert und von dem hab' ich zwei Schrauben gekriegt, die gleich sind. Also da ist so ungefähr ein Jahr Arbeit dran.

Das ist Bronze. Das ist im Schiffsbau üblich. Das oxidiert fast überhaupt nicht. Wir haben doch Schiffe gebaut, Wir haben alles gehabt in dem Betrieb. Das hab' ich benützt. Aber wie gesagt, ich war nicht lange zu Hause, da ist die Feder kaputt gegangen und die Feder herzustellen, das ist ziemlich schwierig.

Also das muss ich noch dazu sagen, das Feuerzeug ist ja eher ein Hobbystück gewesen. Denn der Tank ist nicht sehr gross. Müssen Sie alle drei Tage füllen. Aber so eine Arbeit, die man sich gemacht hat! Da macht man das schon. Wie nachher die Feder kaputt war – und ich hab' ja Feuerzeuge gehabt zum Rauchen, die ich nicht immer alle drei Tage füllen

musste, da hab' ich nachher nicht mehr gefüllt. Und die Feder, die hab ich jetzt erst wieder vor 14 Tagen gebastelt.

Ist für mich sehr wertvoll das Ding. Ist mir jetzt erst wieder richtig bewusst geworden, jetzt wo ich das sauber habe.

In Gefangenschaft musste man sich eine Beschäftigung suchen, um die Situation besser zu ertragen.»



Aufgabe und Andenken zugleich: Die Fertigung kunstvoller Gegenstände bedeutete für viele Kriegsgefangene Flucht aus dem Lageralltag.



Körperpflege: Alle acht bis zehn Tage dürfen sich Kriegsgefangene in der «Banja» waschen und ihre Kleidung wechseln.

«Spiel der Könige»: Schach ist besonders in Offizierslagern ein beliebter Zeitvertreib – bis 1945 müssen Offiziere nicht arbeiten.



Gegen die Langeweile: Aus Mangel an festem Karton werden Spielkarten meist aus Holz oder aus Blech hergestellt und von Hand bemalt.



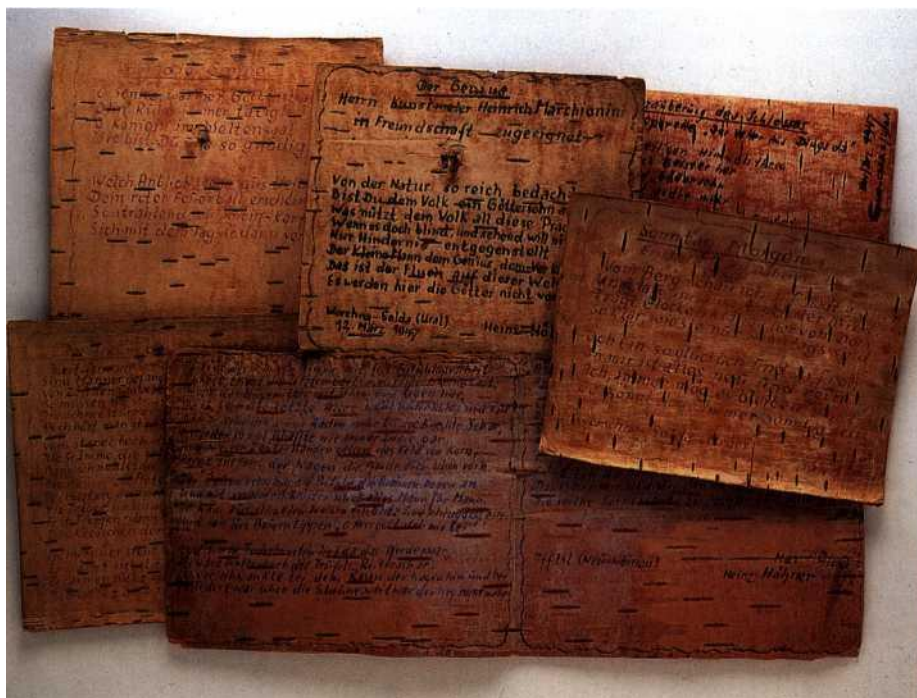
«Historisch ist vielleicht wichtig, dass ich in Gefangenschaft Russisch lernte, um am Leben zu bleiben, da wir etwa ein Drittel, eher weniger, des Existenzminimums zu essen bekamen. Nach ungefähr sechs Wochen reichten meine Kenntnisse, um als «Küchenschendolmetscher» zu arbeiten.

Ich war vom April 45 bis November 46 in Kriegsgefangenschaft, erst in Solnoje bei Samara, eine Stelle, die ich 1994 mit Vertretern der Stadtverwaltung von Samara besuchen konnte, dann in Kusnezki bei Pensa, wo ich im «Lazarett» das Lexikon abschrieb. Heimgekehrt musste ich weiter

Russisch lernen – verdanke ich dem doch mein Leben. An der Universität Heidelberg absolvierte ich 1951 das Examen als Diplomdolmetscher, promovierte 1953 in Göttingen, wurde einer der fünf Dolmetscher der Delegation Konrad Adenauers im September 1955, von 1956 bis 1960 Chefdolmetscher an der Deutschen Botschaft in Moskau, dolmetschte bis Aussenministerniveau stets ins Deutsche und ins Russische, nur Chruschtschow zog zusätzlich einen russischen Dolmetscher hinzu. Aber ich gelangte über die Sprache vom Lager erst nach Hause und zehn Jahre später bis in den Kreml.»

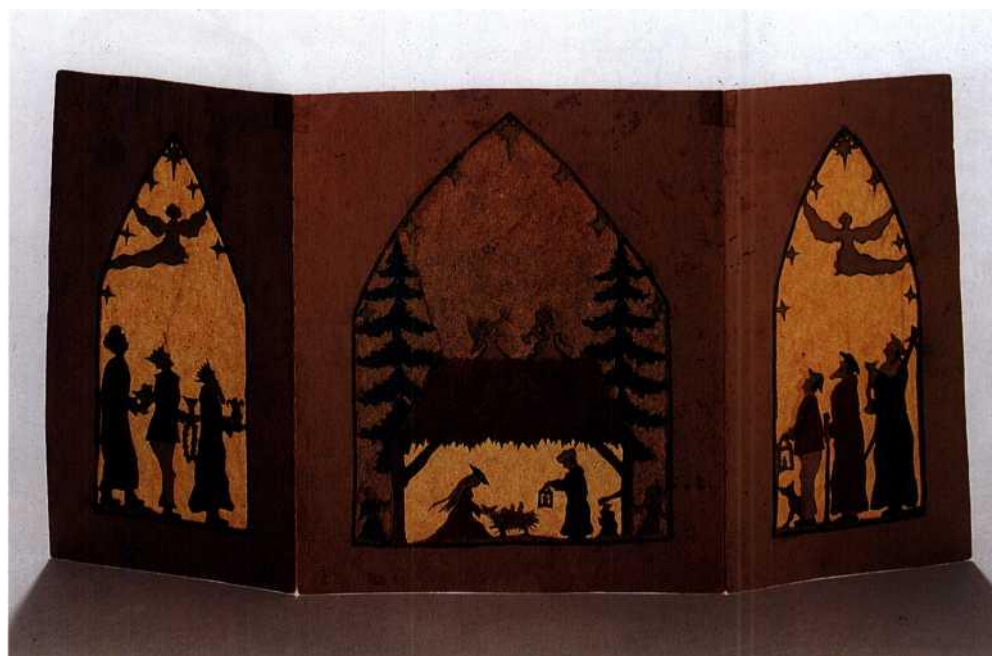


Auf Zigarettenpapier: deutsch-russisches Wörterbuch in sechs Bänden. In einem Stoffbeutel trägt sein Besitzer es im Lager ständig bei sich.



Gedichte auf Birkenrinde: Im Schuh versteckt werden sie in die Heimat geschmuggelt. Papier ist Mangelware.

*Weihnachtstriptychon:
Viele Kriegsgefangene ent-
wickeln ungeahnte Talente,
um der Trostlosigkeit des
Lageralltags etwas Schönes
entgegenzusetzen.*



«Eines Tages sah ich beim Aufräumen eines alten Schutthaufens aus einem vereisten Klumpen einen kleinen Scherenbügel ragen. Welche Kostbarkeit! Die Schere war völlig intakt und brauchbar. Das war vor Weihnachten 1946, und der Russe hatte verkündet, Weihnachtsbäume könne er nicht liefern. Aber einen Weihnachtsbaum wollte ich mit meinen Freunden und Pritschennachbarn haben. So besorgten wir ein Stück Pappe. Darauf zeichnete ich einen bildschönen Christbaum mit Lichtern – Stern und Behang. Und dann schnitt ich das Ganze aus.

Auf einem Holzgang fand ich ein schönes gelbes Papier am Wege. Das wurde mit et-

was Mittagskasch dahinter geklebt. Ein schönes Weihnachtstransparent war fertig. Es wurde am Fussende unserer Pritsche aufgehängt. Ein Kürassinlicht gab die Beleuchtung dazu. Zur Ergänzung schnitt ich dann noch im wenigen Licht des Barackenfensters ein Triptychon mit der Geschichte der Heiligen Geburt. Unsere Pritsche war ganz weihnachtlich festlich geworden, und viele kamen, um sich unsere leuchtende Weihnachtspracht anzusehen und sich daran zu freuen.

Viele meiner Freunde baten mich, ihnen auch solche und ähnliche Scherenschnitte zu machen. Ich erfreute sie gerne damit zu den ver-

schiedensten Anlässen. So erreichte ich allmählich eine gewisse Fertigkeit mit meinem Scherchen.

Dreissig solcher Scherenschnitte mit Buntstiften gefärbt und aus altem rauhen Papier geschnitten nahm mein guter Leidensgefährte Siegfried zusammen mit einem Weihnachtstriptychon mit nach Weimar und brachte es meiner Familie als Gruss von mir.

Auch das Scherchen, das ich ja nicht besitzen durfte und deshalb stets unter der Doppelsohle meiner Stiefel aufliob, wurde eines Tages bei einer Filzung gefunden. Das war ein schwarzer Tag!»

Geburtstagsgeschenk für einen Kameraden im Lager: Holzgruppe mit Musikanten.



«Es handelt sich um drei «allegorische Figuren» die mir am 7. Mai 1951 im Lager Asbest/West-Sibirien zum Geburtstag geschenkt wurden. Werner Lippold hat sie geschnitzt. Die Figuren sollen mich in verschiedenen Rollen zeigen, die ich in meiner Tätigkeit als damaliger, von den Kameraden gewählter, Leiter der Lager-Kulturgruppe dargestellt habe.

Die Palette reichte vom Theater bis zur Musik, daher auch aus dem Zwang heraus gelegentlich Frauenrollen, Steh-Geiger und Saxophonist.

Mit unseren äusserst primitiven Mitteln gelang es uns trotzdem, mit den selbstgeschriebenen Stücken jede Aufführung zum

bleibenden Erlebnis zu machen, von denen meine mitgefangenen Kameraden noch heute, nach Jahrzehnten, sprechen und davon geistig profitierend überlebt haben. Das alles geschah nach unserer täglichen Arbeit auf den entlegenen Baustellen, in verschiedenen Bereichen, von der Asbest-Gewinnung, Häuserbau bis zu schwersten Betonarbeiten, zusätzlich erschwert durch die ständige Zensur und Bespitzelung.

Diese freiwillige Tätigkeit mit hoher, persönlicher Belastung und ohne besondere Vorteile in irgendeiner Hinsicht, ist besonders hoch anzurechnen.

*Mit an die Front:
Die nach einer Schlacht geborgene Geige eines deutschen Soldaten wird in der Kriegsgefangenschaft sachkundig repariert.*



«Diese Geige überstand arg beschädigt die Schlacht von Stalingrad.

Deutsche Kriegsgefangene fanden sie bei Bauarbeiten 1950 in einem verschütteten Keller bei der Leiche eines Luftwaffensoldaten. Geigenkasten, Schnecke und Wirbel wurden von dem Kriegsgefangenen und Instrumentenbauer Hero Glass mit primitiven Mitteln und

Werkzeug wiederhergestellt, respektive neu gefertigt.

Die Geige wurde dann 1950 bis 1954 im grossen Orchester des Kriegsgefangenenlagers 362/1 Stalingrad benutzt und kehrte auf dem Umweg über Swerdlowsk und Friedland erst am 13. Oktober 1955 mit den «Stalingrader Spätheimkehrern» wieder heim.»



Sehnsüchtig erwartet: Nachricht aus der Heimat. Unzählige Male lesen Kriegsgefangenen jede Karte und jeden Brief

Postkarten: Zuneigung und Sorge um das Wohl der Angehörigen müssen auf einem kleinen Stück Papier Platz finden.



Deutschland - engl. Zone:

**СОЮЗ ОБЩЕСТВ
 КРАСНОГО КРЕСТА и КРАСНОГО ПОЛУМЕСЯЦА
 СССР**

ПОЧТОВАЯ КАРТОЧКА ВОЕННОПЛЕННОГО Бесплатно
 Carte postale du prisonnier de guerre Franc de port

Кому (Destinataire) Horst Egerer

Lingen - Ems

Куда (Adresse) Rheinerstr 44
 (страна, город, улица, № дома, округ, село, деревня)

Отправитель (Expéditeur) Albert Egerer
 Фамилия и имя военнопленного
 Nom du prisonnier de guerre U. d. S. S. R.

Почтовый адрес военнопленного Lager 7407/9
 Adresse du prisonnier de guerre

T-3, 6. IX—1946 г.

77 4 7 2 4 4 2 9 / 9 1 0 1 2



*it dem Foto der
Verlobten verbinden sich
Erinnerungen und
Zukunftspläne zugleich.*

«Im Laufe der Zeit taten sich allerlei Werkstätten im Lager auf. Da in den Anfängen des Lagerlebens sich überall ein Mangel an allen möglichen Gebrauchsgegenständen bemerkbar machte, zu jener Zeit aber noch keine Arbeit angeordnet war, begannen einige geschickte Kameraden mit den ersten Schnitzversuchen und dem Herstellen der nötigsten Dinge. Es entstanden aus Glasscherben, abgebrochenen Messern und selbstgefertigten Holzhämmern die ersten Werkzeuge. Doch allmählich vervollkommnete sich alles, und man konnte später von

den Schnitzern, die herrlichsten Gegenstände erwerben: Schachspiele, Dosen, Etuis, Kämmen, Löffel, Buchhüllen, Spielkarten (aus Holz!), Kleinplastiken, künstlerische Entwürfe und Madonnenfiguren.

Die Schnitzkunstwerke sind zwischen 1946 und 1948 im Lager 7.150 (Grasowetz) entstanden.

Die verwendeten Lederstücke für die Schnitzwerke hatte der Schnitzer von der Brigade der sogenannten «Tornister-Zertrümmerer» erworben.»

*Rückkehr nach vielen Jahren:
Erst die «Spätheimkehrer»
besitzen einige persönliche
Gegenstände, die sie im Koffer
in die Heimat bringen.*



«Ich habe nicht mehr viel von damals. Besitze nur noch meinen Koffer. Dieser ist allerdings etwas Besonderes. Darauf ist ein Ölgemälde. Es wurde von einem anderen Kameraden gemalt, weil ich ihn als Lager-sani gesund gepflegt habe.

Was den Koffer betrifft, weiss ich nicht, was ich machen soll. Meine Kinder wollen ihn auch aufheben. Im Museum ist er allerdings auch in guten Händen, damit unsere Nachkommen sehen, was damals alles gemacht wurde.»

Von der täglichen Essensration abgespart: Zigaretten-dose aus Aluminiumblech mit Gravuren als Andenken.



«In der Ambulanz habe ich dann den doppelten Schlag Suppe gekriegt, das Brot blieb dasselbe. Dadurch hab' ich dann weniger Brot gebraucht und hab' mir immer ein bisschen was getauscht.

Zum Beispiel die Dose, die hab' ich mir vom Schlosser machen lassen. Vielleicht für vier- oder sechshundert Gramm Brot hab' ich die gekriegt. Dadurch, dass man was hatte, konnte man tauschen.

Dient als Andenken. Vom Schlosser gemacht, so Stückl' Blech, Stückl' Aluminium. Das hat der mir rein-graviert: Liban - Krottingen, Leningrad. 1945. 1948. Auf meine Bestellung hin. Hab' ich 1948 erst machen

lassen. Aber das Heimkehrdatum hier, wo die aufgehende Sonne ist, das hab' ich selber graviert. Das hab' ich gar nicht mal schlecht gemacht. Das hab' ich mir so als Schmuckkästchen machen lassen. Das hat der angefertigt und hat es rumgezeigt: «Wollt ihr eins haben, wer will eins haben?» Und da hab' ich mir eins bestellt. Ich hatte zum Beispiel hier die Uhr drin und Streichhölzer aus Lettland. Die hab' ich schon so lange mitgeschleppt. Die hat mir auch kein Russe weggenommen. Die sind schon vierzig Jahre hier drin. Wenn man dann so lange was hat, dann hängt man dran.»

15 Telegramm Deutsche Post
5215 FRANKFURTOOER 11767 9 28 1700

Albert VERBEET KOELN BRAUNSFELD

Posttrag
Verbeet - u. o.
Köln
Ubt. Nr. 53
53900 Br. 8.30 - 17.00
57423 nur von 1900-0.11

FRANKFURT GESUND EINGETROFFEN = VIELE GRUESSE GUENTER +

VERBEET +

Ankündigung der Rückkehr:
Auf ein solches Telegramm warten die Angehörigen von ehemaligen Soldaten des Zweiten Weltkriegs Jahre – viele vergeblich.

CERTIFICATE OF DISCHARGE
Kontrollform D.1

ALL ENTRIES WILL BE MADE IN BLOCK LATIN CAPITALS AND WILL BE MADE IN INK OR TYPE-SCRIPT.

PERSONAL PARTICULARS
Persönlichkeitsangaben

SURNAME OF HOLDER VERBEET
Familienname des Inhabers

CHRISTIAN NAMES GUENTER
Vorname des Inhabers

CIVIL OCCUPATION FRIEDLANDER POL
Dienst oder Beschäftigung

HOME ADDRESS FRIEDLANDER STRASSE 40 B
KÖLN
Kreis KÖLN
Regierungsbezirk/Land KÖLN

DATE OF BIRTH 30.7.34
Geburtsdatum (DAY/MONTH/YEAR)

PLACE OF BIRTH KÖLN
Geburtsort

FAMILY STATUS SINGLE
Familienstand

WIDOW(ER)
Verwitwet

DIVORCED
Geschieden

NUMBER OF CHILDREN WHO ARE MINORS
Anzahl der minderjährigen Kinder

I HEREBY CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE PARTICULARS GIVEN ABOVE ARE TRUE
Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind.

I ALSO CERTIFY THAT I HAVE READ AND UNDERSTOOD THE "INSTRUCTIONS TO PERSONNEL ON DISCHARGE" (CONTROL FORM D.1)
Ich bestätige ausserdem dass ich die "Anweisung für Soldaten und Angehörige Militärärztlicher Organisationen" u.ä.w. (Kontrollform D.1) gelesen und verstanden habe.

SIGNATURE OF HOLDER
Unterschrift des Inhabers

MEDICAL CERTIFICATE
Ärztlicher Befund

DISTINGUISHING MARKS KARTE 22211
Besondere Kennzeichen

DISABILITY, WITH DESCRIPTION
Dienstunfähigkeit, mit Beschreibung

MEDICAL CATEGORY TEMP UNFIT
Tauglichkeitsgrad

I CERTIFY THAT TO THE BEST OF MY KNOWLEDGE AND BELIEF THE ABOVE PARTICULARS RELATING TO THE HOLDER ARE TRUE AND THAT HE IS NOT VERMINOUS OR SUFFERING FROM ANY INFECTIOUS OR CONTAGIOUS DISEASE
Ich erkläre hiermit, nach bestem Wissen und Gewissen, dass die obigen Angaben wahr sind, dass der Inhabers nicht verminös ist und dass er keine ansteckende Krankheit hat.

SIGNATURE OF MEDICAL OFFICER
Unterschrift des Sanitätsleiters

NAME AND RANK OF MEDICAL OFFICER
IN BLOCK LATIN CAPITALS
Zuname/Vorname/Dienstgrad des Sanitätsleiters
(In lateinischer Druckschrift und in grossen Buchstaben)

Flüchtlingslager
Friedland
Der leitende Arzt

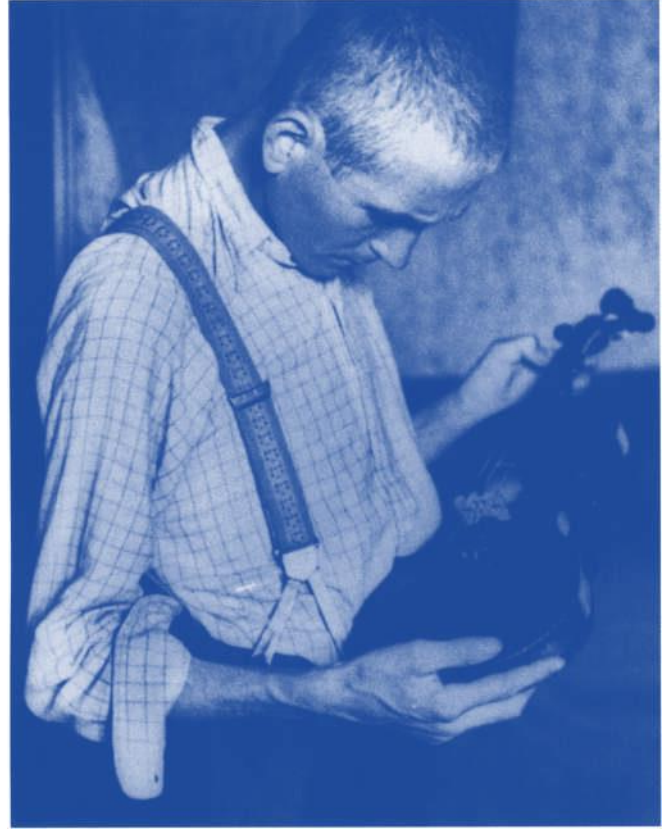
DELETE THAT WHICH IS INAPPLICABLE
Nichtzutreffendes durchstreichen

Wichtiges Dokument: Der Entlassungsschein ist häufig der einzige schriftliche Beleg für die Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Endlich zu Hause: Fotoreporter Hilmar Pabel hält 1947 in seiner berühmt gewordenen Fotoserie die ersten Stationen der Rückkehr eines Heimkehrers fest.

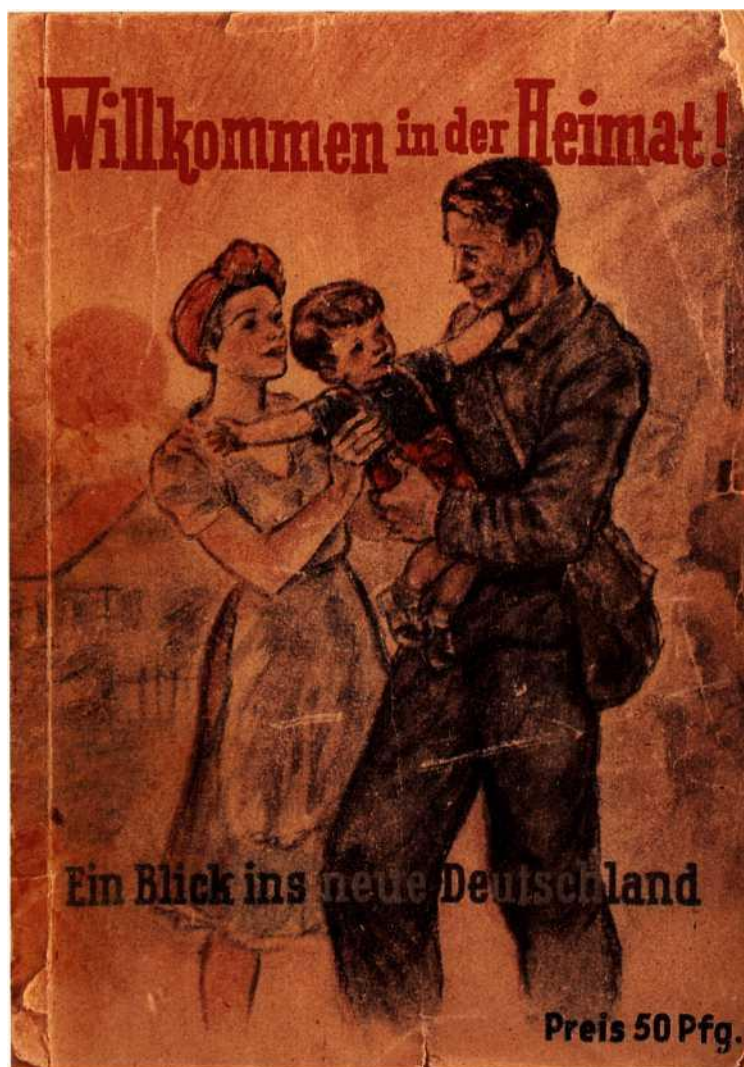


ist



*Seit 1950 wird auf Initiative
des Verbandes der Heimkehrer
jährlich an die noch in der
Sowjetunion verbliebenen
Kriegsgefangenen erinnert.*





Integrationshilfe für Heimkehrer in der Sowjetischen Besatzungszone: SED-Broschüre «Willkommen in der Heimat»

Sowjetische Kriegsgefangene

Ein Sieg mit Schattenseiten

Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

Bernd Bonwetsch



Sonntag, 22. Juni 1941. In der Sowjetunion genossen die Menschen einen schönen Sommertag. Im Osten des riesigen Landes, bei den Tschuktschen, freute man sich schon über die Mitternachtssonne. Weiter nach Westen und Süden hin, in Wladiwostok, war gerade der Abend angebrochen; noch weiter im Westen, in Moskau, fuhren die Ausflügler mit dem Picknickkorb in die Umgebung. Da drang die Meldung durch, dass Außenminister Molotow um 12 Uhr Moskauer Zeit im Radio eine wichtige Erklärung abgab: Neun Stunden nach Kriegsbeginn erfuhren die fast 200 Millionen Sowjetbürger in dürren Worten vom deutschen Überfall. Molotows kurze Rede endete mit den Worten: «Unsere Sache ist gerecht. Der Feind wird geschlagen werden. Der Sieg wird unser sein.»

Die Menschen in der Sowjetunion waren beunruhigt. Sie hatten in den letzten zwei Jahrzehnten viel durchgemacht: Krieg, Revolution und Bürgerkrieg sowie die Hungersnot von 1921. Nach einigen Jahren Erholung folgte die Stalinsche «Revolution von oben», die

gewaltige und zugleich gewaltsame Industrialisierung und Kollektivierung Ende der zwanziger Jahre. Das Land wurde zwar innerhalb kürzester Zeit in eine Industriemacht verwandelt, aber der Staat zwang seinen Bürgern im Namen der Zukunft ungeheure Entbehrungen und ein diktatorisches Regime auf, trieb die Bauern in die Kolchosen und zwei Millionen ihrer wohlhabenderen Dorfgenosser, die sogenannten Kulaken, in die sibirische Zwangsarbeit.

Die Kulaken und andere Opfer der Stalinschen «Revolution von oben» gehörten zu den ersten Gefangenen des «Gulag». Dieses Stalinsche Lager- und Zwangsarbeitssystem breitete sich damals über die gesamte Sowjetunion aus. Während die Lager und «Sonderansiedlungen» sich mit angeblichen Volksfeinden füllten, erlebte das Land 1932/33 die grösste Hungerkatastrophe seiner Geschichte. Sie kostete mindestens fünf Millionen Menschen das Leben. Erst 1935 wurde die Nahrungsmittelrationierung wieder abgeschafft und das Land begann sich zumindest materiell von der «Revolution von oben» zu erholen. Allerdings wurde der Genuss dieser Erholung getrübt, denn zugleich wütete ein hemmungsloser Kampf gegen die «Volksfeinde». Dieser «Hexensabbat», wie ihn eines der Opfer genannt hat, erreichte in den Jahren 1937/38 seinen Höhepunkt: Die gesamte alte Garde der Kommunistischen Partei war vernichtet, die Rote Armee «enthauptet», Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre reihenweise in den Verliesen der Lubjanka verschwunden. 20 der 28 Volkskommissare von

Kriegsbeginn: Am 22. Juni 1941 greift die deutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers die Sowjetunion an. Er erwartet einen «Blitzkrieg».

Auf dem Weg in die Kriegsgefangenschaft: In der Nähe von Char-kow werden im Winter 1941/42 Rotarmisten in grosser Zahl gefangengenommen.



1935 fanden den Tod. Allein 1938 wurden über 900.000 Menschen wegen «Konterrevolution» verhaftet und 350.000 zum Tode verurteilt. Der für die Geheimpolizei zuständige NKWD-Chef Jeschow wurde, wie bereits sein Vorgänger, selbst verhaftet und bald darauf hingerichtet. Erst 1939 endete diese Vernichtungsorgie, die den stalinistischen Staat selbst zu zerstören drohte.

Die Verfolgungen hörten damit zwar keineswegs auf, aber ihr Ausmass nahm erheblich ab. Das Leben schien tatsächlich, wie es Stalin bereits 1936 verkündet hatte, schöner geworden zu sein. Doch die von allen genossene Erleichterung währte nur kurz. Das Land bereitete sich allmählich auf den Krieg vor. Der ohnehin äusserst bescheidene Lebensstandard begann seit 1939 wieder zu sinken, weil alle Mittel des Landes in die Rüstung flossen. Zugleich verlangte der Staat den Sowjetbürgern mehr ab: 1940 wurde der Arbeitstag wieder von sieben auf acht Stunden und die Arbeitswoche von fünf auf sechs Tage verlängert. Verspätung am Arbeitsplatz wurde mit empfindlichen Strafen belegt, der Wechsel des Arbeitsplatzes verboten, Verstösse mit vier Monaten Haft geahndet. Die Kollektivbauern hatten ohnehin nicht das Recht, ihr Dorf ohne Sondergenehmigung zu verlassen.

Angesichts dieser Verhältnisse liess der Krieg gegen Deutschland nur Ungutes erwarten. Das bezog sich nicht einmal so sehr auf den Ausgang des Krieges wie auf den Weg dorthin. Denn neue Entbehrungen und Leid standen auf jeden Fall bevor. Am siegreichen Ausgang des Krieges zweifelte zunächst hingegen niemand so leicht. Zu sehr hatte man die Unbesiegbarkeit der Roten Armee gefeiert, zu gern glaubte man der eigenen Propaganda, dass ein Angreifer sofort zurückgeschlagen und auf eigenem Boden vernichtet werden würde, zumal das internationale Proletariat dem Vaterland der Werktätigen zu Hilfe kommen würde. Das sollte sich zwar nur zu schnell als

Illusion herausstellen, aber die Rote Armee mit ihren fünf Millionen Soldaten und ihren Zehntausenden von Panzern und Flugzeugen hätte auch auf sich allein gestellt den Deutschen und ihren Verbündeten Paroli bieten können müssen, zumal das Menschenreservoir der Sowjetunion unerschöpflich zu sein schien: Bis zum 1. Juli 1941 waren bereits fünf Millionen Reservisten zur Armee einberufen worden.

Sonderbehandlung der Verräter

Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Sowjetunion in der Tat – weitgehend auf sich allein gestellt – einen grossen Sieg über Deutschland errungen. Aber zunächst kam es bekanntlich ganz anders. Während Molotow in seiner Rede vom 22. Juni noch Siegeszuversicht verkündete und die Rote Armee vorsorglich den Befehl erhielt, die Deutschen nur bis zur Grenze, aber keineswegs darüber hinaus zu verfolgen, drang der Gegner mit beängstigender Geschwindigkeit auf sowjetisches Territorium vor. Dabei nahm er Rotarmisten in grosser Zahl gefangen – und es wurden täglich mehr. Anfänglich schien die Sowjetführung noch bereit zu sein, auf der Basis der Gegenseitigkeit über die Vermittlung Dritter mit der deutschen Seite Fürsorgevereinbarungen für die Gefangenen zu treffen, obwohl die Sowjetunion den entsprechenden internationalen Verträgen, insbesondere dem Genfer Kriegsgefangenenabkommen von 1929, nicht beigetreten war. Aber die deutsche Führung, die sich auf der Siegesstrasse wähnte, zeigte sich an einer solchen Regelung gar nicht interessiert. Sie hatte ohnehin nicht vor, sowjetische Kriegsgefangene als «normale» Gefangene zu behandeln, sondern sie aus rassenideologischen Gründen einer negativen Sonderbehandlung zu unterziehen. Als der Kremelführung das volle Ausmass der Gefangenenverluste an der Front bewusst wurde, wollte auch sie keine Verbesserung der

Lage ihrer Soldaten in deutscher Hand mehr erreichen. Im Gegenteil, ihr war eher im Interesse einer Stabilisierung der Front an der abschreckenden Wirkung von Nachrichten über die schlechte Behandlung der Gefangenen durch die Deutschen gelegen.

Diese Stabilisierung suchte sie durch rigoroseste Massnahmen zu erzwingen. Sie entsprangen der Überzeugung, dass nicht objektive Umstände oder Unvermögen, sondern mangelnder Kampfwille die Ursache der sowjetischen Rückschläge und Verluste waren. Daher wurden die gesamte Führung der Westfront sowie zahlreiche andere Generäle wegen angeblicher Feigheit erschossen. Am 16. Juli 1941 wurde das Bürgerkriegsinstitut der «Kriegskommissare» wieder eingeführt, um die Kommandeure der Roten Armee zu kontrollieren. Im Rücken der Front wurden «Sperrereinheiten» postiert, die den Rückzug einzelner oder ganzer Einheiten mit Waffengewalt verhindern sollten. Da der Weg nach hinten versperrt war, wählten die Rotarmisten immer häufiger den Weg, sich den Deutschen zu ergeben, wenn sie die Fortsetzung des Widerstands – zu Recht oder zu Unrecht – für aussichtslos hielten.

Das führte dazu, dass am 16. August 1941 durch Befehl Stalins Gefangenschaft zu Desertion und Verrat erklärt wurde, und zwar unabhängig davon, wie die Festnahme zustande gekommen war. Nach offizieller Auffassung «geriet» ein Rotarmist nicht in Gefangenschaft, sondern er «begab» sich in sie. Und weil man der «Verräter» zumindest vorläufig nicht habhaft werden konnte, wandte man sich an ihre Familienangehörigen, besonders an die von Offizieren. Sie wurden praktisch zu Geiseln gemacht. Stalin war in dieser Beziehung konsequent: Selbst seine Schwiegertochter, die Frau seines Sohnes Jakow, der im Juli 1941 in Gefangenschaft geraten war, wurde verhaftet und erst 1943 wieder freigelassen, als die Nachricht von der Erschiessung Jakows nach Moskau gelangte.



Weisse Fahne der Kapitulation: Jeder Rückzug ist versperrt, die Fortsetzung des Kampfes scheint sinnlos. Rotarmisten ergeben sich deutschen Soldaten.

Der Befehl Stalins vom 16. August 1941 wurde in allen Einheiten der Roten Armee verlesen. Jeder Armeemitglied wusste also, welches Schicksal ihn und seine Familienangehörigen gegebenenfalls erwartete. Und dennoch fielen den Deutschen in den Offensiven 1941/42 weiterhin Hunderttausende von Rotarmisten in die Hände: bis Ende 1941 bereits 3,3 Millionen, im Sommer 1942 noch einmal Hunderttausende und bis Kriegsende nach deutschen Angaben insgesamt 5,7 Millionen. Nach sowjetischen, erst 1991 veröffentlichten Angaben waren es nur vier Millionen. Aber die deutschen Zahlen dürften die genaueren sein.

Diese 5,7 Millionen Angehörigen der Roten Armee, die in deutsche Gefangenschaft gerieten, waren auf doppelte Weise «keine Kameraden», wie es der Historiker Christian Streit provokant formulierte: Auf deutscher Seite überliess man sie in den ersten Kriegsmonaten hinter dem Stacheldraht fast völlig sich selbst. Ohne Unterkünfte und völlig unzureichend versorgt, starben sie in Massen, bis Februar 1942 rund zwei Millionen – ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Wehrmacht. Das Schicksal der Gefangenen war umso schlimmer, als sich auf sowjetischer Seite keine Stimme des Protests erhob. Im Gegenteil, man liess die Welt wissen, dass man die Gefangenen als Verräter betrachtete, eine Tatsache, die die Deutschen den Gefangenen

nicht vorenthielten. So kümmerte sich niemand um sie, denn auch das Rote Kreuz war dazu nicht befugt.

Verdammt zur Zwangsarbeit

Erst als man in Deutschland angesichts des Scheiterns vor Moskau im Winter 1941/42 begriff, dass es sich beim Krieg gegen die Sowjetunion nicht um einen Blitzkrieg handelte, den man gleichsam nebenbei gewinnen konnte, verbesserte sich ein wenig die Lage der Gefangenen. Denn nun versuchte man sie in grossem Umfang als Arbeitskräfte im Reich einzusetzen, als «Hilfswillige» in der Wehrmacht, als «Ordnungspolizei» im besetzten Gebiet oder als Soldaten in eigens aus Gefangenen gebildeten, nichtslawischen «Legionen», später auch in russischen und ukrainischen Kampfverbänden. Dazu war ein Mindestmass an Fürsorge nötig, aber mehr sollte es nicht sein. Den zur Zwangsarbeit im Reich

eingesetzten Gefangenen erging es weiterhin elend. Sie rangierten – ebenso wie die zivilen «Ostarbeiter», deren Zahl im Spätsommer 1944 etwa 2,2 Millionen betrug – in den rasenhierarchischen Vorstellungen der Nationalsozialisten ganz unten und wurden in jeder Beziehung schlechter behandelt als ihre Leidensgefährten aus anderen Ländern. Von der Härte des Schicksals gerade der sowjetischen Kriegsgefangenen zeugt die Tatsache, dass von den 5,7 Millionen in deutsche Hand gefallenen Rotarmisten bis Kriegsende 3,3 Millionen starben. Nur rund 1 Million erlebten das Kriegsende in deutschem Gewahrsam. Etwa 1,4 Millionen waren zuvor zu Diensten für die Deutschen entlassen worden oder hatten sich durch Flucht der Gefangenschaft entzogen.

Alle, die in deutsche Hand gefallen waren und – auf welche Weise auch immer – überlebt hatten, erwartete bei Kriegsende ein ungewisses Schicksal. Böse Vorahnungen trübten auch bei den Gefangenen, die nicht als Kollaborateure anzusehen waren, die Freude über

Ein Befehl Stalins stempelt jeden Soldaten der Roten Armee zum Deserteur und Verräter, der in deutsche Gefangenschaft gerät.

Auszug aus:

Befehl Nr. 270 des Oberkommandos der Roten Armee vom 16.8.1941

Feiglinge und Deserteure müssen vernichtet werden. Wenn man diesen Elementen freien Lauf liesse, würden sie in kurzer Frist unsere Armee in eine Kanzlei verwandeln. Diese Elemente sind sofort ihrer Posten zu entheben, zu degradieren, zu Schützen zu machen und erforderlichenfalls auf der Stelle zu erschiessen, an ihre Stelle sind tapfere und kühne Männer aus den Reihen der Unterführer und der einfachen Rotarmisten zu setzen.

Es wird befohlen:

1. Kommandeure und politische Arbeiter, die während des Kampfes ihre Dienstgradabzeichen abreissen und in die Etappe fliehen oder sich dem Feinde ergeben, sind als üble Deserteure zu betrachten, deren Familien zu verhaften sind, als Angehörige von Deserteuren, die ihren Eid brachen und ihr Vaterland verrieten. Alle Vorgesetzten, Kommandeure und Kommissare sind verpflichtet, derartige Deserteure, die dem Offizierskorps angehören, auf der Stelle zu erschiessen.
2. Einheiten, die in eine feindliche Einkreisung geraten, haben mit Selbstaufopferung bis zur letzten Möglichkeit zu kämpfen, ihre Ausrüstung wie den eigenen Augapfel zu schonen und durch die feindliche Etappe zu den eigenen Kräften durchzustossen, dabei den faschistischen Hunden Verluste beizubringen.

Jeder Angehörige der Roten Armee, unabhängig von seinem Dienstgrad, hat von seinem Vorgesetzten, im Falle, dass die Einheit in eine Einkreisung gerät, zu fordern, dass der Kampf weitergeführt wird bis zur letzten Möglichkeit, um zu den eigenen Kräften durchzustossen. Wenn ein solcher Vorgesetzter oder die Einheit es vorziehen sollte, statt dem Feinde zu widerstehen, sich ihm zu ergeben, ist jeder Angehörige der Roten Armee verpflichtet, dieselbe mit allen Mitteln, zu Lande und aus der Luft, zu vernichten, während die Angehörigen der Rotarmisten, die sich in Gefangenschaft begeben, keinerlei staatliche Unterstützung oder Hilfe bekommen werden.

Die Kommandeure und Kommissare der Division sind verpflichtet, Regiments- und Batl.-Kommandeure, die sich während des Kampfes verkriechen und Angst haben, den Kampf an der Front zu leiten, auf der Stelle ihrer Posten zu entheben, zu degradieren, zu gewöhnlichen Schützen zu machen und nötigenfalls sofort zu erschiessen; an ihre Stelle sind tapfere und kühne Männer aus den Reihen der Unterführer und bewährten Rotarmisten zu ersetzen.

Der Befehl ist allen Komp., Schwadr., Battr., Staffeln, Kommandos und Stäben zu verlesen.

den Sieg und die Befreiung aus deutscher Hand. Die Sowjetmacht trat nicht mit der Grossmut des Siegers auf, sondern mit dem unerbittlichen Anspruch auf Strafverfolgung, der sich mit einem abgrundtiefen Misstrauen gegenüber allen verband, die mit dem Feind oder, fast noch schlimmer, mit den Alliierten in Berührung gekommen waren. Dieses Misstrauen galt grundsätzlich auch all jenen Sowjetbürgern – etwa 70 Millionen Menschen – die auf dem besetzten Gebiet zurückgeblieben waren. Die Unfähigkeit des Sowjetstaates, seine Bürger vor den Deutschen zu schützen oder sie wenigstens zu evakuieren, wurde den Betroffenen als persönliches Fehlverhalten, wenn nicht gar als Verratsabsicht angelastet. Bis in die Zeit der Perestrojka hinein konnte der in jedem Personalfragebogen zu bekennende «Makel», während des Krieges im besetzten Gebiet gelebt zu haben, als Vorwand für Diskriminierung dienen. Unmittelbar nach dem Krieg konnte der leicht erhobene, aber nur schwer entkräftete Vorwurf der Verratsabsicht jedoch ernstere Konsequenzen haben.

Bis zu welchen Konsequenzen das gehen konnte, hatte der stalinistische Staat bereits bei Kriegsbeginn demonstriert. 950.000 Deutsche, die in der Wolgarepublik oder anderen Gebieten in der europäischen Sowjetunion lebten, wurden wegen angeblich erwiesenen Verrats nach Sibirien deportiert beziehungsweise, sofern es sich um Männer im arbeitsfähigen Alter handelte, in der «Arbeitsarmee» des NKWD zur Zwangsarbeit eingesetzt. Erst 1955 wurde ihnen für den nicht begangenen Verrat «Amnestie», 1964 Teilrehabilitation gewährt. Nach diesem Muster wurden seit Ende 1943 ganze Völker und nationale Minderheitengruppen aus dem Kaukasus und vom Nordrand des Schwarzen Meeres wegen angeblicher Kollaboration geschlossen nach Sibirien und Mittelasien deportiert – insgesamt etwa 900.000 Menschen. Kein Wunder, dass der damalige Staatsterror bis in die Gegenwart nachwirkt: Bei den Tschetschenen,

die heute um ihre Unabhängigkeit kämpfen, kamen 1943/44 bei den Deportationen etwa die Hälfte um.

In dieser Weise «befreite» der Sowjetstaat seine Bürger von den Deutschen. Gegen eine strafrechtliche Verfolgung von Kollaborateuren, von denen es viele gegeben hat, war überhaupt nichts einzuwenden. Aber der Staat bedrohte unterschiedslos alle, die unter den Deutschen überlebt hatten. Dabei war dieses Überleben schon mehr als Strafe gewesen, denn die Deutschen hatten das Land ausgebeutet und regelrecht Menschenjagden veranstaltet, um Arbeitskräfte für den «Reichseinsatz» zu fangen. Geislerschiesungen und Terror gegen die Zivilbevölkerung gehörten fast überall zum Besatzungsalltag. Zweimal war die Front über das Land hinweggegangen und hatte eine Spur von Blut und Zerstörung hinter sich gelassen. Noch Jahre nach Kriegsende lebten die Sowjetbürger in jenen Gebieten, wo der Krieg besonders heftig gewütet hatte, zu Zehntausenden in Erdhöhlen und völlig unzulänglich reparierten Behelfsunterkünften. Nicht ohne Grund gehörte der Sowjetunion und vor allem ihren Bürgern nach dem Krieg die Sympathie der Welt. So erhielten die besonders in Mitleidenschaft gezogenen Republiken Weissrussland und Ukraine auch mit Recht beträchtliche Hilfe von der UNRRA, der United Nations Relief and Rehabilitation Administration.

Der stalinistische Alltag kehrt zurück

Die Sowjetunion war nach aussen zweifellos als mächtiger Staat aus dem Krieg hervorgegangen. Sie bestimmte über das Geschick vieler Länder und wurde sowohl geachtet als auch gefürchtet. Im Innern jedoch gehörte das Land eher zu den Verlierern. Im befreiten Gebiet waren 1945 trotz aller Wiederaufbaubemühungen nur 30 Prozent der industriellen Vorkriegskapazität in Betrieb. Die Men-



Zum Arbeitsdienst entlassen: Mit der Dauer des Russlandfeldzuges entschliesst sich das NS-Regime, sowjetische Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft einzusetzen.



Angst vor der Heimkehr: Durch einen Selbstmordversuch mit 17 Messerstichen versucht der russische Kriegsgefangene, seine Auslieferung an die Sowjetunion zu verhindern.

Endlich befreit: Sowjetische Kriegsgefangene warten im Lager Plattling auf ihre Rückführung in die Heimat.



schen gingen in Lumpen. Hunger gehörte nicht nur im belagerten Leningrad, sondern überall in der Sowjetunion zum Kriegsalltag, der sich auch nach dem Krieg nicht so bald ändern sollte, denn zu allem fast als normal angesehenen Mangel kam 1946 noch eine Hungersnot in der Ukraine. Erst jetzt werden Do-

kumente zugänglich, die zeigen, dass in den Jahren 1944 bis 1946 zahllose Menschen verhungerten, dass wegen Mangels an warmer Kleidung vielerorts sogar die Revolutionsfeierlichkeiten am 7. November 1946 ausfielen. Die Menschen hätten fürwahr eine Atempause verdient gehabt.

Aber der Staat machte ihnen durch seine Ansprüche, die in erster Linie den «Produktionsschlachten» galten, das Leben noch schwerer, als es ohnehin war. Überdies liess er in den Sowjetalltag all das wieder einkehren, was angesichts der Notwendigkeit, den äusseren Feind abzuwehren, in den Hintergrund gedrängt worden war: das Misstrauen in die Zuverlässigkeit der Bürger, ihre ideologische Bevormundung und polizeiliche Überwachung, ihre Isolierung von der Aussenwelt. All die kleinen Freiheiten der Kriegszeit wurden – entgegen der Hoffnung vieler Menschen – sehr bald wieder rückgängig gemacht. Es setzten erneut Hetzkampagnen und Verfolgungen ein, die die Dichterin Anna Achmatowa 1946 erschrocken fragen liessen, ob sie am Ende ihres Lebens vielleicht feststellen müsste, dass der Krieg trotz aller Opfer und Entbehrungen vielleicht die schönste Zeit ihres Lebens gewesen sei.

In eine solche «Heimat» kehrten nun die aus deutscher Hand befreiten Kriegsgefangenen und Ostarbeiter zurück, wobei viele Hundert-

tausend den Weg auch noch zu Fuss bewältigen mussten. Für sie hiess der Alltag zunächst Durchlaufen der «Filtrationslager», die der NKWD überall errichtete und erst 1947 wieder auflöste. Dort wurde in endlosen Verhören nach Spionen und Verrätern gefahndet. Das konnte mehrere Wochen bis viele Monate dauern. Bei älteren Männern und Frauen oder Frauen mit Kindern und ähnlichen Kategorien von Heimkehrern liefen diese Verfahren schneller ab. Sie wurden nach Hause entlassen, wobei «nach Hause» im Fall der Deutschen oder Angehörigen anderer deportierter Nationalitäten die «Sonderansiedlungen» in Sibirien bedeutete. Ein relativ geringer Teil der Heimkehrer kam direkt ins Straflager. Grundsätzlich traf dieses Los Offiziere unter den Kriegsgefangenen, die mit überführten Kollaborateuren gleichgestellt wurden. Amnestiert wurden anlässlich des Sieges über Deutschland von den Kriegsgefangenen nur Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade, sofern sie sich nicht der Kollaboration schuldig gemacht hatten. Auch ohne Verurteilung mussten allerdings mehrere Hunderttausend von ihnen in «Arbeitsbataillonen» wie sonstige Strafgefangene zunächst einmal Zwangsarbeit leisten.

Aber für die Masse der Heimkehrer war ausschlaggebend, dass sie von nun an alle einen Makel in ihrer Biographie trugen, den sie möglichst zu verheimlichen suchten. Jederzeit konnte dieser Makel angesichts der Willkür der Stalinschen Sowjetunion zum strafwürdigen Verbrechen werden. Ungezählte Sowjetbürger wurden noch mehrere Jahre nach Kriegsende wegen «Begünstigung des Feindes», «Spionage» und anderen angeblichen Verbrechen verhaftet und verurteilt. Erst nach Stalins Tod 1953 verzichtete der Staat durch Amnestie auf die Verbüssung von Strafen für Taten, die der grösste Teil der Betroffenen gar nicht begangen hatte. Der Makel in der Biographie von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern blieb jedoch bis zum Ende der Sowjetunion erhalten.

In deutscher Hand

Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener 1941-1945

Hans Mommsen

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand ist eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Obwohl die zuständige Abteilung Kriegsgefangene im Oberkommando der Wehrmacht, OKW, bei Beginn des Feldzugs gegen die Sowjetunion auf grosse Gefangenzahlen vorbereitet war und auf den Truppenübungsplätzen im Altreich Vorsorge für deren Unterbringung geschaffen hatte, liess sie zu, dass Hunderttausende in improvisierten Lagern, in denen sie ohne Unterkunft Wind und Wetter ausgesetzt waren, an Hunger und Entkräftung starben. Damit setzte eine Kette völkerrechtswidriger und unmenschlicher Akte gegen in deutsche Gefangenschaft gelangte Sowjetsoldaten ein, durch die von fünf Millionen mehr als drei Millionen Menschen umgekommen sind.

Das Massensterben der Kriegsgefangenen in Russland stand in klarem Widerspruch zu dem Interesse der Reichsarbeitsverwaltung, des Vierjahresplans und des Wirtschaftsrüstungsamts der Wehrmacht, mit den sowjetischen Kriegsgefangenen die Beschäftigungslücke zu füllen, die die Mobilisierung gegen die Sowjetunion aufgerissen hatte. Bereits während des Ersten Weltkrieges waren russische Kriegsgefangene erfolgreich in der deutschen Wirtschaft eingesetzt worden. Die positiven Erfahrungen aus dieser Zeit legten auch 1941 ihre Verwendung für die Kriegswirtschaft nahe. Dem Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet standen jedoch das von der NS-Propaganda erzeugte «Untermenschen»-Klischee und die Befürchtung entgegen, dass die deutsche Bevölke-



rung durch die Berührung mit den Sowjetsoldaten vom Virus des Bolschewismus angesteckt würden, für den sie Joseph Goebbels noch im Sommer 1942 für anfällig hielt. «Zum ersten Male in diesem Kriege steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch geschulter Gegner gegenüber», hiess es in einem Merkblatt des OKW für die Bewachung sowjetischer Kriegsgefangener vom 9. September 1941: «Auch der in Gefangenschaft geratene Sowjetsoldat, mag er auch äusserlich noch so harmlos erscheinen, wird jede Gelegenheit benützen, um seinen Hass gegen alles Deutsche zu bestätigen», und er handele auf «entsprechende Anweisungen» hin. Davon konnte jedoch nicht im Geringsten die Rede sein.

Nicht nur Adolf Hitler, sondern auch die NSDAP, an ihrer Spitze Martin Bormann, der Leiter der Parteikanzlei, und Reichsführer-SS Heinrich Himmler lehnten überdies den Einsatz von «Fremdvölkischen» im Reichsgebiet, wie die offizielle Terminologie lautete, kate-

*Leben in Erdhöhlen:
In improvisierten Lagern fristen
sowjetische Soldaten in deutscher
Kriegsgefangenschaft ein elendes
Dasein.*

Einschub Ullis Bücherecke:
[Wie war das nochmal bei den
Rheinwiesenufern?](#)

*Deutsche Kriegswirtschaft unter
Druck: Richtlinien Görings – Beauf-
tragter für den Vierjahresplan –
regeln den Arbeitseinsatz sowjeti-
scher Kriegsgefangener.*

Richtlinien vom Reichsmarschall Hermann Göring vom 7. November 1941 über den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft.

Für den Arbeitseinsatz von Sowjetrussen gab der Reichsmarschall folgende Richtlinien:

I. Kriegsentscheidend sind auch die stärkeren Arbeitsreserven im Heimatgebiet.

Die russischen Arbeitskräfte haben ihre Leistungsfähigkeit beim Aufbau der ungeheuren russischen Industrie bewiesen. Sie muss daher nunmehr dem Reich nutzbar gemacht werden. Diesem Befehl des Führers gegenüber sind Einwendungen sekundärer Natur. Die Nachteile, die der Einsatz bereiten kann, müssen auf ein Mindestmass beschränkt werden: Aufgabe insbesondere der Abwehr und der Sicherheitspolizei.

II. Der Russe im Operationsgebiet

Er ist vornehmlich beim Strassen- und Eisenbahnbau, bei Aufräumungsarbeiten, Minenräumen und beim Anlegen von Flugplätzen zu beschäftigen. Die deutschen Baubataillone sind weitgehend (Beispiel Luftwaffe!) aufzulösen; die deutschen Facharbeiter gehören in die Rüstung; Schippen und Steineklopfen ist nicht ihre Aufgabe, dafür ist der Russe da.

III. Der Russe in den Gebieten der Reichskommissare und des Generalgouvernements. Es gelten die gleichen Grundsätze wie zu II. Darüber hinaus stärkerer Einsatz in der Landwirtschaft; fehlen die Maschinen, muss Menschenhand leisten, was das Reich im Agrarsektor vom Ostraum zu fordern hat. Ferner sind für die rücksichtslose Ausbeutung der russischen Kohlenvorkommen genügend einheimische Arbeitskräfte bereitzustellen.

IV. Der Russe im Reichgebiet einschliesslich Protektorat.

Die Einsatzzahl hängt vom Bedarf ab. Beim Bedarf ist davon auszugehen, dass wenig leistende und viel essende Arbeiter anderer Staaten aus dem Reich abzuschieben sind, und dass die deutsche Frau künftig im Arbeitsprozess nicht mehr so stark in Erscheinung treten soll.

Neben kriegsgefangenen Russen sind auch freie russische Arbeitskräfte einzusetzen.

A. Der kriegsgefangene Russe.

1. Die Auswahl hat bereits in den Auffanglagern jenseits der Reichsgrenze zu erfolgen. Berufszugehörigkeit und Gesundheitszustand sind entscheidend. Gleichzeitig hat die Aussiebung nach volkstumsmässigen und sicherheitspolizeilichen sowie Abwehr-Gesichtspunkten zu erfolgen.

2. Ebenso wie die Auswahl ist der Antransport zu organisieren, nicht zu improvisieren.

Die Gefangenen sind schnell zu befördern. Ihre Verpflegung muss geordnet und ihre Bewachung unbedingt sichergestellt sein.

3. Offiziere sind tunlichst, Kommissare grundsätzlich vom Einsatz auszuschliessen.

4. Der Russe gehört in erster Linie an folgende Arbeitsplätze (Rangordnung):

Bergbau

Bahnunterhaltung (einschl. Reparaturwerkstätten und Fahrzeugbau)

Rüstung (Panzer, Geschütze, Flugzeugzubehör)

Landwirtschaft

Bauwirtschaft

Grosswerkstätten (Schustereien):

Sonderkommandos für dringende Gelegenheits- und Notstandsarbeiten.

5. Für die Arbeitsweise gilt:

Grundsätzlich geschlossener Einsatz (mindestens 20); Ausnahmen nur mit ausdrücklicher Genehmigung. In der Landwirtschaft kommen vornehmlich Grossbetriebe in Frage; daneben Einsatz geschlossener Kommandos tagsüber in kleinen Wirtschaften reihum. In der Industrie einschl. Bergbau ist die Einrichtung von «Russenbetrieben» als Idealzustand anzustreben (ausschliesslich russische Arbeitskräfte unter deutschen Vorarbeitern).

6. Unterbringung: Geschlossen in Lagern (Baracken).

7. Aufsicht: Wehrmattsangehörige während der Arbeit, aber auch deutscher Arbeiter, die hilfspolizeiliche Funktionen wahrzunehmen haben.

Für die Sicherheitsmassnahmen ist schärfste und schnellste Wirksamkeit entscheidend. Die Strafskala kennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im allgemeinen keine weiteren Stufen.

8. Bekleidung: Schaffung eines Einheitsarbeitsanzuges ist zweckmässig. Erste Einkleidung ist laut OKW gesichert. Für die Fussbekleidung sind Holzschuhe die Regel. Unterwäsche ist den Russen kaum bekannt und gewohnt.

9. Verpflegung: Der Russe ist genügsam, daher leicht und ohne schwerwiegenden Einbruch in unsere Ernährungsbilanz zu ernähren. Er soll nicht verwöhnt oder an deutsche Kost gewöhnt, muss aber gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden.

gorisch ab, da sie mit der Gefahr rassischer Überfremdung verbunden zu sein schien. Sie verlangten zumindestens ein absolutes Kontaktverbot gegenüber der deutschen Bevölkerung und wiesen jedes Entgegenkommen in der Frage der vollständigen Isolierung der Sowjetsoldaten zurück.

Noch im Spätsommer 1941 hatte die Wehrmachtsführung zugesichert, schon Ende des Jahres den extrem angespannten Arbeitsmarkt durch gezielte Entlassungen aus der Armee zu entlasten. Es stellte sich spätestens zum Jahresende, nach der Niederlage vor Moskau, heraus, dass die geplante Teildemobilisierung nicht zustande kam. Stattdessen waren zusätzliche Einziehungen von Fachkräften nötig, wodurch sich der Fehlbestand in der Rüstungsindustrie noch vergrösserte. Angesichts dieser Lage fand sich Hitler widerwillig dazu bereit, eine eng umgrenzte Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener im Reichsgebiet zu beschäftigen. Zunächst wurden sie bei den von Albert Speer und Fritz Todt betriebenen Lieblingsprojekten des Diktators – dem Ausbau der Reichshauptstadt und dem Autobahnbau – eingesetzt. Aber statt der angeforderten 600.000 Arbeitskräfte gestand Hitler nur eine Quote von 120.000 Sowjetsoldaten für das Reichsgebiet zu, was angesichts des leergefegten Arbeitsmarkts nur einen Tropfen auf den heissen Stein darstellte.

Widerstand Hitlers und der Partei

Gleichwohl drängten die beteiligten Reichsbehörden weiterhin nachdrücklich darauf, die Beschäftigung von sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich auszuweiten. Zunächst war vorgesehen, diese in landwirtschaftlichen Betrieben einzusetzen und die dort freierwerbenden französischen und belgischen Kriegsgefangenen in die Industrie zu versetzen. Das erwies sich nur als begrenzt erfolg-

reich, zumal es ökonomisch widersinnig war. Gerade unter den sowjetischen Kriegsgefangenen befanden sich zahlreiche qualifizierte Industriearbeiter. Der Chef der Hermann-Göring-Werke und Leiter der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, schlug mit der Drohung, die Hausbrandversorgung der deutschen Bevölkerung empfindlich zu kürzen, eine erste Bresche in den Widerstand von Seiten Hitlers und der Parteiführung und setzte die grosszügige Verwendung von Kriegsgefangenen aus Russland und der Ukraine im deutschen Steinkohlenbergbau durch, was sicherlich einfacher war, als Bergleute aus dem Donezbecken als zivile Arbeitskräfte zu verpflichten. Die übrigen Ressorts stiessen sogleich nach, so dass Hitler am 31. Oktober 1941 endlich das bereits vorher nach Kräften unterlaufene Beschäftigungsverbot aufgab.

Partei und SS stellten sich zunächst gegen deren Einsatz in der Industrie, liessen ihren ursprünglichen Einspruch jedoch bald fallen – zu Lasten der Sowjetsoldaten: Die rassischen und politischen Ressentiments gegenüber den Gefangenen wurden gewissermassen als Kompensation der Nachgiebigkeit von Seiten der Partei und der SS extrem intensiviert. In der zentralen Anweisung des OKW wurden die Sowjetsoldaten als «Träger des Bolschewismus» betrachtet, denen gegenüber «Weichheit nicht am Platze» sei, die von ihnen nur als Schwäche ausgelegt würde. Das von den Wachmannschaften geforderte «rücksichtslose Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit und Ungehorsam» durch schonungslosen Schusswaffengebrauch spiegelte das anhaltende Misstrauen gegen die Sowjetsoldaten, die auch auf der Arbeitsstelle unter «ständiger scharfer Aufsicht» zu halten waren.

Das war indessen nicht das Schlimmste. Vielmehr setzte die Sicherheitspolizei zunächst für die besetzten Territorien, dann auch für das gesamte Reichsgebiet durch, dass alle Kriegsgefangenen vor dem Arbeitseinsatz auf



Einer der Verantwortlichen für das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener: Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler.

ihre politische Zuverlässigkeit geprüft werden sollten. Diejenigen, die als «politisch gefährlich» galten, seien auszusondern und an die KZs zu überstellen, wo sie in der Regel erschossen wurden. Im Reichsgebiet wurde diese Selektion vielfach durch die lokale Gestapo vorgenommen. Zehntausende von sowjetischen Kriegsgefangenen sind auf Grund dieser völlig willkürlichen Selektion, die in den Stammlagern, Stalags, in einzelnen Fällen auch in den Betrieben stattfand, liquidiert worden – teüweise, wie in Mauthausen, wo man eine grosse Gruppe von Offizieren einfach verhungern liess, unter extrem grausamen Umständen.

Um jeden Kontakt mit der deutschen Bevölkerung zu unterbinden, sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen grundsätzlich nur in geschlossenen Kolonnen eingesetzt werden. Der Bevölkerung war jeder Kontakt mit ihnen unter Androhung empfindlicher Strafen untersagt. Desgleichen sollten Kriegsgefangene, die die deutsche Sprache beherrschten, grundsätzlich nicht ins Reichsgebiet gelangen. Die Psychose, dass von den angeblich bolschewistisch «verhetzten» Sowjetsoldaten eine Gefährdung ihrer Umgebung ausging und dass sie nicht in sicherheitsrelevanten Bereichen eingesetzt werden durften, nahm groteske Formen an.

Die extrem einengenden Bewachungs- und Einsatzvorschriften machten es schwer, die sowjetischen Gefangenen in der normalen Produktion einzusetzen. Daher wurden sie zunächst überwiegend für Tief- und Hochbauarbeiten eingesetzt, bei denen die später gelockerte Vorschrift, sie nur in Gruppen von mindestens fünf Mann einzusetzen und sie von jedem Kontakt mit den übrigen Belegschaftsmitgliedern fernzuhalten, am ehesten eingehalten werden konnte. Um sie in der

Produktion zu verwenden, ging man dazu über, sie in abgetrennten Betriebsteilen, sogenannten «Russenbetrieben» zu beschäftigen. Erst allmählich lockerte man diese widersinnigen Bestimmungen. Seit 1943 standen dann russische Kriegsgefangene zusammen mit anderen Zwangsarbeitern an der gleichen Werkbank, wurden allerdings getrennt und deutlich schlechter gepflegt.

Chronische Unterernährung

Das entscheidende Hindernis des Einsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen bestand in deren katastrophalem Gesundheitszustand, der durchweg der Abteilung Kriegsgefangene im OKW angelastet werden muss. Zwar waren viele der Sowjetsoldaten schon während der Kesselschlachten nicht ausreichend gepflegt worden, aber die Hauptursache war die chronische Unterernährung in den Stammlagern. Die Ernährung im rückwärtigen Frontgebiet und den Sammellagern betrug zunächst zwischen 300 und 700 Kalorien täglich, lag also weit unter dem Existenzminimum. Die Lager wiesen oft nicht einmal die primitivsten sanitären Einrichtungen auf. Die Gefangenen mussten vielfach auf dem Boden liegen oder, um nicht unter freiem Himmel zu kampieren, dicht gedrängt unter den wenigen Schutzverschlängen stehen. All das

*Betteln nach Brot:
Von Hunger ausgezehrt flehen
sowjetische Kriegsgefangene um
Nahrung. Unterernährung ist
eine der häufigsten Todes-
ursachen in deutschen Lagern.*



führte binnen weniger Wochen zu Abmagerung und Hungerödemen. Typhus- und Fleckfiebererkrankungen folgten alsbald, denen die geschwächten Gefangenen scharenweise zum Opfer fielen, zumal von ausreichender medizinischer Versorgung keine Rede sein konnte.

Auch in den Stalags im Reichsgebiet waren die Verpflegungssätze völlig unzureichend. Sie lagen häufig noch weit unter den zugestandenen Verpflegungssätzen, die zunächst 1.000 bis 1.300 Kalorien betrugten. Sie wurden auf 2.040 Kalorien für Gefangene «ohne nennenswerte Arbeit», auf 2.200 Kalorien «im Arbeitseinsatz» festgelegt, und zwar, wie es ausdrücklich hiess, um nicht durch «eine Belastung der deutschen Ernährungsbilanz» die Stimmung der deutschen Bevölkerung zu gefährden. Diese Rationen wurden jedoch schon am 21. Oktober 1941 ausserhalb des Reichsgebiets wieder drastisch herabgesetzt, obwohl das Massensterben der Kriegsgefangenen unübersehbar war.

Die Senkung der Verpflegungssätze stellte in gewisser Beziehung eine Vorbedingung dafür dar, sowjetische Kriegsgefangene in grösserem Umfang in der Industrie zu beschäftigen. Einwände des Reichsernährungsministeriums, das eine Beeinträchtigung der Zuteilungen für Deutsche befürchtete, suchte Hermann Göring, der Chef der Vierjahresplanbehörde, in den von ihm am 7. November 1941 ausgegebenen Richtlinien zur Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen mit dem Hinweis auf die Genügsamkeit «des Russen» zu unterlaufen, der nicht «an deutsche Kost gewöhnt» werden dürfe und mit «Pferde- und Freibankfleisch» und mit Rübenschnitteln auskomme – Nahrungsmittel, die von den Deutschen ohnehin nicht verzehrt würden. Immerhin wurde Anfang Dezember eine Erhöhung der Rationen auf täglich 2.850 Kalorien verfügt. Diese wurden bis zum Frühjahr 1942 beibehalten, dann gekürzt und erst 1943 wieder eingeführt. Das russische Vorurteil vom leidensfähigen und «zähen» Russen,

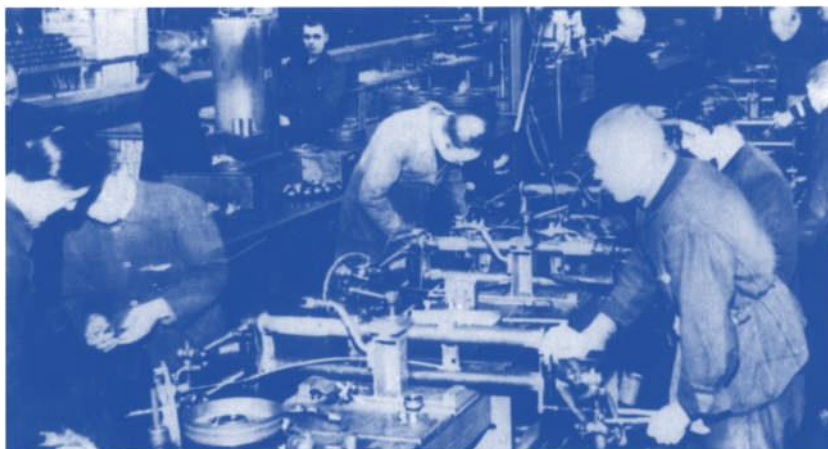
der «in Erdhöhlen» lebe und mit wenig und minderwertiger Verpflegung auskomme, wurde bewusst ausgestreut, um die Bedenken gegen den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen zu zerstreuen.

«Aufpäppeln» oder liquidieren

Wegen behördlicher Auflagen und des in der Regel schlechten Gesundheitszustands zögerten viele Unternehmer zunächst, sowjetische Kriegsgefangene anzufordern. Aber dies änderte sich bald. Im Gegensatz zum vorherrschenden Klischee vom widerspenstigen, nur durch strikteste Disziplinierung und schärfste Strafandrohung zur Arbeit anzuhaltenden «Russen» zeigten sich die Gefangenen durchaus bereit, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen, sofern es ihr infolge der Unterernährung angeschlagener Gesundheitszustand zuliess. Zur Aushilfe ging man dazu über, sie durch eine vorübergehende Beschäftigung in der Landwirtschaft oder eine Schonzeit in den Betrieben erst einmal «aufzupäppeln», wie es im offiziellen Jargon lautete.

Nicht ohne Stolz berichtete die Geschäftsleitung des Volkswagenwerks im Januar 1942 den angereisten Mitgliedern des Sonderausschusses für Panzer, dass in Fallersleben der «Beweis erbracht» worden sei, «dass der russische Kriegsgefangene auch in der Produk-

*Arbeitseinsatz in der Industrie:
Sowjetische Kriegsgefangene leisten
einen wesentlichen Beitrag in der
deutschen Rüstungswirtschaft.*



tion eingesetzt werden kann und bei richtigem Einsatz und richtiger Behandlung auch eine gewisse Leistung erbringt.» Seit Ende 1941 experimentierte das OKW mit einem Zulagensystem, zumal auch Hitler sich dafür ausgesprochen hatte, die Gefangenen ausreichend zu ernähren, statt sie als «unnütze Esser» mitzuschleppen, ohne etwas Wesentliches zu ändern. Auf Grund der gänzlich unzureichenden sanitären Bedingungen und der Hungerrationen breitete sich seit November 1941 in den Stalags im besetzten Gebiet und bald auch im Altreich eine Fleckfieberepidemie aus. Die daraufhin verhängte Quarantäne stoppte einstweilen den weiteren Zuzug sowjetischer Arbeitskräfte, die nur noch in frontnahen Stalags verfügbar waren.

Seit dem Frühjahr 1942 stellte es sich immer mehr heraus, dass die zuvor unbegrenzt fließende Quelle der Arbeitskraft sowjetischer Kriegsgefangener weitgehend versiegte. Allerdings nahmen die verantwortlichen Behörden das zunächst nicht hinreichend wahr. Auch nach der schweren Fleckfieberwelle, die Hunderttausende das Leben kostete, blieb es üblich, erkrankte Sowjetsoldaten der «Sonderbehandlung» zuzuführen, das heisst in den Konzentrationslagern zu liquidieren. Es dauerte noch viele Monate, bis die sowjetischen Kriegsgefangenen schonender behandelt wurden.

Die Unternehmen, die sich im Spätherbst 1941 verpflichtet hatten, die «Aufpöppelung» der Gefangenen in eigener Regie vorzunehmen und die in den Stalags Werkstätten errichteten, um die begehrten Facharbeiter an Ort und Stelle auszuwählen, sahen sich spätestens 1942 einem Fiasko gegenüber. Es gab einfach keine Kriegsgefangenen mehr, die für Industriearbeit geeignet waren. Trotz grösserer Anstrengungen gelangten 1941/42 nur 400.000 sowjetische Kriegsgefangene ins Reichsgebiet. Von diesen konnten nicht mehr als 167.000 Mann in der Industrie eingesetzt

werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 3,35 Millionen sowjetischer Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten.

Die in der Industrie beschäftigten Gefangenen unterstanden weiterhin der Wehrmacht, die sie in strikt abgetrennten Lagern unterbrachte und unter strenger Bewachung in den Betrieb führte. Sie waren schutzlos den häufigen Schikanen des Wachpersonals ausgesetzt. Sie durften nur unter Begleitung das Lager verlassen. Die Unterbringung in sogenannten «Pferde - Stallbaracken» war alles andere als menschenwürdig. Es gab nur die notdürftigste Bekleidung und nur primitives Schuhwerk. Die geringste Zuwiderhandlung wurde mit harten Strafen geahndet, die von Verpflegungsentzug bis zu standrechtlicher Erschiessung reichten. Rechtliches Gehör stand sowjetischen Kriegsgefangenen nicht zu. Sie waren vielmehr einem verfahrenlosen Sonderstrafrecht der Geheimen Staatspolizei unterworfen.

Die schlimmste, von Zeitzeugen immer wieder bestätigte Erfahrung bestand in der quantitativ und qualitativ völlig unzureichenden Ernährung. Die sowjetischen Kriegsgefangenen litten ständig an Hunger und nutzten jede Gelegenheit, durch Mundraub von Kartoffeln und anderen Feldfrüchten ihre kargen Rationen zu verbessern. Die mangelhafte Ernährung war der Hauptgrund für die extrem hohe Mortalität der Gefangenen, bei denen es sich durchweg um junge und kräftige Männer handelte. Die Rationen blieben unter den Sätzen der übrigen Gefangenengruppen und wurden erst im Sommer 1944, als es im Grunde zu spät war, angeglichen. In vielen Betrieben kam es jedoch nicht einmal zur vollen Ausgabe der vorgesehenen Rationen, die teils für Prämien, teils für andere Belegschaftsteile abgezweigt wurden. Das weit verbreitete und bis zuletzt durch die Presse forcierte Klischee von der Minderwertigkeit der «Ostvölker» wirkte dabei mit.

Bei bis zu 14stündiger Arbeitszeit, zu der An- und Rückmarsch ins Lager hinzutraten, gab es praktisch keinerlei Freizeitbeschäftigung. Immer wieder versuchten Kriegsgefangene, trotzdem Spielsachen oder Gebrauchsgegenstände herzustellen, um dafür Nahrungsmittel einzutauschen, was selbstverständlich unter strenger Strafe stand. Die Zahl derjenigen, die den Gefangenen aus Mitleid oder zur Erhöhung der Leistung Nahrungsmittel zu steckten und dadurch Unannehmlichkeiten riskierten, blieb gering.

Stütze der deutschen Kriegswirtschaft

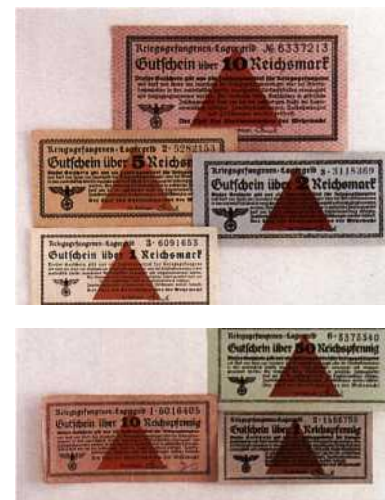
Mit dem Fortgang des Krieges gingen Betriebe und Rüstungskommandos verstärkt dazu über, die Gefangenen durch die Umstellung auf «Leistungsemährung» zu einer höheren Arbeitsproduktivität zu veranlassen, was allerdings auf Kosten der Masse derer geschah, von deren Rationen die für die Prämien aufgewandten Lebensmittel abgezogen wurden. Im allgemeinen rechnete man damit, dass ein sowjetischer Arbeiter etwa 60 Prozent der Arbeitskraft eines deutschen Arbeiters besaß. Dennoch betrug bei angemessener Verpflegung, die allerdings häufig ausblieb, ihre Leistung über 80 Prozent und reichte in vielen Fällen an die der deutschen Arbeiter heran, wie insbesondere Untersuchungen im Bergbau zeigten.

Trotz der ständigen Misshandlung der Sowjetsoldaten innerhalb und ausserhalb der Betriebe erwiesen sie sich auf die Dauer als wertvolle Stütze der deutschen Kriegswirtschaft. Zwar war ihre Zahl, gemessen an den acht Millionen Zwangsarbeitern, die 1943 im Reichsgebiet lebten, begrenzt. Mit 631.000 Mann – das war ein



Drittel der in Deutschland vorhandenen Kriegsgefangenen – stellten sie gleichwohl einen beachtlichen Faktor für die deutsche Rüstung dar, zumal der Anteil an Fachkräften weit höher lag als bei den zwangsverpflichteten Ostarbeitern.

Dabei erwies es sich, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen für die Unternehmen die bei Weitem rentabelste Arbeitskraft darstellten, billiger selbst als die KZ-Häftlinge. Von den 3,16 Reichsmark, die für sie pro Arbeitstag aufgewendet wurden, bekamen sie in der Regel 20 Reichspfennige Lagergeld, für die sie sich in geringem Umfang Lebens- oder Genussmittel in den eigens für sie eingerichteten Verkaufsständen kaufen durften. Neben der grossen Zahl von Ostarbeitern, zu denen den sowjetischen Kriegsgefangenen ebenfalls jeglicher Kontakt verwehrt war, haben sie einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Rüstungswirtschaft geleistet. Viele von ihnen taten sich bei Luftschutzaufgaben und anderen Sonderfunktionen hervor und erwiesen sich als loyale Mitarbeiter, wenn ihnen Vertrauen entgegenbracht wurde. Sie wussten, dass ihnen entweder die Rückkehr in die Heimat versperrt war oder dass ihnen die Einweisung in den GULAG bevorstand. Aber zunächst erforderte es ihre ganze Kraft, unter den widrigsten Bedingungen die Gefangenschaft zu überleben.



In den Kriegsgefangenenlagern gilt ein eigens geschaffenes Lagergeld.

Unterweisung für die Zwangsarbeit im Bergbau: Sowjetische Kriegsgefangene müssen unter härtesten Bedingungen arbeiten.

Psychologische Kriegsführung

Sowjetbürger im Dienst der deutschen Streitkräfte 1941-1945

Leonid Reschin

Ein Krieg wird für gewöhnlich mit offenen Kampfhandlungen wie Attacken, Offensiven oder Einkesselungen identifiziert. Viele wissen aber auch von der Existenz eines geheimen Krieges, der für gewöhnlich mit Aufklärungsarbeit und Sabotageakten identifiziert wird. Es existiert jedoch noch eine weitere Art von Kriegshandlungen, und zwar die Demoralisierung der Truppen im Rücken des Gegners. Gewöhnlich sind Agitation und Propaganda darauf ausgerichtet, sowohl die politische als auch die militärische Ordnung des Gegners zu diskreditieren, die Kampfstärke seiner Armee zu schwächen und seine Gesellschaft zu destabilisieren.

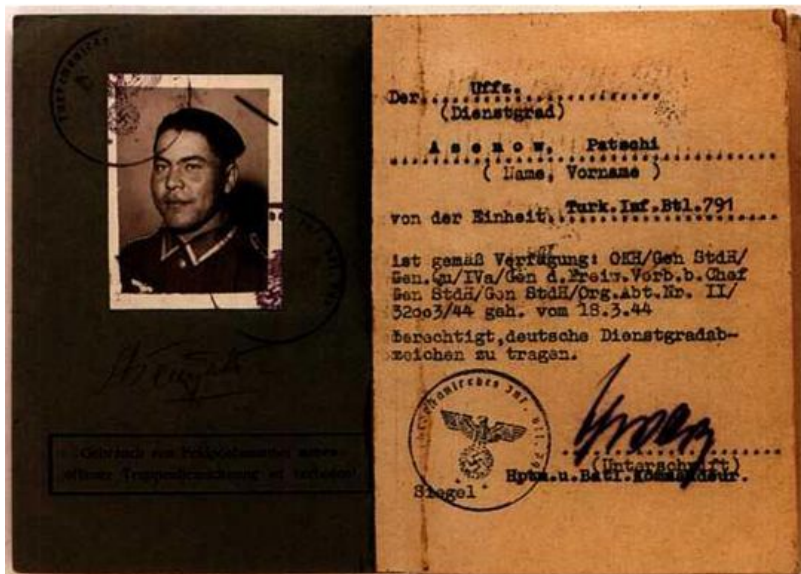
Das Soldbuch eines Unteroffiziers der Turkestanischen Legion: Angehörige der «Ostbataillone» erhalten Dienstgrade der Wehrmacht.

Diese Methoden der psychologischen Kriegsführung wurden während des Zweiten Weltkrieges verstärkt, als die gegnerischen Seiten

Truppen aufstellten, die sich aus Kriegsgefangenen oder Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete rekrutierten. Da das internationale Recht es ausdrücklich verbietet, Menschen im Krieg gegen ihre eigenen Regierungen einzusetzen, war man bemüht, sie als Freiwilligen-Truppen aus ideologisch überzeugten Kämpfern gegen das verhasste Regime darzustellen. Die Demoralisierung der Truppen und des Hinterlandes wurde durch die von Propaganda-Organisationen geschaffenen Spezialdienste durchgeführt, die als Komitees, Ligen oder Bündnisse getarnt waren und in deren Namen stets eine Ableitung des Wortes «Freiheit» vorkam.

«Unternehmen Zeppelin»

Im März 1942 wurde im Reichssicherheitshauptamt, RSHA, für die Demoralisierung der Truppen und des Hinterlandes eine Organisation geschaffen, die für die Sowjetunion zuständig war: «Unternehmen Zeppelin» gehörte zur VI. Abteilung des RSHA, die von SS-Brigadeführer Walter Schellenberg geleitet wurde. Ziel dieses Kommandos war es, alle Unternehmungen über eine gut vorbereitete Organisation durchzuführen, die aus sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete der UdSSR bestehen sollte. Zur Vorbereitung einer solchen Organisation wurden Sonderlager der SS in Buchenwald, Sachsenhausen und Auschwitz eingerichtet, die man zur Tarnung auf dem Gelände der bekannten Konzentrationslager unterbrachte. «Zeppelin» arbeitete eng mit dem Hauptquartier der SS, der Abwehr, dem Ober-



kommando des Heeres, OKH, dem Oberkommando der Wehrmacht, OKW, dem Propagandaministerium und dem Ost-Ministerium zusammen. Für die Ausbildung der Propagandaabteilungen organisierte das Ministerium für die Verwaltung der Ostgebiete ein Netz von Ausbildungslagern: Wustrau, Zittenhorst, Wulheide und Dabendorf. Im März 1942 wurden im Kriegsgefangenenlager Hammelburg nahezu alle gefangenen sowjetischen Generale und höheren Offiziere zusammengebracht. Hier gründete man die ersten Propaganda-Organisationen, die als politische Parteien und Bewegungen getarnt wurden. Hier fanden auch die ersten Massenwerbungen der sowjetischen Kriegsgefangenen für den Dienst in der deutschen Wehrmacht statt.

In der Sowjetunion wurden die sowjetischen Bürger in den Militärorganisationen der Deutschen «Wlassow-Angehörige» genannt: der Name des ehemaligen Kommandierenden der Zweiten Angriffsarmee wurde zu einem Appellativum. In der offiziellen Korrespondenz und in den Stabsdokumenten der Wehrmacht und der SS, bei den Ministerien und Verwaltungen wurden diese Aufstellungen jedoch als «Ost-Truppen» oder «Eingeborenen-Truppen» bezeichnet, ab Ende 1943 als «Freiwilligen-Truppen».

Als grundlegende Kampfeinheit diente das «Ost-Bataillon», dessen Kommandeur und häufig auch Kompaniekommandeure deutsche Offiziere waren. Für die Kampffähigkeit jeder Kompanie des Bataillons sorgte ein «deutscher Kern» aus 12 bis 15 Deutschen. Schliesslich gab es beim Oberkommando der Wehrmacht einen «Generalinspektor der östlichen Streitkräfte», der für die Aufstellung, Bewaffnung und die Kampfvorbereitung der «Ost-Truppen» verantwortlich war. Für den Kampfeinsatz der «Ost-Bataillone» war der Kommandeur der Etappenschutztruppen der deutschen Verbände verantwortlich, denen auch die «Ost-Bataillone» zugeteilt waren. Aber für die Zuweisung der Soldaten für die

Ost-Truppen war weiterhin das «Unternehmen Zeppelin» verantwortlich.

Russische Nationale Volksarmee

In der Ortschaft Osintorf in der Nähe von Orscha wurde die «Russische Nationale Volksarmee», RNNA, zunächst mit einer Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener und Einwohnern der besetzten Gebiete, die durch die 103. Abwehrgruppe angeworben wurden, aufgestellt. Diese Truppe hatte unter dem Kommando des ehemaligen Majors der Roten Armee Botscharow schon im März 1942 an der Operation gegen den im Hinterland der deutschen Truppen aktiven General Below teilgenommen. Bis Anfang September 1942 war die erste Brigade der RNNA, bestehend aus drei Bataillonen, aufgestellt worden, die gegen die Partisanen im Gebiet Orscha und in Richtung Mogilew-Minsk kämpften. Das Kommando über die Brigade führten nominell der ehemalige Kommandeur der Schützendivision, Oberst Bojarski, und Shilenkow, der damals den Rang eines Generalleutnants der Russischen Befreiungsarmee, ROA, erhielt. Es ist erwähnenswert, dass die Begriffe «Russische Nationale Volksarmee» und «Russische Befreiungsarmee» bereits zu einem Zeitpunkt auftauchten, als General Wlassow noch in den Reihen der Roten Armee gegen deutsche Truppen kämpfte. Dies lässt die Vermutung zu, dass die Initiative nicht bei ihm, sondern möglicherweise vom «Zeppelin» oder vom deutschen Propagandaministerium ausgegangen ist.

Im Januar 1943 wurde die RNNA wegen zahlreicher Überläufer zu den Partisanen oder wegen Befehlsverweigerungen in die «721. Ost-Truppe zur besonderen Verwendung» umgliedert und unter das Kommando des deutschen Oberst Koretti gestellt. Mit anderen angegliederten Einheiten zählte das Regiment bis zu 4.000 Mann, fünf Infanterie-, ein Pionierbataillon, zwei Artillerie- und eine Pan-

zerabwehrabteilung. Bojarski und Shilenkow verloren ihre Kommandoposten, weil sie die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten. Bis Oktober 1943 führte das Regiment Strafexpeditionen gegen Partisanen in Weissrussland fort, wurde dann nach Frankreich versetzt und in Marseille aufgelöst.

Im Dezember 1941 stellte der Bürgermeister der Ortschaft Lokot des Orlow-Gebietes, Konstantin Woskoboinikow, aus den Ortsansässigen und den eingekesselten Angehörigen der Roten Armee eine Polizeitruppe zusammen. Sein Stellvertreter, Bronislaw Kaminski, vergrösserte energisch den Trupp, so dass es ihm gelang, bis Februar 1942 mit Unterstützung des deutschen Kommandos ein Regiment von 400 Mann zusammenzustellen. Im Frühling 1942 wurden Kaminski die Polizeitruppe aus den benachbarten Rajons des Kursk- und Orlow-Gebietes unterstellt.

Zudem wurde die Aufstellung einer Brigade angekündigt, die aus drei Bataillonen bestehen sollte. Bei der Suche nach Kommandeure war das deutsche Kommando behilflich: Aus den Lagern für Kriegsgefangene wurden Kaminski dreissig ehemalige Kommandeure zur Verfügung gestellt, die Kommandoposten der «Brigaden» besetzten. Waffen, Munition und Uniformen erhielt Kaminski von den deutschen Behörden. Geld- und Lebensmittel wurden durch «Organe der Selbstverwaltung» beschafft, die Steuern bei der örtlichen Bevölkerung einzogen. Dieses gab der Brigade Kaminski den Anlass, sich einen neuen Namen zuzulegen: «Die Russische Volksbefreiungsarmee», RONA.

Bis Juli 1944 führte die RONA, zusammen mit deutschen und ungarischen Truppen Strafexpeditionen gegen Partisanen und Zivilisten in den Gebieten Brjansk, Kursk und Orlow und gegen die Partisanen Weissrusslands durch. Im Juli 1943 nahm ihr 5. Regiment an den Kämpfen gegen die Rote Armee bei Kursk teil.

Viele sogenannte «Kaminzy», diese Bezeichnung wurde aus dem Namen Kaminski abgeleitet, liefen zur Roten Armee über und kämpften später in Strafbataillonen gegen die Russische Volksbefreiungsarmee.

Neben der Russischen Volksbefreiungsarmee wurde im November 1941 innerhalb der Armeegruppe «Zentrum» von Oberleutnant Graf Hans von Rittenberg und dem ehemaligen Major der Roten Armee Iwan Kononow ein «Kosaken-Schwadron» mit einer Stärke von 200 Mann aufgestellt. Die Bezeichnung «Kosaken» verwies nicht auf einen ethnischen Ursprung, sondern wurde generell als Bezeichnung von Hilfsformationen verwendet, die den deutschen Divisionen für die Bewachung von Lagern, Strassen- und Eisenbahnwegen und für den Kampf mit den Partisanen und der Bevölkerung besetzter Gebiete der Sowjetunion unterstellt waren. «Kosaken»-Einheiten dienten auch in anderen Frontabschnitten. Im Hauptquartier des Generalfeldmarschalls von Kleist wurde der Oberstleutnant Helmut von Pannwitz damit beauftragt, zum Frühling 1943 das «Donkosaken-Regiment» aufzustellen. In den Kämpfen bei Nowotscherkassk und Taganrog wurde das gesamte Regiment von der Roten Armee zer schlagen.

Kosaken unter dem Hakenkreuz

Der 72jährige Kavallerie-General Petr Krasnow stand an der Spitze der «Hauptleitung der Kosaken-Truppen» beim Ost-Ministerium, die am 31. März 1944 gegründet wurde. Dennoch kämpften die «Kosaken»-Einheiten ausschliesslich unter deutschem Kommando. Bis Ende Juni 1944 wurde mit Unterstützung des deutschen Kommandos ein «Kasatschi stan», gewissermassen ein Feldstützpunkt der Kosaken, aufgestellt: eine Formation aus fünf Regimentern, mit einer Stärke von 5.000 Mann. Als Basis diente die Bevölkerung der

Siedlungsgebiete der Kosaken am Don und Kuban, die mit den deutschen Truppen den Rückzug angetreten hatten. Bis August 1944 führten sie auf ihrem Rückzug Kämpfe mit weissrussischen Partisanen. Im Februar 1945 wurde die Division in das 15. «Kosaken»-Kavallerie-Korps mit einer Stärke von 18.000 Mann eingegliedert. Von ihnen waren über 5.000 deutsche Wehrmachtsangehörige. Von den 550 Offizieren des Korps waren 330 Offiziere der deutschen Armee – demnach war jeder dritte «Kosake» in Wirklichkeit ein deutscher Wehrmachtssoldat...

Im September 1944 wurde beim Hauptstabsquartier der SS eine Sonderstelle zum Auffüllen der Kosakeneinheiten geschaffen, die «Reserve der Kosakeneinheiten». An ihrer Spitze stand der Weissgardistengeneral Andrej Schkuro. Er erhielt Zugang zu der Kartei der «Ostarbeiter», der Flüchtlinge und der Kriegsgefangenen. Zum April schickte er Pannwitz nahezu 2.000 Mann, Domanow bis zu 7.000 Mann, grösstenteils alte Leute, Frauen und Kinder. Die Truppenstärke des «Kasatschi stan» betrug bis zum April 1945 16.485 Mann. Es ist bemerkenswert, dass der «Kasatschi stan» grösstenteils aus den Emigranten aus der Zeit des russischen Bürgerkriegs bestand, die in Jugoslawien, Frankreich und Deutschland lebten.

In den vom «Unternehmen Zeppelin» aufgestellten Kosakeneinheiten gab es demnach höchstens 30.000 sowjetische Bürger. Viele von ihnen hinterliessen in Weissrussland, in der Ukraine, in Südrussland, in Polen und Jugoslawien eine schreckliche Spur. Ungefähr 60 Prozent waren Kriegsgefangene, die übrigen waren Einwohner der besetzten Gebiete. Bei weitem nicht alle «Kosaken mit dem Hakenkreuz» waren auch von Geburt her Kosaken. Die Auffassung, dass die vom deutschen Kommando 1942 bis 1943 gegründeten «Ost-Legionen» den Militärverbänden vom Typ Brigade oder Division, die selbständig Kampfhandlungen an der Ostfront und an der

Westfront ausführten, gleichzusetzen seien, ist falsch. Generalmajor Baron Oskar Niedermayer gab in einem Verhör durch den sowjetischen militärischen Abwehrdienst SMERSCH – «smertj schpionam» – «Tod den Spionen» – an, dass zum Herbst 1943 von ihm 80 «Ost-Bataillone» mit einer Gesamtstärke von 32.000 Mann aufgestellt worden waren. Tatsächlich wurden für die Plandurchführung der Aktion «Zeppelin» im Februar 1942 in der Nähe der polnischen Stadt Radom auf dem Gelände des Ausbildungszentrums «Rembertow» die turkestanischen, aserbaidshianischen, georgischen, nordkaukasischen, wolgatatarischen und armenischen Legionen gebildet. Kommandeure und Instruktoren waren ausschliesslich deutsche Offiziere.

Bis Ende 1943 waren 53 Infanterie-»Ost-Bataillone»: 14 turkestanische, neun armenische, acht aserbaidshianische, acht georgische, sieben nordkaukasische und sieben wolgatatarische Bataillone aufgestellt und an die Front entsandt. Die «Ost-Bataillone» wurden auf einem Stützpunkt der 162. Infanteriedivision in Mirgorod in der Ukraine aufgestellt, insgesamt 30 Infanteriebataillone. Dem Personalbestand nach musste jedes Bataillon aus 990 Mann bestehen, in der Praxis waren es nicht mehr als 400 bis 500 Mann, einschliesslich des «deutschen Kerns», der die – wenn auch minimale – Kampfkraft der Truppe gewährleisten sollte. Dennoch erwies sie sich als äusserst ineffektiv, so dass 1943 bis 1944 ein Teil der Infanteriebataillone in Arbeitsbataillone umgegliedert wurde. Viele der Legionäre wurden in die Lager für Kriegsgefangene zurückgebracht, aus den wenigen verlässlichen Kämpfern wurde die 162. «turkestanische» Infanteriedivision mit einer Stärke von 11.000 Mann gebildet: Den Kader bildeten 5.000 Soldaten der Wehrmacht, jeder zweite «Turkestaner» war demnach ein Deutscher. Der Dolmetscher vom 800. «Ost-Bataillon», Sonderführer Heinrich Tuschinski, führte in seinem Bericht vom September 1943 an, dass die erdrückende Mehrheit der

«Legionäre» sich zum Dienst nach dem schrecklichen Winter 1941/42 gemeldet hatte, als in den Lagern für Kriegsgefangene über zwei Millionen Soldaten und Kommandeure der Roten Armee umgekommen waren.

Bis Ende 1942 war auf der Krim die Aufstellung der acht Krimtataren-Infanteriebataillone beendet. Ungefähr 40 Prozent der «Legionäre» kamen aus den Kriegsgefangenenlagern in Cherson, Dschankoi, Simferopol – die übrigen aus der ortsansässigen Bevölkerung der Krim. Die 103. Abwehrgruppe, die dem 101. Abwehrkommando unterstand, stellte bis Ende 1942 das «Kalmykische Kavalleriekorps» unter dem Kommando des Sonderführers Otto Werba auf. Das Korps bestand aus 1.000 Mann. Später wurde es in das «1. Kalmykische Regiment» umbenannt und in die 162. «Turkestanische Division» eingegliedert. Zudem wurde 1942 aus gebürtigen Georgiern, Armeniern, Aserbaidshanern das «Bataillon Bergmann» aufgestellt, das die georgische Strasse einnehmen und den Deutschen den Weg frei machen sollte. Dieses Unternehmen sollte jedoch scheitern.

Insgesamt war es dem «Unternehmen Zeppelin» in den Jahren 1941-1943 gelungen, 90 Bataillone mit Mannschaften aufzustellen, die im Kaukasus, in Mittelasien und an der Wolga geboren worden waren. In der deutschen Armee gab es bis zu 45.000 Soldaten mit einer sehr geringen Kampfkraft, die nur für den Wachdienst und Strafexpeditionen eingesetzt werden konnten. Ihr Kampf gegen die Rote Armee endete oftmals tragisch.

Generalleutnant Wlassow

Am 13. Juli 1942 geriet der Kommandant der 2. Angriffsarmee, Generalleutnant Andreij Wlassow in deutsche Gefangenschaft. Nach den Aussagen der Soldaten, Offiziere und Generäle, die ihn kannten, und nach Meldungen

der Abteilungen dieser Armeen an der Wolchowfront und Leningradfront dachte Wlassow bis zum Augenblick der Gefangennahme nicht daran, gegen das stalinistische Regime anzutreten, sondern kämpfte ehrlich und mit Erfolg gegen die deutsche Wehrmacht. Noch im Herbst 1941, als er aus der Kiewer Umzingelung floh, ging er mehr als vierzig Tage durch den rückwärtigen Raum der deutschen Armee und kam Anfang November bei Kursk an. Berichten zufolge zeigte sich Wlassow sehr stolz auf sein Treffen mit Stalin, bei dem er die Auszeichnung mit dem Roten Banner erhalten hatte.

Er war wohl kaum als ideologischer Gegner Stalins zu bezeichnen. Als Wlassow nach dem Ende des Krieges verhaftet wurde, fand man bei ihm das Parteibuch der Kommunisten, das er während seiner gesamten Gefangenschaft aufbewahrt hatte. Zum Heimatverräter, aber nicht zum Verräter des Bolschewismus, wurde er am 15. Juli 1942, als er in einem Verhör im Stabsquartier der Armeegruppe «Nord» erklärte, dass das sowjetische Kommando kaum Kräfte besäße, um die Frontlinie zu halten, geschweige denn eine Offensive zu starten. Daraufhin wurden deutsche Reservedivisionen nach Stalingrad und in den Kaukasus verlegt, wo, nach Wlassows Hinweis, das Epizentrum der Ereignisse lag. Wlassow unterschrieb ein Memorandum, in dem er ein Zentrum für die Aufstellung einer russischen Armee vorschlug. Zudem plädierte er dafür, den Kampf mit Stalins Regierung zu führen, eine neue Ordnung in Europa zu schaffen und den Vorwurf des Verrates, der auf allen sowjetischen Kriegsgefangenen lastete, fallenzulassen. Somit fing General Wlassow an, zugunsten des Deutschen Reiches zu arbeiten, indem er die Truppen der Roten Armee und deren rückwärtigen Raum zu demoralisieren versuchte. Zuerst tat er es auf Fahrten zu den Stationierungsorten der «Ost-Bataillone», durch Auftritte vor den Soldaten, vor der Bevölkerung besetzter Städte und durch Vorbereitung von Flugblättern.

Ende 1942 gab die deutsche Presse die Errichtung eines «Russischen Komitees» bekannt, zu dessen Vorsitzenden General Wlassow ernannt worden war. Sekretär wurde der ehemalige Stabschef der 19. Armee Generalmajor Wassilij Malyschkin, der sich bei Wjasma am 24. Oktober 1941 ergeben hatte. Im Januar 1943 in Dabendorf bei Berlin wurde die «1. antibolschewistische Konferenz ehemaliger Soldaten und Kommandeure der Roten Armee» abgehalten und der «Smolensker Aufruf» herausgegeben. Dies fand in einer Propaganda-Schule statt, die nach dem Plan des «Unternehmens Zeppelin» gegründet worden war. Zur gleichen Zeit wurde auch die Gründung der «Russischen Befreiungsarmee», ROA, bekanntgegeben.

Am 16. September 1944 wurde Wlassow vom Reichsführer der SS Heinrich Himmler eingeladen, der ihm vorschlug, an der Gründung eines politischen Zentrums, das die Leitung aller antisowjetischen Organisationen in Deutschland und auf deren besetzten Gebieten übernehmen sollte, mitzuwirken. Am 14. November fand in Prag eine Sitzung dieses Zentrums, genannt «Komitee für die Befreiung der Völker Russlands», KONR, statt. Zum Vorsitzenden wurde Wlassow gewählt. Die deutsche Bezeichnung dieses Komitees blieb jedoch zumindestens in den Ausweisen erhalten: «Hauptverwaltung der SS. Russische Abteilung».

Im August 1943 meldete der Volkskommissar der Staatssicherheit der UdSSR, Wsewolod Merkulow, dass die kriegsgefangenen Majore der Roten Armee Fedosenko und Fedorow zum Stützpunkt der Operationsgruppe des Volkskomitees für Staatssicherheit der UdSSR kamen. Sie berichteten, dass der Stabschef der Schule, der kriegsgefangene Artilleriechef der 8. Armee, ein Brigadekommandeur Michail Bogdanow, antideutsch eingestellt sei. Am 11. Juli traf sich Lopatin mit Bogdanow und gab ihm den Auftrag, in das Hauptquartier von Wlassow einzudringen, um ihn zu liquidieren oder zu diskreditieren.

Bogdanow konnte jedoch seinen Auftrag nicht ausführen, obwohl es ihm gelang, sich im Hauptquartier des «Komitees für die Befreiung der Völker Russlands» einzuschleusen. Er erhielt den Rang eines Generalmajors der russischen Befreiungsarmee und den Posten eines Artillerieabteilungsführers. Nach seiner Rückkehr in die UdSSR wurde Bogdanow erschossen. Seine letzte Worte vor Gericht waren: «Was konnte ich denn alleine ausrichten?».

Die meisten sowjetischen Kriegsgefangenen, die unter verschiedenen Umständen in den Dienst der deutschen Streitkräfte gelangten, versuchten, zu ihren Einheiten zurückzukehren. Aber am 27. Dezember 1941 kam ein Erlass des Staatskomitees für Verteidigung der UdSSR heraus, aus dem hervorging, dass die befreiten oder aus der Gefangenschaft geflohenen und aus der Einkesselung entkommenen «ehemaligen Militärangehörigen der Roten Armee» zur Untersuchung in Sonderlager des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR gebracht wurden, die dem Zuchthaus oder einem Arbeitslager glichen. Ihre Familien bekamen keine staatlichen Zuwendungen – oft die einzige Möglichkeit, zu überleben. Als diese Nachrichten auf der anderen Seite der Front bekannt wurden, sank die Zahl derer, die freiwillig zurückkehren wollten. Zahlreiche Offiziere, wie beispielsweise der Bataillonskommissar Tschugunow, wurden erst 1965 rehabilitiert – viele von ihnen bis heute nicht...

Verlegung und Umstrukturierung

Zum Ende 1943 wurden fast alle «Ost-Einheiten» von der Ostfront in den Westen verlegt. Es war zu riskant, sie auf dem Territorium der Sowjetunion zu belassen. Zu diesem Zeitpunkt ging

Prominentester Überläufer: Der sowjetische General Andreij Wlassow im Gespräch mit NS-Propagandaminister Joseph Goebbels.



General Wlassow vor dem russischen Ostbataillon. Die Aktionen der Russischen Befreiungsarmee unterstehen dem Kommando der SS.



die deutsche Regierung dazu über, die Pläne in die Tat umzusetzen und diese Einheiten – inzwischen «Freiwillige» genannt – zu vergrössern. Am 23. November 1944 gab das Oberkommando des Heeres den Befehl, die «russische» 600. Infanteriedivision aufzustellen. Die 600. Division sollte aus folgenden Verbänden aufgestellt werden: der 29. «russischen» Division der SS und der «russischen» Bataillone, die sich in Europa auf dem westlichen Kriegsschauplatz befanden. Der Personalbestand der 30. «russischen» Division der SS, die in Weissrussland aufgestellt wurde, fand Verwendung nach einer zusätzlichen Anordnung. Politische Ziele für die Verwendung der 600. Division bestimmte der Reichsführer der SS, Himmler. Die Einsetzung der Offiziere auf ihre Posten geschah nur nach Rücksprache mit dem Generalinspekteur der «freiwilligen» Truppen.

Dem Befehl entsprechend wurde die Aufstellung der Division vom Deutschen Stab geleistet. Von einer Beteiligung des «Komitees für die Befreiung der Völker Russlands» war im Befehl nicht die Rede. Im Rahmen der «Wlassow-Aktionen», so hiessen die Massnahmen, die das «Unternehmen Zeppelin» nach September 1944 durchführte, wurden Gerüchte verbreitet, nach denen Zehntausende von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern sich auf den Aufruf gemeldet und den Wunsch geäussert hätten, in der Russischen Befreiungsarmee zu dienen. Aber schon allein die oben er-

wähnte Anordnung widerlegt die-se Gerüchte. In die 1. Division der ROA wurden nicht Kriegsgefangene, sondern «russische» SS-Leute, Angehörige der Strafkommandos, die ihre Heimat Erde mit Blut begossen hatten, aufgenommen.

Im März 1945 schickte Himmler an Wlassow ein Telegramm mit der Mitteilung, dass der Führer ihn zum Kommandierenden der 600. und der 700. Division ernannt habe. Der Befehl des Oberkommandos des Heeres wurde mit dem Reichsführer der SS und der Hauptleitung der SS abgestimmt und sah die Gründung eines Hauptquartiers der Streitkräfte des «Komitees für die Befreiung der Völker Russlands» vor. Unterzeichnet wurde das Dokument fünf Tage vor dem Fall Berlins, am 28. April 1945.

Am 13. April 1945 trat die 600. Abteilung mit zwei Bataillonen und einer Panzerabwehreinheit mit der Unterstützung eines Artillerieregiments in den Kampf mit Einheiten der Roten Armee ein. Die Wlassow-Kämpfer traten ungeordnet den Rückzug an und liessen ihre Toten, Verwundeten, Waffen und Ausrüstung zurück. Entgegen den Befehlen des deutschen Kommandos setzte sich die Abteilung in Richtung Österreich in Bewegung, um auf das sich aus Jugoslawien zurückziehende 15. «Kosaken»-Kavalleriekorps zu treffen. Dorthin bewegten sich auch andere Einheiten der KONR-Streitkräfte. Nach Aussage von Beteiligten war der Plan recht simpel: Man wollte die Tiroler Alpen erreichen, einige Schluchten besetzen, die für die Flieger unerreichbar waren, und abwarten, bis sich die Beziehungen zwischen der UdSSR, England und den USA verschärften...

Prager Aufstand

Auf dem Weg der 600. Abteilung lag Prag. Am 6. Mai begann der Aufstand der Prager Bevölkerung. Die Vertreter der Aufständischen wandten sich an den Divisionskommandeur

Bunjatschenko mit der Bitte, gegen Gewährung politischen Asyls die Aufständischen zu unterstützen. Wlassow lehnte es ab, an den Verhandlungen teilzunehmen. Am 8. Mai marschierte die Einheit in Prag ein, ohne auf Widerstand der deutschen Truppen zu stoßen. Bis dahin hatten weitsichtige Leute aus dem Stab des KONR Tarnmassnamen für sich getroffen: Sie entfernten das Abzeichen der

Wehrmacht von der Uniform und nähten die Adler des ROA- Emblems vom linken auf den rechten Ärmel der deutschen Uniform um. Diese äusseren Zeichen sollten den Alliierten gegenüber als Beweis dafür dienen, dass die Einheiten des KONR nichts mit den «Ost-Truppen» gemeinsam hatten. Berlin war schon gefallen, bis zum Kriegsende blieben nur wenige

Manifest

Verkündet anlässlich der Gründung des Komitees zur Befreiung der Völker Russlands am 14. November 1944 im Hradschin zu Prag (Auszug)

Das Komitee zur Befreiung der Völker Russlands setzt sich folgende Ziele:

- Sturz der Tyrannei Stalins, Befreiung der Völker Russlands vom bolschewistischen System und Wiederherstellung der Rechte, die die Völker Russlands sich in der Volks- revolution von 1917 erobert haben.
- Beendigung des Krieges und Abschluss eines ehrenvollen Friedens.
- Errichtung einer neuen, freien, nationalen Staatlichkeit ohne Bolschewismus und Ausbeuter.

Basis der neuen Staatlichkeit der Völker Russlands sollen folgende Grundsätze sein:

1. Gleichheit aller Völker Russlands und ihr Recht auf nationale Entwicklung, Selbstbestimmung und gegebenenfalls staatliche Selbständigkeit.
2. Ordnung der nationalen Arbeit, bei der alle Interessen des Staates den Aufgaben der Hebung des Wohlstandes und der Entwicklung der Nation untergeordnet sind.
(...)
6. Abschaffung der Kolchosen, unentgeltliche Übergabe des Grund und Bodens in das Privateigentum der Bauern. Freiheit in der Form der Landbewirtschaftung. Freie Nutzung der Erträge der eigenen Arbeit. Abschaffung der Zwangsablieferungen und der Schuldverpflichtungen, die der Sowjetmacht gegenüber eingegangen wurden.
7. Unantastbarkeit des durch Arbeit erworbenen Privateigentums. Wiederherstellung des Handels und des Handwerks und Gewährung des Rechts und der Möglichkeit, am Wirtschaftsleben des Landes teilzunehmen.
(...)
9. Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und des Schutzes vor jeder Ausbeutung für alle Werktätigen, unabhängig von ihrer Herkunft und früheren Tätigkeit.
(...)
11. Vernichtung des Terror- und Gewaltregimes. Abschaffung der Zwangsumsiedlung und Massendeportation. Gewährung der Freiheit der Religion und des Gewissens, des Wortes, der Versammlung, der Presse. Garantie der Unantastbarkeit der Person, des Vermögens, des Heimes. Gleichheit aller vor dem Gesetz, Unabhängigkeit und Öffentlichkeit der Rechtsprechung.
12. Befreiung aller politischen Häftlinge und Rückführung in die Heimat aus den Gefängnissen und Lagern aller, die wegen ihres Kampfes gegen den Bolschewismus belangt wurden.

Manifest für ein Russland «ohne Kommunisten und ohne Kapitalisten»: Das «Komitee zur Befreiung der Völker Russlands» entwirft ein Zukunftsbild.

Tage. Es war nicht schwer, nach Prag einzumarschieren. Aber um Prag befreien zu können, waren nach den Gesetzen des Angriffskampfes einige Dutzend Abteilungen notwendig, also fünf Mal so viele Soldaten, als die deutsche Garnison in Prag zur Verfügung hatte. Am Morgen des 9. Mai marschierten die 3. und die 4. Garde-Panzerarmee in Prag ein und nahmen die deutsche Garnison, 50.000 gut bewaffnete Soldaten und Offiziere, gefangen. Die Wlassow-Angehörigen verschwanden noch am Abend des 8. Mai aus Prag...

Die «Kosaken»-Formationen zählten an die 30.000 Mann, mittelasiatische und kaukasische Bataillone bis zu 45.000 Mann. Die Streitkräfte des KONR, – für gewöhnlich werden diese Formationen «Russische Befreiungsarmee» genannt, aber solch ein operativer Verband bestand de facto nie –, die sich aus Wlassows Armee und dem Stab des KONR, den Luftstreitkräften der Russischen Befreiungsarmee, den Offiziersschüler-Reserve-Brigaden und den Offiziersschulen zusammensetzen, zählten an die 50.000 Mann. Diese Zahl bestätigten sowohl Wlassow als auch der Stabschef des KONR, Fedor Truchin, in ihren Verhören. Die 559. «russische» Brigade, von der nur ein Regiment übrigblieb, zählte an die 6.000 Angehörige.

Zudem müssen noch die SS-Formationen der Balten mit 48.000 Mann, die 14. SS-Einheit des «Galitschin» mit weiteren 12.000 Mann und die SS-Bewachungseinheit «Dierlewanger» mit 10.000 Mann aufgezählt werden. In den unbewaffneten «Arbeitsbataillonen», die aus sowjetischen Kriegsgefangenen zusammengestellt worden waren, dienten insge-

samt weitere 30.000 bis 40.000 Mann. Ungefähr 60 Prozent der sowjetischen Bürger bei den deutschen Streitkräften waren Kriegsgefangene und in Einkesselung geratene Soldaten der Roten Armee, die übrigen Hilfswilligen kamen aus der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete. Berücksichtigt man noch die Angehörigen der Aufklärungs- und Diversionsschulen, dienten etwa 250.000 sowjetische Bürger bei den deutschen Streitkräften.

Über die Verluste der Roten Armee durch die Gefangennahme ihrer Soldaten gibt es unterschiedliche Auffassungen. Nach deutschen Angaben waren es über 5,27 Millionen. Nach Angaben der amerikanischen Kommission unter General Wood betragen die Verluste etwa 4 Millionen. Zum gleichen Ergebnis – 4.059.000 Mann – kommt der Generalstab der russischen Streitkräfte. Daraus ergibt sich, dass maximal 0,4 Prozent der sowjetischen Kriegsgefangenen aus unterschiedlichsten Gründen in den Militärdienst des Gegners getreten waren.

Nach dem Krieg wurden über 1.800.000 ehemalige Kriegsgefangene und über 3,5 Millionen Zivilpersonen repatriiert. Die verbleibenden über zwei Millionen Kriegsgefangenen und 1.230.000 Zivilpersonen sind in der Gefangenschaft umgekommen. Etwa 450.000 Sowjetbürger, darunter über 172.000 ehemalige Kriegsgefangene, weigerten sich nach dem Ende des Krieges, in die Sowjetunion zurückzukehren. Mehr als 148.000 Repatrianten, unter ihnen ehemalige Angehörige der Wlassow-Armee, wurden für sechs Jahre in die Verbannung nach Sibirien geschickt.

Angst vor der Rückkehr

Die Repatriierung sowjetischer Staatsbürger und ihr weiteres Schicksal (1944-1956)

Viktor Semskow



Die Repatriierung sowjetischer deportierter Personen und ihr Schicksal ist in der Sowjetunion eines der am wenigsten erforschten Themen der Zeitgeschichte. In der UdSSR wurden bis Ende der achtziger Jahre alle entsprechenden Dokumente streng geheim gehalten. Da Quellen als Basis und daher objektive Information fehlten, konnte zu dem Thema eine Vielzahl an Legenden und verzerrten Vorstellungen entstehen.

Heute endlich haben Forscher den Zugang zu den lange Jahre geheimgehaltenen Quellen erhalten – zu den Unterlagen der im Oktober 1944 gegründeten «Verwaltung des Bevollmächtigten des Volkskommissariates der Sowjetunion für Repatriierungsangelegenheiten». An der Spitze dieses Amtes stand Generaloberst F. I. Golikow, der ehemalige Lei-

ter des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes. Diese Dokumente dienten als Hauptquelle bei der Erstellung des vorliegenden Beitrages. Ausserdem wurden Dokumente der Verwaltung des Rates der Volkskommissare, der Hauptverwaltung der Arbeits-Besserungslager, GULAG, der Abteilung der Untersuchungs- und Filtrationslager des Innenministeriums, NKWD, der UdSSR, der Abteilung für Deportation des Innenministeriums sowie der neunten Verwaltungsstelle des Ministeriums für Staatssicherheit untersucht.

Das komplizierte Problem der Repatriierung deportierter Bürger der Sowjetunion und ihr Schicksal ist in der UdSSR äusserst unterschiedlich behandelt worden. Es umfasst zahlreiche Aspekte und Nuancen, von denen viele an dieser Stelle nicht einmal in knapper Form berücksichtigt werden können. Daher soll das wesentliche Augenmerk auf die wichtigsten Informationen zur Dynamik der Repatriierung aus Deutschland und anderen Ländern, der Anzahl und Zusammensetzung der Heimkehrer, deren Untersuchung und «Ausfilterung» sowie auf das weitere Schicksal der verschiedenen Kategorien dieser Personen gerichtet werden.

Das von Generaloberst Golikow geleitete Amt stellte fest, dass ausserhalb der UdSSR etwa fünf Millionen Sowjetbürger den zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Die meisten von ihnen waren Ostarbeiter, also sowjetische Zivilisten, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland und in andere Länder verschleppt worden war. Zudem hatten ungefähr 1,7 Millionen Kriegsgefangene, einschliesslich derjeni-

Von amerikanischen Truppen befreit: Jahre der Entbehrungen zeichnen das Gesicht des russischen Kriegsgefangenen.

Auf dem Weg in die Heimat: Ein Fahrzeug der Roten Armee sammelt ehemalige Kriegsgefangene für die Rückführung.





Ende der Gefangenschaft: Alliierte Truppen befreien im Frühjahr 1945 russische Kriegsgefangene aus dem Lager Hemer in Westfalen.

gen, die beim Feind in den Militär- oder Polizeidienst getreten waren, Krieg und Lager überlebt. Hierzu zählten auch zehntausende von sogenannten Hilfwilligen und den verschiedensten Flüchtlingen – häufig mit ihren Familien – die beim Rückzug der Wehrmacht mit den Deutschen die UdSSR verlassen hatten.

Die Dokumente des Repatriierungsamtes lassen die Schlussfolgerung zu, dass im Herbst 1944 die oberste sowjetische Leitung über Meldungen aus anglo-amerikanischen Quellen beunruhigt war: Aus den Meldungen ging hervor, dass die meisten Kriegsgefangenen der sowjetischen Regierung gegenüber feindlich eingestellt seien und nicht in die UdSSR zurückkehren sollten. Dennoch bezweifelte die Führung der Sowjetunion die Glaubwürdigkeit solcher Informationen. Sie ging davon aus, dass sowjetische Kriegsgefangene in der Regel nicht von Bürgern des Mittelstandes, Gutsbesitzern oder Grossbauern, sondern von einfachen Arbeitern und Bauern abstammten und somit keine ernsthaften objektiven Gründe haben dürften, die sowjetische Regierung zu hassen. Zudem bestätigten verschiedene andere Quellen, unter anderem auch der Auslands- und der militärische Nachrichtendienst, dass der grösste Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen in die Heimat zurückkehren wolle und prosowjetisch geblieben sei.



Ansprache: Nach Deutschland deportierte Bürger der Sowjetunion werden über ihre bevorstehende Repatriierung informiert.

Pflicht zur Rückkehr

Es gab verhältnismässig wenig Kollaborateure unter den sowjetischen Gefangenen. Die erdrückende Mehrheit dieser Sowjetbürger ausserhalb der UdSSR befand sich in Konzentrationslagern, Kriegsgefangenenlagern, Arbeitslagern, Straflagern oder als sogenannte Fremdarbeiter bei privaten Dienstherren. Der deutschen Propaganda gelang es kaum, unter diesen Gefangenen Hassgefühle gegenüber den sowjetischen «Bolschewiken» und deren Verbündeten, den anglo-amerikanischen «Plutokraten», zu wecken. Nach wie vor nahmen sie Berichte über die Siege der Roten Armee und der anglo-amerikanischen Streitkräfte mit Genugtuung auf. Dennoch beunruhigte die Kriegsgefangenen, dass ihnen bei ihrer Rückkehr in die UdSSR Unannehmlichkeiten drohen könnten, wenn ihr Leben und ihre Beschäftigung ausserhalb der Sowjetunion oder die Umstände, unter denen sie in Gefangenschaft geraten waren, untersucht würden.

Am meisten aber beschäftigte sie ein ganz anderes Problem: Da sie von der negativen und misstrauischen Einstellung der regierenden Kreise der UdSSR gegenüber allem «Fremdländischen» und allen Personen, die sich im Ausland aufgehalten hatten, wussten, mussten sie befürchten, dass die sowjetische Regierung ihnen nicht gestatten könnte, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Grossteil der sowjetischen Deportierten hatte also keine Angst davor, dass die Regierung ihnen nicht erlauben werde, im Westen zu bleiben, sondern davor, dass sie ihnen die Rückkehr in die Sowjetunion verwehren könnte.

Diese Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Die Sowjetunion, die ungeheure Verluste an Menschen erlitten hatte, war stark an der Rückkehr der deportierten Personen interessiert. Dabei setzte sich die oberste Sowjetregierung zum Ziel, alle Bürger ohne Ausnahmen zurückzuführen, ungeachtet der Wünsche eines Teils der Deportationen, im

Westen zu bleiben. Die Repatriierung wurde zur Pflicht erklärt.

Dies bedeutete nicht, dass fast alle sowjetischen Staatsbürger entgegen ihrem Wunsch in die UdSSR zurückgebracht wurden. Unter Berufung auf zahlreiche Zeugnisse, so auch auf Fragebögen und Erklärungen der Repatriierten, lässt sich feststellen, dass mindestens 80 Prozent der «Ostler», also der Einwohner der UdSSR in den Grenzen vor dem 17. September 1939, im Falle einer Repatriierung freiwillig in die UdSSR zurückgekehrt wären.

Die «Westler» hingegen, also die Einwohner der aufgrund des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes von der UdSSR eroberten Territorien Baltikum, des Westens der Ukraine und Weissrusslands, des westlichen Moldawiens und der Nord-Bukowina, unterschieden sich verständlicherweise deutlich in ihrer Mentalität, ihrem moralpsychologischen Zustand sowie ihrer politischen Überzeugung und Wertorientierungen von den «Ostlern».

Die Mehrheit der «Westler» war nicht bereit, in die Sowjetunion zurückzukehren. Sofern sie sich in dem von der Roten Armee kontrollierten Gebiet aufhielten, wurden sie unter Zwang in die UdSSR zurückgebracht, während die sowjetischen Deportierten in den westlichen Besatzungszonen von den Anglo-Amerikanern von der Pflicht zur Heimkehr befreit wurden: Die Alliierten übergaben den sowjetischen Behörden nur diejenigen «Westler», die dies ausdrücklich wünschten.

Während des Krieges mit Deutschland und in den ersten Monaten nach Kriegsende hatten die Anglo-Amerikaner die nichtrückkehrwilligen «Ostler» der Sowjetunion gewaltsam ausgeliefert. Seit September/



Jubel für den Fotografen: Befreite Kriegsgefangene senden ihre Grüße an Stalin und an die Heimat.

Oktober 1945 begannen sie jedoch damit, das Prinzip der freiwilligen Heimkehr auch für die «Ostler» anzuwenden; endgültig wurde dieses Prinzip mit Beginn des Kalten Krieges angewandt.

Nach dem Stand vom 1. Januar 1952 schätzte Golikows Behörde die Zahl der neuen «russischen» Emigration, die sich aus Deportierten zusammensetzte, auf 451.561 Personen. In dieser Zahl sind ehemalige Sowjetdeutsche, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland geworden waren, Bessaraber, Bukowiner, die die rumänische Staatsangehörigkeit annahmen, sowie einige andere, nicht enthalten. Es gab wesentlich mehr «Westler» als «Ostler». Von den 451.561 «Westlern» waren 144.934 Ukrainer, 109.214 Letten, 63.401 Litauer, 31.704 Esten, 31.704 Russen, 9.856 Weissrussen und 33.528 Personen aus anderen Gebieten. Unter den Ukrainern und Weissrussen



Zwangsauslieferung: Nur mit Gewalt können die US-Soldaten den befreiten Kriegsgefangenen an die sowjetischen Behörden ausliefern.

dominierten die Personen, die aus den westlichen Regionen der Ukraine und Weissrussland stammten. Bei dieser Welle der «russischen» Emigration fällt auf, dass der Anteil der Russen lediglich sieben Prozent betrug.

Golikows Interview

Anfang November 1944 gab Golikow einem Korrespondenten der TASS ein Interview, in dem er die Politik der sowjetischen Regierung zur Frage der Repatriierung der sowjetischen Staatsbürger darlegte: «...Menschen, die dem sowjetischen Staat gegenüber feindlich eingestellt sind, versuchen, durch Betrug, Provokation und dergleichen das Bewusstsein unserer Bürger zu vergiften und sie dazu zu bringen, die ungeheuerliche Lüge zu glauben, die sowjetische Heimat hätte sie vergessen, sich von ihnen losgesagt und zähle sie nicht mehr zu den sowjetischen Bürgern. Diese Leute schüchtern unsere Landsleute damit ein, dass sie Repressalien ausgesetzt würden, falls sie in ihre Heimat zurückkehrten. Es ist überflüssig, solchen Unsinn zu de-

mentieren.... Das sowjetische Land erinnert sich ihrer Bürger, die in die deutsche Sklaverei geraten sind, und sorgt sich um sie. Sie werden wie Söhne ihres Vaterlandes zu Hause empfangen werden. In sowjetischen Kreisen ist man der Meinung, dass sogar die Sowjetbürger, die unter deutschem Zwang und Terror Taten entgegen den Interessen der UdSSR begangen haben, nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat ehrlich ihre Pflicht erfüllen».

Golikows Interview wurde daraufhin als offizielle Regierungsansprache der UdSSR an die Kriegsgefangenen und internierten Bürger verwendet. Sie wurde von den Deportierten mit Befriedigung aufgenommen, obwohl sie quälende Fragen nicht löste. Im Einzelnen war nicht deutlich geworden, inwieweit die Gefangenen dafür zur Verantwortung gezogen würden, dass sie in Kriegsgefangenschaft geraten waren. Formell wurde die strafrechtliche Verfolgung nicht ausser Kraft gesetzt, auch wenn sie in der Praxis nur selten angewendet wurde. Schliesslich wurde dieses Problem durch den Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 7. Juli 1945

«Amnestie in Verbindung mit dem Sieg über Hitler-Deutschland» gelöst. Laut diesem Erlass sollten die befreiten Kriegsgefangenen nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Der überwiegende Teil der Sowjetbürger, die zur Repatriierung anstanden, wurde in Front- und Armeelagern, Sammel- und Etappenstationen des Volkskommissariats für Verteidigung und den Überprüfungs- und Filtrationsstellen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten überprüft, die übrigen Kriegsgefangenen in militärischen Reserve- Einheiten. Die Gefangenen, die dem NKWD beziehungsweise der militärischen Ab-

Gruppenbild mit Offizieren: Die Mitglieder des Sowjetischen Volkskommissariats für Repatriierungsangelegenheiten.



wehrorganisation SMERSCH während der Verhöre «kriminell» oder «verdächtig» erschienen, wurden für gewöhnlich zu einer genaueren Untersuchung in die Sonderlager des NKWD überführt, die im Februar 1945 in Überprüfungs- und Filtrationslager umbenannt wurden, ebenso in die Arbeits-Besserungslager der Hauptverwaltung des GULAG.

Sechs Jahre «Speziallager»

Personen, die in den Lagern, Sammel- und Etappenlagern und in den Reserveeinheiten des Volkskommissariats für Verteidigung und in den Überprüfungs- und Filtrationsstellen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten überprüft wurden, gehörten nicht zum Sonderkontingent des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten. Die meisten der Repatriierten, die dem NKWD übergeben wurden, hatten sich, so die offizielle Anschuldigung, der «direkten Zusammenarbeit mit den fremdländischen Eroberern» schuldig gemacht und unterlagen nach dem Gesetz für das Überlaufen zum Feind in Kriegszeiten der schlimmsten Strafe, bis hin zur Todesstrafe. In der Praxis wurden die meisten von ihnen jedoch sechs Jahre in «Speziallagern» interniert, und hatten dort Zwangsarbeit zu leisten.

Gemäss den Dienstanweisungen, die den Leitern der Überprüfungs- und Filtrationslager und anderer Überprüfungsorgane vorlagen, waren aus der Zahl der Repatrianten folgende Personen zu verhaften und vor Gericht zu stellen: Leitende Offiziere und Kommandeure der Polizeiorgane, der «Volkswache», der «Volksmiliz», der «Russischen Befreiungsarmee», der nationalen Legionen und anderer ähnlicher Organisationen, Polizisten und Mitglieder der aufgezählten Organisationen, die an Strafexpeditionen im Dienst der SS oder des SD in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten teilgenom-

men hatten sowie ehemalige Angehörige der Roten Armee, die freiwillig zum Gegner übergelaufen waren; Bürgermeister, hohe faschistische Beamte, Mitarbeiter der Gestapo und anderer deutscher Straf- und Abwehrorgane und Dorfälteste, die den Besatzern aktive Hilfe geleistet hatten.

Die während des Krieges aus der feindlichen Gefangenschaft befreiten Armeeangehörigen wurden in den meisten Fällen nach einer kurzen Überprüfung wieder in den Dienst der Armee gestellt, wobei die Mannschafts- und Sergeantskader in der Regel in gewöhnlichen Truppen eingesetzt wurden, die Offiziere verloren gewöhnlich ihren Rang und wurden Strafbataillonen zugewiesen. So waren in der Nachkriegszeit, wie es 1946 in dem Märzbericht der Verwaltung des Bevollmächtigten des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion für Repatriierungsangelegenheiten hiess, «die befreiten Offiziere in Lager des NKWD und in Reserveeinheiten der Hauptverwaltung für die Aufstellung der Roten Armee eingewiesen worden, um sie genauer zu überprüfen und ihre Kategorie festzustellen. Nach der Überprüfung wurden diejenigen, denen keine Vergehen vorgeworfen werden konnten, den Streitkräften für den weiteren Militärdienst zugeteilt oder sie wurden zu Reservisten.

Mit den übrigen verfuhr man gemäss der Anweisung des Innenministeriums: Bis zum 1. März 1946 waren von den repatrierten Kriegsgefangenen 123.464 Offiziere – 311 Oberste, 455 Oberstleutnants, 2.346 Majore, 8.950 Hauptleute, 20.864 Oberleutnants, 51.484 Leutnants und 39.054 Unterleutnants – registriert worden. Bemerkenswert ist auch, dass sich sowjetische «zuständige Organe» an das Prinzip der Nichtanwendung des Artikels 193 hielten und gleichzeitig verbissen bemühten, viele repatrierte Offiziere gemäss Artikel 58 hinter Gitter zu bringen, indem sie ihnen Spionage, antisowjetische Verschwörung und ähnliche Vergehen vorwarfen. Unter den Offizieren, die zu sechs Jahren

Verbannung verurteilt wurden, waren viele, die weder in Beziehung zu General Wlassow noch zu anderen Überläufern standen. In den Jahren 1946-1952 wurde auch ein grosser Teil jener Offiziere Repressionen unterworfen, die 1945 wieder in den Militärdienst gestellt oder in die Reserve entlassen worden waren. Sie wurden 1946 an ihren Heimorten verhaftet und bis 1953 in Speziallagern der militärischen Abwehrorganisation SMERSCH gefangengehalten.

Von der Armee in Arbeitsbataillone

Nach dem Krieg wurden die Kriegsgefangenen aus den Mannschafts- und Sergeantskadern, die nicht in der deutschen Armee oder Verräter-Gruppierungen gedient hatten, in zwei grosse Gruppen nach ihrem Alter aufgeteilt – in Demobilisierungs- und Nichtdemobilisierungs-Altersgruppen. 1945 wurden nach der Entlassung der Rotarmisten aus der Armee in die Reserve in dem Alter, auf das sich die Verordnung über die Demobilisierung bezog, auch die Kriegsgefangenen aus den Mannschafts- und Sergeantskadern in entsprechendem Alter nach Hause entlassen. Kriegsgefangene aus den Mannschafts- und Sergeantskadern aus der Nichtdemobilisierungs-Altersgruppe wurden wieder in den Militärdienst gestellt. Da der Krieg nun zu Ende war und der Staat nunmehr Arbeiter und keine Soldaten benötigte, wurden in Übereinstimmung mit dem Sonderbeschluss des staatlichen Verteidigungskomitees vom 18. August 1945 Arbeitsbataillone des Volkskommissariats für Verteidigung gebildet. Ausserdem wurden aus den zivilen Repatrianten die Männer der Nichtdemobilisierungs-

Altersgruppe, die nach dem Gesetz zum Dienst in der Armee verpflichtet waren, diesen Bataillonen zugeordnet. In die Arbeitsbataillone wurden diejenigen aufgenommen, die 1941 das Einberufungsalter erreicht hatten. Diejenigen aber, die 1941 das Einberufungsalter noch nicht erreicht hatten und es jetzt erreichten, wurden zum regulären Militärdienst einberufen.

Die Entlassung der ehemaligen Soldaten, die den Arbeitsbataillonen des Volkskommissariats für Verteidigung zugeteilt waren, hing von der zukünftigen Demobilisierung aus der Armee der Zeitsoldaten entsprechenden Alters ab. Obwohl die Arbeitsbataillone mir für die Kriegsgefangenen und die Wehrpflichtigen der Mannschafts- und Sergeantskader vorgesehen waren, wurden ihnen an die 6.000 Offiziere zugewiesen. Im Unterschied zu den für sechs Jahre verbannten Offizieren behielten diese ihre Offiziersränge und ihre Familienmitglieder weiterhin staatliche Zuwendungen.

Mitte der fünfziger Jahre wurden viele heimkehrende Offiziere, die nach dem Krieg zu sechs Jahren Verbannung verurteilt worden waren oder sich im Gefängnis befanden, rehabilitiert. Am 29. Juni 1956 erging vom Zentralkomitee der KPdSU und dem Ministerrat der UdSSR der Erlass «Über die Beseitigung der Folgen von groben Verletzungen der Rechtmässigkeit bezüglich ehemaliger Kriegsgefangener und deren Familienmitglieder». Es wurden Revisionsverfahren für die Offiziere eingeleitet, die in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen und nach dem Krieg Repressionen ausgesetzt waren. Nach Abschluss der Revisionsverfahren wurde eine ganze Reihe von ehemaligen heimkehrenden Offizieren wieder in ihre Ränge versetzt und ihre Familien erhielten wieder das Recht auf staatliche Zuwendungen.

«Essen wurde zum einzigen Streben»

Aus den Erinnerungen des russischen Arztes

Fjodor Iwanowitsch Tschumakow

«Ich erzähle nur das, was in Wirklichkeit geschehen ist. In der russischen Literatur der kommunistischen Zeit war ja nur der sogenannte «sozialistische Realismus» erlaubt – das hässliche Erzeugnis des Bolschewismus. Die Übersetzung verwirklichte ich in der Hoffnung, dass meine Erinnerungen an die Jahre der Kriegsgefangenschaft und die Heimkehr eines Tages in Deutschland gedruckt werden.

... Am neunten Tag meiner Gefangenschaft fand ein wichtiges Ereignis statt: Zum ersten Mal wurde eine warme Mahlzeit verteilt, die in einem grossen Kessel gekocht worden war. Diese Speise nannten wir «Balanda», ein schwer zu übersetzendes Wort. In der deutschen Sprache könnte man es als «Brühe» oder «Trank» bezeichnen. Meine vollständige Fastenzeit nahm ein Ende – sie dauerte insgesamt elf Tage. Während dieser Zeit hatte ich gar keinen Hunger verspürt. Das «grosse Ereignis» erlebten wir unweit des Dorfes Doorinka. Im Lager befand sich ein kleines Schutzdach, unter dem hölzerne Tische und zwei grosse Kessel standen. Das war die Küche. Das Lagergelände wurde durch zwei schmale Gräben in drei Abschnitte geteilt. In einem befand sich die





Küche. Die Gefangenen stellten sich im zweiten Abschnitt in einer langen Reihe auf, kamen zur Küche und erhielten dort eine Schöpfkelle voll «Balanda». Anschliessend mussten sie sich sofort zu dem dritten Lagerabschnitt begeben. Dieses System machte es jedem unmöglich, eine zweite Portion zu bekommen.

Vom Tag der ersten Speiseaufnahme an begann die Empfindung des Hungers. Der Hunger nahm zu und das Essen wurde bald zum einzigen Streben meines Wesens. Während der Verteilung der Mahlzeiten zeigte sich, dass nicht alle Gefangenen die tägliche «Balanda» bekommen konnten, da sie keine Essnäpfe besaßen. Ihre Lage wurde geradezu tragisch: Hast Du keinen Napf, bleibst Du also ohne Essen! Manche besaßen noch Helme, die sie als Geschirr gebrauchten. Aber immer gab es einige Leute, die überhaupt nichts bei sich hatten.

Am Küchenkessel angelangt, waren sie gezwungen, ihre alten und schmutzigen Feldmützen zu benutzen. Die flüssige Brühe drang durch den Stoff und tropfte schon nach wenigen Sekunden zu Boden. Selbst wenn die Gefangenen einen Löffel besaßen, hat-

ten sie keine Zeit, ihn zu benutzen. Sie mussten schleunigst den Inhalt der Feldmütze austrinken. Dabei konnten sie sich auch verbrühen. Wer so ein Schauspiel nicht beobachtet hat, der kann es sich nicht vorstellen!

Die kleinen persönlichen Feldkessel wurden also zu einem unschätzbaren Eigentum und mussten sorgsam verwahrt werden. Ein Gefangener versuchte sogar, meinen zu rauben, was ihm nicht gelang. Seitdem trug ich mein Essgeschirr nur im Rucksack verborgen. Nachts band ich ihn um.

Wir bekamen zwei Schöpfkellen «Balanda» täglich, aber Brot gab es nicht. Statt Brot bekamen wir Ölkuchen aus gepressten Sonnenblumenkernen. Zum Futter der Haustiere sind solche Ölkuchen ein wertvoller Zusatz. Leider ist der menschliche Magen nicht für sie geschaffen. Ohne Schaden konnte man nur einige kleine Stücke täglich davon essen – und das auch nur, wenn man die harten, dunkelbraunen Fladen sorgfältig zerkaute.

Die schlechte Wasserqualität, die Ölkuchen und der in unserer Lage unvermeidliche Schmutz griffen rasch unseren ohnehin geschwächten Körper an: Massenhafte Darmerkrankungen waren die Folge. Ungefähr ein Drittel der Gefangenen war davon betroffen. Viele hatten schmerzhafte Krämpfe und blutigen Stuhlgang. Die Deutschen gerieten in Unruhe, da sie Typhus befürchteten, der auch auf ihre Wachleute und Soldaten übergreifen konnte. Die erschöpften Gefangenen verloren ihre letzten Kräfte und konnten sich nicht mehr selbständig bewegen.....»

Sowjetische Kriegsgefangene
Fotos - Dokumente - Erinnerungen

Dokumente des Leids

Was von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen übrigblieb...

Jörn Borchert

Bis zum Kriegsende waren etwa 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft geraten. Die elende Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen blieb auch vor der deutschen Bevölkerung nicht verborgen: Die Wehrmachtssoldaten an der Ostfront konnten die endlosen Gefangenenkolonnen auf dem Weg in die riesigen Sammellager nicht übersehen. In Städten und Dörfern des Reichsgebiets gehörten die «Russen» zunehmend zum alltäglichen Erscheinungsbild. Auf ihrem Weg von und zu den Arbeitsstätten, in der Landwirtschaft, in den Betrieben oder beim Trümmerräumen in den zerbombten Städten ergaben sich häufig flüchtige, manchmal intensivere Kontakte. Die nationalsozialistische Propaganda vom «bolschewistisch-jüdischen Untermenschen» sowie die argwöhnische Beobachtung durch die Gestapo behinderten zwar diese Kontakte mit der Bevölkerung, konnten sie jedoch nie gänzlich verhindern. Die zerlumpten und oft geradezu exotisch anmutenden Kriegsgefangenen erregten, besonders in der ersten Phase der deutschen Siegesgewissheit, Neugier und Schaulust, zumal sich unter ihnen auch Menschen aus den asiatischen Regionen der Sowjetunion befanden.

Nachdem die deutsche Bevölkerung sich mit zunehmender Dauer des Krieges an die Anwesenheit der sowjetischen Kriegsgefangenen gewöhnt hatte, nahm sie die Gefangenen nicht nur als anonyme Masse von «Untermenschen», sondern mehr und mehr als Individu-

en wahr. Trotz zahlreicher Verbote und Verordnungen des NS-Staates entwickelten sich an den Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und Industrie persönliche Beziehungen. Gefangene wurden nun als qualifizierte Arbeitskräfte und liebenswerte Mitmenschen geschätzt. Aus Mitleid liessen manche den ausgemergelten Gestalten Lebensmittel zukommen: Sie teilten mit ihnen während der Arbeit das Butterbrot, deponierten heimlich am Wegesrand Obst oder tauschten Nahrungsmittel gegen kleine Basteleien ein, die die Gefangenen in ihrer knapp bemessenen Freizeit hergestellt hatten. Viele Deutsche werden dabei gehofft haben, dass den eigenen Ehemännern oder Söhnen, die als vermisst galten und in sowjetischer Kriegsgefangenschaft vermutet wurden, eine ähnliche Unterstützung zuteil würde.

Propaganda und Realität

Fotografien von Sammellagern, in denen nach den grossen Kesselschlachten hunderttausende sowjetischer Soldaten zusammengetrieben worden waren, die Aufnahmen von schier endlosen Gefangenenkolonnen und Transporten – häufig in offenen Güterwaggons, in denen die Kriegsgefangenen wie Vieh zusammengepfercht wurden – dokumentieren in der Ausstellung menschliches Leid und lassen die Bedingungen erahnen, denen die Kriegsgefangenen ausgesetzt waren.

Während des Krieges jedoch dienten diese Fotos der Propaganda. Bis September 1941 hatten bereits **1,4 Millionen Menschen** in den Lagern und auf den Transporten in die Mannschaftsstammlager den Tod gefunden – die meisten waren schlichtweg verhungert oder verdurstet.

Viele der meist heimlich von Wachsoldaten oder Zivilisten gemachten Fotos sowjetischer Kriegsgefangener zeugen vom Interesse an den Fremden. Die schlechte Qualität der meisten erhaltenen Bilder weist darauf hin, dass es den Fotografen mehr um die Dokumentation der mitleiderregenden Lebensumstände als um technische Perfektion ging. Dies unterscheidet die Bilder von denen, die in den grossen Industriebetrieben von Werksfotografen angefertigt wurden. Ihre Aufnahmen spiegeln nur eine oberflächliche Arbeitsrealität wider und gehören eher dem Bereich der Propaganda als dem der Dokumentation an. Die Härte der Arbeit bei unzureichender Ernährung und Versorgung kommt in diesen Bildern nicht zum Ausdruck.

Einzigartig dürfte die Fotoserie sein, die 1941 im Mannschaftsstammlager 319 Chehn in Polen entstanden ist. Sie dokumentiert anschaulich Alltag und Tagesablauf in der Gefangenschaft: Transporte, Filzungen, Arbeit beim Auf- und Ausbau des Lagers, primitive Unterkünfte und Versorgungseinrichtungen, mangelhafte sanitäre Verhältnisse, Nahrungsmittelversorgung, Entlausen der Kleidung und die Anfertigung von Gegenständen, die beim Wachpersonal gegen Nahrungsmittel oder Tabak eingetauscht werden konnten.

Tauschobjekte gegen Nahrung

Noch fünfzig Jahre nach Kriegsende werden in vielen deutschen Familien Gegenstände aufbewahrt, die sowjetische Kriegsgefangene hergestellt und gegen Nahrungsmittel ge-

tauscht haben. Manchmal waren diese Geschenke ein Zeichen des Dankes für eine bessere Behandlung der Kriegsgefangenen als die allgemein übliche.

Berichten der Gestapo ist zu entnehmen, dass sich in der Umgebung der Mannschaftsstammlager und Arbeitskommandos zunehmend ein reger Tauschverkehr zwischen den Kriegsgefangenen und der deutschen Zivilbevölkerung entwickelt hatte. Zeitzeugen berichten davon, dass in erster Linie Kinder Kontakt mit den sowjetischen Männern aufnahmen und die für die Tauschgeschäfte notwendigen Botendienste übernahmen. Da sie von den Organen des nationalsozialistischen Terrorapparates weniger beachtet wurden, konnten sie gefahrloser als ihre Eltern mit den Gefangenen in Kontakt treten.

In manchen Lagern duldeten Aufseher und Lagerkommandanten nicht nur die Herstellung von Tauschobjekten, sondern stellten oft sogar das notwendige Arbeitsmaterial zur Verfügung. So ermöglichten sie, dass die Gefangenen – in geringem Umfang – ihre unzureichende Verpflegung ein wenig aufbessern konnten. Bei Kindern ausserordentlich beliebt waren Holzspielzeuge wie beispielsweise «Pickende Hühner» und andere, mit einfachen mechanischen Elementen versehene Spielzeuge. Die Erwachsenen schätzten die komplizierten Strohflechtarbeiten, die – wie das Spielzeug auch – in der Tradition der russischen Volkskunst standen.

Einige Kriegsgefangene besaßen besondere künstlerische Fähigkeiten. Nachdem im Laufe der Zeit persönliche Beziehungen zwischen Wachpersonal und Lagerinsassen entstanden waren, erhielten sie das für ihre künstlerische Arbeit notwendige Material. Als Auftragsarbeiten fertigten sie nach Fotovorlagen oder nach der Natur Portraits und Landschaftsdarstellungen an. Aus dem Stalag VI A in Hemer sind eine Vielzahl von Gemälden überliefert, die frei aus der Erinnerung gemalt wurden.

Sie lassen die Sehnsucht der sowjetischen Kriegsgefangenen nach der Heimat, der Familie und vergangenen, glücklicheren Tagen erahnen.

Im Vergleich zu den von deutschen Kriegsgefangenen überlieferten Erinnerungsstücken fällt auf, dass nur wenige Gegenstände erhalten geblieben sind, die von den 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen für den Eigenbedarf hergestellt oder von ihnen benutzt worden sind. Meist handelt es sich dabei um Gegenstände aus Metall, die in jüngster Zeit auf dem Gelände ehemaliger Kriegsgefangenenlager bei Erdarbeiten gefunden wurden. Die Masse der in Privatbesitz oder öffentli-

chen Sammlungen zusammengetragenen Objekte war nicht für den Eigenbedarf der Gefangenen bestimmt.

Die Kunstfertigkeit, die diese Gegenstände trotz der verwendeten einfachen Materialien zum Ausdruck bringen, verstellt den Blick auf das unmenschliche Leid, die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und die Unterdrückung, die sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand zu erdulden hatten.

In Verbindung mit der Interpretation von Fotografien und archivalischen Dokumenten wird der zeithistorische und menschliche Hintergrund sichtbar, vor dem die erhaltenen Gegenstände entstanden.



Sammellager für 60.000 sowjetische Kriegsgefangene in Potudan am Don, Juni 1942.



Eisenbahntransport:
Auch bei Frost werden gefangene Rotarmisten häufig in offenen Waggons zusammengepfercht und in die Lager gebracht.



Brotausgabe:
Während des Transportes erhalten sowjetische Kriegsgefangene pro Tag etwa 100 Gramm Brot. Hunderttausende sterben an Unterernährung.

Menschen werden zu Nummern:
*Bei der Registrierung erhält jeder
Gefangene eine Erkennungsmarke wie
hier im Kriegsgefangenenlager
Bad Orb.*

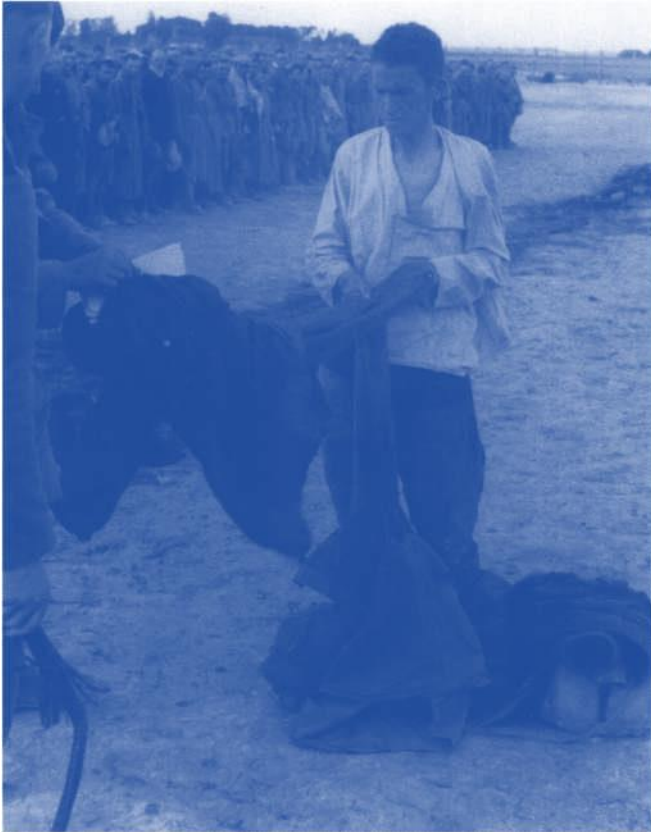


Erfroren, verhungert, erschossen:
*Entlang der Transportwege liegen die
Leichen tausender sowjetischer
Kriegsgefangener.*

Einschub Ulis Bücherecke:

[Wer nur hat sie in Reih' und Glied hingelegt?](#)





Filzung:

Allen Gefangenen werden Waffen, Landkarten und persönliche Dokumente abgenommen.



Flechten eines Zaunes: Stalag 319 Chelm im August 1941. Sowjetische Kriegsgefangene wirken am Aufbau des Lagers mit.

*Gezeichnet von wochenlangen
Märschen und Transporten
kommen sowjetische Kriegs-
gefangene im Mannschafts-
stammlager, Stalag IX A
Ziegenhain an.*



Schuhflicken: *Tagelange
Märsche haben das Schuh-
werk ruiniert. Mit einfachs-
ten Mitteln muss es repariert
werden.*





Feuchte und kalte Erd-baracke: Sowjetische Kriegsgefangene müssen auf dem Boden schlafen, da Mobiliar fehlt.

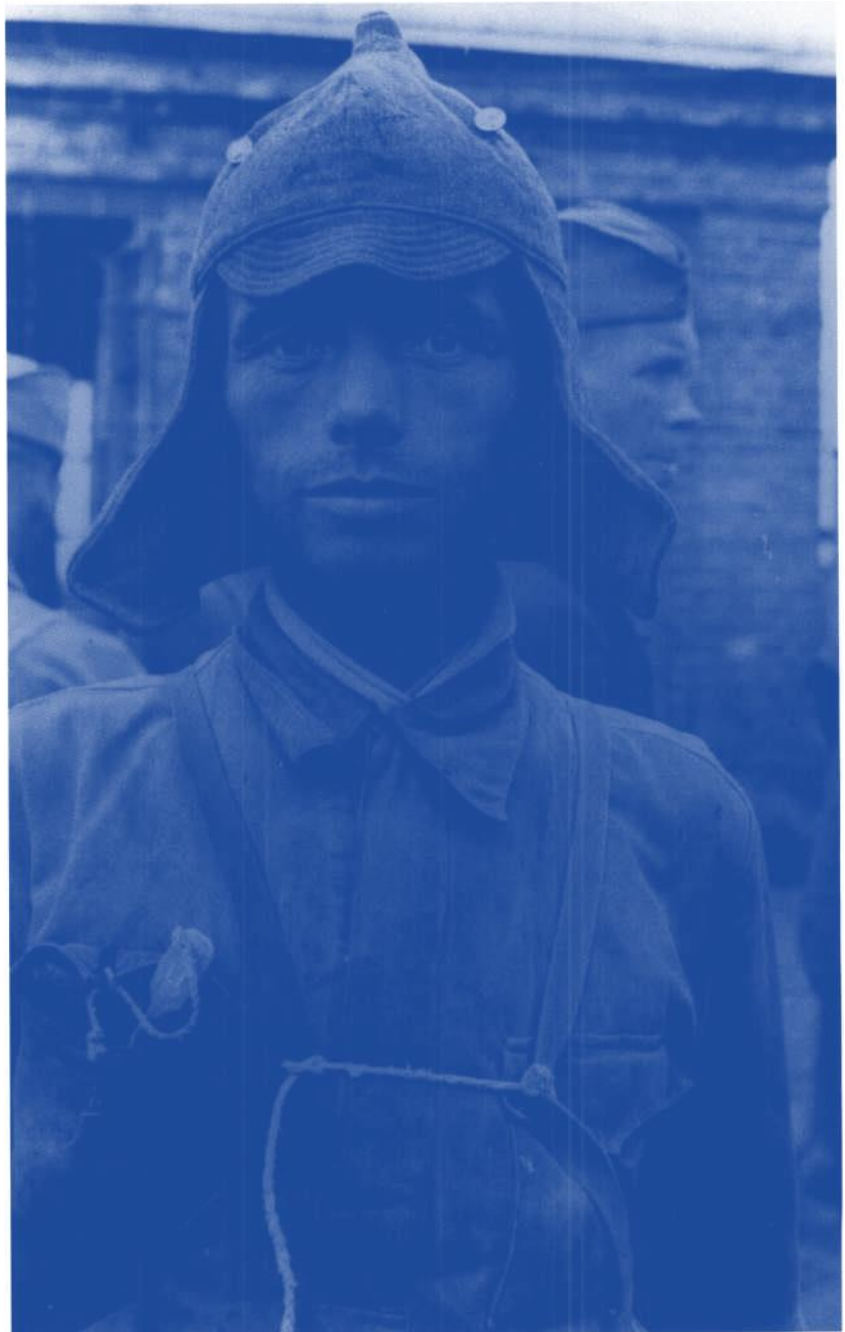
Bau von Erdhöhlen auf freiem Feld: Aus rohen Brettern zimmern die Kriegsgefangenen Unterkünfte, die nur notdürftig einen Schutz vor der Witterung bieten.





**Charakteristisches
Bekleidungsstück:**

*Die Budjonny-Mütze. Sie wird
vor dem Krieg vom Marschall
der Roten Armee Semjon Mi-
chailowitsch Budjonny
eingeführt.*



Bei Grabungsarbeiten auf dem Gelände des Stalag 326/VIK gefunden: Der Becher eines sowjetischen Kriegsgefangenen.



Schlange stehen: Gefangene Rotarmisten holen von der Küche des Stalag IVB das Essen für ihre Mitgefangenen.





Ausgabe von Lebensmitteln:
*Ein sowjetischer Kriegsgefangener
nimmt die Tagesration für sich
und seine Kameraden in Empfang.*



Jedes Gramm zählt:
*Um die kargen Rationen
gerecht aufzuteilen, bauen
die Kriegsgefangenen
einfache Brotwaagen.*

Totale Kontrolle im Lager:
*Wachleute beobachten selbst
die Verrichtung der Notdurft.*



*Läuse werden unter
den unhygienischen und
primitiven Bedingungen
der Lager zur ständigen
Qual. Sowjetische Kriegs-
gefangene suchen die
Kleidung nach ihnen ab.*





Um die Verbreitung von Läusen – Überträger des Fleckfiebers – zu verhindern, werden die Gefangenen kahlgeschoren.

Einschub Ullis Bücherecke

... gab es in den Erziehungsanstalten, der Fortsetzung der KZs bis in die 80er Jahre auch... da hat sich niemand daran gestossen...

Mit zunehmender Dauer des Krieges fehlen auch deutsche Bergleute. Hitler befiehlt, dass sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter ihre Aufgaben übernehmen sollen.

7. Ausfertigung

**Der Führer
und
Oberste Befehlshaber der Wehrmacht**

Führerhauptquartier
den 8. 1943.

Geheime Kommandosache!

Betr.: Abgabe von russischen Kriegsgefangenen und Ostarbeitern
aus der Wehrmacht in den Kohlebergbau.

(...)

Die zur Zeit besonders schwierige Arbeitseinsatzlage im Kohlebergbau zwingt zu besonderen Maßnahmen, wenn nicht die Belieferung der deutschen Rüstungsindustrie mit Kohle, Energie und anderen wichtigen Vorprodukten gefährdet werden soll.

Auf Grund der Schwere der unter Tage zu leistenden Arbeit nimmt der Bergbau insofern eine Sonderstellung ein, als für diese Arbeiten kaum Frauen, sondern im wesentlichen nur bergtaugliche Männer eingesetzt werden können.

Die Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Kohlebergbau zwingt deshalb zu einem Rückgriff auf die bei der Truppe und den Wehrmachtdienststellen im Operationsgebiet, rückwärtigen Heeresgebiet und in den besetzten Ostgebieten (Reichskommissariaten einschl. des Generalgouvernement) vorhandenen russischen Kriegsgefangenen und nicht ortsansässigen Ostarbeiter.

Ich befehle daher:

1) Von der Wehrmacht sind zur Abgabe ins Heimatkriegsgebiet zugunsten des Kohlebergbaus freizustellen:

- a) 200.000 russ. Kriegsgefangene und Ostarbeiter zum 1.8.1943
- b) 200.000 russ. Kriegsgefangene und Ostarbeiter bis Ende 1943

Zu a) und b) müssen je 58% russische Kriegsgefangenen sein.

Die Festsetzung der Abgabebeträge für die einzelnen Wehrmachtsteile erfolgt durch Chef OKW, der auch die erforderlichen Durchführungsbestimmungen erläßt.

Bei der Festsetzung der Abgabequote für die einzelnen Dienststellen und Truppenteile sind Beauftragte des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und der Reichsvereinigung Kohle mit heranzuziehen.

2) Die Rückführung in die Sammelstellen, die zu diesem Zwecke vom Chef OKW im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz einzurichten sind, erfolgt in der Reihenfolge West nach Ost, d.h. die weitesten westlich befindlichen Kriegsgefangenen und zivilen Ostarbeiter werden zuerst, die weitesten ostwärts befindlichen zuletzt abtransportiert.

3) Die Überführung der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter aus diesen Sammelstellen erfolgt unmittelbar in die entsprechenden Betriebe durch Beauftragte des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz nach den Weisungen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition.

Die Überprüfung auf Bergtauglichkeit hat bereits in den Sammelstellen zu erfolgen. Die dabei als nicht bergtauglich festgestellten Kriegsgefangenen und Ostarbeiter sind in die vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition zu bezeichnenden Rüstungsfertigungen umzusetzen.

«Das schlimmste in diesen Frühjahrstagen war aber unsere Angst. Wir waren Kriegsgefangene, befanden uns auf deutschem Territorium und hatten für die Deutschen gearbeitet. Einige meinten, dass uns das Stalin nie verzeihen würde.

Andere sagten, dass wir wahrscheinlich nicht mehr in die Heimat zurückkehren dürften, weil wir schon lange nicht mehr Bürger der Sowjetunion seien, weil sich die Regierung von uns losgesagt hätte.»

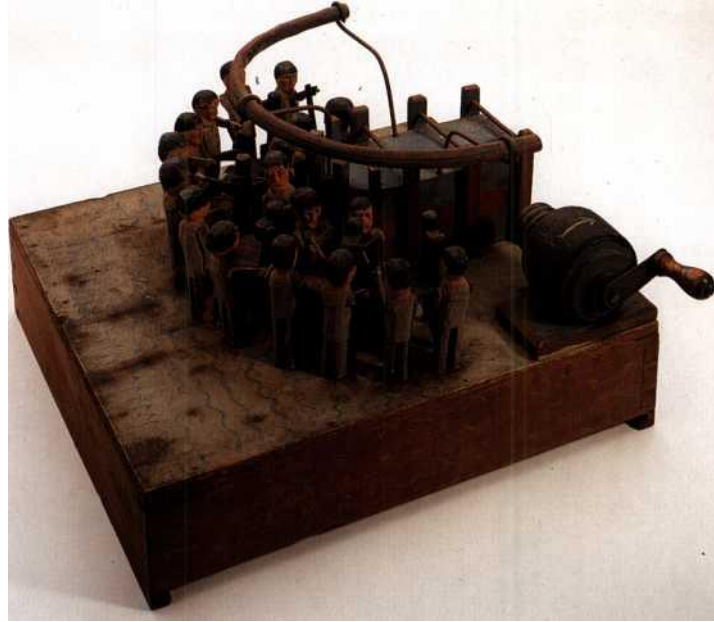


«Arbeitssklaven Kriegsgefangene werden unmittelbar nach ihrem Eintreffen in den Lagern zum Arbeitseinsatz eingeteilt.»



Sowjetische Kriegsgefangene in der Rüstungsindustrie: Bei der Montage von Kübelwagen im Volkswagenwerk.

*Dank für gute Behandlung:
Sowjetische Kriegsgefangene,
die in der Marienhütte Gnar-
renburg bei der Glasproduk-
tion eingesetzt sind, basteln
das Modell eines Glasofens.*



*Um optimale Arbeitsergeb-
nisse zu erzielen, werden sow-
jetische Kriegsgefangene für
ihren Einsatz im Bergbau
geschult.*



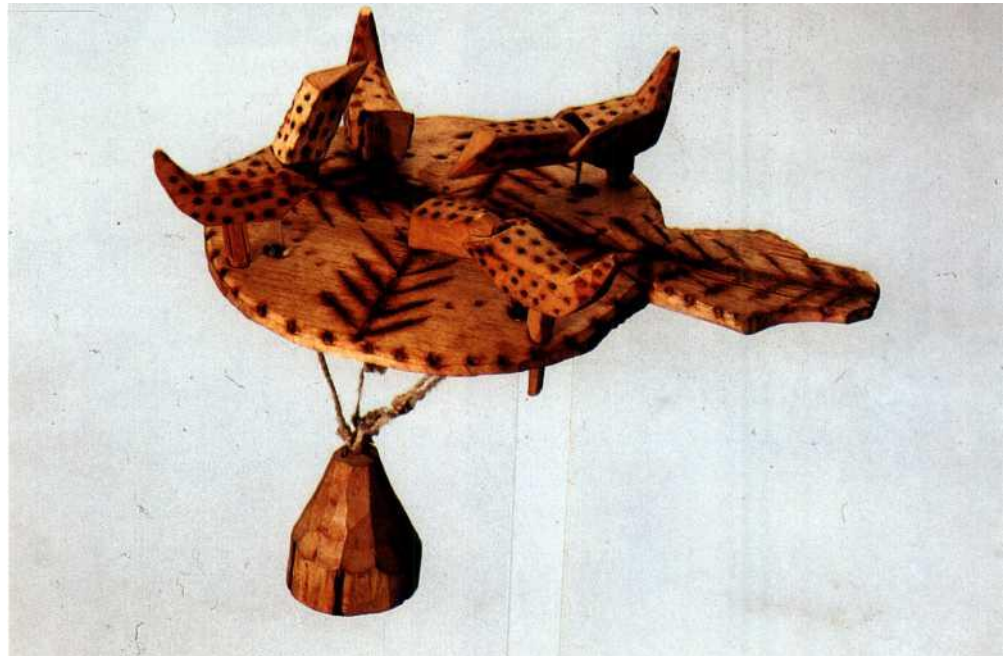


Gefährlicher Besitz:
Mit primitivsten Mitteln stellen sowjetische Kriegsgefangene ein Messer aus Metallteilen her.



Angst vor bewaffnetem Widerstand:
Die Kriegsgefangenen müssen alle Messer und spitzen Gegenstände abgeben.

«Pickende Hühner»:
Sowjetische Kriegsgefangene stellen Spielzeug her, das sie beim Wachpersonal oder bei deutschen Zivilisten gegen Lebensmittel eintauschen.



Auch Haushaltsgeräte,
in der knapp bemessenen
Freizeit gefertigt, gehören zu
den Tauschobjekten.





Erinnerung an die vergangene, glücklichere Zeit in der Heimat: Einige Kriegsgefangene erhalten die Erlaubnis zu malen.

*Für ein Stückchen Brot oder
etwas Tabak schnitzt ein so-
wjetischer Kriegsgefangener
den Reichsadler mit Haken-
kreuz aus Holz.*





*Ein Kriegsgefangener bietet
«Glücksvögel», eine typische
russische Handarbeit, zum
Tausch an.*

Der Friedhof sowjetischer Kriegsgefangener in Schloss Holte-Stukenbrock: Letzte Ruhestätte für Zehntausende und Mahnung für die Gegenwart.



«Ich liebte meine Heimat so sehr, doch ich wusste, dass sie mich nicht mit offenen Armen empfangen würde. Gewiss würde man mich einsperren, weil ich als Gefangener mehrere Jahre in Deutschland gewesen war. Vielleicht würde man mich erschiessen? Doch was hatte ich falsch gemacht? Die Verzweiflung war so gross, fast noch grösser als das Heimweh.»





Ungewissheit trotz Befreiung:

Sowjetische Kriegsgefangene empfangen jubelnd ihre amerikanischen Befreier.

«Mein Leben lang fühlte ich das Kainsmal auf der Stirn brennen: Der hat sich in deutsche Gefangenschaft begeben. Sie hinterliess eine seltsame Spur in meinem Leben: ich lebte als Mensch zweiter Klasse. Die Verachtung der Nachbarn, der Vorgesetzten im Betrieb und das unverhohlene Misstrauen der Obrigkeit quälte mich die ganzen Jahre hindurch.»

«Wir hatten uns als Kriegsgefangene schuldig gemacht: unsere Schuld bestand darin, dass wir noch lebten!»

«Ich habe den Eid nicht gebrochen»

Protokoll eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen

«Mein Name ist Wladimir Pereladow, ich bin am 14. Oktober 1918 im Dorf Morozowo im Iskitimskij-Bezirk des Kreises Nowosibirsk geboren. Ich entstamme einer Bauernfamilie. Ich bin verheiratet und habe zwei Söhne. Ich verfüge über eine höhere Schulbildung, ich bin Ökonom von Beruf.

Ich bin freiwillig in den Krieg gegangen. Man nahm mich auf in das 21. Artillerieregiment der 29. Artilleriesdivision, welche an die Reservefront abkommandiert wurde. Ich bin Leutnant und war Kommandeur einer Panzerabwehr-Batterie. Unsere Division bestand aus Personen, die sich nicht im Einberufungsalter befanden. Als Moskau bedroht war, wurden zwölf Divisionen der Volksabwehr gegründet. Mein erster und letzter Kampf fand 242 Kilometer von Minsk entfernt auf der Trasse Minsk-Moskau statt. Nach der Niederlage unserer Truppen bei Smolensk rückten die deutschen Truppen entlang der Trasse Minsk-Moskau vor. Infolge dieses Angriffs wurden fünf unserer Artillerie-Armeen eingekreist. Unserer Division wurde befohlen, die Verteidigungslinie zu halten und von dieser Stelle nicht zu weichen. Die deutschen Truppen warfen sich mit aller Kraft unseren Divisionen entgegen. In sechs Tagen waren unsere Divisionen aufgerieben.

Uns wurde vom Kommando befohlen, mit allen Kräften und gegebenenfalls bis zum Tod den Angriff der Deutschen aufzuhalten. Ich hatte dies in einem Eid geschworen und kein Recht, mich in Kriegsgefangenschaft zu begeben. Während der Einkreisung erlitt ich schwere Verwundungen und fand mich in deutscher Kriegsgefangenschaft wieder. Zunächst war ich in einem Lager für Kriegsgefangene im Kreis Smolensk untergebracht. Dort wurde keinerlei medizinische Hilfe geleistet. Darüber hinaus gab es kein Essen ausser Pferdefleisch. Jeden Tag wurden zwei alte Pferde erschossen und das war unser Essen – wenn es gelang, ein Stück zu erwischen. Zu meinem Glück war ich in diesem Lager nicht länger als zwei Wochen. Ich kam dann in das Kriegsgefangenenlager im Dorf Slobodka, Kreis Smolensk, aus welchem ich im Mai 1942 flüchtete. Ich wurde jedoch gefangen und zur Abschreckung hart bestraft.

Die Kriegsgefangenen dieses Lagers wurden zu Reparaturarbeiten von Frontwegen, zum Bau von Offiziersunterständen und anderer Objekte herangezogen. Die Lagerordnung war streng; nichts als Arbeit ohne einen freien Tag. Man führte politische Arbeit mit uns durch, in der man vor allem von den Erfolgen der deutschen Armee an unserer Front sprach. Im Sommer 1943 wurden wir in Waggons nach Italien gebracht, wo wir an dem Bau der «Goten-Linie» mitarbeiten sollten. Mit Hilfe italienischer Patrioten konnte ich mich endgültig aus der deutschen Sklaverei befreien.

Nach der Rückkehr in die Heimat kamen wir auf einem englischen Kriegsschiff in Odessa an. Nach einigen Tagen wurden wir wieder in Waggons geladen und in ein Filtrierlager geschickt. Der militärische Abwehrdienst SMERSCH fand während meiner Überprüfung Zeugen, welche

bestätigten, dass mein Verbleib in deutscher Kriegsgefangenschaft sich durch meine Verwundungen erklären liesse. Dokumente, welche mir von italienischen Partisanen ausgestellt worden waren, befreiten mich von einer Strafe für den Verbleib in deutscher Kriegsgefangenschaft. Nach einiger Zeit kehrte ich nach Moskau zurück und beendete meine höhere Schulbildung.

Nach der Beendigung meiner Ausbildung im Institut wurde ich einer Arbeit innerhalb des GULAG-Systems zugeteilt. Ich musste fast zehn Jahre im Schacht Nr. 2 des Kombinates «Intaugol» im Petscherskij-Kohlebecken arbeiten. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft war schwer, weil man uns für Vaterlandsverräter hielt. Ich habe den bereits genannten Eid nicht gebrochen, doch die Stimmung war immer gedrückt.

Nachdem die Regierungsverordnung «Über die Beseitigungen der Folgen der groben Verstöße gegen die Gesetzlichkeit in Bezug auf ehemalige Kriegsgefangenen und ihre Familienmitglieder» vom 29. Juli 1956 herausgegeben worden war, wurde es ein wenig besser, jedoch blieben die alten Stereotypen bestehen. Im März 1991 wurde mit der Entscheidung des Präsidiums des Sowjetischen Kriegsveteranen-Komitees die «Verordnung über eine Kommission ehemaliger Kriegsgefangener» bestätigt. Es ist praktisch nicht möglich, eine Union der Kriegsgefangenen zu gründen, weil diese im Komitee der Kriegsveteranen bereits vereinigt sind. Darüber hinaus haben wir Angst davor, dass in unseren unruhigen Zeiten wieder die Kommunisten an die Macht kommen könnten. Nicht zuletzt muss berücksichtigt werden, dass diese Menschen – hochbetagt und durch ihre Kriegsverletzungen zu oft an den Krieg erinnert – keine Kraft zu einer gesellschaftlichen Arbeit haben».

Autoren

Dr. Gerd Albrecht, Jahrgang 1933, Direktor des Deutschen Instituts für Filmkunde in Frankfurt.

Michael Borchard M.A., Jahrgang 1967, Doktorand bei Prof. Hans-Peter Schwarz, Seminar für Politische Wissenschaft, Bonn.

Dr. Bernd Bonwetsch, Jahrgang 1940, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Jörn Borchert M.A., Jahrgang 1960, Volkskundler, Projektmitarbeiter der Ausstellung «Kriegsgefangene» im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Jost Dülffer, Jahrgang 1943, Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Köln.

Dr. Alexander Fischer, Jahrgang 1933, Professor am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden.

Margret Hansen M.A., Jahrgang 1961, Volkskundlerin, Projektmitarbeiterin der Ausstellung «Kriegsgefangene» im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Stefan Karner, Jahrgang 1952, Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Graz, Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Graz/Wien.

Dr. Pawel Knischewskij, Jahrgang 1954, Habilitand im Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Dr. Hans Mommsen, Jahrgang 1930, Professor für Neuere Geschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Universität Bochum.

Dr. Wladimir Neweschin, Jahrgang 1954, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Dr. Faina Nowik, Jahrgang 1937, Leitende Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Christian Peters, Jahrgang 1955, Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Projektleiter der Ausstellung «Kriegsgefangene».

Leonid Reschin, Jahrgang 1932, Historiker und Publizist, Mitglied der Kommission für Rehabilitierung der Opfer der politischen Verfolgungen unter Administration des Präsidenten von Russland.

Dr. Hermann Schäfer, Jahrgang 1942, Professor, Direktor der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Hanno Sowade, Jahrgang 1959, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Projektmitarbeiter der Ausstellung «Kriegsgefangene».

Dr. Viktor Semskow, Jahrgang 1946, Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Dr. Günther Wagenlehner, Jahrgang 1923, Kriegsgefangener in der Sowjetunion bis Oktober 1955, Gründer und Direktor des Instituts für Archivauswertung in Bonn.

Dr. Manfred Zeidler, Jahrgang 1952, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden.

Abkürzungen

Die Schreibweise der russischen Namen und Termini erfolgt generell in der gängigen deutschen Umschrift. Demgemäss sind hier Begriffe und Namen wie etwa «NKVD», «Donec» und «Chruscev» als «NKWD», «Donez» und «Chruschtschow» wiedergegeben. Buchtitel und bibliographische Angaben bleiben davon ausgenommen.

FPPL: Frontowyi Priemnyi-Prochodnyi Lager (Front-Aufnahme-Durchgangslager)

GKO: Gosudarstwennyi Komitet Oborony (Staatskomitee für Verteidigung)

GlawPURKKA: Glawnoje Polititscheskoje Upr awlenij e Rabotsche-Krestjanskoi Krasnoi Armii (Haupt-Polit Abteilung der Roten Armee der Arbeiter und Bauern)

GULAG: Glawnoje Uprawlenije Lagerei (Hauptverwaltung für Lager)

GUPWI: Glawnoje upravlenije po delam woennoplennyh i internirowannyh (Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten)

KGB: Komitet Gosudarstwennoi Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)

KONR: Komitet Oswoboshdenija Narodow Rossii (Komitee zur Befreiung der Völker Russlands, Wlassow-Komitee)

NKFD: Nationalkomitee «Freies Deutschland»

NKWD: Narodnyi komissariat wnutrennyh del SSSR (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR), ab März 1946

MWD: Ministerstwo wnutrennyh del SSSR (Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR)

OKH: Oberkommando des Heeres

OKW: Oberkommando der Wehrmacht

RSHA: Reichssicherheitshauptamt der SS

RNNA: Russkaja Nazionalnaja Narodnaja Armija (Russische Nationale Volksarmee)

ROA: Russkaja Oswoboditelnaja Armija (Russische Befreiungsarmee)

RONA: Russkaja Oswoboditelnaja Narodnaja Armija (Russische Volksbefreiungsarmee)

SMERSCH: Smert spionam «Tod den Spionen» (Hauptverwaltung der Spionageabwehr der Roten Armee)

SWP: Swod woennyh postanowlenij (Sammlung von Kriegsgesetzen und militärischen Erlassen = Militärgesetzbuch)

TASS: Telegrafnoje Agenstwo Sowetskogo Sojusa (Nachrichtenagentur der Sowjetunion)

ZK: Zentralnyi Komitet (Zentralkomitee)

Literaturhinweise

Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock (Hrsg.): Das Lager 326. Augenzeugenberichte, Fotos, Dokumente, Porta Westfalica 1988.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953-1955, Bd. 2, 4. Auf., Stuttgart 1984.

Bacon, E: The Gulag at War, London 1994.

Bach, Dieter und Leyendecker, Jochen: «Ich habe geweint vor Hunger». Deutsche und Russische Gefangene in Lagern des Zweiten Weltkriegs, Wuppertal 1993.

Bährens, Kurt: Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. V.), Bielefeld 1965.

Böhme, Kurt W.: Gesucht wird... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes, München 1965.

Böhme, Kurt W.: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. VII), München 1971.

Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943, Stuttgart 1967.

Böll, Heinrich und Kopelew, Lew: Warum haben wir aufeinander geschossen?, Bornheim-Merten 1981.

Boog, Horst (u.a.): Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a.M. 1991.

Bonwetsch, Bernd: Der «Grosse Vaterländische Krieg». In: Handbuch der Geschichte Russlands. Bd.3/2, hrsg. von G. Schramm, Stuttgart 1992.

Bonwetsch, Bernd: Arme Sieger. Die Sowjetunion 1945-1949. In: G. Dietz u.a. (Hrsg): Trümmer, Träume, Truman. Die Welt 1945-1949, Berlin 1985.

Bonwetsch, Bernd: Die sowjetischen Kriegsgefangenen zwischen Stalin und Hitler. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41, 1993.

Brockhaus, R.A.: Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Opfer einer politischen Strafjustiz, in: DRK Suchdienst München, Abt. Dokumentationszentrale für Kriegsgefangene, Die IT-Lager und Gefängnisse in der UdSSR, I. Folge.

Buchbender, Ortwin: Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978.

Carell, Paul und Bölddeker, Günter: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht, Berlin-Frankfurt/Main 1994.

Cartellieri, Dieter: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Gefangenenlagern. (Zur Geschichte der Kriegsgefan-

genen des Zweiten Weltkriegs, Bd. II), München 1967.

Fischer, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945, Stuttgart 1975.

Fleischhacker, Hedwig: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Der Faktor Hunger. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. III, München 1965.)

Frieser, Karl-Heinz: Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee Freies Deutschland, Mainz 1981.

Fröhlich, Sergej: General Wlassow. Russen und Deutsche zwischen Hitler und Stalin, Köln 1987.

Gollwitzer, Helmut: ...und führen wohin du nicht willst. Bericht einer Gefangenschaft, Stuttgart – München 1952.

Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989.

Grewe, Wilhelm G.: Die Aussagen Grewes in dem Beitrag von Michael Borchard beziehen sich auf ein persönliches Gespräch des Autors mit dem ehemaligen aussenpolitischen Berater Adenauers.

Heer, Hannes und Naumann, Klaus (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995.

Heller, Michael und Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion, Königstein 1981.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 2. Aufl., Berlin 1986.

Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941, 3. Aufl., Bonn 1993.

Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategien der grossen Mächte, 5. Aufl., Stuttgart 1989.

Ihme-Tuchel, Beate: Die SED und die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zwischen 1949 und 1955, in: Deutschland-Archiv, Nr. 5, 27. Jahrgang, Mai 1994.

Jacobsen, Hans-Adolf, Löser, Jochen, Prorektor, Daniel und Slutsch, Sergej (Hrsg.): Deutsch-russische Zeiten-Wende. Krieg und Frieden 1941-1945, Baden-Baden 1995.

Jahn, P. und Rürup, R. (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Berlin 1991.

Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in Sowjetunion 1941-1956, München – Wien 1995.

Karner, Stefan: Geheime Akten des KGB «Margarita Ottilinger», Graz/Wien 1992.

Kirchner, Klaus: Flugblätter aus Deutschland 1941, Erlangen 1987. (Flugblatt-Propaganda im Zweiten Weltkrieg, Europa, Bd. 10).

Knopp, Guido: Der verdammte Krieg, München 1991.

Kohl, Paul: «Ich wundere mich, dass ich noch lebe». Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990.

Kopelew, Lew: Aufbewahren für alle Zeit!, Hamburg 1976.

Krausnick, Helmut: Hitlers Einsatztruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938-1942. Frankfurt 1989.

Kügelgen, Else und Bernt von (Hrsg.): Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees «Freies Deutschland», Berlin (Ost) 1968.

Lang, Martin: Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht, Herford 1981.

Lehmann, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München 1986.

Martens, Hans: General von Seydlitz 1942-1945. Analyse eines Konflikts, Berlin 1971.

Maschke, Erich (Hrsg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, 22 Bde., Bielefeld 1962-1974.

Maschke, Erich: Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung, ebd. Bd. XV., Bielefeld 1974.

Maurach, Reinhart: Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft vom Roten Kreuz in Deutschland, britische Zone, Rechtschutzstelle für Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im Ausland, Hamburg 1950.

Meyer, K. und Wippermann, W. (Hrsg.): Gegen das Vergessen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1944, Frankfurt 1992.

Nolte, Hans-Heinrich: Der Mensch gegen den Menschen. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Hannover 1992.

Oberländer, Erwin: Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt 1989.

- Pietrow-Ennker, Bianka: Die Sowjetunion in der Propaganda des Dritten Reiches: Das Beispiel der Wochenschau, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 46 (2/1989).
- Puttkamer, Jesco von: Irrtum und Schuld. Geschichte des Nationalkomitees «Freies Deutschland», Neuwied 1948.
- Ratza, Werner: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Der Faktor Arbeit. (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges, Bd.IV), München 1973.
- Riesenberger, Dieter (Hrsg.): Das deutsche Rote Kreuz, Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem. Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion (1952-1955). Dokumentation und Kommentar, Bremen 1994.
- Robel, Gert: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges, Bd. VIII), München 1974.
- Rürup, Reinhardt (Hrsg.): Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945. Eine Dokumentation, Berlin 1991.
- Scheurig, Bodo: Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee «Freies Deutschland» und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-45, Berlin 1993.
- Schleiermacher, Sabine (Hrsg.): Der «Generalplan Ost». Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.
- Schröder, Hans Joachim: Die gestohlenen Jahre. Erzählgeschichten und Geschichtserzählungen im Interview. Der zweite Weltkrieg aus der Sicht ehemaliger Mannschaftssoldaten. Habil. Schrift, Hamburg – Tübingen 1993.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und Russland, in: Kroneck, Friedrich J.; Oppermann, Thomas (Hrsg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechts. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1981.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann. 1952-1967, Stuttgart 1991.
- Solschenizyn, Alexander: Der Archipel Gulag, Bern 1974.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 (=Studien zur Zeitgeschichte Bd. 13), Stuttgart 1978.
- Smith, Arthur L.: Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985
- Steinert, Marlis: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf und Wien 1970.

Ueberschär, Gerd R. und Wette, Wolfram (Hrsg.): Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. «Unternehmen Barbarossa» 1941, Frankfurt a.M. 1991.

Volkman, Hans-Erich (Hrsg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln – Weimar – Wien 1994.

Wagenlehner, Günther: Feindbild. Geschichte, Dokumentation, Problematik, Frankfurt 1989.

Wagenlehner, Günther: Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen, Bonn 1993.

Wegener, Bernd (Hrsg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum Unternehmen «Barbarossa», München – Zürich 1991.

Wette, Wolfram (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, Zürich 1992.

Fotonachweis

- Bergbauarchiv Bochum, S. 147 u., 184 u.
- Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, S. 59, 63, 64, 68 o., 76 o, 95, 136, 137, 139, 141, 163, 164, 170, 173, 174 u., 175, 176 u, 178, 179, 180, 183, 185 o, 188, 189
- Bilderdienst Süddeutscher Verlag, München, S. 15, 21, 22, 24, 25, 26, 40, 41 o., 62, 143, 144
- Bundesarchiv, Koblenz, S. 87 o.
- Deutsche Presseagentur, Bildarchiv Frankfurt, S. 23, 41 o., 85, 70 o., 135, 140, 141, 157 o., 158 o, 159 u.
- Deutsches Institut für Filmkunde, Frankfurt/M., S. 100, 101
- Evangelische Akademie, Mülheim a.d. Ruhr, S. 1711.
- Film- und Photoarchiv Dserschinsk, S. 50 u., 79
- Haus der Geschichte, S. 20, 30, 31 o., 35, 36, 42, 43, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 63 o., 68 u., 71, 73, 84, 85, 86, 87 u., 102, 103, 112, 113, 114 o., 115, 116, 117, 118 u., 119 o., 120, 121, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 129, 132, 133, 147 o., 148, 153, 154, 171 r., 172 o., 174 o., 176 o., 177 o., 184 o., 185 u., 186
- Werner Höner, Porta Westfalica, S. 190, 191
- International War Museum, London, S. 157 u., 158 u.
- Kurt Kettel, Coswig, S. 118 o.
- Achim Kilian, Weinheim, S. 177 u., 181
- Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Dresden, S. 31 u., 32, 33 u, 34, 66, 67 u., 69 u., 93 o., 106
- Museum Deutscher Antifaschisten, Krasnogorsk, S. 33, 67 o., 119 u.
- Museum des Grossen Vaterländischen Krieges, Minsk, S. 172
- Horst Riemer, Bonn, S. 125
- Siegfried Schönborn, Gründau-Breitenborn, S. 174 o.
- Staatliches Archiv der Russischen Föderation, Moskau, S. 159 o., 160
- Staatliches Besonderes Archiv, Moskau, S. 74, 75, 114 u.
- Stadtarchiv Wolfsburg, S. 145
- Willi Steinberg, München, S. 72
- Ullstein Bilderdienst, Berlin, S. 91
- VW-Werksarchiv, Wolfsburg, S. 183 u.
- Zentrum für historisch-dokumentarische Sammlungen, Moskau, S. 70 u.

Dokumente

Bundesarchiv Koblenz, S. 182

Bundesarchiv – Militärarchiv, Freiburg i. Br., S. 17,19, 22,138,142

Deutsches Historisches Museum, Berlin, S. 93 u.

Sergej Fröhlich, General Wlassow, Russen und Deutsche zwischen Hitler und Stalin, Köln, 1987, S. 155

«Neues Deutschland», 06.05.1950, S. 88

Dr. Günther Wagenlehner, Bonn, S. 78, 79 u., 82

Graphiken/Kunstwerke/Fotoserie

Prof. Stefan Karner/Ludwig Boltzmann- Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien, S. 61, 76 u.

Eugen Luisk (Linolschnitt 1956), S. 80

B.P. Sijanow (Heuwagen 1945), S. 187

Hilmar Pabel (Heimkehrerfotoserie), S. 130,131

Verband der Heimkehrer (Tuschezeichnung:) S. 116

Leihgeber

Wir bedanken uns für die Unterstützung bei der Realisierung der Ausstellung durch Schenkungen, Leihgaben und Fotorechte.

| | |
|---|--|
| Arbeitskreis «Blumen für Stukenbrock», Stukenbrock | Deutscher Caritasverband, Freiburg |
| Archiv der sozialen Demokratie, Bonn Archiv für wissenschaftlich-technische Dokumentation der Republik Weissrussland, Minsk | Deutsches Bergbaumuseum Bochum |
| Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin | Deutsches Institut für Filmkunde, Frankfurt a.M. |
| Werner Ahrends, Wolfenbüttel | Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Nordrhein, Düsseldorf |
| Stanislav A. Ausky, Prag | Deutsches Literaturarchiv, Marbach am Neckar |
| Oleg A. Babez, Minsk | Deutsches Historisches Museum, Berlin |
| Otto Baer, Augsburg | Kultur-und Stadthistorisches Museum, Duisburg |
| Baumschule Moldenhauer, Duisburg | Willi Egerndorfer, Altötting |
| Hans Bender, Köln | Helmut Euler, Werl |
| Bergbauarchiv Bochum | Evangelische Akademie, Mühlheim a.d.Ruhr |
| Karl-Georg Bernotat, Bönningstedt | Film-und Fotoarchiv Dserschinsk |
| Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin | Förderkreis Dokumentationsstätte Stalag 326 VI/K, Stukenbrock |
| Bilderdienst Süddeutscher Verlag, München | Ulf Frielinghaus, Schloss Holte-Stukenbrock |
| Ursula und Benno Bönnemann, Herne Willi Boix, Stolberg/Rhl. | Gedenkstätte Zeithain, Riesa |
| Thora von Bonin, Taufkirchen | Robert Gehrman, Salzkotten-Niedern- turdorf |
| Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Deutsche Arbeitsschutzausstellung, Dortmund | Reinhold Grau, Datteln |
| Bundesarchiv, Koblenz Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br. | Käthe Hagen, Bonn |
| Herbert Dehen, Köln | Stadtarchiv Hamm |
| Deutsche Presseagentur, Bildarchiv Frankfurt a.M. | Stadtarchiv Hemer |
| | Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover |
| | Konstantin Hauser, Empfingen |

| | |
|---|--|
| Georg Heckel, Granting | Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald |
| Ewald Helker, Ochtrup | Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen |
| Franz Herbort, Rietberg | Hein Mayer, Wolfsburg |
| Peter Hild, Bonn | Memorial, Moskau |
| Hans Hirt, Reichenberg/Fils | Militärhistorisches Museum der Bundeswehr, Dresden |
| Heinz von Hobe, Gelting Rudolf Hoff, Magdeburg | Werner Minkenberg, Bebra Stadtarchiv Münster |
| Egon Hoffmann, Haiger | Zentralmuseum der Streitkräfte, Moskau |
| Georg Hoffmann, Strausberg | Museum Deutscher Antifaschisten, Krasnogorsk |
| Heinz Höhner, Dresden | Museum des Grossen Väterländischen Krieges, Minsk |
| Werner Höner, Porta Westfalica | Museum der Stadt Greifswald |
| Hoesch-Archiv, Dortmund | Joachim Mut, Duisburg Fred Nagel, Naunhof |
| Imperial War Museum, London | Reinhard Otto, Lemgo |
| Gerhard Kaiser, Freiburg | Herbert Pause, Hohenlochstedt |
| Wolfgang Kasack, Much | Pawel Polian, Moskau |
| Rolf Keller, Hannover | Elisabeth Pfund, Chemnitz |
| Kurt Kettel, Coswig bei Dresden | Karl-Heinz Quade, Berlin |
| Achim Kilian, Weinheim | Erich Quadflieg, Bergisch-Gladbach |
| Nikolaus Klassen, Koblenz | Eduard Rampf, Naunberg vorm Wald |
| Siegfried Knütter, Frankfurt a.M. | Karl-Heinz Raschke, Hannover |
| Dorothea Koch, Erfstadt-Lechenich | Rheinisches Industriemuseum, Oberhausen |
| Helmut Köhler, Böblingen | Helga Rheinländer, Essen |
| Franz Kuchler, Ulm | Erwin Rieger, Leinfelden-Echterdingen |
| Walter Kunstwadl, Euskirchen | Horst Riemer, Bonn Siegfried Rothe, Gera |
| KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen | Ruhrland Museum Essen |
| KZ-Gedenkstätte Dachau | |
| Hannelore Lauerwald, Görlitz Stadtarchiv Lörrach | |
| Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz | |
| Luftwaffenmuseum, Appen | |

| | |
|---|--|
| Russische Informationsagentur Nowosti, Köln | Verband der Heimkehrer (Bonn, Bochum, Kassel, Stockelsdorf, Wolfenbüttel) |
| Victoria Nikolaewna Sacharowa, Minsk | Günther Verbeet, Köln |
| Iwan Grigorewitsch Schibko, Kowolewitschi | Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes des Westfalen-Lippe, Münster |
| Ferdy Schier, Hövelhof | Wladimir Iwanowitsch Wetochnin, Minsk |
| Gemeinde Schloss Holte-Stukenbrock | Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Kassel |
| Fritz Schmitt, Aidhausen | Günther Wagenlehner, Bonn |
| Doris Schmitz, Essen | Jakob Weber, Wiesbaden |
| Georg Scholz, Hannover | Wehrgeschichtliches Museum Rastatt Stadt- museumn Werne |
| Siegfried Schönborn, Gründau- Breitenborn | Werksarchiv Wolfsburg |
| Hilde Schubart-Plaehn, Barsinghausen | Stadtarchiv Wolfsburg |
| Richard Schumacher, Bonn | Westfälisches Institut für Regional- geschichte, Münster |
| Schwesternschaften vom Bayerischen Roten Kreuz, Amberg | Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund |
| Maxim Grigorewitsch Sidonenko, Minsk Staatliches Archiv der Russischen Föderation, Moskau | Nikolaj Nikolajewitsch Woronkow, Tambow |
| Staatliches Historisches Museum, Moskau | Wolfgang Wuttig, Altenholz |
| Staatsanwaltschaft Hamburg | Bernhard Wünnemann, Münster |
| Stadtarchiv Velbert | Zentrum für historisch-dokumentarische Sammlungen, Moskau |
| Willi Steinberg, München | Arnold Zuckermann, Kappeln |
| Claus Steininger, Gelsenkirchen | |
| Hedwig Stephan, Spay | |
| Stiftung Archiv der Parteien und Massen- organisationen der DDR im Bundes- archiv, Berlin | |
| Fritz Theihnann Erben, Kieselbronn | |
| Harald Tiede, Gifhorn | |
| Fjodor Iwanowitsch Tschumakow, Moskau | |
| Ullstein Bilderdienst, Berlin | |